DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Dienstag, 4. Dezember 1984 - D ***

Nr. 284 - 49. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Rüstung: Der Warschauer Pakt verfügt in unmittelbarer Nähe der innerdeutschen Grenze über fünf Depots mit Atomwaffen und militärischen Führungseinrichtungen, wurde am Vortag der Brüsseler Tagung der NATO-Verteidigungsminister bekannt. (S. 5)

Gemeinsame Front: Grüne und Umweltschutz-Organisationen wollen jetzt gemeinsam gegen die „Atom-Wirtschaft" Front machen, da ein „Ausstieg" mit keiner Partei am Verhandlungstisch zu erreichen sei. (S. 4)

Verkehrsabgabe: Der Schweizer Bundesrat hat eine Änderung der Verordnung über die Schwerverkehrsabgabe ab 1985 beschlossen. Sie ermöglicht es ausländischen Lkw-Fahrern, die Abgabe auch in Form einer Tagespauschale von 15 Franken zu zahlen.

Spionage: Unter Spionageverdacht wurde in Oldenburg ein 34jähriger angeblicher Lehrer aus der „DDR" verhaftet. Der mutmaßliche Agent hatte einen total gefälschten Schweizer Paß und war vermutlich auf Militäreinrichtungen angesetzt.

Polen: Die wegen der gespannten politischen Lage verschobenen Parlamentswahlen werden spätestens im vierten Quartal 1985 stattfinden. Das Parlament hat ein Gesetz verabschiedet, wonach die verlängerte Wahlperiode am 31. August 1985 endet.

Umzug nach Amman: Die PLO verlegt ihre Verwaltungsgremien von Damaskus nach Amman und Tunis. PLO-Chef Arafat wirft Syrien vor, es wolle Kontrolle über die Organisation gewinnen.

Ustinow: Das Fernbleiben des sowjetischen Verteidigungsministers von der Warschauer-Pakt-Tagung in Budapest hat Spekulationen verstärkt, wonach der zuletzt im September in der Öffentlichkeit gesehene Ustinow ernsthaft erkrankt ist. Die sowjetische Delegation wird von Marschall Achromejew geführt.

Golfkrieg: Der zypriotische Supertanker „Minotaurus" ist von der irakischen Luftwaffe südlich des iranischen Ölterminals Kharg beschossen und schwer beschädigt worden. Drei Besatzungsmitglieder werden vermißt.

ZITAT DES TAGES



»Die in Moskau haben viele Sorgen; ich brauche diese Sorgen nicht durch meinen Besuch zu vermehren«

Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß über Spekulationen, er wolle die Sowjetunion besuchen — FOTO: DPA

WIRTSCHAFT

Neue Kredite: Argentinien und seine ausländischen Gläubiger haben ein Finanzpaket mit einem Volumen von 5,47 Milliarden Dollar vereinbart. (S. 12)

Anleihe: Eine Rendite von nur 7,09 Prozent – die niedrigste seit fünfeinhalb Jahren – bringt die neue zehnjährige Bundesanleihe.

Pleiten: Trotz Konjunkturerholung wird die Zahl der Insolvenzen in der Bundesrepublik 1984 voraussichtlich um fünf Prozent auf 17 000 steigen. (S. 11)

Börse: An den Aktienmärkten war die Stimmung feundlich. Der Rentenmarkt war wenig verändert. WELT-Aktienindex 160,4 (159,1). Dollarmittelkurs 3,1200 (3,0963) Mark. Goldpreis pro Feinunze 329,50 (329,00) Dollar. BHF-Index 102,471 (102,703). Performance Index 111,874 (111,801).

KULTUR

Zürcher Oper: Mit einer glanzvollen und begeistert gefeierten Aufführung von Richard Wagners „Die Meistersinger von Nürnberg" wurde die Zürcher Oper nach dreieinhalbjähriger Umbauzeit wieder eröffnet. (S. 19)

Isenheimer Altar: Nach mehr als 150 Jahren ist der Isenheimer Altar in Colmar wieder komplett. Nach einem komplizierten Kunsttausch wurden zwei Skulpturen vom Badischen Landesmuseum zurückgegeben. (S. 20)

WELT-Serie „Sieg der Sterne"

In den Laboratorien der beiden mächtigsten Staaten der Erde tobt der größte technologische Wettstreit der Geschichte. Es geht um die lichtgeschwinden Strahlenwaffen zur Abwehr interkontinentaler Raketen und damit der nuklearen Bedrohung. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts soll das Projekt von den Vereinigten Staaten mit Milliarden-Aufwand verwirklicht sein. Seite 6

SPORT

Eishockey: Die Teilnahme der deutschen Nationalmannschaft am Istwestija-Turnier in Moskau ist gefährdet. Falls der Rosenheimer Manfred Ahne für 18 Spiele gesperrt werden sollte, will sein Klub keine Spieler für das Nationalteam abstellen.

Schach: Noch vor Beendigung der Mannschafts-Weltmeisterschaften in Saloniki verteidigte die UdSSR sowohl bei den Herren als auch bei den Damen ihre Titel. Das deutsche Herren-Team bezwang in der vorletzten Runde überraschend die USA 2,5:1,5.

AUS ALLER WELT

Strafaktion: Der Exmafioso Leonardo Vitale, der im Polizeiverhör „umgefallen" war, ist in Palermo von einem Killerkommando niedergeschossen worden. Es sollte eine Warnung an andere potentielle „Verräter" sein. (S. 20)

Um die Wurst: Auch die für ihre hohe Qualität bekannten deutschen Wursthersteller fühlen sich jetzt von ausländischer Konkurrenz bedroht. Grund: ein EG-Urteil, wonach absolut minderwertige Wurst aus den EG-Staaten auch in Deutschland vertrieben werden darf. (S. 20)

Wetter: Weiterhin neblig-trüb. Kaum Niederschlag. Bis 7 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Afghanistan: Städte werden zu Zentren des Widerstands

Der Unmut über die Sowjets wächst / Stromleitung für Kabul zerstört

WALTER H. RUEB, Peschawar

Am Ende des fünften Jahres der sowjetischen Besetzung Afghanistans droht eine gefährliche Eskalation des Krieges im Innern sowie eine Verschärfung der Konfrontation des Karmal-Regimes und seiner sowjetischen Beschützer mit dem Nachbarstaat Pakistan. Nach der fast totalen Zerstörung der ländlichen Infrastruktur durch sowjetische Luftangriffe ist der Widerstand entschlossen, den Kampf in die von der Roten Armee kontrollierten Großstädte zu tragen.

Weltpolitisch schwerwiegender erscheint die Entwicklung, die sich in den vergangenen Wochen zwischen den sowjetischen Besatzungstruppen und dem kommunistischen Karmal-Regime auf der einen und Pakistan auf der anderen Seite angebahnt hat. Truppenkonzentrationen der Roten Armee entlang der afghanisch-pakistanischen Grenze und Verletzungen des pakistanischen Hoheitsgebietes durch afghanische und sowjetische Flugzeuge und sogar Bombardierungen pakistanischer Dörfer beunruhigen Islamabad.

Die Armee Pakistans hat deshalb ihre Verteidigungskräfte an der Grenze verstärkt. Kabul nimmt dies zum Anlaß, von Kriegsvorbereitungen Ziaul Haqs zu sprechen. Radio Kabul beschuldigte Pakistan in den vergangenen Wochen wiederholt, afghanisches Territorium durch Artilleriebeschuß und Luftangriffe verletzt zu haben.

In Peschawar ist die Mehrheit der Führer des afghanischen Widerstands der Ansicht, die Kampagne Kabuls diene der Einschüchterung des östlichen Nachbarn. Eine Invasion Pakistans aber sei zumindest in absehbarer Zeit und vor allem während des Winters nicht zu erwarten. Fundamentalisten-Führer Gulbuddin Hekmatyar aber hält eine sowjetische Invasion Pakistans durchaus für möglich.

Die Eskalation des Krieges im Inneren Afghanistans mit der Einbeziehung der sowjetischen Bastionen wird durch die größte und spektakulärste Sabotageaktion des afghanischen Widerstands deutlich, die zwar schon Ende August 1984 ausgeführt wurde, deren Folgen jedoch erst jetzt spürbar werden: Die Zerstörung der Stromleitung von den Kraftwerken in Sarobi und der 75 Kilometer entfernten Hauptstadt Kabul läßt die Menschen im hereinbrechenden Winter in Ermangelung von Elektrizität frieren.

Der Unmut darüber ist in der überfüllten Hauptstadt nach Berichten von Flüchtlingen groß. Er richtet sich vor allem gegen die sowjetische Besatzungsmacht und bewirkt einen gewaltigen Rückschlag im Bemühen von Sowjets und Karmal-Regierung, mehr Rückhalt in der afghanischen Bevölkerung zu finden.

In der pakistanischen Grenzstadt Peschawar machte die WELT jenen Mann ausfindig, unter dessen Leitung im Sommer der Schlag gegen die von der Roten Armee besetzte afghanische Metropole geführt worden ist.

Ghulam Hassan Khan war in Sarobi Kommandant einer 2000köpfigen Miliz. Deren Aufgabe war es, Straße und Stromleitung gegen Übergriffe der Mudschahedin zu schützen. „Seit 85 Jahren sichert der Stamm der Karokhel die Straße Kabul–Sarobi", sag-

● Fortsetzung Seite 10

350 Millionen für Freikäufe aus „DDR"

Seit dem Sommer neue Ausreisewelle: Monatlich kommen bis zu 1400 Übersiedler in den Westen

WERNER KAHL, Bonn

Aus der „DDR" sind 1984 bis zum 30. November dieses Jahres 38 010 Personen in die Bundesrepublik Deutschland übergesiedelt, geflüchtet und aus Zuchthäusern freigekauft worden. Das geht aus der Statistik der Bundesbehörden hervor. Im Gegenzug verbuchte Ost-Berlin in diesem Jahr für Ausreisegenehmigungen und vorzeitige Entlassung politischer Häftlinge durch Freikauf Leistungen aus dem Bundeshaushalt im Gesamtwert von circa 350 Millionen Mark. Zuständige Stellen wollten nicht ausschließen, daß sich dieser Betrag noch erhöht.

Aus den Unterlagen über die in den Westen gekommenen „DDR"-Bewohner geht hervor, daß Ost-Berlin bis einschließlich November 1984 Genehmigungen zur Ausreise für 32 000 Personen erteilte; davon durften etwa drei Viertel die „DDR" im Frühjahr verlassen. Nachdem der erste Ausreisestrom im April gestoppt worden war, setzte im Sommer eine neue Übersiedlungswelle ein. Seitdem kamen monatlich etwa 1000 bis 1400 Personen aus Mitteldeutschland in den Westen. Mit einer ähnlichen Zahl wird auch für Dezember gerechnet.

Die Zahl der Flüchtlinge, die über Ostblockstaaten kamen oder bei Aufenthalten im Westen ihren Entschluß erklärten, nicht wieder in die „DDR" zurückzukehren, beträgt 1984 nach amtlichen Angaben bisher 3895; darunter befinden sich 187 „Sperrbrecher" – Flüchtlinge, denen es gelang, die tief gestaffelten Hindernisse entlang der innerdeutschen Grenze zu überwinden.

Beim Freikauf politischer Häftlinge aus „DDR"-Strafanstalten erreichte die Bundesregierung eine seit Beginn der Aktion 1963 noch nicht verzeichnete Rekordzahl. Mit Sammeltransporten wurden von Januar bis November dieses Jahres 2115 Gefangene in die Bundesrepublik gebracht, die teilweise hohe Freiheitsstrafen wegen „Republikflucht", oppositioneller Haltung gegen das Regime und Unterstützung östlicher Friedensaktivitäten zu verbüßen hatten. In Bonn rechnet man bis Jahresende mit einer Gesamtzahl von rund 2200 freigekauften Häftlingen.

Auf dem siebten Bundestreffen ehemaliger politischer Häftlinge und Flüchtlinge, die sich dem Verein „Hilferufe von drüben" in Lippstadt angeschlossen haben, hatte am Wochenende der parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Ottfried Hennig, für das Vertrauen zur Bundesrepublik Deutschland gedankt. „Es gehört viel Mut und Kraft dazu, das Bekenntnis in der DDR abzulegen, daß man sein Leben unter freiheitlich-demokratischen Verhältnissen in der Bundesrepublik führen will", sagte Hennig.

DER KOMMENTAR

Kraft der Nationen

CARL GUSTAF STRÖHM

Der Sozialismus werde die „nationale Frage" – das Zusammenleben verschiedener, oft einander feindlich gegenüberstehender Nationen – ein für allemal lösen. Diese These, die nach der Oktoberrevolution 1917 und nach dem sowjetischen Sieg von 1945 von kommunistischer Seite herausposaunt wurde, hat sich inzwischen als unhaltbar erwiesen. Überall im östlichen Europa und sogar in der Sowjetunion selbst schwelt das nationale Problem weiter und gewinnt sogar neue Intensität.

Jetzt hat erstmals eine regierende KP des Ostblocks in einem offiziellen Dokument dieses nationale Problem beim Namen genannt. Die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei fordert in ihren Direktiven für den im März 1985 bevorstehenden 13. Parteikongreß, daß „Existenzgarantien" für die ungarischen Volksgruppen gegeben werden müßten, die sich außerhalb der Landesgrenzen befinden.

Fast ein Drittel des ungarischen Volkes lebt – durch die Grenzziehung von Trianon nach dem Ersten Weltkrieg – außerhalb Ungarns: in der Sowjetunion, der Tschechoslowakei, Jugoslawien und vor allem in Rumänien. Allein in Rumänien gibt es bis zu 2,5 Millionen Ungarn in Siebenbürgen und dem Karpatenbogen. Die Lage dieser Menschen ist schwierig. In der ungarischen Öffentlichkeit ist man empört über die Versuche der rumänischen Kommunisten, diese Gruppe zu „entnationalisieren" und ihr vor allem die Verbindung zum Mutterland zu verwehren.

Die ungarische Partei hat lange gezögert, bevor sie sich entschloß, dem nationalen Druck von unten nachzugeben und selbst aktiv zu werden. Damit hat Budapest allerdings ein bisher geheiligtes Gesetz des Marxismus-Leninismus beiseite gelegt: sich niemals über innere Zustände in einem „Bruderland" zu äußern. Die rumänischen Zustände werden in Budapest für sehr schlimm gehalten.

Nun wirken aber nationale Probleme gerade im mittel- und osteuropäischen Raum wie kommunizierende Röhren. Dort, wo 1945 und später machtpolitische Teilungen vorgenommen, wo unnatürliche Grenzen gezogen wurden, steht das Nationalbewußtsein wieder auf. Die politischen Systeme des Ostens werden dann von vielen Menschen in erster Linie als nationale Unterdrückung empfunden: Weil ich ein Ungar, ein Pole, ein Ukrainer oder ein Deutscher (aus der „DDR") bin, machen „sie" mit mir, was sie wollen.

Die ungarische KP hat ihre Bevölkerung jahrzehntelang zu kalmieren versucht – oft wider bessere Einsicht. Jetzt scheint die Budapester Geduld zumindest gegenüber Rumänien erschöpft zu sein.

Ungarn hält an Kooperation mit Westen fest

DW. Budapest

Ungarns kommunistische Partei hat die doppelte Ausrichtung ihrer Außenwirtschaftspolitik bekräftigt. In den von der Presse in Budapest veröffentlichten Thesen für den am 25. März 1985 beginnenden 13. Kongreß der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP) wird festgestellt, daß Ungarn mit den anderen Mitgliedsstaaten des Ostblock-Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) aufs engste zusammenarbeiten, aber auch mit den hochentwickelten Industrieländern des Westens gute Wirtschaftsbeziehungen unterhalten will.

Wie die Thesen betonen, wird der bisherige erfolgreiche Kurs einer „nützlichen, auf Gewinn ausgerichteten" Wirtschaftspolitik „zur Hauptaufgabe" gemacht.

Zum ersten Mal in ihrer Geschichte machen sich die ungarischen Kommunisten für nationale Anliegen stark: In den Thesen wird unter deutlicher Anspielung auf die Haltung der „Bruderparteien" in Rumänien und der Tschechoslowakei betont, daß die ungarischen Kommunisten es als eine „berechtigte Forderung" ansehen, den ungarischen Minderheiten in diesen beiden Ländern „die volle Entfaltung der nationalen Kultur und des Gebrauchs der Muttersprache" zu gewähren.

Den Thesen zufolge hat die USAP zur Zeit 862 000 Mitglieder. Damit ist jeder achte Ungar Mitglied der Partei. Künftig sollen nach sowjetischem Muster Parteitage nur noch alle fünf Jahre stattfinden. Der 12. Kongreß tagte im März 1980 in Budapest.

Steuerfrage: CSU stimmt mit FDP überein

lz. München

In der Steuerfrage zieht die CSU an einem Strang mit der FDP. Steuerliche Sonderbelastungen für Besserverdienende als Ersatz für die Investitionshilfeabgabe lehnte der CSU-Vorstand auf seiner gestrigen Sitzung in München einstimmig ab. In der Diskussion habe es keine abweichende Meinung gegeben, erklärte Parteichef Strauß. Der bayerische Ministerpräsident wird statt dessen in der Koalitionsrunde am Donnerstag den Vorschlag der FDP unterstützen, die Bezieher von niedrigsten zu versteuernden Einkommen durch einen geringeren Steuersatz zu entlasten.

Strauß denkt dabei an eine Halbierung der bisherigen Proportionalzone von 22 auf elf Prozent, wäre aber auch mit einer Lösung „elf plus x" einverstanden. Ein solches Modell, so betonte Strauß, sei nicht revolutionär, er habe es bereits als Bundesfinanzminister vorbereiten lassen und auch in der gegenwärtigen Steuerdiskussion von Anfang an, aber ohne großen Wirbel vorgeschlagen. Zahlen und Details nannte er gestern nicht: „Das muß jetzt von den Fachleuten geklärt werden." In diesem Zusammenhang erwähnte der CSU-Vorsitzende erneut, er halte die von der Bundesregierung geplante Steuerreform in zwei Zügen für falsch, er habe aber den ausgearbeiteten Kompromiß zur Kenntnis genommen und werde sich ihm gegenüber loyal verhalten.

Staatssekretär Stoiber äußerte die Zuversicht, ein neuer Medien-Staatsvertrag der Ministerpräsidenten könne, wie geplant, am 19. Dezember unterzeichnet werden.

Asylanten vor allem aus dem Ostblock

ms. Bonn

Die Zahl der Asylbewerber in der Bundesrepublik Deutschland ist in die Höhe geschnellt. Nach Angaben des Bundesinnenministeriums wird die Zahl der Asylanten Ende des Jahres 1984 bei 30 000 liegen. Im vergangenen Jahr waren nur 17 000 Asylbewerber registriert worden.

Die Zunahme sei vor allem darauf zurückzuführen, daß immer mehr Menschen aus dem Ostblock Zuflucht suchten. In diesem Zusammenhang wies das Ministerium auf die wiederholte Massenflucht von Polen hin.

In den vergangenen Tagen und Wochen hatten große Gruppen von Polen, die mit Fährschiffen zum Beispiel in Hamburg angelegt hatten, Landausflüge zur Flucht genutzt.

Mehr als bisher stellten aber auch Tamilen, Iraner und Christen aus der Türkei Anträge auf Asylgewährung. Die Iraner würden meistens über Pakistan in die Bundesrepublik Deutschland kommen. Die Christen aus der Türkei suchten Umwege über Großbritannien oder Belgien, beziehungsweise nutzten Zwischenlandungen in Frankfurt, um Asylanträge zu stellen.

Giftiges Cyangas tötet 260 Inder

DW. Neu Delhi

Zu einer Giftgaskatastrophe größeren Ausmaßes ist es am Sonntagabend in Bhopal, der Hauptstadt des mittelindischen Unionsstaates Madhya Pradesh gekommen. Nach Berichten der indischen Nachrichtenagentur UNI trat aus einem Leck in einer am Stadtrand gelegenen Fabrik für Pestizide giftiges Cyangas aus. Rund 260 Bewohner einer nahe gelegenen Slumsiedlung seien durch das Einatmen des Giftgases getötet worden. Tausende weiterer Menschen seien bewußtlos und mit akuten Vergiftungserscheinungen in Krankenhäuser eingeliefert worden.

Die Agentur berichtet weiter, bei einem Vorratstank in einer Fabrik für Insektenvernichtungsmittel des US-Konzerns Union Carbide sei ein Ventil undicht gewesen. Das austretende Gas habe sich auf einer Fläche von 40 Quadratkilometern verbreitet und das Vieh auf den umliegenden Feldern getötet. Die Menschen seien von dem Gas teilweise in ihren Häusern überrascht worden. Erst zwei Stunden nach dem Auftreten der ersten Vergiftungen hätten die Sirenen des Werkes Alarm gegeben.

Zimmermann prüft Klage gegen Hessen

ms. Bonn

Das Bundesinnenministerium bereitet eine Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht gegen die Änderung des Personalvertretungsgesetzes durch Hessen vor. Das Ministerium bestätigte gestern, daß Bundesinnenminister Zimmermann die rechtlichen Voraussetzungen für eine solche Klage zur Zeit prüfen lasse. Für die Unionsfraktion erklärte deren stellvertretender Vorsitzender Karl Miltner, wenn die SPD in Hessen nicht selbst den „Weg zurück zum Recht" finde, müsse das Verfassungsgericht angerufen werden. Das im Juli 1984 novellierte hessische Personalvertretungsgesetz habe die Mitbestimmung der Personalräte „so weit ausgedehnt, daß die durch Artikel 28 Grundgesetz geforderte Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Parlament nicht mehr gewährleistet ist", betonte Miltner in einer Erklärung.

Dies gelte insbesondere für die neuen Mitbestimmungsregelungen in personellen Angelegenheiten. „Die von den Bürgern gewählten Kommunal- und Landtagsabgeordneten können nicht mehr verantwortlich Personalentscheidungen treffen."

Der Medien-Konsens liegt in weiter Ferne

fac. Bonn

Der Bremer Bürgermeister Hans Koschnick (SPD) hat für eine möglicherweise gezielte Verwirrung im derzeitigen Medienstreit gesorgt. Bei den CDU-geführten Ländern sei jetzt eine Bereitschaft für die nächste Heraufsetzung der Rundfunk- und Fernsehgebühren vorhanden, sagte Koschnick nach der jüngsten Ministerpräsidenten-Runde in Frankfurt.

So aber wollen die Regierungschefs aus der Union ihre Position nicht verstanden wissen. Erinnert wurde gestern an Uwe Barschels Bemerkung im Kieler Landtag, es sei nicht zu vertreten, jetzt schon Aussagen zur künftigen Gebührenpolitik zu machen, wo doch zum einen die Anforderungen der Anstalten noch nicht bekannt seien und zum anderen auch die wirtschaftliche Entwicklung kaum abgeschätzt werden könne.

Noch konkreter wurde der medienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Dieter Weirich. Der Abgeordnete zur WELT: „Es ist gar nicht daran zu denken, daß die Gebührenfrage mit dem jetzt zur Debatte stehenden Staatsvertrag gekoppelt werden kann." Im übrigen sei „Ruhe an der Gebührenfront" das medienpolitische Gebot der Stunde, damit den künftigen privaten Veranstaltern hinreichend Planungs- und Entwicklungsmöglichkeiten gesichert werden können.

Das Frankfurter Treffen hat keinen der Beteiligten zu der sicheren Prognose veranlassen können, daß am 19. Dezember, wie geplant, der Staatsvertrag über die neue Medienstruktur unter Dach und Fach ist. Vom Tisch scheint der Dollpunkt „Binnenpluralität", die ursprüngliche SPD-Forderung, daß auch private Veranstalter jeweils „in sich ausgewogen" sein müssen. Schwierigkeiten bereitet aber nach wie vor die Verteilung der Satellitenkanäle. Hier tobt allerdings kein Streit zwischen A- und B-Ländern, sondern eher zwischen Größeren und Kleineren.

Strittig ist auch weiterhin der Umfang der Hörfunkwerbung im WDR, der bislang keine Werbesendungen ausstrahlt. Auch über die beabsichtigte – umstrittene – Werbung im dritten Fernsehprogramm des Hessischen Rundfunks ist kein Konsens erzielt. Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU) äußerte nicht mehr als die Hoffnung, daß die Werbung in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten nur „im bisherigen Umfang" ausgestrahlt werden wird. Nach wie vor gibt es starke Kräfte, die den derzeitigen Monopolisten auch hier eine „Entwicklungsmöglichkeit" einräumen wollen.

Am 14. Dezember in Hannover soll der Einigungsversuch fortgesetzt werden. Kommt es zur Übereinstimmung, so wird es immerhin noch ein Jahr dauern, ehe der Staatsvertrag von allen Landesparlamenten gebilligt ist.

Sagt auch nur ein Landtag, etwa der von Hessen, nein, ist der Konsens zerstört. Dann beginnen die „Alleingänge".

Von Erdöl ist vor Chinas Küste noch kaum eine Spur

BP bohrte bisher vergeblich / Nur Exxon wurde fündig

DW. Peking

Auf der Bohrinsel Nanhai-2 im Südchinesischen Meer läuft nach Angaben der British Petroleum (BP) offenbar alles wie geschmiert, wenn man vom Öl einmal absieht. Denn bisher sind weder die BP, für die Nanhai arbeitet, noch die vielen anderen internationalen Firmen auf viel mehr als ein paar Tropfen Öl gestoßen, und das in einer Gegend, die man ursprünglich einmal als letztes großes Pionierland für die Ölsucher bezeichnet hatte. Doch scheint es verfrüht, die ganze Operation als einzigen teuren Mißerfolg abzutun.

Im vergangenen Jahr – nach der ersten Runde kommerzieller Versteigerungen für die Vertragsgebiete – wurde mit der Ölsuche begonnen, und jüngst kündigte die Volksrepublik China eine zweite Versteigerungsrunde an. Nach vorsichtigen Schätzungen stecken ausländische Firmen zur Zeit drei Millionen Dollar wöchentlich in die Öljagd, meinte man bei BP in Kanton.

Die vier Vertragsgebiete der BP im Südchinesischen Meer umfassen nach Angaben des BP-Generaldirektors für China, Dave Harding, 10 000 Quadratkilometer und entsprechen etwa 55 durchschnittlichen Nordseeblöcken. Die BP, die bisher mehr als 50 Millionen Dollar bei der Ölsuche vor der chinesischen Küste ausgegeben hat, arbeitet nun an ihrer siebten Bohrung. Die ersten sechs wurden als erfolglos aufgegeben.

Etwas mehr Erfolg hatte offenbar die US-Firma Exxon, die auf eine Quelle stieß, die täglich rund 3200 Barrel Öl liefert. Die Firma hält die ersten Tests für ermutigend. Zur Zeit prüft Exxon aber noch, ob die Ölquelle kommerziell wertvoll ist. Industriekreise bewerten die Aufnahme der zweiten Versteigerungsrunde bei den ausländischen Firmen als Vertrauensbarometer für die Zukunft der Bohrungen vor der chinesischen Küste, nachdem sich bei der ersten Auktion 33 Firmen beteiligt hatten. Die Sicherheitsvorkehrungen im Bohrungsgebiet, wo erst in diesem Monat beim Absturz eines Hubschraubers fünf Menschen starben, wurden inzwischen verbessert.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Aus dem Bauchladen

Von Peter Jentsch

Unbelastet von der Regierungsverantwortung fällt es leicht, Geschenke zu verteilen. In diesem Sinne hat die SPD jetzt nachvollzogen, was sie während ihrer Regierungsverantwortung vor sich hergeschoben hat: eine Reform der Hinterbliebenenversorgung, die sie als Initiativantrag im Bundestag einbringen will.

Die vom Verfassungsgericht geforderte Gleichstellung von Witwen und Witwern im Rentenrecht will die SPD über das Modell der Teilhaberente verwirklichen. Der überlebende Ehepartner soll bei Erreichen der Altersgrenze oder bei Erwerbsunfähigkeit siebzig Prozent der vor und während der Ehe erworbenen Anwartschaften beider Ehepartner erhalten, mindestens aber hundert Prozent der nach dem Tod des Ehepartners erworbenen eigenen Anwartschaften. In die Berechnung sollen aber Leistungen etwa der Beamtenversorgung oder berufsständischer Versorgungssysteme (wie beim Anrechnungsmodell der Bundesregierung) einbezogen werden. Gleichzeitig fordert die SPD die Sicherung einer Mindestrente sowie die Anrechnung eines „Babyjahres".

Ein Bauchladen von Verbesserungen also, die nur den Nachteil haben, an dem weiland schon Ehrenbergs Entwurf scheiterte: die Sache ist nicht kostenneutral zu finanzieren. Das SPD-Modell verursacht jährliche Mehrkosten von 2,7 Milliarden Mark. Und das, wo sich die Rentenversicherung ohnehin schon am Abgrund der Illiquidität bewegt.

Um die notwendigen Mittel einzufahren, greift die SPD auf alte Rezepte zurück: Beitragserhöhung für die Versicherten, geringere Rentenerhöhungen und Erhöhung des Bundeszuschusses; Subventionierung also durch den Steuerzahler. Und ein bißchen Verschiebebahnhof wird gespielt: die Bundesanstalt für Arbeit soll wieder volle Versicherungsbeiträge für Arbeitslose bezahlen.

Ferner wäre ein Drittel der berufstätigen Frauen, die neben der Hinterbliebenenrente eine eigene erhalten, schlechter gestellt als nach geltendem Recht. Das Modell ist nicht seriös finanziert, bringt das Rentensystem weiter in Staatsnähe und verletzt die Beitragsgerechtigkeit.

Freiheit für Magdeburg!

Von Detlev Ahlers

Wenn es etwas gibt, worüber die Hamburger SPD sich ernsthaft Sorgen macht, dann ist das Nicaragua. „Die Freiheit" dort sei bedroht – „mehr denn je durch eine US-amerikanische Intervention". Dabei, so meint der Landesvorsitzende Ortwin Runde, ist die Entwicklung in diesem Staat „die Hoffnung von Millionen von Menschen". Also: „Hände weg von Nicaragua!"

Es gehört eine Menge Verdrängungsarbeit dazu, einen solchen Aufruf zu unterschreiben, von dem Runde (ebenso wie Mitunterzeichner Senator Jörg Kuhbier) weiß, wer ihn initiiert hat: die DKP. So steht denn der Name des SPD-Landesvorsitzenden neben dem des Hamburger DKP-Vorsitzenden Wolfgang Gehrke, garniert natürlich mit einigen Pastorennamen, die in Nordelbien häufig dabei sind, wenn Kommunisten beweihräuchert werden.

Der DKP ist klar, daß Nicaragua nicht durch Agitation in Deutschland für die dortigen Comandantes gerettet wird. Bei dem Aufruf geht es ihr darum, innenpolitisch Bündniserfolge zu erzielen, sich als Partner demokratischer Kräfte zu etablieren. In Berlin liefen SPD-Leute in einer kommunistisch geführten Demonstration mit. Nun ist es der DKP also gelungen, gemeinsam mit der SPD auf höchster Hamburger Ebene einen Appell „wg." Freiheit loszulassen.

Verstehen SPD und DKP inzwischen unter dem Begriff Freiheit dasselbe? Wenige Kilometer östlich von Bergedorf beginnt das Gebiet, in dem die Mutterpartei der DKP regiert, so, wie sie es für richtig hält. Ein Gebiet, dessen Menschen uns mit Sicherheit nicht ferner stehen als die in Nicaragua. Ist aber die SPD jetzt soweit, daß sie Magdeburg weniger interessiert als Managua?

Die Entwicklung in Managua geht dorthin, wo die Entwicklung in Magdeburg hingegangen ist. Bei dem Umgang, den sie hat, mag für die SPD der Eindruck aufgekommen, daß „Millionen von Menschen" für die Comandantes hoffen. Dabei mag in Vergessenheit geraten, daß Millionen von Deutschen für die Magdeburger hoffen, das Blatt möge sich für sie zum Besseren wenden. Die SPD aber hofft dasselbe wie die DKP.

Beamter in Kuba

Von Günter Friedländer

Dem Kubaner Jose Luis Llovio muß es schwerfallen zu sagen, welches die aufregendsten Tage seiner 48 Lebensjahre waren.

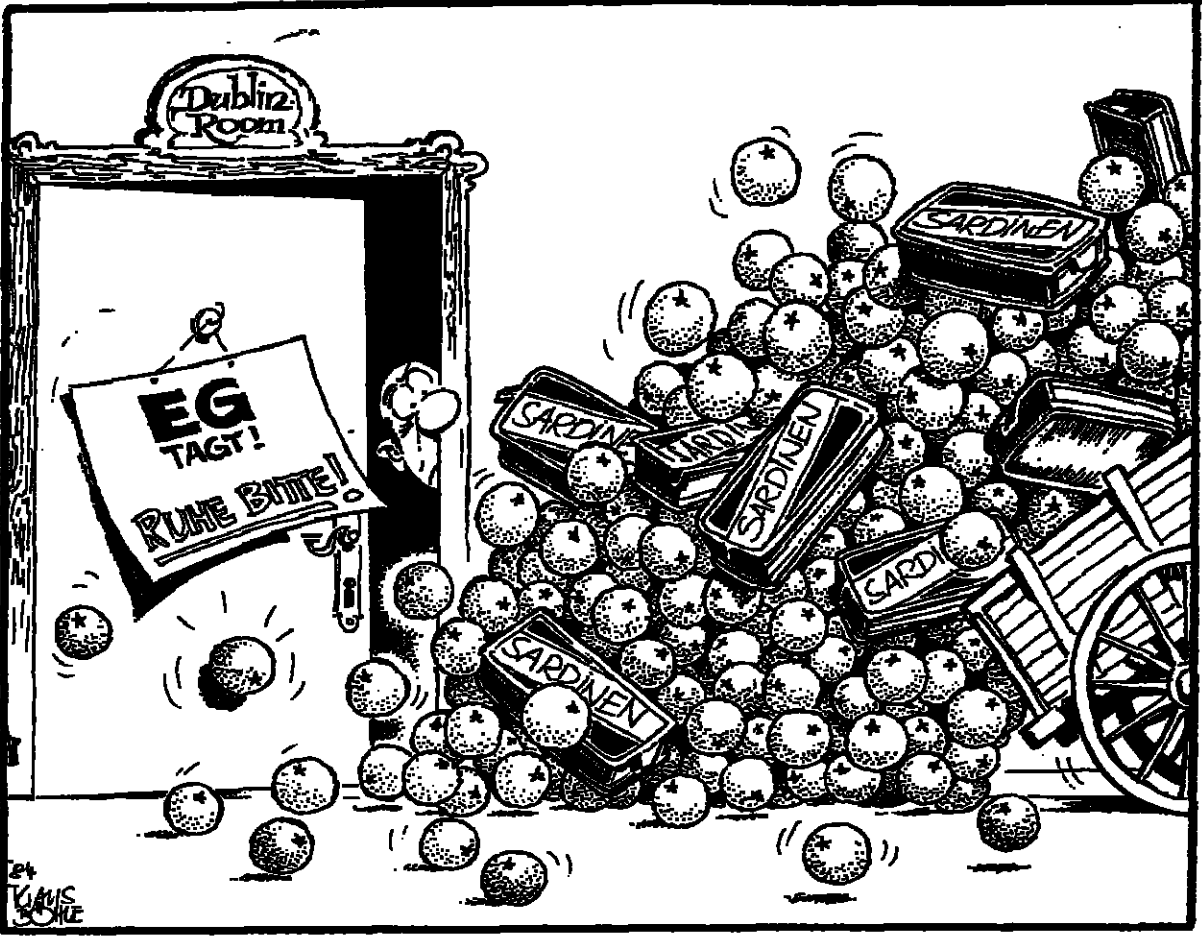
In seinen Schultagen schoß der Sohn einer gutbürgerlichen Familie für die Castro-Revolution auf Polizisten, sprengte Eisenbahnbrücken und landete im Gefängnis. Mit 25 Jahren war er Denunziant im Dienst der Geheimpolizei und schnüffelte im Leben von Regierungsbeamten. Für kurze Zeit geriet er (bis heute weiß er nicht, warum) in ein Gefängnis Fidels, und von dort – ein moderner Joseph – ins Landwirtschaftsministerium, wo er ohne jede Vorkenntnis die Investitionspolitik der Zuckerindustrie zu bestimmen hatte. Zu seinem Glück schlug er vor, was Castro im Sinn hatte und wozu man keine Fachkenntnisse braucht: veraltete Maschinen zu ersetzen.

Dies brachte ihm das Amt eines Chefberaters im Wirtschaftsministerium ein, wo ihn das Glück nicht verließ: Die vielen russischen Berater trafen alle Entscheidungen für ihn.

Wenig später erhielt er den Auftrag, Unregelmäßigkeiten in Kubas Botschaften aufzudecken. Mindestens zwölf Diplomaten verloren durch ihn ihre Posten, nur der ungetreueste, Guillermo Garcia, dem er die Unterschlagung von 700 000 Dollar nachwies, wurde befördert: Er war Mitglied des Politbüros der KP.

Trotz einer schönen Wohnung in Havana, einer Ferienwohnung nahe der Fidel Castros in Varadero und eines Dienstautos mit Fahrer dachte Llovio über die Unberechenbarkeit der Beamtenlaufbahn in Kuba nach, die nach seiner Erfahrung davon abhängt, ob man Castros jeweilige Launen erraten kann.

Er trat eine Ferienreise in die Tschechoslowakei an. Auf der Zwischenlandung in Kanada bat er um politisches Asyl in den USA. In Washington untersuchte man fast drei Jahre lang Llovios Erzählungen. Vor wenigen Tagen gewährte man ihm Asyl. Sein erster Gegendienst bei der Ankunft in den USA, wo er seine Erinnerungen schreiben will, war eine Warnung an die Amerikaner: „Ich habe oft genug Fidel Castro sagen hören, daß er die USA, ihre Institutionen und alle ihre Bewohner haßt." Und das ist wohl mehr als nur eine seiner Launen.



Draußen vor der Tür — KLAUS BÖHLE

Marx in der Vorratskammer

Von Joachim Neander

In der Hamburger Zeitschrift „Das Argument" konstatierte der Bremer Politikprofessor und frühere Juso-Funktionär Detlev Albers neulich seufzend eine „wachsende Sehnsucht nach einem einzigen, mit unbestrittener Definitionsgewalt ausgestatteten Denkzentrum, dessen, was Marxismus ist und was nicht".

Selbstverständlich beeilte er sich, darauf hinzuweisen, daß diese Sehnsucht zumindest zur Zeit unerfüllbar ist. Denn jetzt sei die Zeit des „offenen" Marxismus. Aber mit diesem „offenen" Marxismus, wie er sich schillernd und widersprüchlich in der Friedens-, Öko- und Frauenbewegung, in der Dritten Welt und unter den Linksintellektuellen breitgemacht hat, können die wahren Marx-Jünger nur wenig anfangen. Mißtrauen geht um. Man jammert hinter vorgehaltener Hand. Tatsächlich scheinen Karl Marx und seine Lehre ihre noch vor zehn Jahren entscheidende Bedeutung in der „Bewegung" der Linken verloren zu haben.

Zwar tun sich ein paar DKP-Vorturner bei Großaktionen noch dadurch hervor, daß sie das reichlich vorhandene Geld beisteuern und (dann gelegentlich als „Deppen" verspottet) die organisatorische Schmutzarbeit leisten. Aber wer sich etwa auf einer Versammlung der Grünen auf ein Marx-Zitat beruft, riskiert Gelächter.

Theorie, erst recht eine mit Bart, ist nicht gefragt. Was jetzt in der alternativen Szene an neuen Theorien diskutiert wird – etwa das dezentrale System der kleinen demokratischen Einheiten oder die Vorstellungen von einer freiwilligen, bezahlten Arbeitslosigkeit – kommt so gut wie ganz ohne Marx und Engels aus. Mehr noch: tragende Säulen des Marxismus wie die Veränderbarkeit des Menschen durch die Veränderung der Produktionsverhältnisse, die zentrale Planung oder auch die marxistische Gewißheit vom unvermeidlichen Untergang des Kapitalismus, haben im Denken der neuen Linken zur Zeit keinen Platz.

Wer sich selber Atomkrieg, ökologische Katastrophe und Weltuntergang an die Wand malt, dem muß ein solcher historisch-materialistisch begründeter Optimismus lächerlich vorkommen. Auch die Versuche der treuen Exegeten, wenigstens Restbestände der unmodernen Lehre in die Untergangsstimmung hinüberzuretten, indem sie z. B. im „Kommunistischen Manifest" einen Halbsatz „entdekken", der außer dem Sieg des Proletariats auch die Möglichkeit eines „gemeinsamen Untergangs der kämpfenden Klassen" erwähnt, helfen nur wenig; ganz abgesehen davon, daß Marx diese Möglichkeit nur rückblickend in der Geschichte der Klassenkämpfe zu sehen glaubte.

In der Frauenbewegung flackert der Konflikt mit den Theorie-Marxisten offen auf. Alice Schwarzers „Emma" wirft ihnen vor, sie „greifen die Frauenfrage auf und verdrehen sie". Der Gegensatz der Geschlechter sei älter und fundamentaler als alle Klassengegensätze. Die Marxistinnen fragen pikiert zurück, ob man als Feministin nicht doch einem klassenbewußten Proletarier näher stehen müsse als einer Unternehmerin.

Im Grunde scheinen das alles Rückzugsgefechte zu sein, veranstaltet von marxistischen Hochschullehrern vor allem, die schon aus Gründen ihrer akademischen Reputation ihrer Lehre nicht ganz so rasch abschwören können wie Spontis und Neo-Alternative. Marx scheint sich zu verflüchtigen. Nur die Theologin Dorothee Sölle verkündet auch im Spätherbst 1984 noch ihren unbeirrbaren, zwischen Marx und Christus aufgeteilten Glauben: „Diese Mischung ist unbesiegbar!"



Wann wird er für die neunziger Jahre frisiert? Marx — FOTO: DIE WELT

Aber der Eindruck täuscht. Zwar ist der Marxismus im Ostblock als Ideologie nach der Einschätzung von Beobachtern wie Kolakowsky oder Kopelew nur noch Kitt für zerbröckelnde Macht. In der Zeitschrift „Osteuropa" wurde jüngst die Schicht der kleinen Parteifunktionäre in der Sowjetunion, soweit sie keinen Einfluß auf Staats- oder Schattenwirtschaft haben, sogar als neue unterprivilegierte Klasse dargestellt.

In der Bundesrepublik ist es anders. Zuviele glühende Marxisten aus den sechziger und siebziger Jahren haben hier ihren Glauben in die neuen linken Bewegungen mitgenommen. Vielleicht zweifeln sie insgeheim. Aber es gibt nirgendwo eine offene Auseinandersetzung. Karl Marx ist nur in der Vorratskammer deponiert worden. Eines Tages, wenn die Tagesparolen um Ökologie, Raketen, Frieden, Gerechtigkeit oder Frauenemanzipation sich erschöpft haben, wenn man die auseinanderlaufenden Gruppen nur noch durch das disziplinierende Band einer gemeinsamen Theorie wird zusammenhalten können, dann werden sie Karl Marx wieder hervorholen, für die neunziger Jahre frisiert, aber in der Grundtendenz unverändert.

Wer daran zweifelt, sollte den Unterschied zwischen der deutschen und etwa der französischen oder angelsächsischen Szene beachten. Dort gibt es innerhalb der Frauen-, Friedens- oder Ökobewegung eine geistige Auseinandersetzung mit dem Marxismus. Hierzulande dagegen finden lediglich taktische Abgrenzungsmanöver statt; inhaltlich wird nicht gerungen. Antikommunismus bedeutet nach wie vor Selbstausgrenzung aus der Bewegung. Der Kommunist wird vielleicht belächelt, aber immer geduldet. Der Antikommunist dagegen ist der Feind. So lange dies so ist, kann man von einer Überwindung der marxistischen Ideologie nicht sprechen.

IM GESPRÄCH Wisniewski

Für die Hochschul-Wende

Von Eberhard Nitschke

Die Chronik des Deutschen Bundestages vermerkt, daß es nach Mitternacht war, als eine Dame ans Rednerpult des nur noch sehr licht besetzten Hohen Hauses trat und sagte: „Wenn die Leistungsfähigkeit unserer Hochschulen und anderer Wissenschaftseinrichtungen gewährleistet, wiederhergestellt und verbessert werden soll, dann ist es unter einem sachlich und nicht ideologisch begründeten Ansatz notwendig."

Der Aufruhr, den ein solcher Satz stiften kann, ist Frau Roswitha Wisniewski, ordentlicher Professorin der Germanistik an der Universität Heidelberg und seit 1976 Bundestagsabgeordnete der CDU, wohl bewußt. Von den wenigen Hochschullehrern im Parlament ist sie wohl die einzige Person, die sich unter dem Eindruck des desolaten Zustandes der deutschen Universitäten und mit dem Vorsatz, hier eine Wende herbeizuführen, in die Politik begab und hier sofort nach oben befördert wurde. Das, wofür sie seither ebenso beharrlich wie unpathetisch eingetreten ist, steht jetzt endlich zur Entscheidung an.

Das Hochschulrahmengesetz, eine Gesamtrevision verquerer Bildungsplanung, durch die deutsche Universitäten um ihren Rang kamen, soll „um Weihnachten herum" als Entwurf und als Kabinettsvorlage eingebracht sein. Und schon bei der Behandlung mehrerer hochschulpolitischer Vorlagen im Bundestag wurde deutlich, daß der Neuansatz von der Opposition mit allen Mitteln bekämpft werden wird.

Frau Wisniewski, deren politischer Ausgangspunkt eine Heidelberger Universität in Revolte war, in der Hochschullehrer bedroht und geprügelt wurden, ist auf den Ansturm gerüstet, der sich jetzt mit Äußerungen wie „Refeudalisierung", „Restauration" oder „Wiederherstellung alter Ordinarienherrlichkeit" ankündigte. Im Bundestag hat sie schon auf den, wie sie sagte, „klassenkämpferischen Irrglauben" der Opposition hingewiesen, daß durch Maßnahmen, mit denen die Funktionsfähigkeit der Universitäten wiederhergestellt werden soll, die Hochschulen „den Interessen der Wirtschaft dienstbar" gemacht würden.



Krawallerfahrungen in Heidelberg: Roswitha Wisniewski — FOTO: DIE WELT

Zu den Erkenntnissen, denen Frau Wisniewski zum Durchbruch verhelfen will, gehört nämlich auch die Feststellung, daß es an der Alma Mater einen Unterschied zwischen Lehrenden und Lernenden gibt, daß bei der Rektorwahl möglicherweise Professoren kompetenter sind als Wissenschaftseleven. Beseitigt werden sollen Fehler in der Personalstruktur, zum Beispiel Zeitstellen für wissenschaftlichen Nachwuchs, der wieder auf Universitätsstellen für Habilitierte hoffen dürfen soll.

Politik an der Hochschule begann für die 1926 in Stolp in Pommern geborene Roswitha Wisniewski mit den merkwürdigen Erfahrungen an der Ost-Berliner Humboldt-Universität von 1946 bis 1948. Nach Gründung der Freien Universität wechselte sie dorthin und nahm ihre Lehrtätigkeit auf, die sie unter anderem für zwei Jahre als Leiterin des Departements für deutsche Sprache und Literatur an die Universität Kairo führte, wo rund 3000 Studenten Deutsch lernen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

LA LIBRE BELGIQUE

Die Brüsseler Zeitung nennt die Gipfel-Tagesordnung „lächerlich":

Man wird immer durch seine Sünden gestraft. Seit der Stuttgarter Sitzung des Europäischen Rates wird immer offensichtlicher, daß die Entscheidungsverfahren der Europäischen Gemeinschaft in eine Phase der rapiden Entartung geraten sind. Die Ratssitzungen verdienen immer weniger, als „Gipfel" bezeichnet zu werden. Die Außenministertagungen werden schlecht und recht von einer Expertengruppe vorbereitet. Der Ministerrat wird seinerseits zu einem „Briefkasten" und beschließt meist, die Probleme an den „Gipfel" weiterzuverweisen. Und der Gipfel wird zur Rumpelkammer. Man fragt sich wirklich, wie der Europäische Rat in zwei Tagen die Zeit finden soll, um den Faure-Bericht (den sogenannten Zwischenbericht über die weitere Entwicklung der europäischen Gemeinschaft) ernsthaft zu prüfen. Kurz, eine Tagesordnung, die ihren Verfasser lächerlich macht.

TAGESZEITUNG

Das Blatt meint zu den hessischen Verhältnissen:

Wer den Ausstieg aus der Plutonium-Wirtschaft wirklich will, erreicht ihn nicht durch den Ausstieg aus der Verantwortung. Nicht Holger Börner, sondern Oskar Lafontaine äußerte dies jüngst bei einer öffentlichen Diskussion, befragt zum Scheitern des Bündnisses von SPD und Grünen in Hessen. Die Aussteiger sind für den linken Sozialdemokraten natürlich die Grünen. Man kann ihm nur entgegenhalten, daß seine eigenen Parteifreunde gar nicht erst richtig eingestiegen sind: Denn wenn Börner wirklich Ernst gemacht hätte mit den Parteitagsbeschlüssen der Bundes- und Landes-SPD zum Ausstieg aus der Plutonium-Wirtschaft, dann wäre es für ihn nicht so einfach gewesen, sich jetzt davonzustehlen. Dies gilt auch für die Ernsthaftigkeit seines Wunsches nach langfristiger Zusammenarbeit mit der Ökopax-Partei.

Frankfurter Allgemeine

Sie kommentiert die Gewalt in Sri Lanka:

Auf Sri Lanka spitzen sich die Dinge gefährlich zu. Sollten die Extremisten unter der tamilischen Minderheit im Norden der Insel tatsächlich einen eigenen Staat ausrufen, wie die Regierung in Colombo ihnen unterstellt, wird es nicht nur zu einer gewaltigen Gefühlsaufwallung bei der singhalesischen Mehrheit auf Sri Lanka kommen. Sondern es werden sich auch die indischen Tamilen aufgerufen fühlen, ihren hinduistischen Glaubensbrüdern auf der Insel beizustehen gegen die singhalesischen Buddhisten, die sie angeblich unterdrücken. Der innenpolitische Druck auf den neuen indischen Premierminister Rajiv Gandhi, etwas zu unternehmen zugunsten der Sri-Lanka-Tamilen, könnte so stark zunehmen, daß es deswegen auch in Indien zu einer Krise kommt.

Aufbruch mit Lenin-Zitaten zum Kapitalismus

Dengs radikale wirtschaftliche Wende in China / Von Christel Pilz

Es macht nichts, sagt Chinas führender Staatsmann Deng Xiaoping, ob die Katze weiß ist oder schwarz. Hauptsache, sie fängt Mäuse. Ein für die Deng'sche Politik bezeichnender Satz. Was soll das Festhalten an ideologischen Doktrinen und Begriffsinterpretationen, wenn sie den Fortschritt blockieren, wenn sie die volkreichste Nation zur Armut verdammen?

Ende Oktober Oktober hat Deng den vielleicht wichtigsten Durchbruch auf seinem Weg zur Modernisierung von Staat und Nation geschafft. Einmütig besiegelten die 321 Mitglieder des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei das Ende der Planwirtschaft im Sowjetstil und proklamierten ein neues Wirtschaftssystem, das mehr kapitalistisch als sozialistisch aussieht. Die Wende führt auf das Prinzip zurück, daß die Nachfrage das Angebot bestimmt. Freier Wettbewerb, die Lust am Geldverdienen und Handeln sind nicht länger Ketzerei.

Dabei haben sie, so erklären die Dengschen Wirtschaftsstrategen, den Sozialismus keineswegs aufgegeben, sie haben nur Lehren aus der Vergangenheit gezogen und den Sozialismus der Mentalität des Volkes angepaßt, also einen Sozialismus geschaffen, der Fleiß und Ausdauer belohnt. Lenin wird jetzt dafür zitiert, daß zuviel Planung von Übel sei. Marx steht als Advokat für internationale Zusammenarbeit.

Noch ist es zu früh, die Tragweite dieser Entscheidung zu ermessen. Vielleicht wird er weltverändernd, gewiß aber wird er weltumfassend sein. Wirtschaftlich stimulierend, ideologisch provozierend. Den Industrieländern bietet China gewaltige Möglichkeiten. Allein in den nächsten drei bis vier Jahren will Peking – nach einem Beschluß vom 24. November – 14,2 Milliarden Dollar seiner Devisenreserven für den Import hochtechnologischer Anlagen ausgeben. Beschränkungen zur Fertigung für den einheimischen Markt sind oder werden aufgehoben. Zweifelnden westlichen Geschäftsleuten versicherte Deng Xiaoping, sie könnten sich auf lange Zeit festlegen. Der neue Kurs werde von Dauer sein, „mit Sicherheit" für die nächsten 65 Jahre.

Ein solcher Sozialismus bietet sich den Ländern der Dritten Welt als attraktive Alternative zum Modell des Kreml an. Moskau wird kaum anders können, als sich der Herausforderung zu stellen. Derzeit beschränkt sich die sowjetische Parteizeitung „Prawda" auf die Mahnung, das neue chinesische Wirtschaftssystem unterminiere die kommunistische Ideologie und setze das Volk den Übeln des Kapitalismus aus; der Arbeitslosigkeit und der Inflation.

Niemand, am wenigsten die chinesische Führung, unterschätzt die Schwierigkeiten, die es zu überwinden gilt. Zu Ende ist die Zeit, da die Unternehmer ihr Versagen auf die zentrale Planung abladen konnten. Zu Ende ist die Zeit der Subventionen, die alljährlich fast die Hälfte der Staatsausgaben verschlangen. Zu Ende ist die Ära des Gleichheitsprinzips. Es gilt der Markt für Preise und Löhne. Eine Million städtischer Betriebe steht vor der Aufgabe, sich anzupassen. Die, die es nicht können, werden untergehen.

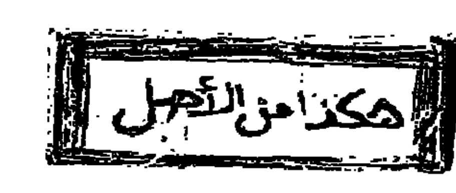
Bereits verwirklichte Ansätze zur neuen Ordnung erlauben Optimismus. Da ist die Entkommunisierung der Landwirtschaft, die den Bauern seit 1978 eine Steigerung ihres Jahres-Pro-Kopf-Einkommens von 130 Prozent einbrachte. Da sind die vier autonomen Wirtschaftssonderzonen, ihnen voran Shenzhen, am Zaun zu Hongkong.

Wo vorher nur Reisfelder und Armutshütten waren, „boomt" jetzt ein Mini-Hongkong, erschaffen unter der Flagge des Sozialismus, angetrieben von den Motoren des Kapitalismus. Shenzhen ist zur Schule für Manager und Kader aus allen Teilen des Landes geworden. Was hier funktioniert, soll landesweit aufgenommen werden. So erfolgreich sind die vier Sonderwirtschaftszonen, daß Peking Anfang dieses Jahres vierzehn Küstenstädte von den Stricken der zentralen Planung kappte und als offen erklärte für Kontakte mit der Weltwirtschaft.

Enthusiasmus und Arbeitseifer blühen; jede Zone, jede Stadt hat den Ehrgeiz, erfolgreicher als die anderen zu sein. Kein Wunder, wenn ausländische Geschäftsleute die Prognose wagen, China könne die Sowjetunion als Industrienation zur Jahrtausendwende überholt haben.

Noch ist Deng Xiaoping nicht am Ziel, noch gibt es linksradikale Maoisten, die seinen Kurs zu stören versuchen. Sie werden mit der Versicherung beruhigt, daß die Partei nach wie vor kommunistisch sei. Mit denen aber, die nicht hören wollen, hat Deng nicht länger Geduld. Eine neue Säuberungswelle siebt Linksradikale und korrupte Kader aus der Partei.

Deng hat sich bisher als Meister erwiesen in der behutsamen Durchsetzung seiner Strategie. Für ihn gilt das Wort von Konfuzius, daß der, der sein Ziel kennt, entscheiden kann, daß der, der entscheidet, Ruhe findet und daß der, der Ruhe findet, sicher ist.



Osaka startet zum Angriff auf Tokio

Tokio soll gestürzt werden, seine Vormacht als Geschäftszentrum des Industriegiganten Japan verlieren. Dies ist das ehrgeizige Ziel des Rivalen Osaka. Unter dem Motto „Freiheit, Vitalität, Kreativität – Osaka 2001" wird in der zweitgrößten Stadt Japans das 21. Jahrhundert in Angriff genommen.

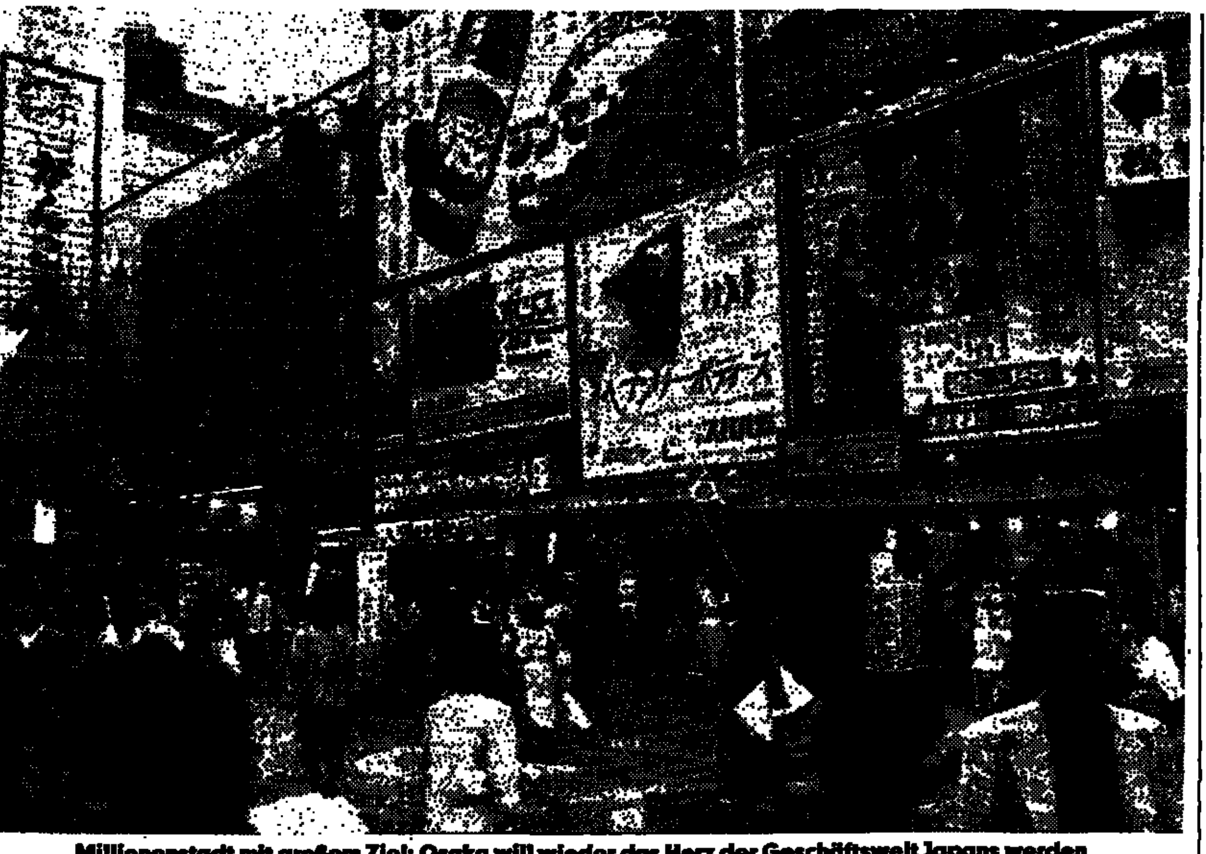
Von HEINER KLINGE

Auf vier Eckpfeilern soll die Zukunft der Hafenstadt zwischen Tokio und Hiroshima ruhen: Erstens sollen dort Spitzentechnologien wie Biotechnik und Elektronik in großem Maßstab entwickelt werden. Zweitens entsteht unter dem Namen „Technoport" ein Zentrum der Kommunikation, das über die modernsten Medien einschließlich der Satellitentechnik verfügen wird. Drittens wollen die Stadtväter Osaka wieder zu einem Mittelpunkt der japanischen Kultur machen. Viertens wächst aus dem Wasser der Meeresbucht von Osaka eine künstliche Insel, auf der zu Beginn der 90er Jahre ein internationaler Flughafen den Betrieb aufnehmen soll.

Gewitzt durch die Erfahrungen mit dem Tokioter Flughafen Narita, bei dessen Bau Bauern und Umweltschützer jahrelang erbitterte Schlachten mit der Polizei schlugen, siedelt Osaka seinen neuen Flughafen im Meer an. Der alte Flugplatz liegt so dicht an der Stadt, daß er wegen Lärmbelästigung zwischen 21 und sieben Uhr geschlossen bleiben muß und täglich nur 200 Flüge (73 000 pro Jahr) verkraften kann. Der neue Flughafen auf der 1200 Hektar großen Insel soll schon bei seiner Eröffnung 100 000 Flüge gestatten und seine Kapazität bis zur Fertigstellung auf 260 000 steigern. Ryutare Nomura, Chef des in Osaka angesiedelten weltgrößten Zeltherstellers Taiyo-Kogyo: „Gedeihen kann nur eine Stadt, die ihre Tore rund um die Uhr offenhält."

Rivalität mit Tokio ist für Osaka ein wichtiges Motiv seiner energischen Bemühungen. Hatte sich doch zu Beginn des 17. Jahrhunderts, als der Feldherr und Shogun Tokugawa Ieyasu die Burg von Osaka eroberte und schleifen ließ, das Gravitationszentrum Nippons von dort nach Edo (Tokio) verlagert. Der Rückstand vergrößerte sich im Zweiten Weltkrieg drastisch: Bei US-Bombenangriffen wurde ein Drittel der Bauten vernichtet, die Einwohnerzahl sank um zwei Drittel auf eine Million. Heute leben im Stadtgebiet wieder 2,6 Millionen Menschen. Nach UNO-Angaben, die das Zusammenwachsen der großen Ballungsgebiete Japans berücksichtigen, ist der Großraum Tokio/ Yokohama mit 17 Millionen Einwohnern die größte Stadt der Welt und rangiert Osaka (einschließlich Kobe, Kyoto etc.) mit acht Millionen Menschen in Japan an zweiter und im Weltmaßstab an 17. Stelle.

Nach Verlust der politischen Vormachtstellung stürzten sich die Bürger von Osaka auf den Handel, rächten sich an den Shogunen von Edo, indem sie diese Fürsten finanziell von sich abhängig machten. Im 18. Jahrhundert verfügte Osaka über 70 Prozent des Reichtums Japans, war Finanz- und Handelszentrum des ganzen Landes. Ehe sich zur Mitte unseres Jahrhunderts diese Entwicklung zugunsten Tokios umkehrte, sagte man sich in Osaka nicht „Guten Tag", sondern grüßte „Mokalimakka?" (Verdienst du gut?). Lautete die Antwort: „Nein, durchaus nicht!" so liefen die Geschäfte ganz normal. Gab aber einer „soso, lala" zur Antwort, so verdiente er ganz ausgezeichnet.



Millionenstadt mit großem Ziel: Osaka will wieder das Herz der Geschäftswelt Japans werden
FOTO: HEINER KLINGE

Nachdem es den Tokiotern gelungen war, die Zentralen vieler großer Konzerne in die Hauptstadt zu holen, und als Osaka fast nur noch der Ruf geblieben war, man könne dort besonders gut essen, konnte man aus dem Munde der Hauptstädter häufig die abschätzige Bemerkung hören: „Die Leute von Osaka tafeln sich noch bankrott."

Dieser Hochmut soll bald gebrochen werden. Einige der Industrie- und Handelsgiganten wie Taiyo Kogyo, der Elektro-Konzern Matsushita und der größte Whisky- und Bierproduzent Suntory sowie zwei der vier größten japanischen Banken haben ihre Hauptquartiere seit je in Osaka belassen.

Doch gehen die Wirtschaftskapitäne dieser Hafenstadt jetzt ganz zielstrebig daran, auch andere bedeutende Firmen wieder aus der Hauptstadt zurückzuholen. Suntory-Präsident Keizo Saji: „Wir haben beschlossen, daß Osaka die auf Tokio lastende schwere Bürde erleichtern soll. An der Schwelle des 21. Jahrhunderts muß Osaka seine Rolle als Herz der Geschäftswelt Japans wiedererlangt haben."

Östlich der majestätischen Trutzburg von Osaka entsteht darum der „Osaka Business Park" mit neuen Wolkenkratzern und Hotels, wachsen ein Hochhaus der Kommunikation und ein Palast der Mode in die Höhe. An der Bucht von Osaka wird auf 120 000 Quadratmetern ein Internationales Messegelände gebaut. Zentren für internationalen Studentenaustausch und zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen sowie ein Konferenz-Zentrum sind geplant.

Das „japanische Venedig", dessen Bürger über den Yodo-Strom, seine sechs in die Bucht ausgreifenden Delta-Arme und über die vielen künstlichen Kanäle nicht weniger als 1474 Brücken bauten, will auch wieder zu einer Metropole der Kunst und Kultur werden. Zwar kann es sich rühmen, im Shitennoji den ältesten Buddha-Tempel und im Mausoleum des Tenno Nintoku das größte Kaisergrab Japans zu besitzen. Doch ist sein Ruhm als Geburtsstätte des Bunraku-Puppentheaters und des Kabuki-Dramas reichlich verblaßt. (Während beim Kabuki Menschen agieren, werden beim Bunraku die Puppen – sie haben zwei Drittel der Lebensgröße – von bis zu drei schwarz gekleideten Spielern geführt.)

Entworfen wurden ein Bunraku-Nationaltheater sowie Museen für Meeresbiologie und Ozeanographie sowie für Wissenschaft und Technik. Fertiggestellt ist schon der größte Saal Asiens in Gestalt der Kultur- und Sporthalle „Burg Osaka" mit 16 000 Plätzen. Eingeweiht wurde sie genau heute vor einem Jahr mit Beethovens 9. Sinfonie. 10 000 Sängerinnen und Sänger ließen Schillers Ode an die Freude erschallen.

Erster Höhepunkt im „Plan für das 21. Jahrhundert" war 1983 die 400-Jahr-Feier der Burg von Osaka. Nächster wird 1989 die Hundert-Jahr-Feier der Verleihung des Stadtrechts sein, umrahmt von einer großen Blumenschau. Anfang der 90er Jahre folgt die feierliche Einweihung des neuen Flughafens.

Die Schwesterstädte Shanghai und Melbourne, San Francisco und São Paulo, Leningrad und Mailand tauschen mit Osaka Besucher, Ausstellungen und Konferenzen aus. In der Bundesrepublik hat Osakas Oberbürgermeister Yasushi Oshima eine besondere Vorliebe für das romantische Städtchen Rothenburg ob der Tauber, das er schon mehrfach besuchte, zuletzt in diesem Jahr.

Bei der Roßmühle trägt inzwischen ein Stück der Stadtmauer Rothenburgs den Schriftzug „Osaka". Denn Oshima spendete 1981 für den Wiederaufbau von einem Meter der zerfallenden Stadtmauer 800 Mark. Ein japanisches Fernsehteam folgte seinen Spuren, drehte einen Film über Rothenburg und spendete dieselbe Summe. Seit dieser Streifen in Osaka gezeigt wird, gingen neue Spenden aus Japan ein. Nun hat die Mauer schon 14 japanische Meter.

Und manchmal drängt es die Warentester zur Politik

Zwanzig Jahre Stiftung Warentest, das sind zwei Jahrzehnte erfolgreicher Verbraucher-Information mit gelegentlichen Querelen. Die Reichweite der Stiftung ist unterdessen ausgeschöpft, und das verführt manchen, sich in – auch rechtlich – umstrittenes Neuland vorzuwagen.

Von HANNA GIESKES

„Unterrichtung der Öffentlichkeit über Nutz- und Gebrauchswert von Gütern und Dienstleistungen" – mit diesem Auftrag und einem Etat von rund zwei Millionen Mark hat die Stiftung Warentest am 4. Dezember 1964 in Berlin ihre Arbeit begonnen. Heute liegt das Budget bei etwa 40 Millionen Mark, und alle Betroffenen sind mit der Arbeit der Stiftung „grundsätzlich" zufrieden. Doch es besteht die Sorge, daß „Warentest" in eine Richtung abdriftet, die mit dem Stiftungszweck nichts mehr zu tun hat.

Die Aufgaben der Stiftung Warentest sind unpolitisch. So sah es der Beschluß der Bundesregierung vom 15. September 1964 vor, dem sie ihre Existenz verdankt: Damals hatte die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher gemeinsam mit Verbänden des Handels und der Industrie eine „Aktionsgemeinschaft für Warentestfragen" gegründet. Im Frühjahr 1966 erschien zum ersten Mal die Zeitschrift „test". Am Jahresende hatte sie 3000 Abonnenten; im Monatsdurchschnitt wurden 53 000 Hefte verkauft. Heute beträgt die durchschnittliche Druckauflage 748 000 Exemplare; die verkaufte Auflage liegt bei 614 000 im Monat. Hinzu kommen Sonderpublikationen und das Testjahrbuch.

Trotz dieser imponierenden Größenordnungen stagniert die Auflage von „test", und hier liegt die große Versuchung für die Berliner Warentester. Die Zeitschrift ermöglicht der Stiftung nämlich eine von öffentlichen Mitteln weitgehend unabhängige Existenz. So positiv dies ist, so sehr besteht auf der anderen Seite die Gefahr, daß sich die Stiftung um einer höheren Auflage willen von ihrem Auftrag entfernt und statt neutraler Informationen über Produkte und Dienstleistungen publikumswirksame Themen anbietet, die derzeit „neutral" nicht darzustellen sind.

So hat Warentest-Vorstand Roland Hüttenrauch im Sommer dieses Jahres von „ersten Schritten" in Richtung Umweltschutz berichtet. Dies ist zweifellos ein Aufbruch in neue Bereiche, doch ob er sich mit dem Stiftungszweck deckt, ist mehr als zweifelhaft. Der Bundesverband der Deutschen Industrie, der Mitglied im Kuratorium ist, verfolgt dies jedenfalls mit „gespannter Aufmerksamkeit", und das bedeutet, daß man „Enthüllungsjournalismus" befürchtet, „denn das Thema ist ja voller Emotionen".

Die Befürchtung ist nicht von der Hand zu weisen, nachdem die Bundesregierung,einer Bitte Hüttenrauchs entsprechend, die Stiftung in diesem Jahr aus der engen haushaltsrechtlichen Bindung entlassen hat. So fließen die Mittel aus Bonn zwar weiterhin, aber ihre Verwendung ist nicht mehr zweckgebunden, und damit ist der Handlungsspielraum der Warentester größer geworden.

Davon träumen sie allerdings schon seit Jahren. Vor einiger Zeit wollte Roland Hüttenrauch von Berlin aus in die Verbraucherpolitik einsteigen, eine Aufgabe, die der Arbeitsgemeinschaft der Vebraucher in Bonn vorbehalten ist. Damals hat ein klärendes Gespräch mit dem Wirtschaftsminister die ursprüngliche Ordnung wiederhergestellt: Die Arbeitsgemeinschaft blieb die „Lobby" der Verbraucher in Bonn, die Verbraucherzentralen behielten landesweit ihre beratende Funktion, und die Stiftung lieferte weiterhin neutrale Informationen über Produkte und Dienstleistungen.

Inzwischen gibt es einen neuen Vorstoß zur Änderung des Stiftungszwecks, über den zur Zeit heftig gerangelt wird. Warentest will dem Verbraucher „eine angemessene Position in der Marktwirtschaft sichern", und darum möchte man „verbraucherrelevantes Wissen" verbreiten – was immer das ist. Der Bundesverband der Deutschen Industrie versteht es jedenfalls als „Freibrief für heute noch nicht bekannte Problemstellungen künftiger verbraucherpolitischer Arbeit", und er findet dies unangemessen.

Zu Recht, denn die Stiftung hat diese Legitimation nicht. Und ob es dem Verbraucher nützen kann, ist eine offene Frage. Er will neutrale Warentests haben, und daß die Stiftung, wie sich an der stagnierenden Auflage ihrer Zeitschrift ablesen läßt, hier an Grenzen gestoßen ist, gibt ihr nicht das Recht, auf fremden Feldern zu ackern. Statt dessen sollte sie neue Wege suchen um auch die Konsumenten zu erreichen, die sie zur Zeit nicht erreicht: Das sind nämlich diejenigen, die Produktinformationen besonders nötig haben, weil ihre Mittel beschränkt sind, und die deshalb die Zeitschrift nicht kaufen.

Zwanzig Jahre lang hat die Stiftung Warentest dazu beigetragen, daß Produkte ständig verbessert worden sind. An diesen Erfolgen ändert auch die Tatsache nichts, daß sich Hersteller und Warentester gelegentlich vor Gericht wiederfinden. Fehler kommen vor, wie Hüttenrauch einräumt, und es kommt gleichermaßen vor, daß sich ein Anbieter zu unrecht angegriffen fühlt. Gerade in Zeiten harten Wettbewerbs reagieren sie oft empfindlich auf negative Testurteile. Auf der anderen Seite haben sie die Möglichkeit, mit diesen Testurteilen zu werben, und davon machen sie gern und reichlich Gebrauch.

Diese positive Bilanz konnte allerdings nur entstehen, weil die Berliner Warentester sich bislang jeder verbraucherpolitischen Tätigkeit enthalten haben, um sich, wenn auch manchmal zähneknirschend,auf ihren Stiftungszweck zu konzentrieren. So sollte es denn auch bleiben.

Pfundweise wuchs das Glockenspiel mit Potsdamer Klängen

Von HARALD POSNY

Was 1945 in Potsdam zum letzten Mal erklang, bevor die Garnisonskirche des Preußenkönigs Friedrich Wilhelm I. bei einem Luftangriff in Schutt und Asche sank, ist nun im Düsseldorfer Stadtteil Hubbelrath zu hören: vom Turm der kleinen Kapelle neben der Bergischen Kaserne spielt künftig ein Glockenspiel zur vollen Stunde den Choral „Lobet den Herrn", für den der Düsseldorfer Lateinlehrer und Kirchenliederdichter Joachim Neander (1650–1680) den Text geschrieben hat, während zu jeder halben Stunde ein Motiv aus Mozarts „Zauberflöte" erklingt, ebenso bekannt als weltliche Weise mit dem Text des niedersächsischen Dichters Ludwig Christoph Heinrich Hölty (1748–1776), „Üb' immer Treu und Redlichkeit bis an dein kühles Grab ..." So wollte es die preußische Königin Louise, die 1797 die Weisen festgelegt hatte.

Die beiden Lieder werden in Düsseldorf nicht so voll klingen wie damals in Potsdam. Schließlich tönen heute nur neun kleine Glocken, damals in Potsdam waren es 40. Daß diese neun aus der Glockengießerei Edelbrock im westfälischen Gescher hier überhaupt zum Klingen gekommen sind, verdanken sie nicht so sehr der Tatsache, daß die Potsdamer Garnisonskirche in diesem Jahr 250 Jahre alt geworden wäre, sondern der ungewöhnlichen Finanzierung des 24 000-Mark-Projekts.

Da weder das Verteidigungsministerium noch die Evangelische Kirche die Kosten für den Guß der Bronzeglocken locker machen konnten, kam Militärpfarrer Martin Krolzig (43), Preuße von Geburt, auf die Idee, die Glocken „hundertgrammweise zu verkaufen". In gut drei Monaten war das Geld für die benötigten 233 Kilogramm Bronze und die Uhrenmechanik zusammen. An der Finanzierung des Glockenspiels waren schließlich 380 Soldaten und Zivilbedienstete sowie Bürger aus der Umgebung beteiligt. Ihre spontane Opferbereitschaft ist namentlich auf einer Ehrentafel im Vorraum der Kapelle der Evangelischen Militärseelsorge dokumentiert.

Am meisten freut Krolzig: „Unter den Spendern sind besonders viele junge Männer, die in diesem Jahr bei einer der hier stationierten Bundeswehreinheiten, ob Feldjäger, Fernmelder, Sanitäter oder Stabsangehörige von Wehrbereichs- und Verteidigungsbezirkskommando ihren Wehrdienst leisten."

Als besonders eindrucksvoll betrachtet Oberstleutnant Hans-Heinrich Dördrechter, stellvertretender Kommandant des Feldjägerbataillons 830, die namhafte Spende eines in Düsseldorf lebenden jüdischen Mitbürgers. „Er, der seine ersten Lebensjahre in Auschwitz verbracht hat, weiß um Sinn und Zweck unseres Glockenspiels", sagt Dördrechter, der die eigentliche Idee für das Glockenspiel hatte. Er erkennt als Soldat und Bürger im Glockenspiel „den Hinweis auf die Pflichten eines jeden gegenüber Staat und Gesellschaft sowie gegenüber seinem Nächsten, auf preußische Tugenden wie Rechtschaffenheit und Toleranz, Verantwortungsgefühl und Pflichtbewußtsein, die ebensowenig überholt sind wie ein fester Glaube, Treue und Redlichkeit".

Krolzig: „Die Garnisonskirche, die wir uns zum Vorbild nehmen wollen, hat große und schlimme Zeiten erlebt. Das, was ungut ist am Zeitgeist, werden wir durch eine alternative Lebensweise überwinden müssen. Ich wünsche mir durch das Glockenspiel eine zusätzliche Motivation für Glauben und Nächstenliebe."

Weil Uniform tragen nicht auch uniform denken heißen muß, gab es auch kritische Stimmen: Der Vorgesetzte Dördrechters, Bataillonskommandeur Hartmann, verfolgt „angesichts großer Not in der eigenen Bevölkerung und in den Ländern der Dritten Welt verständnislos, daß pfundweise für etwas gesammelt wird, was mehr Spielzeug als nutzbringend ist".

Die Zeichnung der Glockenspiel-Anteile hatte übrigens 3000 Mark mehr erbracht, als notwendig waren. Sie gingen umgehend an „Brot für die Welt".



Oberstleutnant Dördrechter und Pfarrer Krolzig (Vordergrund) vor „ihrem" Glockenspiel
FOTO: AMADEUS GUMMERSBACH

Nur mit einer neuen Politik ist der Stadtstaat noch zu retten

Höchste Verschuldung, schwächstes Wachstum / Koschnick konnte Niedergang nicht aufhalten

Von W. WESSENDORF

Das Zahlenwerk eines jeden Haushalts spiegelt die Politik wider, die dahintersteckt. So gibt auch der Etat Aufschluß über das Schicksal der Freien Hansestadt Bremen. Nach dem Entwurf der alleinregierenden Sozialdemokraten, der heute in die Bürgerschaft eingebracht wird, sieht die Finanzlage des Zweistädtestaates allerdings düster aus.

Das kleinste Bundesland drückt ein gewaltiger Schuldenberg, der sich auf 8,2 Milliarden Mark beläuft und 1987 voraussichtlich die Zehn-Milliarden-Grenze erreicht. Die Pro-Kopf-Verschuldung liegt inzwischen bei 12 800 Mark, und die Zinslastquote ist mit 14 Prozent bundesweit unerreicht. Mit einem Anteil von 37 Prozent der Gesamtausgaben blockieren die Leistungen für den Schuldendienst weitgehend den haushaltspolitischen Handlungsspielraum.

Die von linker Politik geprägten Bremer Genossen klammern sich dennoch an ihre überkommene Ideologie, setzen dabei aber auf finanzielle Hilfe von der ungeliebten Bundesregierung und aus CDU- bzw. CSU-regierten Bundesländern. „Bremen setzt seine Eigenständigkeit damit aufs Spiel", wettert die CDU an der Weser schon lange. „Der Stadtstaat hat seit geraumer Zeit die Kontrolle über das immer schneller rotierende Schuldenkarussell verloren", kritisiert der Bund der Steuerzahler. Und der Leiter des Bremer Ausschusses für Wirtschaft (BAW), Frank Haller, warnt davor, daß die ehemals macht- und glanzvolle Hansestadt wie einst Brügge in die ökonomische Bedeutungslosigkeit abzusinken droht.

Dennoch wurden wieder gute Ratschläge zur Sanierung des öffentlichen Haushalts von der SPD in die winterlichen Stürme geschlagen. „Neben die Verausgabung von Mitteln und Einwerbung verstärkter Bundeshilfen muß eine Philosophie treten, die die Prinzipien der Wirtschaftspolitik und des Wirtschaftens im Lande Bremen grundsätzlich hinterfragt", fordert Haller, dessen Institut dem Senator für Wirtschaft zugeordnet ist. Und der Wirtschaftsexperte setzt ein alarmierendes Signal: „Der Niedergang von Kulturen und Regionen ist nicht durch reichliche Verausgabung von Geldern zu vermeiden, sondern nur dadurch, daß heilige Kühe geschlachtet und alte Zöpfe abgeschnitten werden".

Die Bremer Sozialdemokraten denken indes gar nicht daran. Sie erweisen sich in dieser Hinsicht als reaktionär, nehmen dafür eine horrende Verschuldung ihres Gemeinwesens in Kauf. Längst ist die Regierungserklärung aus dem Jahre 1971 des damaligen und heutigen Präsidenten des Senats, Bürgermeister Hans Koschnick, Makulatur. Der Bürgermeister sagte damals: „Regierung und Parlament stehen vor einer Fülle schwieriger Aufgaben. Die werden nur zu meistern sein, wenn wir den bremischen Sinn für Maß und Ziel walten lassen, wenn wir fähig sind, ein Mindestmaß an Kooperation zu erreichen".

Koschnick ließ damals seinen Unmut darüber aus, daß er nach den



Landesbericht Bremen

Wahlen die Senatskoalition mit der FDP nicht fortsetzen konnte. Das wollte er schon aus bundespolitischen Gründen. Aber die drei liberalen Regierungsmitglieder waren kurz vor der Wahl aus Protest gegen die Berufung eines Berliner Pädagogik-Professors an die neugegründete Universität ausgestiegen. Bis dahin war das Finanzressort gut bei der FDP aufgehoben gewesen. Bremen war eine prosperierende Seehandelsstadt.

Mit den Bremer Finanzen ging es seitdem ständig steil bergab. Seit 1981 übersteigt die Nettokreditaufnahme sogar das Investitionsvolumen um erhebliche Beträge. Und Koschnick konnte den Niedergang bislang nicht verhindern. Der Schwerpunkt der politischen Entscheidungen verlagerte sich einerseits zunehmend vom Senat auf die SPD-Bürgerschaftsfraktion; andererseits ist dem Präsidenten des Senats durch einen Landesparteitagsbeschluß der Einfluß auf die Partei weitgehend entzogen: Der Regierungschef darf nicht Vorsitzender seiner Partei sein. Schließlich fehlt ihm im Senat selbst die Richtlinienkompetenz.

„Bremen hat in den letzten zehn Jahren das schwächste Wirtschaftswachstum aller Bundesländer erlebt und mußte gleichzeitig die bei weitem höchste Verschuldung in Kauf nehmen", resümiert der BAW. Die BAW-Experten erklären den Niedergang freilich nicht wie die linken SPD-Politiker ausschließlich mit einer weltweiten Rezession. Haller versucht der ungünstigen wirtschaftlichen Entwicklung zur „passiven Sanierung" mit einer Bevölkerungsanalyse auf die Spur zu kommen.

Die Arbeitsplatznachfrage sei aus demographischen Gründen kaum angestiegen, meint Haller. „So haben wir heute Erwerbsfähigenzahlen in der Größenordnung der Jahre 1970/71". Gleichzeitig sei aber die Arbeitslosigkeit explosionsartig auf 14 Prozent angestiegen, weil die Arbeitsplätze massiv weggebrochen seien.

Wegen der günstigeren Beschäftigungssituation in anderen Bundesländern reagiert nun die Bremer Bevölkerung laut BAW auf die langanhaltende Wirtschafts- und Arbeitsmarktkrise im eigenen Bundesland mit Abwanderung über das Umland hinaus. Dies sei ein ernstes Warnsignal, weil nun Erwerbspersonen aus der Wirtschaftsregion insgesamt verschwinden würden.

„Deshalb muß sich Bremen verstärkt dem Strukturwandel stellen und ihn konstruktiv nutzen", meint Haller. Je früher die Umstellung, Diversifizierung und Modernisierung der Produktion erfolge, desto wettbewerbsfähiger werde die Region, um so sicherer blieben die Arbeitsplätze. Jede Mark, die in alte Strukturen fließe, sei indes für Neues verloren. Subventionen könnten nur dann verantwortet werden, wenn mit dem unvermeidlichen Kapazitätsabbau Produktivitätssteigerungen durch Kostensenkung und Produktinnovation verbunden seien, die allein zu verstärkter nationaler und internationaler Wettbewerbsfähigkeit führten.

Die Antwort kam vergangene Woche aus dem SPD-Unterbezirk West. Der SPD-Landesvorstand wurde beauftragt, bis zum nächsten Bundesparteitag ein SPD-Grundsatzprogramm aus Bremer Sicht herauszuarbeiten. Es wird die „Erörterung grundlegender Feststellungen sozialdemokratischer Programmatik, angefangen von Karl Marx' ‚Kommunistischem Manifest' bis hin zum Godesberger Programm", verlangt.

Grüne: Gemeinsam gegen die Atom-Wirtschaft

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die Grünen und Umweltschutz-Organisationen wollen jetzt gemeinsam gegen die „Atom-Wirtschaft" Front machen, denn ein „Ausstieg" sei mit keiner Partei „am Verhandlungstisch zu erreichen", erklärte der Vorstandssprecher der Grünen, Rainer Trampert. Gleichzeitig übten die Grünen erneut Kritik am hessischen Regierungschef Holger Börner (SPD). Seine Haltung zu den beiden Hanauer Atom-Fabriken hatte zur Aufkündigung des Bündnisses mit der SPD durch die Grünen geführt. Trotzdem erwarten die hessischen Grünen nach den Worten ihres Landtagsabgeordneten Franz Jakob, „daß noch in dieser Woche ein erstes Gespräch" mit Börner geführt werde. Er habe „immer erst starke Worte" gemacht, meinte Jakob zu Börners Ablehnung neuer Verhandlungen.

Der stellvertretende Vorsitzende des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Eduard Bernhard, warf der Landesregierung ein „Täuschungsmanöver" vor. Sie habe in der Frage des umstrittenen Ausbaus der Firma Nukem durchaus eine „Veränderungssperre" verhängen können. Deshalb träfen Hinweise auf das Atomgesetz, wie sie auch Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) gemacht hatte, „so" nicht zu. Wenn Börner nicht tätig werde, könnten sich auch der NRW-Ministerpräsident Johannes Rau und der niedersächsische Spitzenkandidat Gerhard Schröder (beide SPD) nicht der Genehmigung der Kernkraftwerke Kalkar und Schmehausen sowie der Wiederaufbereitungsanlage Gorleben widersetzen.

Zurückhaltend äußerten sich die Grünen über die Teilnehmerzahl einer am 15. Dezember in Hanau geplanten Anti-Kernkraft-Demonstration, zu der 28 Organisationen aufgerufen haben: 1981 waren 2000 Demonstranten gekommen.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Positives Echo der CSU auf Kohls neuen Amtschef Schäuble

PETER SCHMALZ, München

Wider Erwarten hat der CSU-Vorstand gestern noch nicht über den Wunsch von Ministerpräsident Franz Josef Strauß beraten, Gerold Tandler als Nachfolger des nach einem Unfall ausgefallenen Generalsekretärs Otto Wiesheu offiziell in diesem Amt zu bestätigen. Dies soll in der Sitzung am 28. Januar nachgeholt werden. Der Hintergrund für diesen Aufschub: Gegenwärtig wird noch an einer Geschäftsordnung der Landesleitung gearbeitet, in der die künftige Aufgabenverteilung zwischen Tandler und seinem Generalsekretärs-Stellvertreter Wolfgang Held festgelegt wird.

Vor der Presse bestätigte Strauß gestern jedoch seine personellen Vorstellungen, wie sie bereits seit Tagen im Gespräch sind und mit denen die CSU hofft, die Landtagswahl im Oktober 1986 und wenige Monate später die Bundestagswahl möglichst erfolgreich bestehen zu können. Tandler, bereits zwischen 71 bis 78 führungsstarker Manager der CSU-Zentrale, wird in der Doppelfunktion als Fraktionschef im Landtag und als Generalsekretär vornehmlich Ruhe und Geschlossenheit in die bayerische Mehrheitspartei bringen müssen. Die durch die EG-Agrarbeschlüsse ausgelöste Unruhe an der Bauernfront ist noch nicht befriedigend beigelegt. Ungewißheit herrscht auch noch, ob die abgesprungenen Ex-CSU-Bundestagsabgeordneten Handlos und Voigt empfindliche Stimmenverluste verursachen können.

Entlastet wird Tandler durch den ehemaligen Leiter des Strauß-Büros, Ministerialdirigent Wolfgang Held, einen Beamten mit erheblichem politischen Gespür. Er soll von Januar an den Titel „stellvertretender Generalsekretär" tragen und damit an der Basis als Tandlers rechte Hand mit entsprechender Autorität auftreten können. Wiesheu wiederum leitet seit Monatsbeginn als Geschäftsführer die parteinahe Hanns-Seidel-Stiftung. Strauß wünscht sich damit einen doppelten Effekt: Zum einen soll der hochgeschätzte politische Sachverstand Wiesheus der Partei erhalten und der erst Vierzigjährige für spätere Aufgaben fit bleiben, zum anderen wird von ihm erwartet, der Partei-Stiftung im In- und Ausland neuen Schwung zu geben.

Daneben hält Staatssekretär Edmund Stoiber als Chef der Staatskanzlei die Fäden zwischen München und Bonn in der Hand. Nach der Auseinandersetzung über die künftige Krankenhausfinanzierung wird in München fortan mit einer besseren und reibungsloseren Koordination zwischen Bayern und Bonn gerechnet. Anlaß für diesen Optimismus gibt die Ernennung Wolfgang Schäubles zum Chef des Bundeskanzleramtes. Seine Haltung beim letzten klärenden Krankenhaus-Gespräch im Beisein von Strauß und Blüm wird in der Münchner Regierungszentrale wohlwollend kommentiert. Auch Schäubles Angebot, Strauß künftig in die Bonner Entscheidungen enger und frühzeitiger einzubinden, fanden ein positives Echo. Und es schmeichelt an der Isar, wenn Kohls Amtschef charmant formuliert: „Für uns ist München in mehrerer Hinsicht die heimliche Hauptstadt."

Mit Rekordbesuch wird gerechnet

Kultusminister: Zur 750-Jahr-Feier mehr Schülergruppen als je zuvor nach Berlin

hrk. Berlin

Zu den 750-Jahr-Feierlichkeiten Berlins im Jahre 1987 wollen die Bundesländer zahlreiche Klassenfahrten und Schülerreisen an die Spree organisieren und für einen Rekordbesuch junger Menschen in der alten deutschen Hauptstadt sorgen. Diese Verabredung traf die Kultusministerkonferenz auf ihrer Sitzung in Berlin.

Berlins Fachsenatorin Hanna-Renate Laurien kündigte an, Berlin werde rechtzeitig einen „Orientierungsfaden" dafür ausarbeiten, auf welche Weise sich die Schulen im übrigen Bundesgebiet mit dem Berlin-Geburtstag befassen können. Nach den Worten von Frau Laurien wollen sich die Bildungs- und Kultusminister der Länder an die Ministerpräsidentenkonferenz wenden und mit ihr die Präsentation der Länder zur 750-Jahr-Feier in Berlin absprechen.

Auf der Konferenz im Reichstagsgebäude fiel eine Reihe von für die Bundesrepublik insgesamt wichtigen Entscheidungen:

Professorenstellen: Die Minister setzten sich dafür ein, in den nächsten fünf Jahren jährlich mindestens ein Prozent mehr Professorenstellen einzurichten, um dringend notwendige Planstellen für den akademischen Nachwuchs zu schaffen. Durch die erhebliche Zunahme der Professorenstellen in den vergangenen zehn, 15 Jahren sind nahezu sämtliche Stellen durch die mittleren Altersjahrgänge der Professoren blokkiert. Erst Ende der neunziger Jahre wäre, ließe sich die Zwischenzeit nicht überbrücken, wieder Platz für den Nachwuchs.

Auslandsstudium: Die KMK stimmte dem Bericht einer Arbeitsgruppe zu diesem Thema zu und empfahl unter anderem: steuerliche Erleichterungen beim Auslandsstudium, Förderung von Auslandsstudien durch Teilstipendien, Appell an die Arbeitgeber, Auslandsaufenthalte bei der Einstellung besonders zu berücksichtigen, großzügige Beurlaubungen für Auslandsstudien, verstärkte EG-Studienprogramme, weitere Absprachen über die Anerkennung von Studienzeiten und -leistungen.

Hilfe für Übersiedler: Den Kindern von „DDR"-Übersiedlern sollen „großzügig alle vertretbaren Hilfestellungen für einen möglichst reibungslosen Übergang" ins föderative Schulsystem der Bundesrepublik gegeben werden. Zu den konkreten Schritten gehören: Ersatz der ersten Pflichtfremdsprache durch Russisch, falls darin kein Unterricht wegen fehlender Lehrer möglich ist, Feststellung der Russischkenntnisse am Ende des Schuljahres durch eine Prüfung; Zulassung von Russisch als zweite Fremdsprache; Verzicht auf Fortführung der ersten Fremdsprache Russisch in der Oberstufe durch Schüler, die erst in der 11. Klasse mit einer zweiten Fremdsprache beginnen.

Westliches Design in Ost-Berlin

Nach zwei Jahren wieder eine deutsch-deutsche Ausstellung / „DDR" zu Gegenprojekt eingeladen

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Mitten in einer Schwebephase der innerdeutschen Beziehungen präsentiert sich Bonn nach zweijähriger Pause wieder mitten in Ost-Berlin: Eine intelligent gestaltete Design-Ausstellung führt die „DDR"-Besucher bis zum 20. Dezember täglich in die Welt von 180 West-Produkten von Weltruf, von denen man in der „DDR" vorerst nur träumen kann.

Im Rahmen innerdeutscher Vereinbarungen offerierte die Bundesrepublik zuletzt im Herbst 1982 ihre Planungsausstellung „Stadt Park – Park Stadt", die in Ost-Berlin, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) und Magdeburg 170 000 Besucher anzog. Ost-Berlin öffnete damals in Hamburg seine exzellente Jahrhundert-Ausstellung über Preußens Baumeister Karl-Friedrich Schinkel. Seither begab sich als Bonner Sendbote, vielumjubelt, die Manfred-Schoof-Jazzband auf eine „DDR"-Tournee.

Drei Tage vor dem ersten Ost-Berlin-Besuch des neuen Kanzleramtsministers und Bundesminister Wolfgang Schäuble (CDU), eröffnete Staatssekretär Hans Otto Bräutigam die Ausstellung. Die Anwesenheit von Vize-Außenminister Kurt Nier und 46 weiterer hochrangiger „DDR"-Gäste unterstrich, daß die andere Seite es bei dieser ersten Gelegenheit für ein deutsch-deutsches Treffen nach der Honecker-Absage nicht an auffallender protokollarischer Höflichkeit fehlen ließ.

Bräutigam wertete die Ausstellung als „kein außergewöhnliches Ereignis" mehr. Sie sei, wie andere kulturelle Veranstaltungen, ein „Zeichen für mehr Normalität im Umgang miteinander". Unter Anspielung auf das starke Echo, das sämtliche westliche Angebote bisher in der „DDR" auslösten, sagte Bräutigam: „Das ermutigt uns, auf dem begonnenen Wege fortzuschreiten und den Austausch im Rahmen des Möglichen weiterzuentwickeln. Das Publikum, dessen bin ich mir sicher, wird es uns danken."

Gastgeber Professor Dr. Martin Kelm, Leiter des „Amtes für industrielle Formgestaltung", bezeichnete das Zustandekommen dieser Ausstellung „als positiv, zumal in einer Zeit, da die internationale Situation zu ernster Sorge Anlaß gibt". Auch die „besten Absichten und schöpferischen Leistungen zum Design wären für die Menschheit sinnlos, wenn es nicht gelänge, ein atomares Inferno zu verhindern".

Als Präsident des Rates für Formgebung in Darmstadt erinnerte der SPD-Bundestagsabgeordnete und Unternehmer Philip Rosenthal an das einigende Band: „Deutschland hat auch schlechte Traditionen. Aber die kulturelle Tradition des Bauhauses ist etwas, mit dem wir im Ausland glaubhaft und stolz sein können."

Zur WELT meinte Bräutigam auf die Frage nach der politischen Bedeutung dieser Ausstellung jetzt: „Die Tatsache, daß sie stattfindet, zeigt, daß politische Schwierigkeiten und Turbulenzen diese normalen Aktivitäten nicht mehr beinträchtigen." Auf die lange Pause angeprochen, sagte er: „Das geht alles langsam. Wir wünschten, es würde etwas schneller gehen. Wenn wir ein Kulturabkommen haben, wird das vielleicht auch stetiger und regelmäßiger sein."

Gegen anfänglichen „DDR"-Widerstand ist die Schau auch an den Wochenenden von 10 bis 19 Uhr geöffnet. Der prächtige Farbkatalog kostet fünf Ost-Mark, der Eintritt 1,05 Mark.

Ausreisen aus Rumänien wieder zahlreicher

Co. Bonn

Die Ausreise von Rumäniendeutschen hat sich nach mehrwöchigem Stocken in den vergangenen Tagen wieder normalisiert. Seit Mitte Oktober waren – ohne rumänische Begründung – nur noch durchschnittlich zehn Aussiedler pro Tag in der Bundesrepublik Deutschland eingetroffen. Nun kamen, ebenfalls ohne Ankündigung, am vergangenen Samstag wieder 53 und am Sonntag 62 Rumäniendeutsche. Im Auswärtigen Amt äußerte man sich befriedigt darüber, daß es sich beim Rückgang der Ausreise nur um eine kurzzeitige Erscheinung gehandelt habe. In Bonn war man davon ausgegangen, daß die Reduzierung der Ausreisegenehmigungen entweder eine Repressalie als Antwort auf die Ausweisung von *fünf* rumänischen Diplomaten aus der Bundesrepublik darstellte oder eine Folge der Auswechselung des Personals in bestimmten Paßämtern zur Bekämpfung der Korruption war.

KVAE setzt Arbeitsform fest

Einig nach einjährigem Verhandeln / Dialog der Großmächte wirkt sich positiv aus

R. GATERMANN, Stockholm

Die 35 Teilnehmerstaaten an der Konferenz über Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE) haben sich nach fast einjährigen Verhandlungen auf eine Arbeitsordnung geeinigt. Auf der gestrigen Plenarsitzung stimmten sie einem Papier zu, das die Einrichtung von zwei Arbeitsgruppen vorsieht. Besonderer Wert wurde darauf gelegt, daß jedem Thema eine wöchentliche Verhandlungszeit zugeteilt wird und somit unliebsame Fragen nicht ständig beiseitegeschoben werden können.

Der Arbeitsgruppenplan, der zunächst von Schweden vorgelegt, letztlich jedoch von Finnland zur Beschlußreife gebracht wurde, unterscheidet sich im Grunde nicht von dem Mitte des Jahres vorgelegten Vorschlag der neutralen und blockfreien Staaten, den die Sowjetunion jedoch zurückwies. Sie und ihre Verbündeten sahen darin die Gefahr, daß die von ihnen als vorrangig eingestuften Fragen, wie die Forderung nach einem allgemeinen Gewaltverzicht sowie dem Verzicht auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen, keine ausreichende Verhandlungschance bekämen, obwohl von westlicher Seite wiederholt die Bereitschaft zugesichert worden war, über alle Vorschläge zu diskutieren, auch wenn man der Ansicht sei, sie gehörten nicht zum Themenbereich der KVAE.

Die jetzt vereinbarte Arbeitsordnung trägt den verschiedenen Forderungen Rechnung. Die Gruppe A umfaßt unter anderem die Themen Manöverbegrenzung, kernwaffenfreie Zonen, Begrenzung der Militärausgaben und Gewaltverzicht, während zur Gruppe B hauptsächlich die Voranmeldeprozedur militärischer Manöver und Bewegungen sowie die Aufgaben der Manöverbeobachter gehören.

Mit dem Einverständnis, alle bisherigen Vorschläge gleichwertig zu behandeln, haben der Westen und verschiedene neutrale Staaten nicht ihre Auffassung aufgegeben, daß einige östliche Ansichten nicht mit dem Madrider Mandat für die KVAE im Einklang stehen und weitere bereits auf anderen Konferenzen behandelt werden. Auf keinen Fall, so wird von westlicher Seite nachdrücklich betont, impliziert die Verhandlungsbereitschaft über gewisse Fragen auch deren selbstverständliche Aufnahme in das Schlußdokument.

Um zu verhindern, daß die Arbeitsgruppen und der Themenplan institutionalisiert werden, kam man überein, Mitte 1985 das Verfahren einer neuen Prüfung zu unterziehen. Hierauf legte die Schweiz größten Wert und kündigte hierfür auch eine eigene Erklärung an.

Das Zustandekommen dieser Vereinbarung geht zu einem großen Teil auf das Konto des finnischen Delegationsleiters Matti Kahiluoto. Sie wäre aber – und darin ist man sich in Delegationskreisen aller politischen Lager einig – zum jetzigen Zeitpunkt kaum möglich gewesen, wenn sich nicht gleichzeitig eine Diskussionsbereitschaft zwischen den Großmächten auf höchster Ebene abgezeichnet hätte. So dürfte die Bekanntgabe des Treffens der Außenminister der USA und der Sowjetunion im Januar in Genf auch die Stockholmer Konferenz positiv beeinflußt haben. Schließlich konnte eine Einigung über die Arbeitsform letztlich nur durch direkte Kontakte zwischen der sowjetischen und amerikanischen KVAE-Delegation erreicht werden.

An Zonengrenze hat der Kreml 5 Waffendepots

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Zu den Erörterungen der NATO-Verteidigungsminister, die heute und morgen in Brüssel auch das Konzept der Bekämpfung des möglichen Gegners in der Tiefe des Raumes diskutieren, sind in Bonn interessante Zahlen bekanntgeworden. Danach verfügt der Warschauer Pakt sehr nahe der innerdeutschen Grenze über zusammen fünf Depots für Atomwaffen und militärische Führungseinrichtungen. Zusätzlich befinden sich in einem 30 Kilometer tiefen Streifen neben diesen möglichen Zielen 12 zentrale Knotenpunkte wie Brücken, große Bahnhofsanlagen und Autobahnverzweigungen. Insgesamt rechnet die NATO in diesem Streifen mit 17 festen Zielen, die mit Artillerie oder Flugzeugen zu bekämpfen wären.

Diese Ziele sowie weitere mögliche Angriffspunkte bis in eine Tiefe von 800 Kilometern im Gebiet des Warschauer Paktes sind vom Verteidigungsexperten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Willy Wimmer, erstmals veröffentlicht worden. Seine Angaben sind von höchstem Interesse, weil jetzt ein Urteil über die Aufgaben der NATO-Streitkräfte im Rahmen des vom Bündnis weiter zu entwickelnden FOFA-Konzepts (Follow-on Forces Attack, siehe WELT vom 20. November 1984) zum Kampf gegen feste und fahrende Ziele im Hinterland des Gegners möglich ist. Neben den 17 festen Zielen in bis zu 30 Kilometer Tiefe rechnet die NATO nach Wimmers Angaben zwischen 30 und 100 Kilometer Tiefe mit weiteren 50 festen Zielen, zwischen 100 und 300 Kilometer mit 209 und schließlich weiter bis 800 Kilometer Tiefe mit 149 festen Zielen. 27 Depots mit Atomwaffen und Führungseinrichtungen liegen im Streifen bis 100 Kilometer Tiefe, dazu 13 große Flugbasen und 10 Verkehrsknotenpunkte. Im anschließenden Streifen bis 300 Kilometer Tiefe sind es 31 Flugplätze, 91 Verkehrsknotenpunkte sowie 87 Nuklearwaffenlager und Führungseinrichtungen.

Auch über die beweglichen Ziele hat Wimmer Zahlen veröffentlicht. Im Streifen bis 30 Kilometer Tiefe hätte es die Artillerie mit rund 830 fahrenden Zielen zu tun, danach bis in 100 Kilometer Tiefe auch Flugzeuge und neu zu entwickelnde NATO-Waffen mit 132 und weiter bis in 300 Kilometer Tiefe mit 420 beweglichen Zielen. Diese Angaben verdeutlichen, daß die NATO, wie Bundesverteidigungsminister Wörner kürzlich feststellte, bei der Bekämpfung von beweglichen Zielen kaum technische Möglichkeiten sieht, soweit ins gegnerische Hinterland wirken zu können wie gegen feste Ziele.

Wie Grüne über die deutsche Frage denken

West-Berlin soll ein „Internationaler District" werden

WERNER KAHL, Bonn

Der Berliner Abgeordnete der Grünen/Alternativen Liste (AL) im Bundestag, Dirk Schneider, hat sich für die Ablösung des Ministeriums für Innerdeutsche Beziehungen und vollwertige Anerkennung der „DDR" ausgesprochen. Die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten könnten verbessert werden, wenn beide Seiten füreinander Ausland seien, argumentierte Schneider offensichtlich auf der Linie der Thesen des SED-Politbüromitgliedes und Deutschlandexperten der kommunistischen Einheitspartei in Ost-Berlin, Herbert Häber. Seit seinem Mandat im Bundestag wird Schneider auch unter Grünen zur Lobby der SED-Führung in der Bundeshauptstadt gerechnet; er sei die „ständige Vertretung der DDR in Bonn", schrieb das Frankfurter Spontiblatt „Pflasterstrand" über den Mecklenburger, der aus der „DDR" während der APO-Unruhen in der linksradikalen Postille „883" aufgetaucht war.

Die „883"-Macher unterstützten später die terroristischen Anschläge der „Roten Armee Fraktion" (RAF) zur Zerstörung von Staat und Gesellschaft.

Von der Etatdebatte im Bundestag hatte Schneider sich bereits auf einem überregionalen Kongreß der Grünen in diesem Monat in München dafür eingesetzt, nicht länger von einer offenen deutschen Frage zu sprechen, sondern die „DDR" gleichwertig zur Bundesrepublik Deutschland anzuerkennen. In Anwesenheit des Berliner Abgeordneten wurde auf der Tagung der „Vorschlag eines Friedensvertrages" beraten, bei dem West-Berlin analog früheren Forderungen der Sowjets als drittes Staatengebilde in Deutschland behandelt werden soll. Bei den Beratungen gingen die Grünen davon aus, daß Berlin im Fall eines Friedensvertrages nicht als ungeteilte Stadt in Betracht kommt, weil am Status Ost-Berlins als „Hauptstadt der DDR" nichts mehr verändert werden könnte.

Das Beispiel Columbia

Wie sich die in München versammelten etwa 200 Delegierten des Kongresses „Frieden für die Deutschen" eine Friedensvertragsregelung für die Westberliner Bevölkerung vorstellen, wurde in der neuen Ausgabe des Mitteilungsorgans der Partei, „Die Grünen", publiziert. Nach dem Abzug der alliierten Schutzmächte aus der Stadt, so heißt es im Wortlaut des Entwurfes, werde der „westliche Teil der Stadt zum ‚Internationalen District' erklärt, ähnlich dem ‚District of Columbia' der amerikanischen Bundeshauptstadt Columbia".

Die europäischen Mitglieder der Vereinten Nationen, die zugleich Signatarstaaten eines Friedensvertrages seien, sollen einen „Europäischen Sicherheitsrat" (ESR) bilden. Die USA könnten im Rat „*mit* dem Status eines Beobachters vertreten sein". Die Rolle der Sowjets im ESR, die sich vermutlich als europäischer Staat bemerkbar machen würden, und automatisch mit Sitz und Stimme vertreten wären, wird nicht erwähnt.

Für die „äußere Sicherheit" der Stadt kann der Rat ein Kontingent UNO-Soldaten anfordern. Gedacht ist an Österreicher, Schweden und Finnen. Die kommunale Zusammenarbeit stellen sich die grünen Friedensplaner mit einem „Koordinierungsausschuß" vor, der zwischen „der Hauptstadt der „DDR" und der Westberliner Stadtverwaltung gebildet wird. Die auswärtigen Beziehungen West-Berlins würden sodann „einvernehmlich durch die Außenministerien der BRD und DDR wahrgenommen".

Vertragspartner „DDR"

Unter den Essentials für die Existenz eines freien Berlin seit 1945, die auf Vorschlag der Grünen/Alternativen ersatzlos gestrichen werden sollen, ist schließlich der freie Luftverkehr von und nach Berlin. Dazu heißt es in dem Entwurf: „Die Lufthoheit für den Internationalen District von Berlin liegt bei dem ESR. Insbesondere werden von ihm die Überflug- und Landerechte auf den Westberliner Verkehrsflughäfen erteilt ... Luftkorridore und andere restriktive Einrichtungen werden abgeschafft. Die Lufthoheit der DDR über ihr Staatsgebiet bleibt jedoch bestehen."

Vertragspartner für einen solchen (Grünen-)Friedensvertrag wären außer dem Westberliner Senat die Bundesrepublik Deutschland und die „Deutsche Demokratische Republik" als gleichberechtigte Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches, wobei die äußeren Grenzen den heutigen Grenzen entsprechen würden. Diesen Entwurf will der grüne Medien-Papst August Haußleiter, wie er der WELT ankündigte, auf der 7. Bundesversammlung seiner Partei vom 7. bis 9. Dezember in Hamburg zur Diskussion stellen, während Bonner Grüne und Funktionäre der Alternativen Liste (AL) in Berlin es lieber gesehen hätten, wenn angesichts der Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus im März 1985 „die Katze zu diesem Zeitpunkt so nicht aus dem Sack gelassen" worden wäre.

EG-Gipfel berät über Weinschwemme

ha. Dublin

Die Drosselung der Weinüberschüsse nach dem Beitritt Spaniens und Portugals ist das beherrschende Thema des EG-Gipfels, der gestern in Dublin begann. Da es den Fachministern nicht gelungen ist, die unterschiedlichen Interessen der Haupterzeugerländer Italien und Frankreich auf einen Nenner zu bringen, müssen die Staats- und Regierungschefs versuchen, einen Ausweg zu finden.

Das Weinproblem bildet die wichtigste Hürde für die zum 1. Januar 1986 geplante Erweiterung der Gemeinschaft. Auch in einer Reihe von anderen Sachbereichen (zum Beispiel bei den Übergangsfristen für die Fangrechte spanischer und portugiesischer Fischer in EG-Gewässern) konnte die EG den Kandidaten noch kein Angebot präsentieren.

Da die Bundesregierung die Erweiterung zur Vorbedingung für eine Aufstockung der Finanzen der Gemeinschaft gemacht hat, ist der Dubliner Gipfel auch für die weitere Funktionsfähigkeit der EG von großer Bedeutung. Die Erfolgschancen des Treffens wurden zu Beginn der Konferenz von Insidern trotzdem eher skeptisch eingeschätzt.

Der irische Ratspräsident und Gastgeber, Premierminister Garret FitzGerald, hatte Ende vergangener Woche noch Paris und Rom besucht, um Staatspräsident François Mitterrand und den italienischen Ministerpräsidenten Bettino Craxi auf einen Kompromiß einzustimmen. Der Präsident des Europaparlaments, Pierre Pflimlin, appellierte an die Gipfelteilnehmer, die Gemeinschaft zu stärken und die Erweiterung nicht länger zu verzögern. Die zweitägige Konferenz im Dubliner Schloß findet unter strengen Sicherheitsauflagen statt, nachdem die terroristische Irisch-Republikanische Armee (IRA) mit Aktionen gegen die britische Premierministerin Margaret Thatcher gedroht hatte.

PLO zieht Zentrale aus Syrien ab

AP, Amman

Die PLO wird ihre Zentrale von Syrien nach Jordanien und Tunesien verlegen, teilte gestern ein Sprecher der Organisation in Amman mit. Der Palästinensische Nationalrat, das „Parlament" der Palästinenser, und der für Finanzfragen zuständige Palästinensische Nationalfonds sollen von Damaskus nach Amman umziehen, und das Generalsekretariat von der syrischen Hauptstadt nach Tunis.

Die Entscheidung zum Umzug wurde vom Exekutivkomitee der PLO am Wochenende getroffen. PLO-Chef Yassir Arafat und seine Anhänger werfen Syrien vor, die Kontrolle über die PLO anzustreben und einen Keil in die Bewegung getrieben zu haben.

Der Golfkrieg nutzt sich als politische Waffe ab

Iran: Bestandsaufnahme nach fünf Jahren Revolution

MARTA WEIDENHILLER, Bonn

Fünf Jahre Revolution, vier Jahre Krieg. Die Rede ist von der Islamischen Republik Iran. Was ergibt die Rückschau, wie sind die Perspektiven? Diese Fragen stellten sich die Teilnehmer einer Iran-Tagung, zu der die Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn geladen hatte.

Bei den Referaten und Diskussionen wurden Revolution und innenpolitischer Situation eher eine untergeordnete Rolle zugewiesen. Das Interesse galt dem iranisch-irakischen Krieg. Dabei ergab sich: Der Golfkrieg greift als innenpolitische Waffe nicht mehr. Er wird als belastend, nicht mehr als mobilisierend empfunden. Aber die Kontrahenten harren im Zustand der Erschöpfung aus.

Zum Frieden ist Khomeini erst bereit, wenn dieser den Sturz Saddam Husseins impliziert. Doch es ist gerade Khomeinis Forderung nach einer Islamischen Republik Irak, die Saddam Husseins Herrschaft sichert. Offensichtlich konnte dieser das Militär und die Partei überzeugen, daß seine Beseitigung allein keine Lösung darstelle. Der Krieg geht also weiter.

Irak, das unter dem Druck des Krieges – wider Erwarten – nicht an seinen inneren Gegensätzen zerbrochen ist, mußte einen fast totalen wirtschaftlichen Ruin hinnehmen und einen hohen Blutzoll entrichten: etwa 220 000 Tote, rund doppelt so viele Verletzte. Saddam Hussein suchte, so Peter Hünseler von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, „mit seinem Einmarsch in Iran im Jahre 1980 die Flucht nach vorn vor der Bedrohung der iranischen Revolution". Inzwischen habe sich in Irak aber „eine Situation ergeben, die der Irans vor Ausbruch der Revolution gleicht".

Das Volk ist kriegsmüde

Für das Mullah-Regime galt der Krieg zunächst als Instrument, den innenpolitischen Gegner auszuschalten und Versorgungsmängel zu entschuldigen. Mittlerweile wird der Krieg verstärkt für die wirtschaftlichen Probleme verantwortlich gemacht. Versorgungsengpässe dienen als Argument gegen den Krieg.

Die Negativbilanz ist offensichtlich. Die Bevölkerung ist kriegsmüde, soll aber bei der Stange bleiben. Das Für und Wider des Krieges dominiert die innenpolitische Diskussion und er ist, wie der Orient-Experte Arnold Hottinger ausführt, „zum wichtigsten Faktor der Auseinandersetzung innerhalb der Herrschaftselite der Mullahs geworden".

Freilich läßt sich von außen kaum erkennen, wie die Mullahs ihre Gegensätze austragen, um dann Einheit zu demonstrieren und der Öffentlichkeit ein „demokratisches" Resultat vortragen. Dennoch ist es möglich, Gruppierungen festzustellen. Hottinger: „Die wichtigste Trennungslinie verläuft zwischen jenen, die den Krieg fortsetzen und durch ihn die islamische Revolution exportieren wollen, und jenen, die gegen eine Fortsetzung sind".

Einseitige Information

Der Antikriegspartei gehören Präsident Khamenei und Ministerpräsident Mussavi an. Auch Parlamentspräsident Rafsandschani, der zweitmächtigste Mann nach Khomeini, zog die Konsequenz aus der Tatsache, daß der Krieg nicht erfolgreich genug verläuft: er wendet sich den Technokraten zu. Die Antikriegspartei stützt sich auch auf Fachleute, deren Interesse der Wirtschaft gilt, die sich aber der Kritik am islamischen Regime enthalten. Westliche Politiker und Geschäftsleute, meint Hottinger, kämen vor allem mit dieser Gruppe in Kontakt. Entsprechend einseitig und optimistisch falle ihr Iran-Bild aus.

Für eine Fortsetzung des Krieges setzen sich Mitglieder der radikalen islamischen Bewegung ein, die heute nach Ansicht des Journalisten Ulrich Tilgner „Schlüsselstellungen bei den Revolutionswächtern, den islamischen Stiftungen und in politisch besetzten Ämtern der Bürokratie einnehmen".

Bleiben durchschlagende Kriegserfolge auch in Zukunft aus, so die einhellige Meinung der Teilnehmer, gewinnt die Antikriegspartei an Boden. Entscheidend in der Kriegsfrage ist Khomeinis Haltung. Er sehe in der iranischen Revolution den Ansatz einer islamischen Weltrevolution. Sein Aufstieg würde beispiellos gekrönt: vom Mullah zum Revolutionsführer zum Herrscher aller Moslems.

War in der letzten Zeit häufig die Rede davon, daß Iran um seiner Wirtschaft willen auf Pragmatiker zurückgreifen müsse, so wies Bert Fragner von der Universität Freiburg nach, daß dies nicht zwingend sei.

Schon jetzt werden erfolgreich „Ideologie-Technokraten" in der „landwirtschaftlichen Aufbaukampagne" eingesetzt. Zu Schah-Zeiten blieb ihnen der Aufstieg durch ausländische Experten versperrt. Sie selbst blockierten wiederum diejenigen jungen Leute, die erstmals aus den unteren sozialen Schichten ihren Weg nach oben suchten. Sie sind es, die jetzt ihre Chance wahrnehmen – und eine starke Affinität zu Khomeini zeigen. Sie gelten als kompetent, vertreten aber auch radikale islamische Positionen.

Bonn sagt Äthiopien mehr Hilfe zu

E.N. Bonn

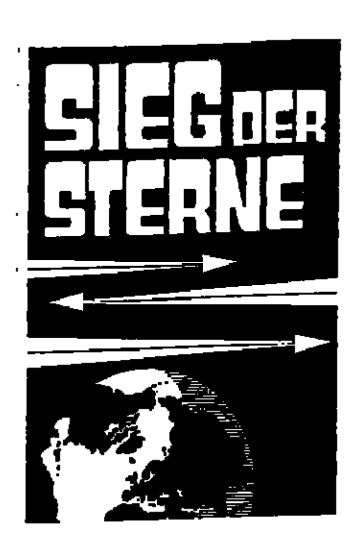
Ein weiteres Soforthilfeprogramm für das von Hungersnöten geplagte Äthiopien hat der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jürgen Warnke, gestern in Bonn nach seiner Rückkehr von dem afrikanischen Land angekündigt. Die bisherige deutsche Hilfe, so der Minister, der einen Hilfeflug der Bundeswehr zur Reise genutzt hatte, sei wirksam und habe dazu beigetragen, die Zahl der Sterbefälle in den Notgebieten zu verringern. Der Bedarf allein an Getreide werde im kommenden Jahr aber 1,2 Millionen Tonnen betragen, wovon erst ein Drittel durch Zusagen gedeckt sei. Mit einer neuen Ernte im Lande selbst sei erst um die Jahreswende 1985/86 zu rechnen. Warnke teilte mit, daß er der äthiopischen Regierung bei seinem Besuch am Sonntag die unverzügliche Lieferung von 10 000 Tonnen zusätzlicher Lebensmittel zugesagt habe.

Außenminister des Ostblocks tagen

rtr, Berlin

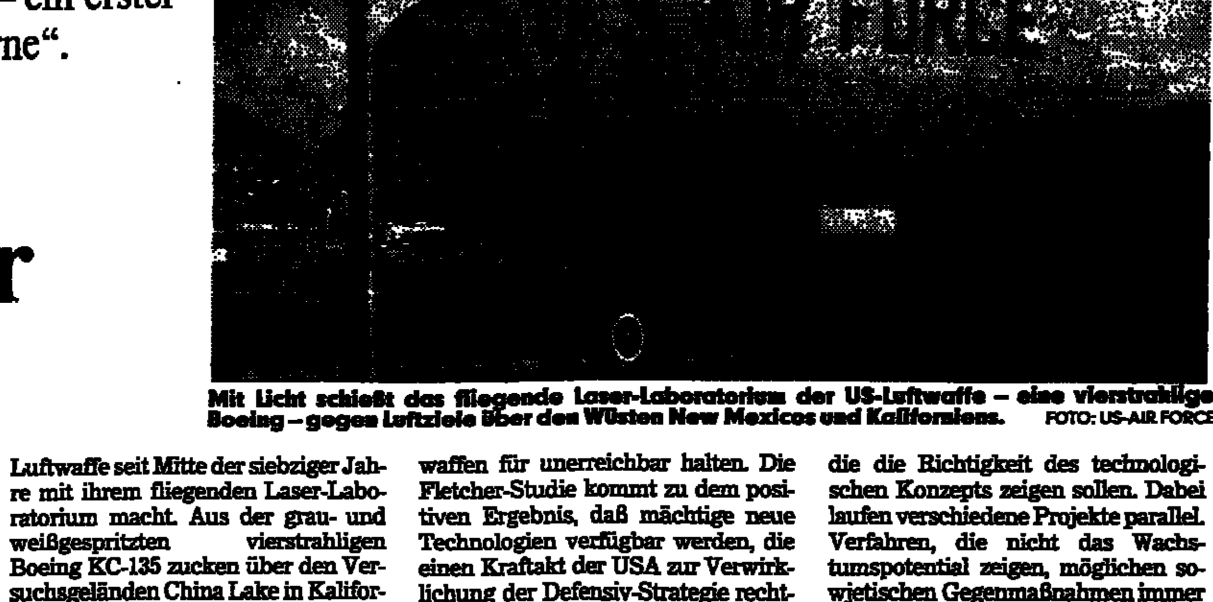
Die Außenminister der Staaten des Warschauer Paktes sind gestern in Ost-Berlin zusammengetroffen, meldete die amtliche „DDR"-Nachrichtenagentur ADN. Nach Meinung westlicher Diplomaten beraten sie über eine gemeinsame Haltung zu den bevorstehenden Abrüstungsgesprächen zwischen den USA und der Sowjetunion. Vermutlich werde Außenminister Andrej Gromyko auch seine Pläne für das für Januar 1985 angesetzte Treffen mit seinem US-Kollegen George Shultz darlegen. Parallel zum Außenministertreffen in Ost-Berlin kamen gestern in Budapest die Verteidigungsminister des Warschauer Pakts zusammen, um ebenfalls eine gemeinsame Haltung in der Abrüstungsfrage auszuarbeiten. Dem Pakt gehören neben der Sowjetunion die „DDR", Polen, Bulgarien, Rumänien, Ungarn und die Tschechoslowakei an.

Die Sowjetunion hatte Anfang der vergangenen Woche die Erhöhung ihres Verteidigungsetats um zwölf Prozent bekanntgegeben. Die „DDR" war diesem Beispiel wenige Tage später gefolgt, als sie die Aufstockung ihrer Verteidigungsausgaben um 6,7 Prozent beschloß. Nach Meinung der Diplomaten will die „DDR" damit ihren Beitrag zur Stationierung der neuen sowjetischen Raketen abdecken. Im Parteiorgan „Prawda" ließ die sowjetische Führung verlauten, daß sie nicht zu einseitiger Rüstungskontrolle bereit sei.



Die USA haben im Rahmen des Projektes „Sea Lite" in Capistrano Beach (Kalifornien) den stärksten chemischen Laser der Welt entwickelt. In einer Demonstration ihrer technologischen Kompetenz werden die Amerikaner den Laser einschließlich der optischen Systeme vielleicht schon 1987 im Weltraum testen – ein erster Schritt zum „Sieg der Sterne".

Waffenstrahlen hinter dem Kloster von Capistrano



Mit Licht schießt das fliegende Laser-Laboratorium der US-Luftwaffe – eine vierstrahlige Boeing – gegen Luftziele über den Wüsten New Mexicos und Kaliforniens. FOTO: US-AIR FORCE

Von ADALBERT BÄRWOLF

Jeden Morgen hißt Giulio Bartolini die amerikanische Flagge an dem Postamt neben dem Mexikaner-Slum von Capistrano Beach. Und spätestens um zehn Uhr ist der Postbeamte über alles informiert, was in dem kleinen kalifornischen Badeort geschieht: ob die Schwalben pünktlich waren, die seit mehr als 100 Jahren auf den Tag genau am 19. März zu den Ruinen des Klosters von San Juan Capistrano wiederkehren, wieviel Richard Nixons Westküsten-„White House" jetzt auf dem Markt wert sei, ob nun drei oder vier Wochen Tischvorbestellung zum Brunch im nahen Superhotel Ritz-Carlton notwendig sind. Doch Giulio Bartolini weiß nichts über die Waffenstrahlen von Capistrano. Nur wenige wissen überhaupt, daß die USA seit Mitte der siebziger Jahre in Capistrano Waffenstrahlen erproben.

Hoffnung auf MIRACL

Das Erprobungsgelände für Strahlenwaffen sind die verbrannten Hügel hinter Capistrano. Hier testeten die USA vor der Mondlandung die Landestufen ihrer Mondboote. Jedesmal, wenn die regelbaren Triebwerke gezündet wurden, zogen rotbraune Wolken des toxischen Sauerstoffträgers Stickstofftetraoxid über die Berge von Capistrano dahin.

Heute zucken hier lautlose Lichtblitze. Licht ist zur Waffe geworden. Der Postbeamte Bartolini mag nichts davon wissen; er hätte aber die Einzelheiten über die Strahlenwaffenversuche von Capistrano in der Fachzeitschrift „Aviation Week" nachlesen können, die er jede Woche in das Postfach 2367 steckte. Schon Ende 1977 und im Januar 1978 zerstörten chemisch gepumpte hochenergiereiche Laser in Capistrano drahtgesteuerte Panzerabwehr-Raketen im Flug. Bei diesen ersten Versuchen war von entscheidender Bedeutung, daß die elektro-optischen Systeme, die die schnellfliegenden kleinen Ziele verfolgten und die Lichtkanone führten, ihre Genauigkeit demonstrieren konnten. Die Präzision der Strahl-Fokussierung mit optischen Linsen, die Fähigkeit, den lichtgeschwinden Energiestrahl genau im Ziel zu halten, hatten Vorrang vor der eigentlichen Zielvernichtung durch den Waffenstrahl mit seiner Dauerleistung von rund 400 Kilowatt. Diese Leistung ist zwar lächerlich verglichen mit den fünf Billionen Watt von „Novette". Doch es war eine kontinuierliche Leistung, die nicht nur 450 Billionstel Sekunden lang erreicht wird. Die 400 000 Watt reichten aus, die taktische Panzerabwehr-Rakete, die enorme Querbeschleunigungen demonstrierte, zu vernichten.

Bald konnten die Forscher der Firma TRW, die seit Beginn der Ära ballistischer Interkontinentalraketen Mitte der fünfziger Jahre eng mit den Luftwaffenstäben des Generals Schriever im nahen El Selgundo zusammengearbeitet hatten, die Leistung ihres chemisch gepumpten Lasers um das Fünffache steigern. Als sie später mit der US-Navy im Projekt „Sea Lite" zur Strahlenverteidigung von atomgetriebenen Großflugzeugträgern zusammenarbeiteten, erreichte der TRW-Laser bei Versuchen auf dem Testgelände von Capistrano eine kontinuierliche Leistung von mehr als zwei Megawatt. Auf dem Laser-Versuchsplatz hinter den verfallenen Mauern des 180 Jahre alten Klosters, über die violette Bougainvillea wuchert, erprobten die Vereinigten Staaten 1981 MIRACL (Mid-Infrared Advanced Chemical Laser). Dieser Laser hätte bei Leistungssteigerungen auf vielleicht zwanzig Megawatt und wenn – eines fernen Tages – Spiegel von vielen Metern Durchmesser in orbitalen Versionen entwickelt werden, die Potenz, sowjetische Atomraketen in der Startphase über Distanzen von mehreren tausend Kilometern zu vernichten.

Doch zunächst steuern die auf Hochtouren arbeitenden Firmen das Ziel an, einen chemischen Laser samt dem Treibstoff für den Laser (Wasserstoff-Fluor) und der optischen Geräte so kompakt zu fertigen, daß er im Weltraum getestet werden kann. Dies ist das Projekt „Alpha". Dazu gehören große optische Systeme des Demonstrations-Experiments LODE (Large Optics Demonstration Experiment) sowie unter dem Decknamen „Talon Gold" bekanntgewordene teleskopische Geräte zur Zielerfassung, Zielverfolgung und Präzisionsausrichtung der orbitalen Laserkanone.

Das Projekt ist ein wesentliches Element in der geplanten Demonstrationsphase der „Strategischen Verteidigungsinitiative" Präsident Reagans.

Viele Elemente eines wirksamen Waffenstrahl-Systems lassen sich von Flugzeugen aus erproben, so wie das die US-Luftwaffe seit Mitte der siebziger Jahre mit ihrem fliegenden Laser-Laboratorium macht. Aus der grau- und weißgespritzten vierstrahligen Boeing KC-135 zucken über den Versuchsgeländen China Lake in Kalifornien und White Sands in New Mexico Lichtblitze eines Kohlendioxid-Lasers von mehreren hundert Kilowatt Leistung gegen die Jagdraketen „Sidewinder".

So wie die Laser von Capistrano in der Konzeption zur Schiffsverteidigung gedacht sind, so sind die Laser am Himmel über China Lake zur Bomberverteidigung geplant. Doch das Zusammenspiel der Einzelkomponenten führt in der Extrapolation zu der angestrebten Waffe gegen die ballistischen Atomraketen.

Bleiben Löcher im Schirm?

Das komplette Lasersystem an Bord eines Flugzeugs einschließlich der Ausgangsenergie für den Waffenstrahl, der optischen Linsen und Rechner ist nur wenige Schritte entfernt von einer orbitalen Kampfstation. Wie groß die Schritte freilich noch sind, bleibt dahingestellt.

Die derzeitigen Anstrengungen der Vereinigten Staaten zur Realisierung anti-ballistischer Strahlenwaffen-Systeme oder elektromagnetischer Kanonen (Railguns) fußen im wesentlichen auf den Ergebnissen der sogenannten Fletcher-Studie. Der Report des ehemaligen US-Weltraumchefs James Fletcher schiebt die Kritik von Wissenschaftlern beiseite, die eine wirksame und lückenlose Verteidigung gegen die ballistischen Atomwaffen für unerreichbar halten. Die Fletcher-Studie kommt zu dem positiven Ergebnis, daß mächtige neue Technologien verfügbar werden, die einen Kraftakt der USA zur Verwirklichung der Defensiv-Strategie rechtfertigen. Der Bericht strahlt die Zuversicht aus, daß die geballte Kraft der Hochtechnologie-Großmacht es schaffen könnte, die offensiven Atomraketen auf den Schrotthaufen der Waffentechnik zu befördern.

Dabei konzentrieren sich alle Bemühungen darauf, nach Abschluß der Forschungen in vielleicht 20 oder 30 Jahren ein vielschichtiges und nahezu lückenloses unkonventionelles Abwehrsystem operationell entfalten zu können, das die Masse der möglichen ballistischen Fernraketen der Sowjetunion bereits in den ersten 200 oder 300 Sekunden der Startphase vernichtet. Die durchgebrochenen Geschosse, die dann ihre nuklearen Mehrfachsprengköpfe ausstoßen könnten, müßten in drei anderen Abwehrphasen vernichtet werden. Im Zusammenspiel aller möglichen Abwehrsysteme – chemische Laser, elektrische Laser, „X-Ray-Laser", Teilchenstrahlen, „Railguns", infrarotgesteuerte Raketen – müßte schließlich ein Abwehrschirm aufgespannt werden können, den statistisch weniger als ein Atomgeschoß durchbrechen könnte. Und in Amerika antworten dem Projekt nahestehende Wissenschaftler den Kritikern: Laßt uns die Technologie erst mal auf die Beine stellen. Über den Prozentsatz der Geschosse, die den Schirm durchlöchern könnten, sollten wir uns später unterhalten.

So ist denn auch Reagans „Strategische Verteidigungsinitiative" (SDI) ein sehr langfristiges Forschungsprogramm über einen Zeitraum von wenigstens 20 Jahren, nicht etwa ein Projekt zur Entwicklung von Prototypen, die in der Massenfertigung die Elemente des Gesamtsystems ausmachen könnten.

Das hochvorrangige „Crash"-Programm, das im Finanzjahr 1985 die ersten 1,4 Milliarden Dollar erhält, soll kurzfristig Demonstrations-Systeme schaffen, Systeme, die die Richtigkeit des technologischen Konzepts zeigen sollen. Dabei laufen verschiedene Projekte parallel. Verfahren, die nicht das Wachstumspotential zeigen, möglichen sowjetischen Gegenmaßnahmen immer einen Schritt voraus zu sein, werden gekippt. Das gilt beispielsweise für Laserarten, deren Wellenlängen sich nicht verkürzen lassen. Denn Wellenlängen, Größe der Spiegel und Zielentfernung stehen in einem bestimmten Verhältnis. Die US-Wissenschaftler treiben die Technologie bis an den Rand des Möglichen, ohne mit den Möglichkeiten der Technik von heute zufrieden zu sein.

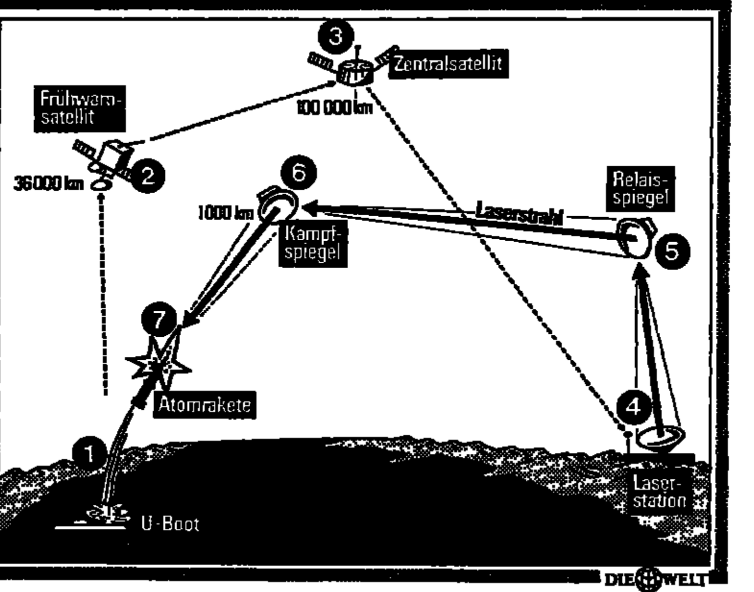
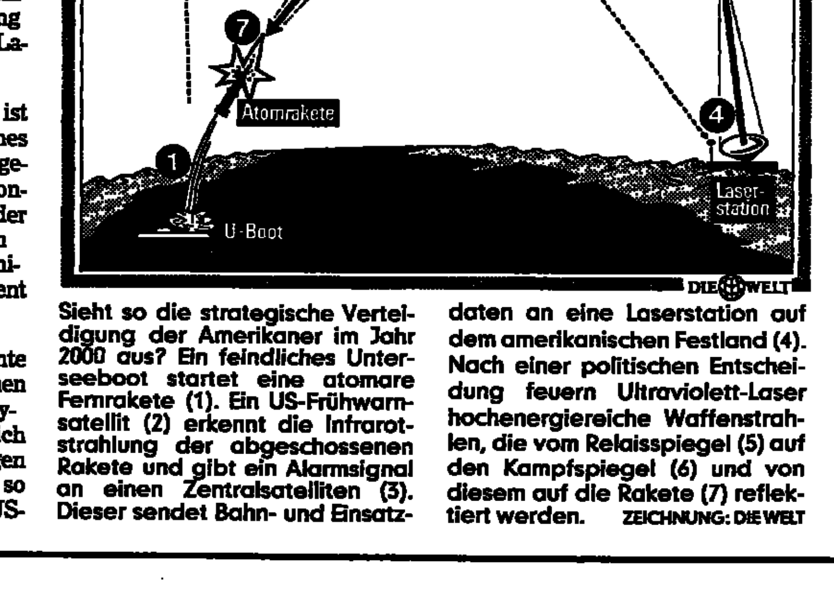
Nach einer Erklärung des Forschungschefs im Pentagon, Richard Delauer, müssen wenigstens acht große technische Probleme gelöst werden. Nach Ansicht Delauers, der vor seiner Berufung ins Pentagon an führender Stelle bei TRW tätig war, erreicht jedes der zu lösenden Probleme die Größenordnung des Manhattan-Projekts zum Bau der Kernspaltbombe oder des Mondlandeprojektes Apollo.

„Pop-up" aus dem U-Boot

Doch es ist zu erwarten, daß die Vereinigten Staaten bei Einsatz aller Ressourcen und im Konkurrenzkampf der großen Aerospace-Firmen die Lösungen der fundamentalen Probleme in den Griff bekommen.

– Angström, Megajoule, X-Ray-Laser, Pop-up-Laser oder Excimer-Laser sind die Vokabeln in der Welt der „Strategischen Verteidigungsinitiative". Die Einzelprojekte sind so phantastisch, daß sie eigentlich in die Welt der Science-fiction gehören: Sie reichen von Lichtkanonen, die ihr konzentriertes ultraviolettes Licht über Spiegel in 36 000 Kilometer Höhe auf in Sibirien startende Atomraketen schießen, bis zu Unterseebooten, aus denen superstartschnelle Raketen mit einem „X-Ray-Laser" in der Spitze in einem „Pop-up"-Manöver herausschnellen. Doch in Livermore, Los Alamos, El Segundo oder Redondo Beach werden keine Science-fiction-Romane geschrieben. Hier wird das scheinbar noch unlösbare Problem zu lösen versucht, über die Distanz von mehreren tausend Kilometern die ganze Energie eines Lasers auf eine Dichte zu bringen und so genau zu zielen, daß die Treibstoffbehälter der Atomraketen getroffen werden.

Bis dahin werden die Schwalben von Capistrano allerdings noch oft zurückkehren müssen ...

Sieht so die strategische Verteidigung der Amerikaner im Jahr 2000 aus? Ein feindliches Unterseeboot startet eine atomare Fernrakete (1). Ein US-Frühwarnsatellit (2) erkennt die Infrarotstrahlung der abgeschossenen Rakete und gibt ein Alarmsignal an einen Zentralsatelliten (3). Dieser sendet Bahn- und Einsatzdaten an eine Laserstation auf dem amerikanischen Festland (4). Nach einer politischen Entscheidung feuern Ultraviolett-Laser hochenergiereiche Waffenstrahlen, die vom Relaisspiegel (5) auf den Kampfspiegel (6) und von diesem auf die Rakete (7) reflektiert werden. ZEICHNUNG: DIE WELT

Am Mittwoch in der WELT:
Der Mann, der dem Licht den Gleichschritt beibrachte – Hunderte von Laser-Kampfstationen im All? – Was erlaubt der Anti-Satelliten-Vertrag? – Nach 50 Sekunden ist der „Ofen" aus

Denktasch: Der Einigung näher als je zuvor

Hoffnungen auf eine Bundesrepublik Zypern kommen auf

E. ANTONAROS, Nikosia

Als „besonders wichtig für die Zukunft der Insel" bezeichnen die Griechen und Türken Zyperns die nächsten Tage: Nach der Unterbrechung der vor einer Woche begonnenen Gesprächsrunde der beiden Volksgruppen in New York – die Beratungen sollen am 10. Dezember fortgeführt werden – ist in Nikosia, Athen und Ankara der Eindruck entstanden, daß eine Regelung des seit über zehn Jahren andauernden Zypern-Konflikts in den nächsten Wochen durchaus möglich wäre.

Die Annäherung der beiden Volksgruppen, die seit 1974 voneinander getrennt leben, solle nach Angaben von Diplomaten am UNO-Sitz und in Nikosia durch weitreichende Konzessionen ermöglicht worden sein, die die Inseltürken in der Territorial- und Verfassungsfrage signalisiert hätten.

Über den genauen Inhalt der türkischen Vorschläge, die angeblich vom vermittelnden Generalsekretär der Vereinten Nationen Pérez de Cuéllar schriftlich festgehalten worden sind, gibt es keine genauen Angaben. Der Grund: Beide Seiten haben sich zum Stillschweigen verpflichten lassen, um den Dialog nicht zu gefährden.

Hinter den Kulissen ist allerdings bekanntgeworden, daß Türkenführer Rauf Denktasch bereits während der ersten Begegnung mit de Cuéllar in New York seine Bereitschaft bekundet hätte, einen Teil des heute von den türkischen Truppen besetzt gehaltenen Inselgebiets, das 37 Prozent ausmacht, an die Griechen zurückzugeben. Angeblich würden sich die Türken mit 28 bis 29 Prozent zufriedengeben. Neben der Hafen- und Touristenstadt Famagusta, wohin etwa 35 000 griechische Flüchtlinge heimkehren könnten, wollen die Türken auch verschiedene Dörfer und Kleinstädte entlang der Pufferzone an die Inselgriechen abtreten.

Darüber hinaus sollen die Türken auf die Anwendung des Rotationsprinzips für die Präsidentschaft verzichtet haben, dagegen weiterhin darauf bestehen, daß in jedem Ministerium der Bundesregierung, die ihrer Ansicht nach relativ schwach sein soll, ein Staatssekretär mit Vetorecht etabliert werde.

Unmittelbar nach der Unterbrechung der Gespräche sagte Denktasch gegenüber der Presse in New York, daß er am UNO-Sitz die Rückkehr des nach Nikosia zurückgereisten Inselpräsidenten Spyros Kyprianou abwarten wolle. Denktasch: „Wir sind einer Einigung näher denn je zuvor." Nach türkisch-zyprischen Angaben soll die Gründung einer Bundesrepublik Zpyern aus je einem griechisch-zyprischen und einem türkisch-zyprischen Bundesland während eines Gipfelgesprächs zwischen Kyprianou und Denktasch besiegelt werden.

Die Tatsache, daß Kyprianou unmittelbar nach der von de Cuéllar initiierten Vertagung der Beratungen nach Nikosia eilte, wo er jetzt mit den Parteiführern und seinem Kabinett ununterbrochen konferiert, zeigt nach Ansicht von westlichen Diplomaten auf Zypern, daß die Inselgriechen von der türkischen Offerte völlig überrascht wurden. Tatsächlich hatte vor Beginn der dritten Gesprächsrunde kaum jemand in Nikosia damit gerechnet, daß eine Annäherung möglich sei. Massiver Druck auf die Türkei – auch die Bundesregierung war zweimal aktiv geworden – soll letzten Endes Ankara und die Inseltürken veranlaßt haben, ihre Maximalpositionen aufzugeben.

Jetzt sind die Griechen am Zug. Kyprianou will vor der Wiederaufnahme der Verhandlungen in New York auch mit dem griechischen Regierungschef Papandreou am Donnerstag in Athen konferieren. (SAD)

2000 Sowjetberater in Libyen

Die Waffengeschäfte mit Moskau erhöhen Abhängigkeit

ROLF TOPHOVEN, Bonn

Mehr als 4000 ausländische Berater sind derzeit in Libyen stationiert. Die Hälfte von ihnen kommt aus der Sowjetunion, der Rest aus anderen Ländern des Ostblocks. Diese Militärberater arbeiten als Instrukteure, im Wartungswesen und helfen bei der Logistik innerhalb der libyschen Streitkräfte. Das berichtet der gewöhnlich gut informierte Nah- und Mittelost-Brief „Memo", der von dem Orient-Experten John Laffin herausgegeben wird, in seiner jüngsten Ausgabe.

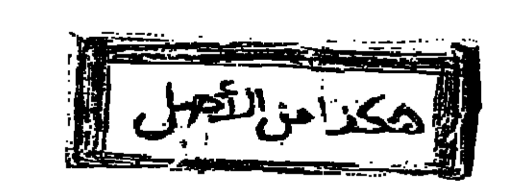
Khadhafis Marine und Luftwaffe sind demnach fast gänzlich von ausländischen Experten abhängig. In den technischen Bereichen so wie bei der Panzertruppe ist diese Abhängigkeit fast ähnlich groß. Zwar erklärt Khadhafi, die „befreundeten Berater" würden sein Land verlassen, wenn die Libyer adäquat ausgebildetes Personal besäßen, doch angesichts des ständig anschwellenden Stromes hochqualifizierter sowjetischer Waffensysteme erscheint diese Hoffnung westlichen Fachleuten als eine Illusion. Der Anteil an Panzern zum Beispiel ist in Libyen, gemessen an der Gesamtstärke seiner Armee, größer als in irgend einem anderen Land. Die regulären libyschen Streitkräfte in einer Stärke von 58 000 Mann besitzen 2600 Panzer, 2000 gepanzerte Mannschaftstransporter und 1000 schwere Geschütze ebenso wie Raketensysteme.

Die Panzertruppe ist mit sowjetischen Mustern der Typen T-54, T-55, T-62 und T-72 ausgerüstet. Libyens Luftwaffe mit 8500 Mann Personal besitzt 450 Maschinen. Bei 260 von ihnen handelt es sich um MiG-Kampfbomber, unter anderen um die hochmodernen MiG-25 (NATO-Code „Foxbat"). Die Sowjets lieferten außerdem TU 22-Bomber, Iljuschin 76-Transporter und Kampfhubschrauber. Besonders rapide ist in den letzten Jahren Khadhafis 6500 Mann starke Marine gewachsen. Sie umfaßt momentan sieben Fregatten, sieben mit Raketen bestückte Korvetten, 23 Raketen-Schnellboote und sechs U-Boote.

Abseits der regulären Verbände hat Khadhafi eine Reservearmee von 40 000 Bewaffneten aufgestellt. Sein Lieblingsprojekt ist eine „Nation unter Waffen", wie er es nennt, mit dem Ziel einer schnellen Mobilisierung.

Obgleich Libyen aus dem Ölgeschäft seit 1980 Einbußen um 50 Prozent erlitten hat, bleiben seine Militärausgaben in konstanter Höhe – allein im Jahr 1983 mehr als 822 Millionen US-Dollar. Und Khadhafi will weiter aufrüsten! Konsum- und Entwicklungsprogramme sollen eingeschränkt werden, um noch mehr Geld für Waffen locker zu machen. Die Dollars fließen fast ausschließlich in Moskaus Kassen. Libyen ist nicht nur der größte in harter Währung zahlende Waffenkäufer der Sowjets, der Kreml scheint andererseits auch bereit zu sein, Khadhafi alles zu liefern, was er an Ausrüstungsgegenständen und Waffensystemen benötigt.

Dafür nutzen die Sowjets ihrerseits die Marinebasis in Tobruk zur Wartung ihrer Mittelmeerflotte. Sowjetische Aufklärungsflugzeuge für den Mittelmeer- und Atlantikraum benutzen regelmäßig den libyschen Luftwaffenstützpunkt von Umm Itiquah.



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Parteijugend und Grenze

„Genscher und der Bundesvorstand der Jungen Union" und „Jugend und Völkerrecht"; WELT vom 24. und 26. November

Sehr geehrter Herr Hertz-Eichenrode,

herzlichen Dank für Ihren erfrischenden Leitartikel. Man kann aber auch – wenn auch nicht inhaltlich – Genscher und dem Bundesvorstand der Jungen Union dankbar sein, daß sie zur ständigen Beschäftigung mit der offenen deutschen Frage beitragen.

Die Absicht des JU-Vorstandes, für eine „völkerrechtliche" Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze zu sorgen, wurde erfreulicherweise niedergestimmt. Aber auch der Bundesaußenminister sollte den Warschauer Vertrag korrekt berücksichtigen, *denn es heißt dort in Art. I, die* Vertragspartner(!) „bekräftigen die Unverletzlichkeit ihrer bestehenden Grenzen jetzt und in der Zukunft". Den Polen zu suggerieren, „daß ihre Grenzen von niemandem bestritten werden", ist eine unzulässige Bindung des gesamtdeutschen Souveräns.

Wie die damalige Bundesregierung immer wieder – auch gegenüber dem Bundesverfassungsgericht (vgl. Schriftsatz des Bundesjustizministers vom 30. April 1974) – erklärte, „hat Art. I des Warschauer Vertrages nicht die Wirkungen einer Gebietszession" (d. i. Abtretung mit völkerrechtlicher Anerkennung der neuen Grenze). Im selben Schreiben heißt es: „Die Bundesrepublik hat keine Zession ausgesprochen und hätte eine solche im übrigen auf Grund der völkerrechtlichen Lage hinsichtlich Deutschlands als Ganzes auch nicht aussprechen können."

Es wäre daher gut, wenn der Bundesaußenminister stets hinzusetzen würde, daß die deutsche Frage gegenüber dem gesamtdeutschen Souverän offen ist, auch hinsichtlich der Oder-Neiße-Grenze, im übrigen auch bezüglich aller vier Ostverträge.

Man darf sich immer wieder in Erinnerung rufen, was immerhin der Präsident des Bundesgerichtshofs a. D., Dr. Weinkauff, wenige Monate vor der Ratifizierung der Verträge feststellte! („Rheinischer Merkur" vom 18. Februar 1972): Die entscheidenden Fragen müssen einem endgültigen gesamtdeutschen Friedensvertrag vorbehalten bleiben, und es darf „nicht vorher über sie in einer vorfriedensvertragähnlichen Weise verfügt werden", auch nicht, „indem mittelbar über Gebiete verfügt wird, die rechtlich noch zu Gesamtdeutschland gehören".

Dr. Weinkauff schlußfolgerte: „Die Verträge schaffen wesentliche Hemmungen rechtlicher und tatsächlicher Art für die Erfüllung des Auftrags des Grundgesetzes zur Wiedervereinigung Deutschlands, die ohne sie nicht bestünden. Sie verstoßen daher gegen das Grundgesetz. Sie könnten *nur mit Zweidrittelmehrheiten in* Bundesrat und Bundestag ratifiziert werden."

Diese Mehrheitsverhältnisse waren bei keinem der vier Ostverträge gegeben und wären auch bis heute nicht erreichbar. So muß man sich wohl oder übel auf die Auslegung von Brandt und Scheel zurückziehen, daß die Bundesrepublik nur für sich selbst gehandelt habe.

Die Ostverträge, die nur die Bundesrepublik binden, wären daher – da überflüssig – besser nicht abgeschlossen worden. Wer die völkerrechtliche Anerkennung von deutschen Grenzen *heute durch* die Hintertür anstrebt, ist auf dem Holzweg. Hier haben die Herren Böhr und Pflüger von der Jungen Union sogar noch Apel und Ehmke links überholt.

Mit herzlichen Grüßen
Roland Schnürch,
Düsseldorf 13
Mitglied der Sudetendeutschen Bundesversammlung

*

„Grenze nicht antasten"; WELT vom 24. November

Einer nach beiden Seiten ausgewogenen Verhandlung mit dem polnischen Staat stehe ich positiv gegenüber. *Da der Außenminister der Bun*desrepublik Deutschland nur für diese sprechen kann, sollte er dies immer wieder ausdrücklich betonen.

Für einen Außenminister eines *Teilstaates Deutschland habe ich* Verständnis, wenn er sich für die Versöhnung der Völker einsetzt. Ich habe jedoch kein Verständnis, wenn über die territoriale Integrität der deutschen Bevölkerung ohne Zuständigkeit verhandelt wird, um für sich Nutzen zu ziehen.

Dieser Teilstaat, der ohne Zuständigkeit handelt, macht sich gegenüber dem Ganzen schuldig und verliert an Glaubwürdigkeit.

Ein Kanzler, der einen solchen Außenminister hält, verliert das Vertrauen.

U. Leu,
Sulingen

*

Es ist unbegreiflich, aus welchem Grunde Opposition, Medien und ihnen *folgend* Regierungsvertreter die Oder-Neiße-Linie aktualisieren. Die Wiener „Kronen-Zeitung" trifft den Nagel auf den Kopf, wenn sie die deutschen Politiker auffordert, endlich aufzuhören zu glauben, „die Bun*desrepublik habe Vermittleraufgaben* zwischen den Supermächten zu erfüllen. Die deutsche Außenpolitik drängt sich mit ihren Versöhnungsgesten den kommunistischen Oststaaten geradezu auf und läßt dabei *bisweilen die* nationale Würde vermissen."

Das ist eine Beobachtung und Kritik von neutraler Seite, die sich beflissene Ostpolitiker hinter die Ohren schreiben sollten.

Dr. H. Brenning,
Hamburg 36

Bild des Soldaten

„Leserbrief: Vom Dienen"; WELT vom 14. November

Wohl niemand wird bezweifeln wollen, daß in unserer Bundeswehr der Wehrpflichtige wie der General als Soldaten dienen, doch jeder an seinem Platz, in seiner Funktion, mit seinem Dienstgrad, seiner Verantwortung und seiner Bezahlung. Die Ehre, dem Vaterland dienen zu dürfen, kann kein Ersatz sein dafür, trotz nachgewiesener Eignung und Leistung, Ausbildung und Erfahrung nicht auf einem entsprechend dotierten Arbeitsplatz eingesetzt zu werden. Ist das „Job-Denken"?

Wie würde Herr Fleischmann wohl einen Handwerker trösten wollen, der zehn Jahre nach seiner Meisterprüfung bei guter Beurteilung noch immer Geselle ist? Etwa mit dem Hinweis auf Berufsstolz? Oder den Assi*stenzarzt, dessen Kinder sich inzwi*schen selbst um einen Studienplatz bemühen? Wer ein Zertifikat erwirbt, will es auch anwenden, egal, ob Führerschein oder Staatsexamen.

Der Gipfel aber ist wohl die banale Feststellung „Soldaten gehen nicht zum Kadi", verschärft durch die selbstgefällige Definition „Man nennt das Disziplin"! Haben unsere Soldaten nur den Rechtsstaat zu schützen, ohne selbst Rechte zu haben? Betroffen sind nicht nur viele der Oberfeldwebel, Offiziere des militärfachlichen Dienstes oder eben der Hauptleute und Kapitänleutnante, sondern auch ihre Familien leiden unter der beruflichen und sozialen Unzufriedenheit. Das nicht zeitgerechte Anwenden der Soldatenlaufbahnverordnung führt darüber hinaus zu Frustrationen und damit zu Leistungsverringerungen, die die Schlagkraft der Streitkräfte herabsetzen und so den Verteidigungsbeitrag unseres Staates im Bündnis in Frage stellen!

Gernot Hintze,
Meckenheim

Wort des Tages

„Nichts kann den Menschen mehr stärken als das Vertrauen, das man ihm entgegenbringt."

Adolf von Harnack; deutscher Theologe und Kirchenhistoriker (1851–1930)

Medienabhängig

„Gericht widerspricht Bonner Anklägern"; WELT vom 24. November

Die wichtige Grundsatzentscheidung des Oberverwaltungsgerichts Münster (AZ: 4 A 2496/82) zum Ermessensspielraum bei der Anwendung des Paragraphen 6b des Einkommensteuergesetzes wird außer von der WELT und einigen anderen Tageszeitungen in den wichtigen Medien wie Rundfunk und Fernsehen kaum Erwähnung finden.

Dabei zeigt der Grundsatz des Oberverwaltungsgerichts, daß entgegen der Meinung der Bonner Staatsanwaltschaft die gesetzliche Mög*lichkeit einer Übertragung von* Veräußerungsgewinnen aus Beteiligungen auf neue Beteiligungen nach Paragraph 6b des Einkommensteuergesetzes nicht dem Ermessen der an der Genehmigung beteiligten Ministerien unterliegt. Damit ist klargestellt, daß die nach Recht und Gesetz erteilte Genehmigung auch nicht Grundlage einer behaupteten Bestechlichkeit sein kann.

Die im Bewußtsein der medienabhängigen Bevölkerung feststehende Tatsache der sog. „Flickaffäre" ist mit dieser höheren Verwaltungsgerichtsentscheidung wesentlich erschüttert worden, obgleich es natürlich noch lange dauert, bis dieser Rechtsgrundsatz in den späteren Gerichtsentscheidungen über die sog. Flick-Angeklagten seinen Niederschlag finden kann.

Dieses „Wetterleuchten am Horizont" sollte aber der SPD Veranlassung geben, darüber nachzudenken, welcher Schaden bereits im Bewußtsein der Staatsbürger durch ihre hemmungslose antikapitalistische Propaganda entstanden ist, wobei die SPD sogar geschickt die Tatsache überspielt hat, daß die Genehmigungen für Flick in der Zeit der sozialliberalen Koalition erteilt worden sind.

Mit freundlichen Grüßen
H. Früchtnicht,
Hamburg 65

Folgen für 1987

Sehr geehrter Herr Gillies,

mit Ihrem Kommentar zur Renten-„Erhöhung" bin ich aus zwei Gründen nicht einverstanden:

● Zweimal wurde die Anpassung verschoben, die letzte „Erhöhung" erbrachte – in Verbindung mit der *Preissteigerung – real 0,7 Prozent* weniger als vorher. Die diesmalige Regelung vermindert das Realeinkommen noch beträchtlicher. Da ist es Blasphemie, Provokation und Zynismus, von „Erhöhung" zu sprechen – zumal dann, wenn die Diäten im Frühjahr um 4,5 Prozent erhöht wurden und die gleiche Steigerung noch für dieses Jahr angekündigt wurde.

● Ich halte es für möglich, daß das – zwingend erforderliche – Ziel der Haushaltssanierung erreicht wird. Aber die Akteure selbst tragen dazu keinen Heller bei, im Gegenteil, sie partizipieren noch an der Diätenerhö*hung. Weshalb begnügen sie sich* nicht mit ihrem Grundgehalt und verzichten auf die zahlreichen Zulagen einschließlich der Diäten (oder umgekehrt, sie führen damit wahrscheinlich besser)? Die Folgen für 1987 liegen doch auf der Hand: entweder Große oder rot-grüne Koalition.

Angesichts der Geldgier klingt die angekündigte „moralische Wende" wie Hohn – insbesondere seitens derer, die sich christlich nennen. Ihnen sei empfohlen, die Bibel nicht nur unterm Arm zu tragen, sondern auch darin zu lesen. Die ersten vier Verse in Matthäus 23 sind für sie wie maßgeschneidert.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. G. Baumann,
München 71

Personalien

GEBURTSTAGE

Geburtstagsfeiern zum 65. geraten gewöhnlich zu Abschiedsfeten oder – wie der Publizist **Johannes Gross** mit preußischer Kälte formulierte – „zur Generalprobe für die Beerdigung". Von solcher Stimmung war nichts zu spüren, als **Rudolf Mühlfenzl**, einst Chefredakteur des Bayerischen Fernsehens und inzwischen Münchner Kabel-Boß, zum Geburtstatgsempfang in das Münchner ZDF-Studio bat: Da wurde ein Mann gefeiert, den Gross als Festredner zum „Ludwig Erhard des modernen Medienzeitalters" ernannte und von dem alle Gäste wußten, daß er mit 65 in den Startlöchern zu einer weiteren Karriere steht. Rudolf Mühlfenzl gilt als der Favorit für den Präsidentenstuhl der neuen bayerischen Landes-Medienanstalt, unter deren Dach private Sender von Funk und Fernsehen arbeiten werden. „Von einem beschaulichen Lebensabend kann bei Ihnen keine Rede sein", meinte der CSU-Bundestagsabgeordnete **Reinhold Kreile**, der Aufsichtsratvorsitzende des Münchner Kabelpilot-Projekts, und fand die „unerschütterliche optimistische Grundhaltung" des Jubilars für besonders erwähnenswert. Er sei ein streitbarer Mann, aber auch ein weiser, der nach dem Grundsatz handle, sich nie mit mehr Leuten gleichzeitig zu streiten, als er Finger an einer Hand hat.

*

Agnes Maxsein, Ordensdame des Ritterordens vom Heiligen Grab und von 1952 bis 1969 Berliner Bundestagsabgeordnete, vollendet am 4. Dezember ihr 80. Lebensjahr. Politisch engagierte sie sich nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst im sowjetisch besetzten Berliner Bezirk Weißensee. Dort wurde sie 1946 als CDU-Kandidatin in die Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin gewählt. Als stellvertretende Vorsitzende gehörte sie auch noch dem letzten CDU-Vorstand für Groß-Berlin an. Nach der Spaltung Berlins wurde sie Vizepräsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses. Im Bundestag oblagen der ehemaligen Oberschulrätin vor allem kulturpolitische Fragen wie das Filmförderungsgesetz oder das Gesetz über die Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Sie war Mitglied des Parlaments der Westeuropäischen Union und der Beratenden Versammlung des Europarates, wo sie als Vizepräsidentin des Ausschusses für Kultur- und Wissenschaftspolitik fungierte.

*

Hans Hellmut Kirst, einer der erfolgreichsten Autoren deutscher Sprache, feiert am Mittwoch seinen 70. Geburtstag. Bücher wie „08/15", „Die Nacht der Generale" oder „Generalsaffären" begründeten den Weltruhm des zurückgezogen in *Schwabing lebenden* Schriftstellers. In 28 Sprachen mit einer Auflage von weltweit über zwölf Millionen Exemplaren wurden seine Werke übersetzt, die überwiegend zur Zeit des Zweiten Weltkriegs spielen. Der aus Osterode in Ostpreußen stammende Kirst war von 1933 bis 1945 Berufssoldat und nach dem Krieg zunächst Straßenarbeiter, Gärtner und Verfasser erster literarischer Notizen. Bevor 1950 sein erstes, in sieben Sprachen übersetztes Buch „Wir nannten ihn Galgenstrick" erschien, arbeitete Kirst drei Jahre lang als Kritiker in der Feuilletonredaktion des „Münchner Mittag". Sein erster Band der „08/15"-Reihe machte ihn 1954 dann mit einem Schlag berühmt.

*

Albert Hecking, Mitinhaber der Textilwerke Carl Hecking GmbH & Co., Vreden, vollendet am 4. Dezember 1984 sein 80. Lebensjahr. Mehr als 50 Jahre war er für sein Unternehmen tätig.

EHRUNG

Der Dr.-Emil-Salzer-Preis für Krebsforschung geht in diesem Jahr an den Direktor des Genetischen Instituts der Universität Gießen, Professor **Fritz Anders**, sowie dessen Ehefrau und Mitarbeiterin **Annerose Anders**. Die beiden Forscher werden nach Angaben des Stuttgarter Wissenschaftsministeriums mit dem vom Land gestifteten und mit 15 000 Mark dotierten Preis für ihren Beitrag zum Verständnis genetisch bedingter Krebsentstehung ausgezeichnet. Das Ehepaar Anders hat ein experimentelles Modell für die Rolle von Struktur und Regulationsgenen bei bösartigen Geschwulsten in Fischen – das „Xiphophorus-Modell" – *entwickelt. Die Auszeichnung* (sie wird seit 1964 in jedem dritten Jahr verliehen) geht auf den Reutlinger Arzt **Emil Salzer** zurück.

Wenn eine Bank nachts schläft, kräht bald kein Hahn mehr danach.

Wenn es darum geht, Sie auf dem laufenden zu halten, machen wir die Nacht zum Tage. Sind mit unseren elektronischen Informations- und Kommunikations-Systemen rund um die Uhr für Sie da und registrieren hellwach, was sich weltweit an Börsen tut, während Europa schläft.

Und reagieren wie der Blitz. Börsennachrichten, Unternehmensdaten, Prognosewerte und Kurse werden sofort an jede einzelne unserer Filialen weitergegeben: abrufbereit für unsere Kunden.

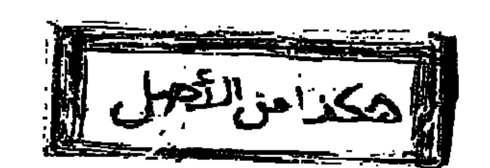
So sind Sie mit uns den Ereignissen immer um eine Nasenlänge voraus – die Länge unserer Spürnase für gute Gelegenheiten rund um's Geld. Sprechen Sie mit uns.

Wir lassen uns etwas für Sie einfallen.

HYPO BANK
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft

Die HYPO. Eine Bank – ein Wort.

Manfred Cerwenka
HYPO-BANK



STAND●PUNKT / *Stefan Bellof und der Ruhm*

In England haben sie ihn schon mit dem verstorbenen Formel-1-Weltmeister Jochen Rindt verglichen und mit dem großen Jackie Stewart, in Deutschland mit Niki Lauda. Seit Sonntag nun ist der Gießener Stefan Bellof Automobil-Weltmeister, nicht in der Formel 1, in der Langstrecken-Klasse. 27 Jahre alt ist Bellof und *seit 1982, als er in der* Formel-2-Europameisterschaft als größtes deutsches Rennfahrer-Talent der letzten zehn Jahre gefeiert wurde, führte sein Weg schnurstracks nach oben.

Wer heute in den Archiven unter dem Stichwort „Bellof" blättert, erhält den Eindruck, dieser junge Mann muß ein ganz außergewöhnlicher Rennfahrer sein. Ob Blätter in Paris oder London, ob wichtige Nachrichtenagenturen oder große Illustrierte – an Bellof ist niemand mehr vorbeigekommen.

Soviel publizierte Euphorie erinnert an den jungen Hans-Joachim Stuck: Mit 21 Jahren war der Grainauer bereits Deutscher Rennsportmeister, und 1977 legte er eine Formel-1-Saison hin, die Großes hoffen ließ: Zweimal Dritter und am Ende der Saison Elfter in der Punktewertung. Doch Stuck genoß den Ruhm unbeschwert und verschleuderte sein Talent in Formel-1-Fahrzeugen fragwürdigster Qualität.

Stefan Bellof, der Langstrecken-Weltmeister, hat in diesem Jahr seine Formel-1-Karriere abrupt abbrechen müssen, weil sein Arbeitgeber Tyrrell angeblich Manipulationen am Rennfahrzeug vorgenommen hat. Was da passierte, war einem Karriereknick nicht ganz unähnlich. Nun sucht der Gießener einen anderen *Arbeitsplatz in der höchsten Mo*torsportklasse. Es soll nicht um jeden Preis sein, und wenn sich nichts Solides bietet, dann will er vorerst die Finger davon lassen und bei der Langstreckenfahrerei bleiben. Gesagt *hat das Stuck auch immer* ...

Aber das ist ja die Crux in diesem Geschäft. Warten auf die große Chance, warten auf ein Auto, mit dem nichts schief gehen kann. Das hört sich klug an. Doch wie lange kann einer warten? Einer wie Bellof, einer mit einem Weltmeistertitel? Denn welker Lorbeer taugt nicht viel und Talent kann mit der Zeit auch zu einer Hypothek werden.

K. Bl.

SCHACH

Im Schlußspurt immer stärker

dpa, **Saloniki**

Bei der 26. Schach-Olympiade in *Saloniki steht die Sowjetunion* bereits vor Abschluß des Turniers wieder als Mannschafts-Weltmeister bei den Damen und Herren fest. Die UdSSR wurde damit bei den Herren zum 15. Male Weltmeister.

Deutschlands Herren kamen in der vorletzten Runde zu einem unerwarteten Sieg über die USA (2,5:1,5 Punkte). Damit liegen sie vor der letzten Begegnung mit der UdSSR auf dem fünften Platz. Diese Plazierung nehmen auch Deutschlands Damen ein, die gegen Schweden 1,5:1,5 spielten.

Der Endspurt der deutschen Herren-Mannschaft hat sich damit sehr eindrucksvoll gestaltet. Nach Negativ-Schlagzeilen bis zur Mitte des Turniers arbeitete sich das Team um Großmeister Robert Hübner immer weiter nach vorne. Im Spiel gegen die USA, die als einzige Mannschaft bisher die Sowjetunion geschlagen hatten, legten Robert Hübner, Eric Lobron und Peter Ostermeier mit soliden Remis den Grundstein zum Sieg. Der Münchner Stefan Kindermann gewann dann gegen Braun.

Der Weltschach-Bund bestätigte, daß die Schach-Olympiade künftig immer alle vier Jahre in Griechenland stattfinden werde.

HANDBALL

Kubitzki stach Wunderlich aus

sid/dpa, **Bukarest**

Trotz zweier Niederlagen gegen Rekord-Weltmeister Rumänien erntete die deutsche Handball-Nationalmannschaft der Herren für ihre Leistungen in Ploesti (16:18) und Bukarest (18:20) viel Lob. „Wir haben spielerisch phasenweise besser ausgesehen als der in Bestbesetzung angetretene Gegner", erklärte Simon Schobel. Und seine persönliche Bilanz lautete: „Das war das größte Jahr für mich als Bundestrainer."

Obwohl Schobel in Rumänien auf *die beiden zurückgetretenen Essener* Thomas Springel und Dirk Rauin sowie auf die verletzten Stammspieler Jochen Fraatz und Martin Schwalb verzichten mußte, bezeichnete er sein Team als „Super-Mannschaft, die Perspektive wie keine andere in der Welt hat".

Besonders angetan war der Trainer des Silbermedaillengewinners von Los Angeles von dem Bergkamener Wolfgang Kubitzki, der in seinem achten Länderspiel acht Tore erzielte und sogar Erhard Wunderlich in den Schatten stellte. Schobel über den 25 Jahre alten Brillenträger: „Kubitzki hat ein Riesenspiel gemacht."

In den letzten drei Länderspielen dieses Jahres gegen die CSSR (7.–9. 12.) fordert Schobel die Bestätigung der Silbermedaille: „Die drei Spiele müssen gewonnen werden."

EISHOCKEY

Prügelszenen haben Folgen

sid/dpa, **Rosenheim**

Sagt Bundestrainer Xaver Unsinn die Teilnahme der deutschen Eishokkey-Nationalmannschaft am Istwestija-Turnier in Moskau ab? Die Möglichkeit steht zumindest im Raum, seit sich der Kontroll-Ausschuß des deutschen Eishockey-Bundes (DEB) mit den Prügelszenen beim Bundesligaspiel zwischen Landshut und Rosenheim (7:2) am vorletzten Wochenende befaßt.

Wilfried Wegmann, vergleichbar mit dem Fußball-Chefankläger Hans Kindermann, hat beim Spielgericht gegen den Rosenheimer Manfred Ahne eine Sperre von 18 Spielen beantragt und gegen die Landshuter Erich Kühnhackl, Alois Schloder und Bernd Engelbrecht ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Als Begründung für das drakonische Strafmaß gegen Ahne, der gerade eine Sperre hinter sich hat, führte Wegmann an: „Die letzte Sperre hat scheinbar nichts genutzt. Wir müssen diese Leute mal erziehen. Jede Woche kloppen sie sich und machen unseren Sport kaputt. Wir müssen ein Zeichen setzen." Ahne wäre wieder im Februar spielberechtigt.

*Aus Verärgerung über das Vorge*hen im DEB will Rosenheim für den Iswestija-Cup keine Nationalspieler abstellen. Unsinn sagte dazu: „Dann sage ich das Turnier ab."

EISHOCKEY / Der EHC Essen West und eine Niederlagenserie ohne Ende

„Mehr ist halt nicht drin, das weiß jeder und das versteht auch jeder"

ULRICH SCHMIDLA, **Bonn**

Das zehnte Heimspiel brachte für den Eishockey-Bundesligaklub EHC Essen-West nichts Neues. Wieder eine Niederlage, die zehnte vor heimischem Publikum. Diesmal gegen den EV Landshut. Mit 5:7 hielt sie sich noch in Grenzen, denn es gab schon wesentlich höhere. Der Negativ-Rekord war die 0:21-Schlappe in Mannheim zu Beginn der Saison. Zweistellige Ergebnisse sind für die Essener keine Seltenheit. Deshalb sagt ihr Trainer Heinz Zerres auch: „Das war veilleicht unser bestes Saisonspiel."

Besser auch als der 4:3-Sieg der Essener vor zehn Tagen beim ECD Iserlohn, der einzige übrigens in den bisher 20 Spielen in der ersten Bundesliga. Mit der Niederlage leben, das ist die Devise in der Ruhrgebietsstadt. Bei 2:38 Punkten liegen die Essner als Zehnter und Tabellenletzter bereits acht Punkte hinter dem SC Rießersee, und der ist Neunter.

Wie wird man mit soviel Mißerfolg fertig? Ob er schon einmal ans Aufhören gedacht habe, wurde Trainer Heinz Zerres schon des öfteren gefragt. „Nein, niemals. Wir wußten ja, was nach dem Zwangsaufstieg auf uns zukommt", erklärt der 37 Jahre alte Trainer mit leicht bayerischem Akzent.

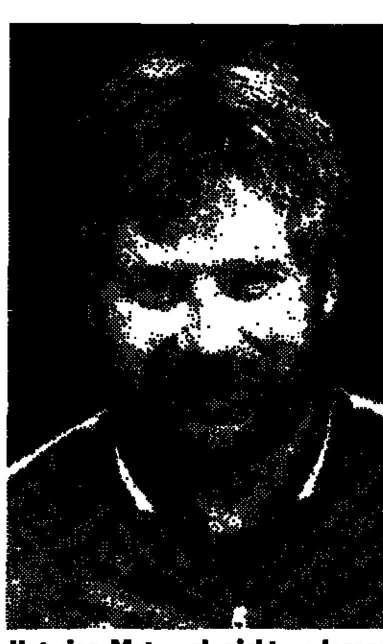
Zwangsaufstieg. Damit umschreibt der gebürtige Landshuter die Situation, die den EHC-Essen-West im Sommer dieses Jahres – mitten in der Saisonvorbereitung für die zweite Liga – überraschend in die höchste deutsche Eishockey-Klasse führte. Nach dem Rückzug (Finanzprobleme) der Freiburger wurden die Essener als Dritter der Relegationsrunde im Juli plötzlich vor die Wahl gestellt. *„Das Angebot des Deutschen* Eishockey-Bundes konnten wir nicht ausschlagen, wir mußten zugreifen. Vor allem schon wegen der Zuschauer", erklärt Zerres die Zwangslage für den Klub. „Seit neun Jahren wird hier Eishockey gespielt und immer nur zweite Liga. Wir waren den Essenern das schuldig." Außerdem, so Zerres, wären an ihrer Stelle dann die Duisburger eingesprungen und hätten ihnen die Fans aus Essen weggelockt.

Großartige Verstärkungen waren auf dem Spieler-Markt in der kurzen Zeit nicht mehr zu haben. Und so nahmen Trainer und Mannschaft das Abenteuer in Angriff. „Die Spieler sagen mir immer, sie hätten ihr Bestes gegeben. Mehr ist halt nicht drin. Das weiß jeder und das versteht auch jeder", erklärt Heinz Zerres, der zu Saisonbeginn von Iserlohn nach Essen gekommen war.

Das Publikum bedankt sich für dieses sportliche Wagnis heute noch. Die Zuschauer sind diejenigen, die den EHC am Leben erhalten. Trotz der Niederlagen-Serie strömen sie ins Stadion. Gegen Landshut waren es gestern wieder 3600. Die Essener haben einen Schnitt von über 3000 Besuchern pro Spiel. Das sind fast doppelt soviele wie beim SC Rießersee, der immerhin einige Siege zu bieten hatte.

„Das ist das beste Publikum, das ich bisher in meiner Trainerlaufbahn erlebt habe", sagt Heinz Zerres voller Bewunderung. Und mit seiner Meinung steht er nicht allein. Alois Schloder vom EV Landshut setzte nach dem Erfolg in Essen noch einen drauf. „So was gibt's nicht mal in Düsseldorf", macht er den Besuchern ein großes Kompliment, galten doch die Düsseldorfer Zuschauer jahrelang als Deutschlands bestes Eishockey-Publikum.

Ohne das schizophrene Verhalten der Essener – sie kommen, um Niederlagen zu sehen – wäre das Abenteuer „Erste Bundesliga" bereits gescheitert. Die Besucher sind die einzige größere Einnahmequelle, aus der ein 600 000-Mark-Etat gespeist werden muß. Trotz des Ruhrgebiets mit seinen unzähligen Industriebetrieben finden die Essener keinen Sponsor für den Eishockeysport.



Hat den Mut noch nicht verloren: Heinz Zerres FOTO: HORSTMÜLLER

Einen Grund dafür sieht Heinz Zerres in den Skandalen um den Vorgänger-Klub EHC Essen. „Wir müssen gegen ein schlechtes Image ankämpfen. Viele Leute, die Geld geben könnten, denken noch an Zuhältertruppe und Paßfälscher, wenn sie vom Eishockey in Essen hören", erinnert er an vergangene Zeiten.

Doch mit dem neuen Klub, der EHC Essen-West wurde erst 1983 nach der finanziellen Pleite des alten Vereins gegründet, wechselten auch Personen und Methoden des Managements. Für eine solide Vereinsführung steht vor allem der erste Vorsitzende Rainer Bäumker.

„Wir passen vom Alter her schon gut zusammen", beschreibt Zerres sein Verhältnis zu dem 40 Jahre alten Rechtsanwalt an der Spitze des Klubs. Zugänglich sei der Mann und nach harten und konsequenten Gesprächen komme immer ein fruchtbares Ergebnis heraus. Die Kenntnisse von Bäumker auf dem Gebiet des Rechts sind für den Klub nach Zerres' Ansicht unersetzbar. „Bei den Kaugummi-Paragraphen des DEB brauchen wir so einen Mann. Ohne Bäumker würden unsere beiden Spieler Spring und Hardy jetzt in Iserlohn spielen", erklärte Zerres.

Mit dem gesunden Management soll es in Zukunft auch sportlich wieder bergauf gehen. „Wir werden in *dieser Saison nicht absteigen.* Durch Verstärkungen und eine gute Saisonvorbereitung werden wir mit einem besseren Team zurückkehren", prophezeit Heinz Zerres bereits für die Saison 1985/86.

Der Trainer könnte sogar recht behalten. Nach der Doppelrunde spielen die Essener voraussichtlich mit dem Neunten der ersten Liga und den jeweils zwei besten Teams aus der Nord- und Südgruppe der zweiten Liga um die zwei freien Plätze in der höchsten Spielklasse. Optimistisch erklärt der Trainer: „Da werden wir sicherlich bestehen. Denn jetzt holen wir uns die nötige Erfahrung dazu."

NACHRICHTEN

Heute: Nachholspiel

Köln (sid) – Das Nachholspiel in der Fußball-Bundesliga zwischen dem 1. FC Köln und Bayer Leverkusen findet heute um 19.30 Uhr statt. Gleichzeitig wird das DFB-Pokalspiel zwischen München gegen Waldhof Mannheim ausgetragen.

Hamburg-Spiel früher

Hamburg (sid) – Der Beginn des Achtelfinal-Rückspiels im UEFA-Pokal am 12. Dezember zwischen Inter Mailand und dem Hamburger SV ist um eine Viertelstunde auf 20.30 Uhr vorgezogen worden.

Radrennfahrer gestorben

Guadalajara (sid) – Der mexikanische Radrennfahrer Federico Cano ist in Guadalajara im Alter von 18 Jahren an den Folgen eines Schädelbruchs gestorben. Er hatte sich die Verletzungen am 26. November bei einem Sturz zugezogen.

Nach Düsseldorf

Mannheim (sid) – Die Eishockey-Nationalspieler Roy Roedger (26) und Manfred Wolf (27) wechseln zur kommenden Saison vom Mannheimer ERC zur Düsseldorfer EG.

ZAHLEN

SCHACH

Olympiade in Saloniki, Herren, 13. Runde: Deutschland – USA 2,5:1,5 (Hübner – Dzindzichaschwili remis, Lobron – Christiansen remis, Ostermeyer – de Firmian remis, Kindermann – Browne 1:0). – **Damen,** 13. Runde: Deutschland – Schweden 1,5:1,5 (Feustel – Johansson 1:0, Fischdick – Cramling 0:1, Vokralova – Borisova remis).

TENNIS

Australische Meisterschaften in Melbourne, Herren, 3. Runde: Lendl (CSSR) – Benhabiles (Frankreich) 2:6, 6:2, 6:4, 6:4. – **Damen,** Viertelfinale: Evert-Lloyd (USA) – Amiach (Frankreich) 6:2, 6:1. – Doppel, erste Runde: Walsh/Potter (beide USA) – Bunge/Pfaff (beide Deutschland) 6:4, 6:4, Achtelfinale: Kohde/Sukova (Deutschland/CSSR) – Piatek/Shaefer (beide USA) 6:2, 6:0.

EISHOCKEY

Bundesliga: Düsseldorf – Schwenningen 8:3, Essen-West – Landshut 5:7, Rießersee – Köln 4:12, Rosenheim – Kaufbeuren 12:1, Iserlohn – Mannheim 1:4. – Tabellenspitze: 1. Rosenheim 30:10 Punkte, 2. Mannheim 27:13, 3. Köln 27:13, 4. Landshut 26:14.

GEWINNZAHLEN

„6 aus 45": 14, 15, 20, 29, 37, 38. Zusatzzahl: 19. – **Elferwette:** 1, 2, 0, 2, 1, 2, 1, 0, 0, 1, 1 (ohne Gewähr).

Afghanistan: Städte Zentren des Widerstands

● Fortsetzung von Seite 1

te Ghulam Hassan Khan. „Nach dem Bau der Kraftwerke übernahmen wir auch den Schutz der Stromleitung nach Kabul."

In Sarobi lebten bis zum Sommer 1984 insgesamt 1000 Familien mit 6000 Menschen. Sarobi beherbergte aber auch 500 Soldaten der Karmal-Armee sowie 800 Rotarmisten. Letzteren standen Panzer, Artillerie, andere schwere Waffen und Helikopter zur Verfügung. Hingegen verfügte die Miliz von Ghulam Hassan Khan nur über leichte Waffen. Sie wurden von der kommunistischen Regierung gestellt. In der Hauptstadt wußte man, daß Ghulam Hassan Khan's Männer mit der Partei des im pakistanischen Exil lebenden Guerillaführers Pir Sayed Gilani sympathisierten. Kabul aber wähnte sich angesichts 500 eigener und 800 sowjetischer Soldaten in Sarobi sicher. 6000 Angehörige des Stammes der Karokhel verstanden es geschickt, dem Widerstand jahrelang aktiv zu helfen, das Karmal-Regime und die Rote Armee darüber jedoch zu täuschen.

Bei Sarobi waren Mitte der 50er und Anfang der 60er Jahre zwei Stauseen angelegt und drei Kraftwerke gebaut worden. Zwei Kraftwerke entstanden unter der Leitung deutscher Ingenieure und Spezialisten, das dritte bauten Sowjets. Die höchste Staumauer erreicht eine Höhe von fast 90 Metern, die beiden Stauseen sind zwischen fünf und zehn Kilometer lang.

In Kabul dauerte es lange, ehe man erkannte, daß die Miliz von Ghulam Hassan Khan ein Doppelspiel betrieb. Babrak Karmal persönlich gab schließlich den Befehl, die Miliz zu entwaffnen und ihre Aufgaben der Armee zu übertragen.

Als die Milizionäre dies erfuhren, ging alles sehr schnell. Guerillaführer Gilani ordnete im fernen Peschawar die Zerstörung der Stromleitung an. Ghulam Hassan Khan sagte: „Ein Operationsplan lag längst vor. Jeder Milizionär wußte, was er zu tun hatte. Verräter gab es keine."

Der Vier-Phasen-Plan der Miliz lief ohne Pannen ab. Zunächst wurden hundert in Kabul wohnhafte Familien von Milizangehörigen in befreite Gebiete des Landes gebracht, in der zweiten Phase sperrten Milizionäre zusammen mit Widerstandskämpfern die Straße nach Kabul im Westen und Jallalabad im Osten. Die Straßensperren sollten Neugierige fernhalten sowie Spionage verhindern, vor allem aber die Ausführung der dritten Plan-Phase ermöglichen: 4000 bei der Aktion nicht beteiligte Frauen und Kinder ins 200 Kilometer entfernte Peschawar zu evakuieren, sämtliche 160 stählernen Pylone der Stromleitung mit Plastiksprengstoff zu fällen, den Rückzug nach Pakistan durch Minen auf Straßen und Wegen sowie selbstgebastelte Bomben an wichtigen Punkten zu sichern.

Nach Abschluß der Sabotage-Aktion zogen die 2000 Milizionäre geschlossen nach Pakistan. Dort warteten ihre Familien bereits auf sie. Zwischen Sarobi und Kabul aber versuchen seither Spezialisten der Karmal-Regierung, die Stromleitung zu reparieren. 20 Pylone waren Ende Oktober wieder aufgebaut, Mitte November aber bereits neuen Sprengstoffanschlägen der Guerrilla zum Opfer gefallen. Und vor kurzem fiel der erste Schnee... Ghulam Hassan Khan: „Das wird ein kalter Winter in Kabul. Für die Reparatur braucht die Regierung mindestens ein Jahr – sofern es ihr gelingt, die Mudschahedin von den Pylonen fernzuhalten."

Der Golfrat warnt Iran vor Angriffen auf Tanker

Verteidigungsmaßnahmen bei „Aggression" beschlossen

PETER M. RANKE, Kairo

Die sechs Staaten des arabischen Golfrats sind auf dem 5. Gipfeltreffen in der vergangenen Woche übereingekommen, jeden iranischen Angriff auf Öltanker im Golf als „Aggression" zu betrachten und dann gemeinsame Verteidigungsmaßnahmen zu ergreifen. Diese geheime Absprache wurde durch hohe arabische Militärkreise bekannt.

Von ihrer Warnung erhoffen sich die sechs konservativen Golfstaaten (Saudi-Arabien, Kuwait, Bahrein, Qatar, Oman und Vereinigte Arabische Emirate), daß das Mullah-Regime in Teheran ähnlich reagiert wie Irak und Luftangriffe gegen Tanker unterläßt. Über die iranischen Botschaften in den Golf-Staaten wurde Teheran verständigt, daß der Golfrat erheblichen Druck auf Bagdad ausübe, die iranischen Tanker, vor allem die Verladepiers auf der Insel Kharg, nicht mehr anzugreifen. Tatsächlich sind seit fünf Wochen keine Angriffe mehr mit irakischen Exocet-Raketen auf Kharg verübt worden, so daß wieder Riesentanker von mehr als 300 000 Tonnen iranisches Öl laden können.

Der Golfrat hat auf der Konferenz in Kuwait zwar die militärischen Pläne über einen gemeinsamen Generalstab unter der Führung eines Generals Saudi-Arabiens und eine gemeinsame Eingreiftruppe von 10 000 bis 12 000 Soldaten bestätigt. Auch wollen die im Golfrat vertretenen Staaten ihre Luftabwehrsysteme besser koordinieren. Aber trotz der ersten und erfolgreichen gemeinsamen Manöver im Oktober an der Golfküste glauben militärische Beobachter vorerst nicht daran, daß die sechs Golfstaaten zu wirksamen militärischen Aktionen zusammenfinden werden.

Die militärische Zusammenarbeit wird vor allem durch die Furcht gehemmt, daß die gemeinsame „Eingreiftruppe" bei inneren Unruhen oder bei einem Staatsstreich in einem der Golfstaaten im Falle nur eines Stationierungsstandortes nicht mehr rechtzeitig eingreifen könnte. Die konservativen, auf Ausgleich bedachten Länder der arabischen Halbinsel sehen sich im Inneren vor allem durch den islamischen Fundamentalismus der Sunniten und Schiiten bedroht.

Daher werden die nationalen Kontingente in den jeweiligen Ländern nur „bereitgestellt" und nicht gemeinsam stationiert. Die zahlreichen ausländischen Offiziere wie Engländer und Pakistanis sollen der „Eingreiftruppe" nicht angehören, was deren militärischen Wert beträchtlich mindert.

Allein Saudi-Arabien hat nach Angaben des Instituts für Strategische Studien in London Leihbrigaden mit 20 000 Pakistanis im Lande stationiert. Die Kampfmaschinen und Hubschrauber der Saudi-Luftwaffe, der Emirate und Omans werden vor allem von Amerikanern und Briten geflogen.

Dazu kommt ein weiterer wichtiger Grund, der gegen eine hohe Einsatzbereitschaft der arabischen Golf-Streitkräfte spricht: Es fehlt den Regierungen zunehmend an Geld. Wegen der gesunkenen Öl-Einnahmen muß Saudi-Arabien in diesem Finanzjahr auf zwölf Milliarden Dollar seiner fest angelegten Kapitalreserven von rund 95 Milliarden zurückgreifen. Auch zahlreiche große Firmen der Privatwirtschaft befinden sich in finanziellen Schwierigkeiten. (SAD)

Rätselraten um Motiv für Glemps Rüge

Der Fall Malkowski – eine Konzession an das Regime?

DW. Warschau

Józef Glemp, Primas der katholischen Kirche von Polen, hat den Beobachtern der aktuellen Situation an der Weichsel neue Rätsel aufgegeben. Warum, so wurde gestern gefragt, hat der Kardinal nach seinem als kirchen-politische Kehrtwende empfundenen Nachruf auf den ermordeten Jerzy Popieluszko, den er noch vor ein paar Monaten heftig kritisiert hatte, nun ein weiteres Mal eine Kursänderung vollzogen und den Geistlichen ein Mäßigungsgebot auferlegt? Gemeint ist der Brief an alle Pfarrer der Erzdiözese Gnesen und Warschau, in dem Glemp den Geistlichen untersagt, Pfarrer Malkowski predigen zu lassen. Malkowski, ein enger Freund Popieluszkos, beabsichtigte, die beim Regime mit äußerstem Mißtrauen betrachteten „Messen für das Vaterland" fortzusetzen.

Die Verwunderung ist um so größer, als kürzlich in der Regierungszeitung „Trybuna Ludu" Pfarrer Malkowski beschuldigt wurde, die Gläubigen zum Haß gegen die Regierung und gegen Moskau aufgestachelt zu haben. Malkowskis Name steht auf der 69 Priester umfassenden Liste der Regierung, die des „Extremismus" beschuldigt werden. Malkowski war schon einmal von Glemp ermahnt worden, politische Äußerungen in seinen Predigten zu unterlassen. Trotzdem, so jetzt der Kardinal, habe der Pfarrer die Kanzel dazu mißbraucht, den Geist des Evangeliums zu verfremden.

Die Übereinstimmung der Rüge mit den Angriffen des Regimes ist es, die Glemp Kritik einbringt. Ging es dem Primas nur darum, einen weiteren Priester vor den – in den Konsequenzen unkalkulierbaren – Anfeindungen Warschaus zu schützen, oder handelt es sich um eine Konzession gegenüber der Führung, deren Exponent General Jaruzelski in Kirchenkreisen vielfach als „kleineres Übel" in Polen angesehen wird? Immerhin hatte noch in der vergangenen Woche der General persönlich Druck auf die Kirche zugegeben, um sogenannte „oppositionelle Priester" zum Schweigen zu bringen.

Bei der Beisetzung Popieluszkos hatte der Primas die beziehungsvollen Worte gesprochen: „Möge das letzte Opfer sein auf polnischem Boden, und niemand soll mehr mit dem Finger auf andere zeigen, nur weil ihm seine Meinung nicht paßt." Diese Passage der Trauerpredigt wird von den Verfechtern der Linie Glemps vermutlich herangezogen werden, um das strikte Predigtverbot zu rechtfertigen.

Der Kardinal beendete gestern einen Besuch im Vatikan, wo er zweimal mit Papst Johannes Paul II. zusammengetroffen war. Es ist bekannt, daß der polnische Papst dem von Glemp eingeschlagenen Kurs skeptisch gegenübersteht. Johannes Paul II. hatte schließlich Popieluszko seine besondere Sympathie versichert. Würde er in einem Fall Malkowski anders verfahren?

Der Primas verhielt sich entgegen seiner sonstigen Gepflogenheit bei Besuchen im Vatikan äußerst schweigsam. Auf einer Konferenz mit in Rom lebenden polnischen Priestern erklärte er lediglich, er hoffe, daß der Papst anläßlich des polnischen eucharistischen Kongresses 1987 abermals in seine Heimat reisen wird. Seine Schweigsamkeit kann allerdings nicht verhindern, daß Spekulationen über sein eigenes Schicksal blühen. Gerüchte wollen davon wissen, daß überlegt werde, ob man Glemp nicht „fortloben" könne.

Gefolterter Pole starb im Hospital

AFP, Warschau

Der Gewerkschafter Stanislaw Chac aus Lublin, der nach Angaben der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" Mitte Oktober von Unbekannten zu Tode gefoltert wurde, ist am 22. Oktober in der südostpolnischen Stadt in einem Krankenhaus gestorben. Dies wurde erst gestern bestätigt. Der 42 Jahre alte Mann war fünf Tage vor seinem Tod mit einem Schädelbruch unter einer Treppe in einem Hauseingang gefunden worden. Bis zu seinem Tode habe er das Bewußtsein nicht mehr wiedererlangt. Wie ein Arzt des Krankenhauses erklärte, wurden keine Folterspuren festgestellt. Seinen Angaben zufolge war es unmöglich festzustellen, ob die schweren Schädelverletzungen durch einen oder mehrere Schläge oder durch einen Sturz verursacht worden seien. Der Alkoholspiegel des Mannes sei nicht sehr hoch gewesen, erklärte der Arzt.

„Zweites Nicaragua" in Chile befürchtet

AFP, New York

Die USA fürchten ein „zweites Nicaragua" in Chile und sind entschlossen, sich für einen Kompromiß zwischen der Militärregierung von General Augusto Pinochet und der demokratischen Opposition einzusetzen. Die Vermittlung könne eventuell vom Vatikan, einer lateinamerikanischen Regierung oder von den USA selbst übernommen werden. Dies berichtete die „New York Times" unter Berufung auf hohe Regierungsbeamte in Washington. Die Regierung Reagan sei durch die jüngste Entwicklung der Lage in Chile sehr beunruhigt.

Das Blatt erinnert daran, daß am vergangenen Freitag James H. Michel, ein hoher Beamter des State Departments, nach Santiago gereist sei, wo er mit dem persönlichen Stabschef Pinochets, General Santiago Sinclair, gesprochen habe. Michels Botschaft lautete, „daß wir von ihnen einige konstruktive Schritte wollen, um sich selbst zu helfen, bevor es für uns zu spät ist, ihnen zu helfen, sagte ein von der „New York Times" zitierter Regierungsbeamter.

Am 6. November hatte Pinochet erneut den Ausnahmezustand verhängt. oppositionelle Zeitungen geschlossen, Massenfestnahmen angeordnet und zahlreiche Regimegegner in den äußersten Norden und Süden des Landes verbannt. Das Weiße Haus, das State Department und die CIA hätten die Lage neu analysiert und gemeinsam beschlossen, Druck auf Regierung und Opposition auszuüben, damit Chile früher als 1989 – wie von Pinochet geplant – durch Wahlen zur Demokratie zurückkehren könne, betonte die Zeitung.

Kielmannseggs Vorstoß kommt Wörner gelegen

Generalinspekteur soll Staatssekretären gleichrangig sein

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Mit großem Interesse hat Bundesverteidigungsminister Wörner einen Aufsatz zur Kenntnis genommen, der sich ausführlich mit den Schwächen der Spitzengliederung der Bundeswehr beschäftigt. Er stellt eindeutig fest, daß vier Staatssekretäre, wie sie zur Zeit auf der Hardthöhe arbeiten, „schlicht unnötig und zuviel" seien. Vorgeschlagen werden zwei beamtete Staatssekretäre – einer für die Verwaltung, ein zweiter für die Rüstung – sowie der Generalinspekteur als ein weiterer „eigentlicher Führungsgehilfe des Ministers".

Bekannt ist, daß Wörner seit seiner Amtsübernahme vor mehr als zwei Jahren darüber nachdenkt, wie dem Verteidigungsministerium eine bessere funktionierende Spitzengliederung zu verschaffen wäre. Einige Teilschritte in diese Richtung hat er bereits getan: Das von seinem Amtsvorgänger Apel entworfene Konzept des „Controlling" hat er zum Beispiel verworfen und dem Generalinspekteur die Verantwortung für personelle und materielle Planung der Bundeswehr übertragen.

Nun kommen Wörner die Vorschläge eines Aufsatzes aus der Feder des Generals a. D. Graf Kielmannsegg in den „Beiträgen zur Konfliktforschung" (Heft 4/1984) zupaß. Sie dürften allerdings die politischen Gegner auf den Plan rufen. Der brisanteste der Vorschläge ist, den Generalinspekteur, wie schon erwähnt, gleichrangig neben die Staatssekretäre als „Führungsgehilfen" des Ministers zu stellen und ihn in dieser Eigenschaft tatsächlich auch zum „obersten Soldaten" der Bundeswehr, also zum Vorgesetzten aller Soldaten zu machen. Das schlösse auch die Disziplinargewalt ein.

Kein „Oberbefehlshaber"

Kielmannsegg hält es jedoch trotz der Kompetenz nicht für möglich, ihm auch die Bezeichnung „Oberbefehlshaber der Bundeswehr" zu verleihen: „Er wäre es auch dann nicht, wenn er truppendienstliche Befugnisse hätte und im Kommandorang unterhalb des Ministers eingefügt würde. Zu einem Oberbefehlshaber gehört nämlich neben der Verfügungsgewalt über diese beiden Punkte auch die über drei weitere Elemente: das Personal, die Rüstung und das Geld... Sie hat nur der Minister."

Daß der Generalinspekteur bis heute mit sehr wenig Kompetenzen ausgestattet ist und erst mit der Übertragung der Planungsverantwortung durch den jetzt amtierenden Minister „mehr" wurde als „nur" Berater der Bundesregierung in Fragen der Streitkräfte und Militärstrategie, hat seine Ursache in der Entstehungsgeschichte der Bundeswehr. Darauf weist Kielmannsegg, der schon seit Oktober 1950, zuerst in der Dienststelle des Grafen von Schwerin, später in der Dienststelle Blank im Bundeskanzleramt unter Adenauer mit der Vorbereitung der Aufstellung der Bundeswehr befaßt war, mit einleuchtenden Argumenten hin.

Kielmannsegg erinnert daran, daß seinerzeit der Aufstellung des „deutschen Verteidigungsbeitrages" – wie das damals hieß – viel Mißtrauen entgegengebracht wurde. „Die Bundeswehr war suspekt und ein zwar aus der Lage der Dinge heraus gewolltes, aber ungeliebtes Kind." Aus diesen Gründen wurde zwischen Beamten und „Militärs", so erinnert sich Kielmannsegg, ein „harter Kampf um die interne Macht" geführt, und als Mittel dabei wurde „bewußt eine verfälschte Interpretation des angelsächsischen Begriffs ,civil control' gebraucht".

Er wurde mit „zivile Kontrolle" übersetzt, als Kontrolle durch zivile Beamte, und nicht, wie es richtig gewesen wäre, mit „politische Kontrolle". Daher rührt letztlich die heutige Spitzengliederung im Bundesverteidigungsministerium, in der die zivilen Abteilungen nach Ansicht des Autors unangemessen viel Einfluß auf die Bundeswehr haben, obwohl diese im Sinne der „Politik der Kriegsverhinderung... nur Erfolg haben kann, wenn man den Krieg auch führen könnte".

Klar gegliederter Apparat

Auf der Basis seiner Analyse schlägt Kielmannsegg folgende Änderungen in der Spitzengliederung der Bundeswehr vor: Der Minister muß über einen „klar gegliederten Apparat" verfügen, „der ihm den Kopf freihält" und nur „das zu ihm bringt, was nach Gesetz und Notwendigkeit des Ministers ist, aber alles andere von ihm fernhält".

Dazu braucht der Minister einen persönlichen Arbeitsstab, dessen Leiter als Vollmitglied zu den beiden wichtigsten Führungsgremien des Ministers gehören muß: Einmal das Kollegium, dem außer den Staatssekretären, durch Wörners Zutun inzwischen auch der Generalinspekteur angehört, zum zweiten die Abteilungsleiter-Konferenz. Der persönliche Arbeitsstab des Ministers ist in Gestalt des Planungsstabes bereits vorhanden. Kielmannsegg meint, ein Verteidigungsministerium sei nämlich per se ein Planungs- und Führungsorgan und brauche „keinen übergestülpten besonderen Planungsstab".

Der General a. D. hält lediglich zwei beamtete Staatssekretäre für nötig: für Verwaltung und Rüstung. Die Verantwortung des derzeit vorhandenen dritten beamteten Staatssekretärs (Lothar Rühl) findet der Autor „künstlich um die Person herumkonstruiert". Eine Schwäche des Aufsatzes ist, daß er sich nicht mit der Rolle und Aufgabe des Parlamentarischen Staatssekretärs (Peter-Kurt Würzbach) befaßt. Schließlich will Kielmannsegg den Generalinspekteur auf die Ebene der Staatssekretäre stellen und ihn, wie erwähnt, die Eigenschaft als truppendienstlicher Vorgesetzter mit Disziplinarbefugnis für alle Soldaten geben. Zusätzlich soll dem Generalinspekteur die Personalführung für die Offiziere übertragen werden.

SPD-Gesetzentwurf zur Rentenreform

pje. Bonn

Die SPD-Bundestagsfraktion will heute einen Gesetzentwurf zur Reform der Hinterbliebenenversorgung und zur Strukturreform der Rentenversicherung beraten und anschließend als Initiativantrag im Bundestag einbringen. Grundlage des SPD-Entwurfs bei der Hinterbliebenenversorgung ist das Modell der Teilhabe-Rente. Danach soll der überlebende Ehegatte, der die Altersgrenze erreicht hat, eine Gesamtrente von 70 Prozent der vor und während der Ehe erworbenen Anwartschaften beider Ehepartner und 100 Prozent der nach dem Tod des Ehepartners erworbenen Anwartschaften erhalten. In die Berechnung werden allerdings wie beim Anrechnungsmodell der Bundesregierung die Leistungen anderer öffentlich-rechtlicher Versorgungssysteme einbezogen. Darüber hinaus plant die SPD die Anrechnung eines „Babyjahres", das allen Versicherten und Rentnern zugute kommen soll, die Kinder erzogen haben.

FDP verwundert über Stoltenberg

dpa, Bonn

FDP-Generalsekretär Helmut Haussmann hat gestern vor dem Präsidium seiner Partei „Verwunderung" über Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) geäußert, der am Wochenende davon gesprochen hatte, daß Pläne zum Subventionsabbau vor der Sommerpause dieses Jahres an der FDP gescheitert seien. Haussmann erklärte nach Angaben von FDP-Sprecher Herbert Schmülling, Stoltenberg trage mit einer solchen Formulierung zur Begriffsverwirrung bei. Die FDP habe sich seinerzeit lediglich gegen den Vorschlag des Finanzministers gewehrt, Steuerfreibeträge einseitig zu Lasten der Selbständigen abzubauen. Dies hätte wie eine Steuererhöhung ausschließlich für diese Berufsgruppe gewirkt. Vorschläge Stoltenbergs für einen Subventionsabbau, versicherte Haussmann, wären von der FDP unterstützt worden.

Ohne Polster

fu (London) – Schatzkanzler Lawson und seine Nachfolger in diesem Amt werden von 1986 an nicht mehr auf steigende und unerwartete Steuereinkünfte aus der Produktion von Öl und Gas aus der Nordsee bauen können. Bislang kamen diese zusätzlichen Einkünfte aus der Jahr für Jahr wachsenden Öl- und Gasproduktion im britischen Nordsee-Sektor höchst gelegen, um notwendige zusätzliche Staatsausgaben zu finanzieren.

Angewendet wurde dabei ein simpler Trick: Die Voraussagen über die nur vorsichtig zu schätzenden Fördermengen wurden bewußt konservativ angesetzt, so daß schließlich ein gesundes und gut brauchbares Polster übrig blieb. Hinzu kam in der letzten Zeit der Anstieg des Dollar-Kurses; Öl und Gas werden in Dollar notiert.

Doch bereits im nächsten Jahr wird mit großer Sicherheit die Spitze der britischen Nordsee-Ölförderung erreicht sein, nämlich mit 2,6 Millionen Barrel pro Tag (ein Barrel = 159 Liter) gegenüber 2,5 Millionen in diesem Jahr. Die Spitze der Gasproduktion wird mit 4,8 Milliarden Kubikfuß pro Tag für 1988 erwartet.

Die Netto-Steuereinkünfte für den Schatzkanzler aus den Nordsee-Aktivitäten werden aller Voraussicht nach schon 1986 mit 18,3 Milliarden Pfund (67,7 Milliarden Mark) ihren Höhepunkt erreichen und dann kontinuierlich abnehmen. Darüber hinaus werden angesichts immer weniger neuer Öl- und Gasvorkommen die Voraussagen über die Fördermengen sehr viel akurater. Das schöne Polster entfällt damit. Die Regierung täte gut daran, sich schon jetzt darauf einzustellen.

Leere Netze

H. L. – Für die deutschen Fischer sieht es schlecht aus. Die Entwicklung der letzten Jahre hat ihre Fangquoten in den einstmals freien Weltmeeren immer weiter beschnitten. So schrumpften Firmen und Flotte der deutschen Hochseefischerei auf eine Bedeutungslosigkeit zurück, die ein Zusammenlegen der verbliebenen vier Unternehmen ratsam erscheinen läßt. Vorläufig letzter Schlag war die Seerechtskonferenz, die das Weltmeer noch stärker in nationale Anteile zergliedert hat. Heute droht neues Unheil: In Brüssel beraten die Fischereiminister Möglichkeiten zur Beteiligung der Spanier an den Fängen im EG-Meer. Der Beitrittskandidat verfügt über Fangkapazitäten, die zwei Drittel der Flotte der zehn EG-Mitglieder ausmachen. Damit wurden die nationalen Gewässer um die iberische Halbinsel derart leergefischt, daß die spanische Flotte weltweit operiert. Für die EG – und für die deutsche Fischereiwirtschaft – kommt es darauf an, daß eine lange Übergangszeit gewählt wird. Sonst bleibt nicht mehr viel Fisch übrig.

GROSSBRITANNIEN / Konjunkturentwicklung ist günstiger als von vielen erwartet

Wachstumskräfte reichen nicht aus, um die Arbeitslosigkeit abzubauen

WILHELM FURLER, London

Der seit März dieses Jahres die Schlagzeilen beherrschende Kohlestreik in Großbritannien läßt vielfach übersehen, daß die Konjunkturentwicklung günstiger verlaufen ist, als noch vor einem Jahr von den Wirtschaftsinstituten vorausgesagt worden war. Und auch für die kommenden Jahre ist mit einer gesunden, wenn auch nicht spektakulären Konjunkturphase zu rechnen. Davon ist jedenfalls nicht nur das Schatzamt überzeugt, sondern auch die große Mehrheit der Wirtschaftsforscher.

Allerdings wird sich das Hauptproblem, die hohe Arbeitslosigkeit von gegenwärtig 13,4 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung, in absehbarer Zeit kaum mindern lassen. Eher dürfte die Zahl der Arbeitslosen nach übereinstimmender Einschätzung der Konjunkturexperten in den nächsten Jahren hartnäckig bei etwa 3,3 Millionen verharren. Der jüngsten offiziellen Statistik zufolge beantragen heute 3,222 Millionen Briten Arbeitslosenunterstützung.

Ohne den neunmonatigen Kohlestreik hätte das Wirtschaftswachstum in diesem Jahr real drei Prozent erreicht. Nun wird es zwei Prozent nicht übersteigen. Dafür geht die Mehrheit der Konjunktur-Weisen davon aus, daß im kommenden Jahr ein dreiprozentiges Wachstum erreicht werden kann – allerdings nur unter der Voraussetzung, daß der Bergleute-Arbeitskampf nicht viel später als zum Jahreswechsel beendet sein wird.

Ebenso übereinstimmend gehen die Prognosen von einem durchschnittlichen Anstieg des Bruttosozialprodukts in den zwei bis vier Jahren darauf von wieder zwei Prozent aus. Zwar wird dieses mäßige Wachstum mit einem Anstieg der Beschäftigtenzahlen einhergehen. Doch zum einen wird ein Großteil der neuen Arbeitsplätze von bislang nicht als arbeitslos registrierten Personen besetzt, meint etwa die Midland Bank in ihrer jüngsten Konjunkturbeurteilung.

Zum anderen wird ein zweiprozentiges Wachstum als zu gering angesehen, um überhaupt genügend Arbeitsplätze für die neu an den Arbeitsmarkt drängenden, geburtenstarken Jahrgänge zu schaffen. Dieser Standpunkt wird hauptsächlich vom National-Institut für Wirtschafts- und Sozialforschung vertreten.

Nachdem die Investitionen in der britischen Wirtschaft (ausgenommen Nordseeöl) bis zum Ende dieses Jahres um 15 Prozent gestiegen sein dürften, wird es hier in den nächsten Jahren zwangsläufig zu einer deutlichen Abflachung kommen. So gehen die meisten Prognosen von einem Investitionswachstum in der privaten Wirtschaft – Industrie und Handel zusammengenommen – von jeweils zwischen fünf und sieben Prozent in den folgenden drei Jahren aus. Damit dürften die Investitionen allerdings der am raschesten wachsende Ausgabenbereich bleiben.

Auch wenn allgemein eine zyklische Abschwächung der Wirtschaftstätigkeit in den anderen Industrieländern für 1986 erwartet wird, geht die Midland Bank von einem britischen Exportwachstum im Durchschnitt der nächsten drei Jahre von 3,5 Prozent aus. Damit dürfte die Exportwirtschaft besser als die übrigen Bereiche abschneiden. So wird etwa von allen Instituten eine deutliche Verlangsamung im Wachstum der Verbrauchsausgaben nach dem weit länger als erwartet anhaltenden Verbraucher-Boom erwartet: Glaubt man der Mehrheit der Voraussagen, dann wird das Wachstum der Konsumausgaben während der kommenden drei Jahre durchschnittlich bei rund zwei Prozent liegen.

Unterschiedlich wird eigentlich nur die Inflationsentwicklung beurteilt. Die eher optimistische Einschätzung schließt sich der Prognose des Schatzamtes an, wonach die Einzelhandelspreise in den kommenden zwölf Monaten nur um vier Prozent oder wenig darüber steigen werden, und die Inflationsrate dann bis Ende 1987 auf drei Prozent gefallen sein wird. Dagegen rechnet das Nationalinstitut mit einem langsamen, aber kontinuierlichen Anstieg bis 1989 auf über acht Prozent. Gegenwärtig liegt die Preissteigerungsrate bei fünf Prozent.

CREDITREFORM

Welle der Firmengründungen sorgt für einen Pleitenboom

INGE ADHAM, Frankfurt

Die Pleitewelle ist trotz der Konjunkturerholung auch in diesem Jahr mit Macht weitergerollt. Bis Jahresende, so schätzt die Kreditschutzvereinigung Creditreform, werden knapp 17 000 Insolvenzen gezählt werden, fünf Prozent mehr als im vergangenen Jahr. Den volkswirtschaftlichen Gesamtschaden veranschlagt Creditreform auf wieder rund 25 Milliarden Mark. Gut 12 000 der Insolvenzen betreffen Unternehmen, der Rest entfällt auf Privatpersonen. In diesem Bereich sieht Creditreform steigende Tendenz durch jene Häuslebauer, die sich bei den Hypotheken übernommen haben.

Im Unternehmensbereich zeigen besonders die Bereiche Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau steigende Tendenz, ebenso die des Holz-, Papier- und Druckgewerbes, eine Entwicklung, die als Spätfolge des Streiks im Frühjahr zu sehen sei. Arg gebeutelt ist auch der Handel. Am stärksten trifft die negative Auslese über die Pleite nach wie vor mittelständische Unternehmen mit bis zu 100 Beschäftigten: 94 (i. V. 90) Prozent aller Insolvenzen, die insgesamt 175 000 Arbeitsplätze kosten, entfallen auf diesen Bereich.

Auch für das kommende Jahr erwarten die Fachleute von Creditreform kein Abebben der Insolvenzwelle. Denn sie wird genährt von der mit der Konjunkturerholung einsetzenden Gründungswelle. Die Mehrzahl der Neugründungen, so klagt Creditreform, „muß als wirtschaftlich unfundiert bezeichnet werden". Rund 46 000 Unternehmen werden in diesem Jahr neu in die Handelsregister eingetragen. Davon wählen 75 Prozent die GmbH als Rechtsform. Dabei verfügt die überwiegende Mehrheit der Neugründungen nur über maximal 50 000 Mark Haftungskapital. „Daß die meisten dieser Unternehmen innerhalb von vier Jahren in der Insolvenzstatistik wiederzufinden sind, kann nicht weiter verwundern", heißt es dazu. Die meisten Neugründungen würden darüber hinaus in Branchen vorgenommen, die besonders pleitenanfällig sind. Den Anteil der zukunftsorientierten innovativen Neugründungen schätzt Creditreform „verschwindend gering" auf deutlich unter ein Prozent.

Insgesamt machen die bis zu vier Jahre alten Unternehmen ein Drittel der Pleitenfälle aus, ein weiteres Drittel entfällt auf die bis zu zehn Jahre alten Unternehmen, die nach den Beobachtungen von Creditreform seit Beginn ihrer Tätigkeit mit latenten Finanzierungsschwierigkeiten zu kämpfen hatten. Wie gravierend die sind, belegt die Tatsache, daß in diesem Jahr drei Viertel aller Konkurse mangels Masse abgelehnt werden müssen. Am widerstandsfähigsten unter den Neugründungen sind übrigens mit öffentlichen Mitteln geförderte Unternehmen; die mit der Förderung verbundenen Auflagen und Prüfungen wirken stabilisierend, betont Creditreform.

Finanzriese in Fernost

Von FRED de LA TROBE, Tokio

Tokio scheint auf dem besten Wege zu sein, eines der größten Finanzzentren der Welt zu werden. Ausländische Bankenkreise in Japan stimmen überein, daß die japanische Metropole dem Kapital- und Geldaufkommen nach hinter London und New York den dritten Platz belegt. Tokio ist in die Rolle eines der wichtigsten Kreditgeber hineingewachsen. Die japanischen Renten- und Aktienmärkte sind sogar schon die zweitgrößten der Welt.

Allerdings sind noch beträchtliche Abstriche an dem Prädikat Weltfinanzplatz angebracht. Solange es in Japan noch kein Offshore-Zentrum gebe und Schranken wie die Quellensteuer und die Kontrolle über die Habenzinsen für Yen-Einlagen bestehen, könne man nicht von einem wirklich freien internationalen Finanzzentrum sprechen.

Die Fortschritte bei der Liberalisierung während der letzten zehn bis 15 Jahre sind eindrucksvoll. Das Angebot Tokios an kurz- und langfristigen Finanzierungsinstrumenten wird nur noch von New York übertroffen. Vor allem der Markt für Yen-Auslandsanleihen in Tokio und der sich außerhalb Japans abwickelnde Euro-Yen-Markt haben in den beiden letzten Jahren einen stürmischen Aufschwung erlebt.

Die Zahl der Niederlassungen und Joint ventures japanischer Banken und Wertpapierbroker im Ausland hat sich von 80 im Jahre 1975 auf 200 in diesem Jahre erhöht. Die Yen-Auslandsanleihen, die seit April 1984 liberalisiert sind, bieten sich den Banken als lukrative Instrumente an. Bei ihnen sind die Gewinnmargen höher als bei den unter zunehmenden Konkurrenzdruck geratenen inländischen Krediten.

Noch hemmt erheblicher Ballast der japanischen Bankentradition Tokios Aufbruch zu uneingeschränkten internationalen Finanzpraktiken. Seit Vorkriegszeiten verließen sich die Kreditinstitute vor allem auf die emsigen japanischen Sparer, denen wenig anderes übrig blieb, als ihr Geld in niedrigverzinslichen Einlagen stehen zu lassen. Die Banken konnten diese Beträge gewinnträchtig an die Industrie ausleihen.

Das Finanzministerium und die Bank von Japan hielten die Zinsen bisher künstlich niedrig. Für Sonderaufgaben wurde ferner ein Apparat spezialisierter Banken eingerichtet. Außerdem ist den Banken nur das Depositen- und Kreditgeschäft erlaubt, während der Effektenhandel den Brokern vorbehalten bleibt.

Angesichts dieser noch vielfach sehr konservativen Strukturen ist es verständlich, daß Japan beim Abbau der Schranken im Finanzbereich nicht überstürzt vorgegangen ist. Die Fortschritte der letzten drei Jahre seien zwar beachtlich – besonders auf dem Euro-Yen-Markt und bei der Internationalisierung des Yen. Im wesentlichen handele es sich aber um kleine Schritte, die den japanischen Banken größere Vorteile böten als den ausländischen Kreditinstituten.

Zu den geplanten künftigen Maßnahmen des Liberalisierungsprogramms gehört die Zulassung von Geldmarktzertifikaten mit frei schwankenden Zinsraten vom kommenden April an. Ferner sollen die Mindestbeträge für übertragbare Depositen-Zertifikate von 3,6 Millionen Mark auf 1,2 Millionen Mark gesenkt werden.

Die Freigabe der Zinssätze ist in zwei bis drei Jahren vorgesehen. Die Liberalisierung der Zinsen wird den Wettbewerb der Banken untereinander verschärfen, die Raten für Spareinlagen erhöhen, die für Ausleihungen drücken und damit die Gewinnmargen der Banken verringern.

Eine paradoxe Erfahrung ist, daß trotz der fortschreitenden Liberalisierung das Geschäft für die in Japan akkreditierten ausländischen Banken nicht leichter, sondern schwieriger geworden ist. Neben der schärferen japanischen Konkurrenz ist dafür das Ende des Monopols verantwortlich, das ausländische Kreditinstitute bis Ende 1980 auf Darlehen in nichtjapanischen Währungen hatten.

Nach den bisherigen Erfahrungen Japans mit der Liberalisierung im Finanzbereich läßt sich aber insgesamt eine Zwischenbilanz des Erfolgs ziehen. Trotz der Besonderheiten des Systems haben die größeren Freiheiten keine schädlichen Folgen gehabt. Aus einem rascheren Abbau der noch bestehenden Schranken würde Tokio zweifelsohne ebenso große Vorteile ziehen können wie aus seinem freien Exporthandel, der zum wirtschaftlichen Aufstieg des Landes so wesentlich beigetragen hat.

AUF EIN WORT

„Der Metall-Tarifabschluß birgt eine große Chance, weil hier endlich einmal durch geschicktes Loskoppeln der persönlichen von der betrieblichen Arbeitszeit ein gut Teil der höheren Kosten wieder hereingeholt werden kann. Das ist Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit."

Gert Moeller, geschäftsführender Gesellschafter der Klöckner-Moeller GmbH, Bonn FOTO: HANS LENZ

Bundesanleihe als Siebenprozenter

dpa/VWD, Frankfurt

Der nach unten gerichtete Zinstrend am Kapitalmarkt hat sich auch auf die Konditionen der neuen Bundesanleihe niedergeschlagen, die dem Anleger nur noch eine Rendite von 7,04 Prozent bringt. Wie die Bundesbank in Frankfurt mitteilte, ist die Anleihe im Volumen von zwei Mrd. Mark und einer Laufzeit von zehn Jahren mit einem Nominalzins von sieben Prozent und einem Ausgabekurs von 99,75 Prozent ausgestattet. 1,5 Mrd. Mark werden vom 5. bis 7. Dezember über das Bankenkonsortium an die Kundschaft verkauft, während 500 Mill. zunächst zur Marktpflege bei der Bundesbank verbleiben.

VIDEORECORDER

Davignon verhandelt über japanische Exportquote

dpa/VWD, Tokio

Der Vizepräsident der EG-Kommission Etienne Davignon verhandelt in Tokio über den Umfang der japanischen Videoexporte in die EG für 1985, dem gegenwärtig schwierigsten aktuellen Thema in den Beziehungen EG-Japan. Am Montagabend stand eine Einigung noch aus. Bei einem Gespräch mit Davignon bekräftigte Handels- und Industrieminister Keijiro Murata lediglich den Willen der Regierung, das Problem „im Geist der Kooperation und der Kompromißbereitschaft" zu lösen.

Wie aus Verhandlungskreisen verlautete, scheiterte die Verständigung bisher an den weit auseinanderlaufenden Schätzungen beider Seiten über die künftige Nachfrageentwicklung für Videorecorder auf dem EG-Markt. Während Brüssel für 1985 einen Gesamtabsatz von weniger als fünf Millionen Geräten anvisiert, rechnet Japan mit über sechs Millionen und ist damit nach Meinung der EG-Delegation im eigenen Exportinteresse „übermäßig optimistisch".

Brüssel besteht darauf, daß der garantierte Anteil der eigenen europäischen Videoproduktion am Gesamtverkauf im Vergleich zu den Einfuhren aus Japan für 1985 stark erhöht wird. Für das laufende Jahr gilt eine Vereinbarung, die den europäischen Produzenten den Absatz von 1,3 Millionen Geräten garantiert und den Japanern ein Maximum von 5,05 Millionen (einschließlich 1,1 Millionen Bausätze) zugesteht.

Der unerwartet starke Nachfragerückgang in der EG nach Videorecordern hat jedoch erneut zu einem erheblichen japanischen Überangebot und damit zu verschärftem Konkurrenzdruck geführt.

MITTELSTAND

Neues Insolvenzrecht soll Sanierungen ermöglichen

HEINZ STÜWE, Bonn

„Ein hartes Erwachen" für die kleinen und mittleren Unternehmer bedeutet nach Ansicht des Präsidenten der Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand (AWM), Horst F. G. Angermann, die derzeitige Steuerdiskussion. Sie lähmt nach Auffassung der AWM die Entscheidungsfreude und führt dazu, daß Investitionen aufgeschoben würden.

In einem Schreiben an Helmut Kohl fordert die AWM den Bundeskanzler auf, diese schädliche Diskussion zu beenden und von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch zu machen. Die Steuerreform solle in einem Schritt zum 1. Januar 1986 verwirklicht werden. Die AWM fordert, die Grenzsteuerbelastung durchgängig zu verstetigen und den Spitzensteuersatz zu senken.

Eine Rechtfertigung für Steuererleichterungen sieht Angermann in der Kapitalauszehrung der mittelständischen Wirtschaft: Trotz der konjunkturellen Belebung sei die Zahl der Firmen, die kurz vor dem Zusammenbruch ständen, weiter gestiegen. Dabei spiele, wie der Unternehmensberater Angermann einräumt, häufig auch Mißmanagement eine Rolle.

Die AWM hält daher die Reform des Insolvenzrechts für dringlich. Eine Einschränkung der Mobiliarsicherheiten hält Angermann allerdings für nicht machbar, da es ohne Absicherungen keine Kredite geben könne. Das Hauptaugenmerk sollte auf die Sanierung der Insolvenzfälle gerichtet werden. Um ein zügiges Verfahren zu gewährleisten und den Konkursverwalter nicht zu überfordern, möchte die AWM im Insolvenzrecht verankern, daß der Reorganisationsplan vor einer neutralen, sachkundigen Stelle entwickelt wird.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

WELT-Aktienindex erreicht Höchststand

Frankfurt (cd.) – Im Zuge einer weiter freundlichen Tendenz hat der WELT-Aktienindex gestern seinen bisherigen absoluten Höchststand (160,0 Punkte am 2. Februar dieses Jahres) überschritten. Der Index stieg von 159,1 auf 160,4 Punkte (31. 12. 64 = 100). Einige Publikumswerte wie Bayer (186,80 DM), Schering (426 DM) und Dresdner Bank (190,50 DM) erklommen neue Höchstkurse. Zu den Börsenfavoriten gehörten gestern Daimler und Mercedes Holding, die mit Gewinnen von rund zwei Prozent ihres Kurswertes auf die Vorstellung der neuen Automodelle reagierte. Der Aktienindex der WELT ist jetzt um 5,1 Prozent höher als Ende 1983 (152,6), und er zeigt gegenüber dem diesjährigen Tiefststand (134,4 am 25. Juli) ein Plus von 19,3 Prozent.

Appell an die Länder

Bonn (dpa/VWD) – Länder und Gemeinden sollten bei der Privatisierung von Staatsunternehmen mitmachen, damit Privatinitiative und privates Eigentum in der sozialen Marktwirtschaft Vorrang erhielten. Das forderte in Bonn der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT). Das Konzept von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) über den teilweisen Verkauf von Bundesanteilen an Unternehmen, darunter die Lufthansa, sei, so der DIHT, „ein entscheidender Schritt mit Signalwirkung zur Verminderung des Staatseinflusses in der Wirtschaft". Die Bundesregierung solle bei der Privatisierung den Ländern und Gemeinden mutig vorangehen.

Mehr Ölprodukte verkauft

Eschborn (dpa/VWD) – In den ersten drei Quartalen 1984 lag der Absatz aller Mineralölprodukte in der Bundesrepublik mit 76,4 Mill. Tonnen um drei Prozent über dem entsprechenden Vorjahreswert. Nur bei schwerem Heizöl ging der Absatz nach Angaben des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft, Eschborn, um sechs Prozent auf 7,9 Mill. Tonnen zurück.

Glasfaserwerk von Siemens

München (dpa/VWD) – Die Siemens AG, München, will zusammen mit dem US-Unternehmen Corning Glass Works, Corning (Bundesstaat New York), eine Produktionsstätte für Glasfasern in Neustadt bei Coburg bauen. Wie Siemens mitteilte, soll das Werk von der gemeinsamen Gesellschaft für Lichtwellenleiter mbH u. Co KG betrieben werden. Die erste Ausbaustufe mit einer Jahreskapazität von 80 000 Kilometer Fasern kostet den Angabe zufolge 70 Mill. Mark. Mit der Fertigung soll 1986 begonnen werden. Später soll die Kapazität auf über 200 000 Kilometer Faser ausgedehnt werden.

Deutsche Bank-Neubau

Frankfurt (cd.) – Das für etwa 580 Mill. Mark errichtete neue Hauptverwaltungsgebäude der Deutschen Bank in Frankfurt, das am Wochenende bezogen wird, wird nicht in der Bilanz der Bank erscheinen. Zur Finanzierung wurde eine Fonds-Konstruktion gewählt, womit für die Bank Kostenvorteile und vor allem eine „Schonung" des Eigenkapitals verbunden sind. Anteile des Fonds wurden den Bankkunden angeboten.

Anhörung zum Brüter

Essen (dpa/VWD) – Der Schnelle Brüter in Kalkar wird in einer öffentlichen Erörterung heute in Wesel erneut unter die Lupe genommen. Der Vorsitzende der Geschäftsführung des Europäischen Gemeinschaftsunternehmens Schnell-Brüter-Kernkraftwerksgesellschaft mbH (SBK), August W. Eitz, betonte gestern, er gehe davon aus, daß diese Erörterung zu keiner Verzögerung des Projektes führe. Anlaß zu der Erörterung ist eine endgültige Entscheidung der SBK über den Reaktorkern.

AUSLANDSSCHULDEN

CDU-Wirtschaftsrat: Kein großes Problem mehr

HEINZ HECK, Bonn

Die Kreditwürdigkeit des Ostblocks ist „mit der großen Ausnahme Polens" aus der Sicht der Banken kein Problem mehr. Das erklärte Wolfgang Jahn, Vorsitzender der Außenwirtschaftskommission des Wirtschaftsrats der CDU, nach einer Veranstaltung dieser Organisation zum Thema „internationale Verschuldung". Auch Jugoslawien befinde sich in schwieriger Lage.

Die Gründe für die derzeit hohe Kreditaufnahme der „DDR" im Ausland ist nach Meinung Jahns nicht genau erkennbar. Man sei daher auf Spekulationen angewiesen, etwa die, daß die „DDR" ihren guten Ruf nutze, um Finanzierungen für andere Ostblockländer zu übernehmen. Da es sich um frei verfügbare Kredite handele, sei dies möglich. Dagegen habe die „DDR" noch vor ein bis zwei Jahren Kredite „massiv zurückgezahlt" – offenbar aus der Sorge, sie könnte in den Strudel anderer Ostblockländer geraten.

Eine Ursache für die schwierige Lage zahlreicher lateinamerikanischer Länder sieht Jahn in dem dort sehr ausgeprägten Nationalismus. Gelänge es, diesen zu überwinden, würde auch der Ressourcentransfer aus den Industrieländern in Form von Direktinvestitionen attraktiver. Grund für die hohe Auslandsverschuldung sei daher vielfach die Finanzierung von Großprojekten mit Krediten. Würde man statt dessen ausländische Gesellschaften beteiligen, käme es nicht zum Devisenabfluß in diesem Ausmaß. Auch seien häufig nationale Lieferanteile dieser Länder für Großprojekte zu kurzfristig über Devisen finanziert worden. Beispielhaft nannte er Brasilien.

VERMÖGENSBILDUNG / Zweite Stufe doch noch in dieser Legislaturperiode?

Bangemann für neue Initiativen

HEINZ HECK, Bonn

Nach dem Inkrafttreten des Vierten Vermögensbildungsgesetzes (936-Mark-Gesetz) Anfang des Jahres ist es nach Meinung von Wirtschaftsminister Martin Bangemann (FDP) an der Zeit, die zweite Stufe der Vermögensbildung, die die Bundesregierung noch für diese Legislaturperiode angekündigt hatte, „tatkräftig anzugehen und damit eine neue Richtung in der Vermögenspolitik" in Richtung Produktivkapitalförderung einzuschlagen.

Bei der Verleihung des „Partnerschaftspreises 1984" an seinen Parteifreund, den Bundestagsabgeordneten Josef Grünbeck, erinnerte Bangemann daran, daß mit dem 936-Mark-Gesetz nach über zehnjährigem Stillstand in der Vermögenspolitik ein Durchbruch erreicht und zugleich ein vermögenspolitisches Signal für die achtziger Jahre gesetzt worden sei.

Im Zentrum der jetzt anzustellenden Überlegungen steht für Bangemann die Frage, welche Form der außerbetrieblichen Beteiligung für die Vermögensbeteiligung am geeignetsten sei. Theoretisch sieht er hier zwei Wege, die „möglichst parallel" untersucht werden sollten: ein neues Gesetz für Kapitalbeteiligungen (auf der Grundlage eines Gesetzentwurfs für Kapitalbeteiligungsgesellschaften des Finanzministers) und die Novellierung des Gesetzes über Kapitalanlagegesellschaften (hierzu hat Niedersachsen einen Entwurf im Bundesrat eingebracht).

Bangemann sieht im Entwurf des Finanzministers (den das Kabinett noch nicht verabschiedet hat) „durchaus eine Grundlage zur Verwirklichung der zweiten Stufe". Zur Ausstattung hat er mit Blick auf die vermögenspolitischen Ziele sowie unter Risikokapitalgesichtspunkten unter anderem folgende Anregungen: erschwingliche Höhe des aufzubringenden Mindestkapitals, Einräumung eines ausreichenden Refinanzierungsspektrums (nicht ausschließlich über Aktien), die Möglichkeit einer breiteren Streuung der Aktien in Arbeitnehmerhand sowie die Verhinderung neuer Konzentrationstendenzen in der Wirtschaft.

Zum niedersächsischen Vorschlag bestünden demgegenüber „nach wie vor erhebliche Bedenken, ob die dabei auftretenden Bewertungsprobleme befriedigend gelöst werden können".

Nach Angaben Bangemanns gibt es heute rund 1000 – fast ausschließlich mittelständische – Beteiligungsunternehmen mit einer Million Arbeitnehmern, die über Belegschaftsaktien, Mitarbeiterdarlehen, stille Beteiligungen und indirekte Beteiligungsformen an ihrem Unternehmen beteiligt seien. Die Anteilswerte und Kapitalforderungen beliefen sich auf rund 2,5 Milliarden Mark.

ARGENTINIEN / Probleme mit Neukreditansprüchen

Umschuldung abgeschlossen

dpa/VWD, New York

Argentinien – mit 45 Mrd. Dollar im Ausland verschuldet – hat sich am Wochenende mit dem Lenkungsausschuß der internationalen Gläubigerbanken auf ein umfangreiches Umschuldungs- und Kreditabkommen geeinigt, das allerdings noch schwierige Hürden vor sich hat. Ehe die 4,2 Mrd. Dollar Neukredite bereit gestellt und die 13,4 Mrd. Dollar teilweise seit Herbst 1982 überfälligen Verpflichtungen umgeschuldet werden, müssen noch alle betroffenen 320 amerikanischen, europäischen und japanischen Banken zustimmen.

Die Umschuldung der zwischen Winter 1982 und Ende 1985 fälligen Schulden auf zehn bis zwölf Jahre mit drei rückzahlungsfreien Jahren ist relativ problemlos. Sorgen bereiten jedoch die Neukreditansprüche an die bisherigen Gläubigerbanken. Diese sollen 17 Prozent ihrer bisher zur Verfügung gestellten Summen als zusätzliche Neukredite geben. Der Lenkungsausschuß aus elf Banken, der das Abkommen aushandelte, hofft bis Dezember auf eine positive Antwort, damit das Gesamtpaket bis Februar unterzeichnet werden kann.

Die US-Regierung hat sich bereiterklärt, sofort nach Billigung des Bankenprogramms 500 Mill. Dollar Überbrückungskredite bereitzustellen. Dieses Geld soll getilgt werden, wenn der Internationale Währungsfonds (IWF) seinen Bereitschaftskredit von 1,2 Mrd. Dollar freigibt. Er hatte diese Gelder zugesagt, nachdem Argentinien dem wirtschafts- und währungspolitischen Sanierungsprogramm zugestimmt hatte. Voraussetzung für die Freigabe der IWF-Mittel ist die Billigung des Umschuldungs- und Kreditpakets durch die Gläubigerbanken.

Das in New York ausgehandelte Gesamtpaket sieht im einzelnen 3,7 Mrd. Dollar Neukredite und neue vierjährige Handelskreditlinien von 500 Mill. Dollar vor. Außerdem wollen die Gläubigerbanken ihre bestehenden Handelskreditlinien auf dem Stand von Ende September 1984 beibehalten und Argentinien bestimmte Geldmarktfazilitäten öffnen. Argentinien hat zugestimmt, bis zum Jahresende mindestens 750 Mill. Dollar überfällige Zinsen zu bezahlen; Anfang 1985 weitere 750 Mill. Dollar überfällige Rückzahlungen.

GRIECHENLAND / Zwei neue Steuern sollen Ausgabensteigerung 1985 ausgleichen

Kampf gegen Steuerhinterziehung

E. ANTONAROS, Athen

Trotz eines ehrgeizigen Staatsinvestitionsprogramms, erheblich höherer Staatsausgaben und einer Reihe von teilweise beträchtlichen Steuerkürzungen will Athen im kommenden Jahr das Defizit des Staatshaushaltes stabilisieren. Es soll nicht mehr als rund zehn Prozent des Bruttosozialproduktes betragen wie es auch 1984 der Fall gewesen ist. Das geht aus dem Staatshaushalt für 1985 hervor, der jetzt von Wirtschafts- und Finanzminister Gerassimos Arsenis dem Parlament vorgelegt worden ist.

Von den Steuerkürzungen profitieren vor allem die niedrigeren und mittleren Einkommensklassen. In diesem Bereich muß der Fiskus auf Steuereinnahmen in der Höhe von voraussichtlich 25 Milliarden Drachmen (umgerechnet: 600 Millionen DM) verzichten. Insgesamt rechnet das Finanzministerium allerdings mit einer Steigerung der gesamten Steuereinnahmen um 31,5 Prozent.

Zum einen soll die in Griechenland fast zum Volkssport gewordene Steuerhinterziehung wirksamer als bisher bekämpft werden. Zum anderen sollen zwei neue Steuern zur Auffüllung der Staatskasse erheblich beitragen: Erstmalig wird in Griechenland eine Mehrwertsteuer für Zigaretten erhoben, gleichzeitig muß jeder ins Ausland reisende Grieche eine Reisesteuer von etwa 13 Mark entrichten.

Diese zusätzlichen Steuereinnahmen sollen das besonders ehrgeizige Staatsinvestitionsprogramm finanzieren: Das Budget sieht eine Erhöhung der gesamten Staatsausgaben um 25 Prozent vor. 38,5 Prozent mehr als im Vorjahr wollen Athens Sozialisten 1985 für das Gesundheitswesen ausgeben: Neben der Schaffung eines nationalen Gesundheitssystems, das unter anderem die Gründung von vielen Krankenhäusern in der Provinz vorsieht, sollen die verschiedenen Sozialleistungen verbessert werden. Um 30 Prozent sollen die Ausgaben im Bildungswesen erhöht werden.

Angesichts einer beträchtlichen Exportsteigerung in 1984, die als Trend auch im kommenden Jahr fortgesetzt werden soll, rechnet Arsenis fest damit, das Zahlungsbilanzdefizit bei zwei Milliarden Dollar jährlich halten zu können. Seiner Ansicht nach soll Griechenland nicht nur von zusätzlichen EG-Fonds und der Anwendung der sogenannten Mittelmeerprogramme, sondern auch von einer zu erwartenden Erhöhung der Deviseneinnahmen aus dem Fremdenverkehr und der Handelsschiffahrt profitieren können.

Arsenis' optimistische Prognosen werden allerdings nicht nur von der liberalkonservativen Opposition, sondern auch von unabhängigen Ökonomen mit einer gewissen Skepsis betrachtet. Oft genug haben griechische Regierungen in den letzten Jahren die Absicht geäußert, die Steuerflucht zu bekämpfen, um dadurch ihre Einnahmen zu verbessern. Die Ergebnisse sind in der Regel jedoch fast immer recht bescheiden gewesen.

Das Entstehen von neuen Staatsschulden im In- und Ausland ist immer die Folge gewesen. Auch 1985 wird die Entwicklung höchstwahrscheinlich nicht viel anders sein. Daher ist es kein Wunder, daß die gesamten Staatsschulden – so wie sie in einer Statistik der Staatsbank bis einschließlich 1983 ausgewiesen wurden – fast die Hälfte des Bruttosozialproduktes ausmachen. (SAD)

ITALIEN / Banken und Versicherungen suchen Käufer

Deutsche nicht interessiert

GÜNTHER DEPAS, Mailand

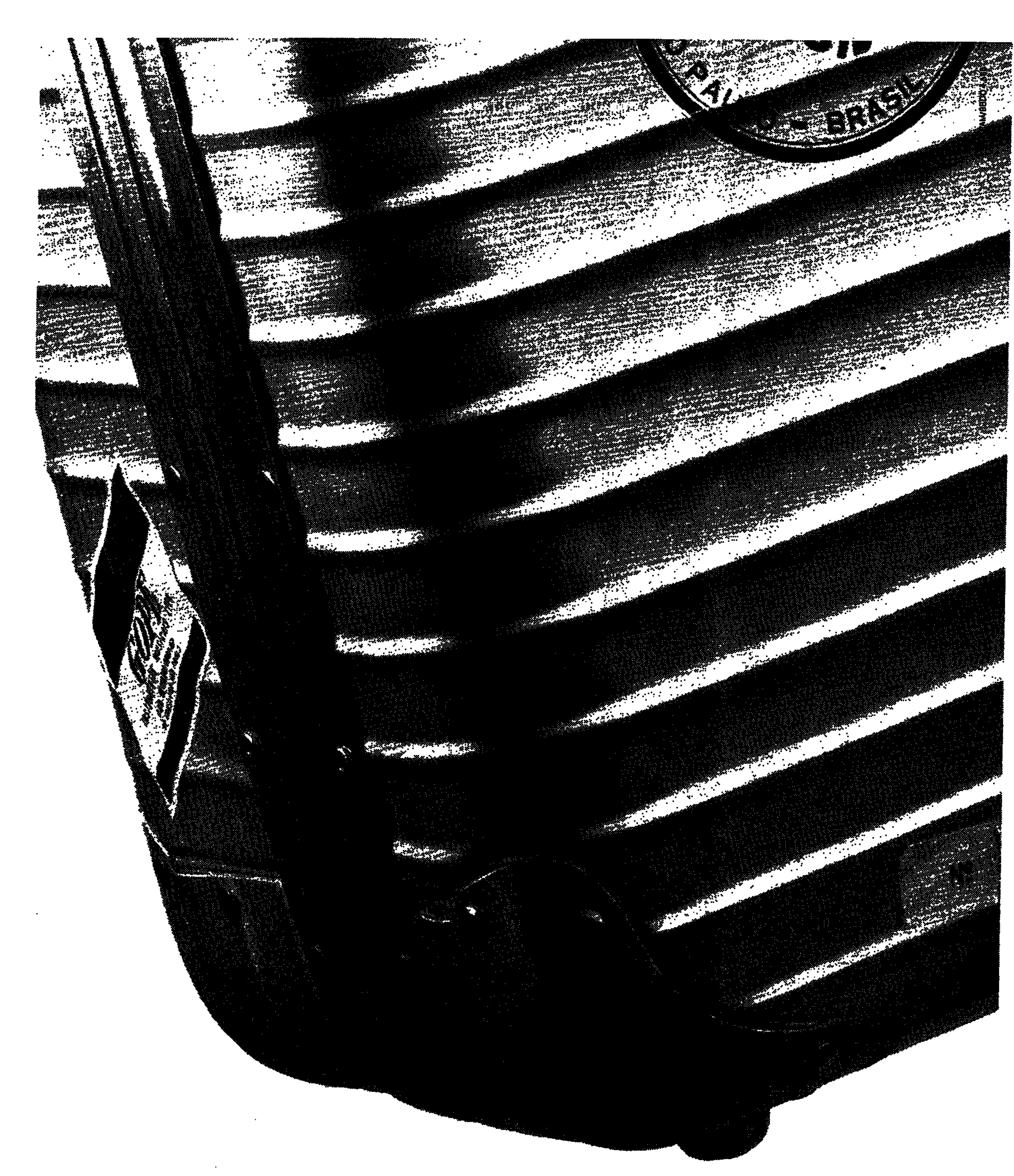
In Italien werden derzeit Kontrollpakete kleiner und großer Gesellschaften angeboten wie warmes Bier. Vorläufig letzte der Serie sind das Kreditinstitut Banca Cattolica del Veneto und die Versicherungsgesellschaft Veneta Assicurazioni, für die in den letzten Tagen auch deutsche Interessenten gerüchtweise im Gespräch waren; im ersten Fall die Deutsche Bank und im zweiten die Colonia Versicherungs AG in Köln. Obwohl in beiden Fällen einschlägige Pressemeldungen von die Gerüchte dementieren, sehen es Mailänder Finanzkreise durchaus als normal an, daß auch ausländische Unternehmensleitungen ansprochen werden.

Umgekehrt ist bei ausländischen Banken, die in Italien Filialen unterhalten, zu bedenken, daß ihre Vorstellungen von Expansion und Ertrag auf dem italienischen Markt nur vereinzelt in Erfüllung gingen. Schon einige von ihnen sind daher dazu übergegangen, italienische Banken zu kaufen oder sich an ihnen zu beteiligen. Der Haken für potentielle ausländische Käufer besteht nur darin, daß die Geschäftsschwergewichte in Nordostitalien statt in Mailand, dem Zentrum der italienischen Finanzwelt, liegen.

Ebenfalls mehr an der Peripherie liegt die Versicherungsgesellschaft Veneta Assicurazioni in Padua, die auf indirektem Wege der Colonia Versicherungs AG zum Kauf angeboten wurde, die dieses Angebot aber abgelehnt hat. Veneta Assicurazioni gehört zur Firmengruppe des Mailänder Immobilien- und Bauunternehmers Cabassi, der ähnlich wie die Pesenti-Gruppe und Nuovo Banco Ambrosiano-La Centrale gegenwärtig seine Konzerninteressen neu ordnet.

Im Versicherungswesen stehen in Italien in nächster Zeit mit Sicherheit die meisten Eigentumsverschiebungen bevor. Im Hintergrund stehen die Bemühungen der Muttergesellschaften durch konzerninterne Umgruppierungen oder durch Ausgliederungen Ertragsprobleme zu lösen.

In diesen Fällen, die durch eine meist mangelhafte Kapitaldecke, und eine ungünstige Portefeuille-Zusammensetzung, insbesondere einem Übergewicht des Kfz-Versicherungsgeschäfts gekennzeichnet sind, wird das Überleben immer mehr zu einer Frage der Anlehnung an größere Partner oder einer anderen Spezialisierung, nachdem die Großen der Branche, die RAS und Assicurazioni Generali begonnen haben, ihr Angebot auf höhere Dienstleistungsebenen zu heben.



NAMEN

Dietmar von Ladiges, langjähriger Korrespondent der Vereinigten Wirtschaftsdienste (VWD) in Hamburg, feiert heute seinen 65. Geburtstag.

Robert Mintrop, bis Mitte 1978 Vorstandsvorsitzender der heutigen Krupp Stahl AG, Bochum, wird heute 70 Jahre.

Dr. **Peter Götz**, persönlich haftender Gesellschafter des Bankhauses Trinkaus & Burkhardt, wird am 1. Januar 1985 Vorstandsvorsitzender der ADCA-Bank. **Leo J.H.M. Sonnenschein**, bisher Generalbevollmächtigter, wurde in den Vorstand berufen.

Klaus A. Lube, bisher für die Öffentlichkeitsarbeit der Nassauischen Sparkasse zuständig, wird zum 1. April 1985 Geschäftsführer der Welbeck Public Relations, Frankfurt, als Nachfolger von **Peter von Eckardt**, der zum Jahresende ausscheidet.

Devisenvorschriften wurden gelockert

ds, Mailand

Die italienische Regierung hat das zinslose Bardepot, das bei Anlagen im Ausland hinterlegt werden muß, von bisher 50 auf 40 Prozent gesenkt. Nur noch ein Bardepot von 30 Prozent muß hinterlegt werden beim Erwerb von Obligationen, die von europäischen Institutionen emittiert werden. Voraussetzung dafür ist, daß die italienischen Käufer die Papiere mindestens ein Jahr behalten. Weiter liberalisiert wurden die schon zu Beginn der diesjährigen Urlaubszeit gelockerten Devisenbestimmungen für italienische Reisende im Ausland. In Zukunft können diese je Reise 700 Ecu (etwas über 1500 Mark) in Devisen ins Ausland ausführen gegenüber bisher umgerechnet nur 480 Mark. Vollständig liberalisiert wurde der Gebrauch von Kreditkarten im Ausland.

KONJUNKTUR-SYMPOSIUM / Zinsen noch zu hoch

Investitionen müssen steigen

SABINE SCHUCHART, Köln

Die Rahmenbedingungen für einen nachhaltigen Konjunkturaufschwung in der deutschen Wirtschaft sind weiterhin gut. Die Schlüsselfrage für die weltwirtschaftliche Entwicklung in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre ist aber, ob ein Abbau des amerikanischen Haushaltsdefizits gelingen wird. Diese Auffassung hat der Hamburger Wirtschaftswissenschaftler Harald Jürgensen beim 17. Konjunkturgespräch der Deutschen Volkswirtschaftlichen Gesellschaft aus Bad Harzburg in Köln vertreten, das unter dem Thema stand: „Nachhaltiges Wachstum ohne Inflation?"

Ein erster Fortschritt auf dem Wege der Konjunkturerholung zeichne sich bereits darin ab, führte Jürgensen aus, daß trotz der Streikfolgen in diesem Jahr in der Bundesrepublik mit einem realen Anstieg des Bruttosozialprodukts um 35 bis 40 Mrd. DM zu rechnen sei, wobei fast drei Viertel des Zuwachses auf die Investitionen und den Außenbeitrag entfielen. Der im Vergleich zur Zunahme des privaten Konsums unterdurchschnittliche Ausgabenzuwachs der öffentlichen Hand stelle diesen Aufschwung auf eine solide Basis.

Bremsend wirke sich allerdings aus, räumte Jürgensen ein, daß das reale Zinsniveau in den westlichen Industrieländern mit über sechs Prozent immer noch zu hoch sei. Auch die Investitionen ließen in der Bundesrepublik noch zu wünschen übrig.

Nach Ansicht des Präsidenten der Landeszentralbank in Berlin, Dieter Hiss, war für den konjunkturellen Aufwärtstrend der deutschen Wirtschaft in diesem Jahr vor allem die kräftige Defizitpolitik in den USA verantwortlich, die den deutschen Exporten in die USA eine Steigerungsrate von zehn Prozent beschert habe. Die Abschwächung des US-Wachstums, die sich nun ankündige, sei für die Bundesrepublik um so bedenklicher, als keine neue „Ersatzlokomotive" mit ähnlich starkem Nachfragesog in Sicht sei.

Vor einem Dilemma sieht Bernd Mühlhaupt vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes (WSI), Düsseldorf, die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik: Zwar seien die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft deutlich verbessert worden, dies habe aber nicht zu einem nachhaltigen Anstieg von Sozialprodukt und Beschäftigung geführt. Bereits 1985 rechnet das WSI mit einer erheblichen Abschwächung des Wachstums.

SCHAUDT MASCHINENBAU / Gut ausgelastet

Wieder Tritt gefaßt

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die Anfang 1983 schwer ins Schlingern geratene und dann mit dem Ziel der Sanierung von der zur Hamburger Körber-Gruppe gehörenden Hauni-Werke Körber & Co. KG übernommene Schaudt Maschinenbau GmbH, Stuttgart, faßt wieder Tritt. Zur Zeit verfügt das Unternehmen, das auf dem Gebiete der Schleifmaschinen eine starke Marktposition innehat, über einen Auftragsbestand, der eine Beschäftigung von 8 Monaten sicherstellt. Die Auftragseingänge tendieren weiter nach oben.

Die Nachfrage nach CNC-gesteuerten Rundschleif- und Nockenschleifmaschinen sei nach Worten von Geschäftsführer Ulrich Vetter geradezu „explosionsartig" gestiegen. So bekam Schaudt auch einen 10-Mill.-DM-Auftrag von Ford/USA. Für 1985 sei ein Schaudt-Umsatz von 80 Mill. DM geplant, nachdem in diesem Jahr, das noch unter ungünstigen Konjunktureinflüssen und übergelagerten Problemen aus den Sanierungsbemühungen litt, etwa 68 Mill. DM umgesetzt werden dürften.

Im kommenden Jahr hoffe man denn auch erstmals wieder schwarze Zahlen schreiben zu können. Die Exportquote geht bei Schaudt nunmehr nahe an 60 Prozent heran. Mit einer weiteren Zunahme sei zu rechnen, insbesondere auch nach den erfolgten Tochtergründungen in USA und Frankreich. Obwohl die Preise infolge der harten Konkurrenzlage nach wie vor schlecht seien, sei man zuversichtlich, da durch verschiedene Synergieeffekte die Produktivität bei Schaudt (480 Beschäftigte) stark gewachsen sei.

Investiert werden in diesem und im nächsten Jahr jeweils 4 Mill. DM, ein Volumen, das weit über den Abschreibungen liegt. 5 Prozent vom Umsatz werden für Forschung und Entwicklung ausgegeben. In der Werkzeugmaschinen-Division der Körber-Gruppe, zu der neben Schaudt noch Hauni-Blohm gehört, sind etwa 900 Mitarbeiter beschäftigt.

Der für das kommende Jahr eingeplante Umsatz beläuft sich auf 150 Mill. DM (1984: 120 bis 130 Mill. DM). Die gesamte Körber-Gruppe, deren Palette von hochwertigen Fertigungssystemen der Schleiftechnik über Anlagen und Maschinen für die Nahrungs-, Genußmittel- und papierverarbeitende Industrie bis hin zu Lagereinrichtungen reicht, beschäftigt rund 5500 Mitarbeiter und setzt rund 1 Mrd. DM um.

BATIG / Horten-Chef Hebbering im Holding-Vorstand

Führung wird neu geordnet

JAN BRECH, Hamburg

Die Batig Gesellschaft für Beteiligungen mbH, Hamburg, Holding für alle Interessen des englischen BAT-Konzerns in der Bundesrepublik, hat nach dem Erwerb der Aktienmehrheit an der Horten AG *und dem Verkauf* ihrer Wein-Gesellschaften die Führungsstruktur neu geordnet. In den Batig-Vorstand rückt zum 1. Januar nächsten Jahres Horten-Chef Bernd Hebbering ein und wird zuständig für den Bereich Handel. Der Batig-Vorstandsvorsitzende Harald Erichsen, der diesen Bereich abgibt, übernimmt zusätzlich das Personalressort. Dem Batig-Vorstand gehören ferner der Pegulan-Chef Dieter Vogel als stellvertretender Vorsitzender (zuständig für Heimausstattung), Dieter von Specht (als BAT-Vorstandsvorsitzender zuständig für Tabakwaren) und Hans Eberhard Scheffler (Finanzen) an.

Das bisherige Batig-Vorstandsmitglied Frau Doris Andre wechselt in den Vorstand der BAT Cigarettenfabriken GmbH und übernimmt dort den Personalbereich. Gleichzeitig ist Ulrich Herter mit Wirkung zum 1. Februar 1985 zum stellvertretenden Vorstandsmitglied ernannt worden, um den Bereich Marketing/Marktforschung von Günter Uhe zu übernehmen. Uhe geht Ende Januar nächsten Jahres in Pension.

Mit der Neuordnung der Managementstruktur sind, wie es bei der Batig heißt, die Voraussetzungen für eine weitere Expansion der Gruppe geschaffen worden. Die Batig ist ausgerichtet auf die drei großen Bereiche Tabak, Heimausstattung und Handel/Dienstleistungen. Durch die Neukonsolidierung von Horten dürfte die Gruppe 1984 einen Gesamtumsatz von 8,6 Mrd. DM erreichen. Dabei stammen rund 4,4 Mrd. DM von der 100-Prozent-Tochter BAT, etwa 1,3 Mrd. DM aus der Sparte Heimausstattung unter dem Dach der Pegulan AG (66 Prozent Beteiligung) und rund 2,9 Mrd. DM von der Horten AG. An dem *viertgrößten deutschen Warenhauskonzern* hatte sich die Batig im Sommer dieses Jahres eine Mehrheit von 51 Prozent über die Börse zusammengekauft. Vor allem im Bereich Handel und Dienstleistungen hat Erichsen weitere Expansion angekündigt.

INTERFINANZ / Wenn die Kinder die Erbschaftsteuer nicht zahlen können

Belebung im Handel mit Firmen

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Bis zum Hochsommer habe man, erstmals in der 26jährigen Firmengeschichte, mit relativ hohem Verlust gearbeitet. Der Rest des Jahres aber wurde und werde erheblich besser *und hole den Rückschlag wieder auf.* Die Düsseldorfer Unternehmensmaklerfirma Interfinanz GmbH, mit ihrem Provisionsumsatz im Jahresdurchschnitt auf 5 Mill. DM zu schätzen, wird somit 1984 ihren Vorjahresstand von rund 30 abgewickelten Vermittlungs-Objekten des Verkaufs und Kaufs von Firmen nur knapp verfehlen.

Mehr vom eigenen Geschäft wollen Interfinanz und ihr Gründungs-Senior Carl Zimmerer immer noch nicht verraten. Der nun veröffentlichte „Jahresbericht 1984" bleibt die gewohnte Mischung zwischen der Tendenzdarstellung auf dem Markt des Handels mit Firmen und (nicht immer geglückten) Aperçus zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik.

Zum Markt: Die Masse der zum Verkauf angebotenen Firmen habe man 1984 aus Bereichen registriert, die von der Depression betroffen waren, voran die Investitionsgüterindustrie. Vorherrschend im Verkaufsinteresse alter Inhaber, beispielsweise Maschinenbau-Unternehmen vor allem aus den Bereichen Bau-, Landwirtschafts-, Textil- und Werkzeugmaschinen; *Gießereien;* Spinnereien und Webereien; Werbeagenturen und Laborbetriebe. Vorherrschend im Kaufinteresse neuer Inhaber beispielsweise: Betriebe für Spezialchemikalien, Pharmazeutika, Kosmetika; technisch hochstehende Elektro- und Elektronikunternehmen; Einzel*handelsketten.*

Auf ein unverändert wichtiges Verkaufsmotiv macht Interfinanz aufmerksam: Verkaufsauftrag, weil die Kinder die Erbschaftsteuer nicht zahlen können. Denn oft seien die da angelegten „gemeinen Werte" dreimal so hoch wie der Verkaufserlös des Gesamtunternehmens. Da müsse der Fiskus seine Bewertung nach *dem „Stuttgarter Verfahren"* endlich aufgeben. Heute sei der Substanzwert meist kaum mehr als der „Ausschlachtungswert", – und Ertragswert mit weniger als 10 Prozent Zinsfußbasis „sind realitätsfern".

Kostproben der Aperçus: Viel Verkaufsangebot komme aus Österreich und Italien. Helfen könne man da selten, „weil man in Ländern, in denen Schwarzgeschäfte an der Tagesordnung sind, als Ausländer nicht zurechtkommt". Und mit Blick auch auf's Heimatland: „Die Frage ist nicht, wie viele Leute wirtschaftlich selbständig werden wollen, sondern wieviele davon es noch legal werden wollen. Mitbestimmungshürden, unverständliche Arbeitsgerichtsrechtssprechung und die sittlich nicht mehr zu rechtfertigende Höhe der Sozialabzüge vom Lohn treiben immer mehr Leute in die Schwarzarbeiterszene."

Umkehr auf diesem Wege oder nicht, – Interfinanz profitiert da offenbar auch vom internationalen Gefälle der Staatseingriffe: einerseits unverändert reges Interesse *deutscher* Investoren an Objekten in den liberaleren USA, andererseits nun schier ein Boom schwedischer Investoren für Objekte in der gegenüber ihrem Heimatland noch sehr liberalen Bundesrepublik.

MOTO METER / Aktien zum Preis von 115 Mark

Im geregelten Freiverkehr

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Nominal 2 Mill. DM Stammaktien der Moto Meter AG, Leonberg, einer der führenden Hersteller von Auto-Anzeigeinstrumenten werden in der Zeit vom 7. bis 13. Dezember 1984 von einem Bankenkonsortium unter der Führung der Commerzbank zu einem Preis von 115 DM je 50-DM-Aktie einem breiten Publikum zur Zeichnung angeboten. Die erste Notierung der in den geregelten Freiverkehr an den Börsen Stuttgart und Frankfurt kommenden Moto-Meter-Aktien ist für den 19. Dezember vorgesehen.

In diesem Zusammenhang wird das Aktienkapital der Gesellschaft um 2 Mill. auf 10 Mill. DM aufgestockt, wobei die Altaktionäre auf ihr Bezugsrecht verzichten. Größter Einzelaktionär bleibt die Thesaurus Continentale Effekten-Gesellschft, Zürich, eine Tochter der Schweizerischen Bankgesellschaft mit mehr als einem Viertel des Aktienkapitals, weitere knapp 20 Prozent liegen über die Atlas Vermögensverwaltungs-GmbH indirekt bei der Commerzbank. Der Rest der Aktien wird von institutionellen Anlegern gehalten.

Es besteht noch ein genehmigtes Kapital von 2 Mill. DM, für dessen Verwendung es aber nach Angaben von Kurt Richolt, stellvertretender Moto-Meter-AR-Vorsitzender und Commerzbank-Vorstandsmitglied, derzeit keine konkreten Vorstellungen gebe. Den Emissionspreis von 230 Prozent wertet er im Hinblick auf das Kurs-Gewinn-Verhältnis von 7,7 gegenüber der derzeitigen Meßzahl der Autoaktien von 8,4 als „fair".

Die Moto Meter AG rechnet für das laufende Jahr 1984 mit einer Umsatzsteigerung von gut 20 Prozent auf über 120 Mill. DM. Der Jahresüberschuß werde knapp unter 3 (1,9) Mill. DM liegen. Seit 1980 werden regelmäßig 12 Prozent Dividende gezahlt, was auch für 1984 und 1985 auf das erhöhte Kapital realistisch erschiene. Das Ergebnis je Aktie wird für 1984 auf 15,50 (7,30) DM geschätzt. Im Zuge des Vormarsches neuer Technologien sind für 1985 und 1986 jeweils 7 Mill. DM Investitionen eingeplant. Im laufenden Jahr werden 4,5 (2,5) Mill. DM investiert. Die Eigenkapitalquote liegt bei rund 40 Prozent.

RÜTGERSWERKE / *Höhere Dividende wahrscheinlich*

Kapazitäten werden erweitert

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Wenn sich die Rütgerswerke AG, Frankfurt, an ihr „Grundprinzip" halten, die Aktionäre „angemessen an der Ergebnisentwicklung zu beteiligen" (Vorstandschef Heinz-Gerhard Franck), dann dürfen sich die Anteilseigner des Kohlechemie-Konzerns (Großaktionäre Ruhrkohle und Contigas) auf eine höhere Dividende für 1984 freuen. Denn das „bis Oktober aufgelaufene Konzernergebnis hat das Zwischenergebnis des Vorjahres übertroffen", wie Franck bekanntgab.

Dazu habe vor allem die höhere Kapazitätsauslastung beigetragen. Die Mengenentwicklung bei Rütgers war in der Tat beachtlich. Von der Steigerung des Konzernumsatzes um *23 Prozent auf 2,6 (2,1) Mrd. DM* in den ersten zehn Monaten entfielen 14 Prozentpunkte auf den erhöhten Absatz. Die verbleibenden neun Punkte waren Ergebnis von Preiserhöhungen und Verschiebungen des Sortiments in höherwertige Bereiche.

Besonders stark wuchs das Auslandsgeschäft. Seine Ausweitung um 38 Prozent (USA: plus 45 Prozent) ließ den Auslandsanteil am Konzernumsatz auf 35 (31) Prozent steigen. Träger des Wachstums waren die Grundstoffchemie (48 nach 46 Prozent vom Umsatz) und der Kunststoffbereich (40 nach 38 Prozent), mit deren Zuwächsen auch der Rückgang des Baubereichs (12 nach 16 Prozent) um sieben Prozent ausgeglichen wurde.

Daß die Erwartungen auf eine anhaltend „stabile Marktlage" gerichtet sind, signalisiert auch die Investitionsplanung des Chemiespezialisten. Nachdem schon in diesem Jahr die Rekordhöhe von 140 (107) Mill. DM erreicht wird, sind für 1985 erneut 140 Mill. DM an Investitionen vorgesehen. Neben der *Rationalisierung* (31 Prozent) und dem Anlagenersatz (43 Prozent) sind auch Erweiterungsmaßnahmen mit einem Budget-Anteil von 26 Prozent geplant. Das Wachstum dieses Jahres ließ die Zahl der Konzern-Mitarbeiter um zwei Prozent auf 11 580 (11 310) steigen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Stüssgen mit Verlust

Köln (dpa/VWD) – Das Kölner Lebensmittel-Filialunternehmen Cornelius Stüssgen AG hat einen Verlust in Höhe der Hälfte seines Grundkapitals von 14 Mill. DM angezeigt. Die Aktionäre des Unternehmens sind zum 8. Januar zu einer außerordentlichen HV eingeladen worden. Hauptaktionär sind mit 51 Prozent drei Genossenschaften der Rewe-Handelsgruppe, die im August bei Stüssgen eingestiegen waren. Stüssgen hatte im vergangenen Geschäftsjahr bei einen Umsatz von 585 Mill. DM 5,5 Mill. DM Konzernverlust ausgewiesen.

Anschlußkonkurs

Hannover (dos) – Für die Theodor Kertess GmbH & Co. KG, Hannover, ist beim Amtsgericht der Anschlußkonkurs beantragt worden. *Das* Unternehmen, das zuletzt einen Umsatz von rund 60 Mill. DM erreichte und noch 135 Mitarbeiter beschäftigte, befaßt sich mit dem Vertrieb von Chemikalien, Lösungs- und Anstrichmitteln. Es war in Schwierigkeiten geraten, nachdem schwere Umweltschäden (Grundwasserverseuchung) nachgewiesen wurden. Konkursverwalter Gerhard Wilhelm beziffert die Verschuldung auf 25 Mill. DM; 100 Beschäftigte erhielten mit sofortiger Wirkung die Kündigung.

Kapitalerhöhung

Hannover (dos) – Der Aufsichtsrat der Preußischen Elektrizitäts-AG, Hannover, schlägt der am 18. Dezember stattfindenden HV die Erhöhung des Grundkapitals um 180 Mill. DM auf 960 Mill. DM vor. Die jungen Aktien sollen zum Kurs von 150 Prozent ausgegeben werden und ab 1. Juli 1984 dividendenberechtigt sein.

HP wächst kräftig

Stuttgart (nl) – Die Hewlett-Packard GmbH (HP), Böblingen, Tochter *des gleichnamigen amerikanischen* Elektronikkonzerns, erzielte im Geschäftsjahr 1983/84 (31. 10.) eine Umsatzsteigerung von rund 40 Prozent auf über 2 Mrd. DM. Es werden, nachdem 1983/84 etwa 700 neue Arbeitsplätze geschaffen wurden, rund 4200 Mitarbeiter beschäftigt.

Dywidag steigerte die Bauleistung

sz. München

Die Dyckerhoff & Widmann AG, München, erbrachte in den ersten neun Monaten 1984 eine Gesamtleistung von 1,71 (1,57) Mrd. DM. Das entspricht, wie der Vorstand in einem Zwischenbericht mitteilt, einer Steigerung um 9,3 Prozent. Der Auslandsanteil erhöhte sich um 18,6 Prozent auf 541 (456) Mill. DM.

Der Auftragsbestand des fünftgrößten deutschen Baukonzerns verminderte sich seit Jahresanfang um 4,5 Prozent auf 2,72 Mrd. DM bei fast unverändert 1,54 (1,55) Mrd. DM Auslandsanteil. Und dies, obwohl der Auftragseingang mit 1,58 Mrd. DM um 3,9 Prozent höher ausfiel als Ende September 1983. Der um 47,1 Prozent auf 456 Mill. DM verbesserte Ordereingang aus dem Ausland wird beeinflußt *durch den Auftrag zum Bau ei*ner kombinierten U- und S-Bahn in Kolumbien. Im Inland ergab sich ein Minus von 8,1 Prozent auf 1,13 Mrd. DM. Für 1984 wird ein Ergebnis erwartet, das „sowohl die notwendige Risikovorsorge wie auch die Zahlung einer Dividende erlaubt".

BHF-BANK / *Handelsgewinn blieb etwas zurück*

Ergebnis fast so gut wie 1983

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Das Gesamtbetriebsergebnis der BHF-Bank erreichte in den ersten zehn Monaten dieses Jahres nicht ganz den guten Zehnmonatsdurchschnitt des Vorjahres, berichtet das Institut in einem Aktionärsbrief. Dennoch soll wieder ein befriedigendes Jahresergebnis vorgelegt werden, das auch eine angemessene Vorsorge für die in- und ausländischen Kreditrisiken berücksichtigt. Etwas niedriger als im Vorjahr, dennoch vollauf befriedigend, seien die Handelsgewinne ausgefallen. Das Teilbetriebsergebnis aus dem laufenden Geschäft hat sich dagegen von 99 auf 101 Mill. DM verbessert. Dazu trug vor allem der um 4,6 Prozent auf 183 Mill. DM gestiegene Zinsüberschuß bei.

Der negative Effekt der in den ersten Monaten leicht gesunkenen Zinsspanne wurde durch eine Ausweitung des Geschäftsvolumens (einschließlich Avale, Garantien und bestätigte Akkreditive) um 7,9 Prozent auf 15,2 Mrd. DM sowie durch Dispositionen im Aktiv- und Passivgeschäft überkompensiert. Der Provisionsüberschuß erhöhte sich nur bescheiden um 1,2 Prozent auf 84 Mill. DM. Der Ertragsverbesserung um 3,5 Prozent auf 267 Mill. DM steht ein um 4,4 Prozent auf 166 Mill. DM gestiegener Verwaltungsaufwand gegenüber.

Die Steigerung der Bilanzsumme um 247 Mill. DM auf knapp 10,8 Mrd. DM wurde vom Wachstum der Kundenforderungen um 272 Mill. DM auf 4,5 Mrd. DM getragen, und zwar ausschließlich durch eine Ausweitung der langfristigen Kredite von 746 auf 1091 Mill. DM. Die Expansion des Gesamtkreditvolumens um 9,7 Prozent auf 9,7 Mrd. DM ist wesentlich auf die Erhöhung der Avale um 714 auf 3705 Mill. DM zurückzuführen.

In der Refinanzierung hielt sich die Bank bei der Hereinnahme von Kundengeldern, die um 117 auf 5301 DM stiegen, zurück; gleichzeitig wurde der Umlauf eigener Schuldverschreibungen um 240 auf 549 Mill. DM erhöht.

STRABAG / Kummer mit Inland-Baupreisen

Wachstum vom Ausland

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Besser als der von neuem Abstieg der Baukonjunktur geplagte Durchschnitt der Branche hat die zum halben Dutzend der größten deutschen Baukonzerne zählende Strabag Bau-AG, Köln, die ersten drei Quartale von 1984 hinter sich gebracht. Die Konzern-Gesamtleistung stieg um zwölf Prozent auf 2,1 Mrd. DM, die durchschnittliche Beschäftigtenzahl auf 19 400 (18 200), der Auftragseingang leicht auf 2,1 (2,08) Mrd. DM mit dem Resultat eines „geringfügig" über dem Vorjahresstand liegenden Auftragsbestandes.

Das verdankte man vornehmlich dem Auslandsgeschäft. Es war an der Gesamtleistung der Berichtszeit mit rund 34 (30) Prozent beteiligt, während das Inlandsgeschäft vergleichsweise bescheiden auf 1,39 (1,32) Mrd. DM wuchs. Allein aus dem Auslandsbereich stammte die Personalaufstockung mit hier nun 8810 (8400) Mitarbeitern. Herausragend positiv war der Wachstumsbeitrag dieses Bereichs auch beim Auftragseingang.

Signale für eine Ertragswende sind das noch nicht. Für 1983 wurden mit Vollausschüttung des seit 1981 um fast zwei Drittel auf 7,7 Mill. DM gesunkenen AG-Jahresüberschusses noch sieben (10) DM Dividende gezahlt.

Für den bisherigen Verlauf von 1984 berichtet der Vorstand von „weiterhin unbefriedigender Entwicklung" der Baupreise und Kosten im Inlandsgeschäft – wenngleich mit der Aussicht auf ein hier insgesamt immer noch positives Ergebnis. Während die Sparte Straßen- und Tiefbau sowie der Mischwerksbereich noch eine Steigerung erzielen konnte, habe die Leistung im Hoch- und Ingenieurbau unter dem des Vorjahres gelegen. Die Ergebnisentwicklung im Ausland, vorerst durch AKA-Finanzierung inm Irak „leicht entspannt", bleibe von allfällig weiterem Bedarf zur Risikovorsorge abhängig.

SEIKO TIME / Gegenüber Billigangeboten von Armbanduhren gut behauptet

Technologie fürs Uhren-Image

HARALD POSNY, Düsseldorf

Gegenüber den beiden zurückliegenden Jahren hat sich zwar der deutsche Markt für Armbanduhren leicht erholt, nicht jedoch Umsatz und Ertrag. Die bis in die letzten Jahre von Absatz- und Umsatzzahlen verwöhnte japanische Seiko Time GmbH, Düsseldorf, ist davon nicht unberührt geblieben. Marketing-Direktor Klaus Grentrup sieht den Hauptgrund für den Schrumpfungsprozeß des Marktes nicht nur in der Preisaggressivität der Mitbewerber, sondern auch in der Tatsache, daß die Uhr offenbar zu einem „beratungsarmen Gebrauchsgegenstand" verkommt und „nicht mehr als Geschenk zu besonderen Gelegenheiten" angesehen wird.

Auf diese Weise hätten sich Großvertriebsformen leichter etablieren können. Der Fachhandel (bei Seiko rund 2500 Konzessionäre, davon nur KaDeWe und Carsch im Warenhausbereich) habe es immer schwerer, sich gegenüber Billigangeboten zu behaupten. Einen Weg, Seiko aus dem Preisstrudel zu befreien, sieht Grentrup in der Öffnung neuer Zielgruppen und im vorhandenen Marktpotential für hochwertige Uhren. Dazu gehören einmal Marken im exklusiven Preissegment von 2200 bis 40 000 DM (Lassalle Seiko und Jean Lassale) aber auch das Nutzen von heimischer Seiko-Technologie für Sport-Tech-Collectionen, Stoppuhren mit Printer, die das Image von Seiko als größtem Uhrenhersteller der Welt nachhaltig prägen sollen. Hattori machte Seiko mit 47 Mill. Armband- und 22 Mill. Großuhren 1983/84 rund 81 Prozent seines Konzernumsatzes von 5,7 Mrd. DM.

Über den Fachhandel will Seiko 1984 rund 550 000 (540 000) Armbanduhren im Wert von 90 (85) Mill. DM (Einzelhandelsverkaufspreis) verkaufen, dazu 145 000 Großuhren für 5,3 Mill. DM. Der deutsche Markt dürfte, so Grentrup, 1984 etwa 7,73 Mill. Quarz-Analoguhren (plus 7 Prozent), 9,08 Mill. Quarz-Digitaluhren (plus 11 Prozent) und etwa 2,29 Mill. mechanische Uhren (minus 28 Prozent) aufnehmen. Dieser insgesamt noch positiven Entwicklung (plus 3 Prozent) steht der Umsatz (1,3 nach 1,51 Mrd. DM) mit einem Minus von 14 Prozent diametral entgegen. Den stärksten Umsatzeinbruch zeigen 1984 die Quarz-Digital-Uhren, deren Umsatz sich mit 188 Mill. DM fast halbierte.

Ursache dieser gegenläufigen Stück-Preis-Entwicklung ist die starke Verlagerung zum Preissegment unter 150 DM (77 Prozent). Dabei hat sich die Preisgruppe bis 20 DM in den Jahren 1982 bis 1984 verdreifacht und hat jetzt einen Marktanteil von 45 Prozent. Die Seiko Time GmbH, die vorwiegend im Bereich oberhalb 200 DM angesiedelt ist, hat einstweilen den Kleinkrieg gegen Billigangebote gewonnen: Während der Durchschnittspreis seit 1982 von 94 auf 68 DM gesunken ist, legte Seiko von 287 auf 345 DM zu. Ein Viertel der Verkäufe liegt oberhalb der 400-DM-Grenze.

NORDCEMENT / Noch steigen Absatz und Umsatz

Nachfragerückgang erwartet

D. SCHMIDT, Hannover

Die Nordcement AG, Hannover, ist im bisherigen Verlauf des Jahres 1984 von dem Abwärtstrend in der Bauwirtschaft kaum betroffen worden. In einem Zwischenbericht schreibt der Vorstand, vor allem die Belieferung von großen Bauobjekten habe bis Ende Oktober zu einem gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um 4 Prozent höheren Gesamtabsatz geführt. Die geringeren Auftragseingänge und Baugenehmigungen dürften diese Entwicklung allerdings schon bald umkehren. Deshalb stelle sich das Unternehmen auf eine rückläufige Zementnachfrage ein.

In den ersten zehn Monten verzeichnete die Nordcement AG einen Gesamtabsatz von 824 100 (792 200) t. Davon entfielen auf sonstige Baustoffe 18 000 (15 000) t. Während der Zementabsatz im Inland um 1,9 Prozent auf 769 300 (755 100) t zunahm, ergab sich beim Export eine Steigerung um 66,5 Prozent auf 36 800 (22 100) t.

Der Mengenzuwachs schlägt sich zugleich im Umsatz nieder: Die Verkaufserlöse erhöhten sich um 4,4 Prozent auf 93,1 (89,2) Mill. DM. Beklagt wird, daß die angestrebten Erlösverbesserungen „im erforderlichen Maße" nicht durchzusetzen waren, so daß das Betriebsergebnis des Vorjahres nicht ganz gehalten werden konnte. Ein positiver Zinssaldo, geringere Abschreibungen und höhere Beteiligungserträge dürften jedoch auch für 1984 ein gutes Unternehmensergebnis bringen.

Die Investitionen erreichten im Berichtszeitraum 5,5 (5) Mill. DM; die Finanzierung erfolgte mit Eigenmitteln. Ihnen stehen Abschreibungen von 7 (7,5) Mill. DM gegenüber. Die Liquidität, so heißt es, sei im Vergleich zu Ende 1983 erneut nennenswert verbessert worden. Bankkredite würden 1984 nicht in Anspruch genommen werden. Differenziert wird die Auslastung der drei Werke beurteilt. Das Prädikat „gut" verdiene lediglich das Zementwerk Hardegsen.

Mein geliebter Mann, unser herzensguter Vater, Schwiegervater, Opa, Bruder, Schwager und Onkel, Herr

Carl Philipp Ritter

21. Februar 1913 – 1. Dezember 1984

hat uns nach tapfer ertragener Krankheit für immer verlassen.

Sein Leben war Fürsorge und Pflichterfüllung für Familie und Unternehmen.

In Trauer und Dankbarkeit

Gertrud Ritter geb. Herrmann
Dr.-Ing. Carl-Franz Ritter
und Helga Ritter geb. Faßhold
Dr. jur. Michael Ritter
und Ursula Ritter geb. Jucho
mit Nina, Tanja und Michael
Dr. jur. Peter Ritter
und Monika Ritter geb. Kessler
mit Christian
Therese Timmers geb. Ritter
und Familie
Ludwig Adolf Ritter und Familie

Kaiserslautern, Almenweg 14, den 1. Dezember 1984

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 6. Dezember 1984, um 14.15 Uhr von der Friedhofskapelle, Kaiserslautern, aus statt.
Anstelle von Blumen und Kränzen bitten wir um eine Spende für die Welthungerhilfe auf das Konto Nr. 414 141-509, Postscheckamt Köln, Deutsches Rotes Kreuz, Bonn (Äthiopienhilfe).
Von Beileidsbesuchen bitten wir höflichst Abstand zu nehmen.

Nach langer, schwerer Krankheit ist am 1. Dezember 1984 im Alter von 71 Jahren der geschäftsführende Gesellschafter unserer Firmen, Herr

Carl Philipp Ritter

Träger des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse

von uns gegangen.

Schweren Herzens nehmen wir von ihm Abschied. Seine Tatkraft, sein Weitblick und seine Pflichterfüllung bleiben uns Vorbild.

Der Aufbau und Ausbau unserer Unternehmen waren sein Lebenswerk.

Wir werden sein Andenken in hohen Ehren halten.

Gesellschafter, Geschäftsführung und Belegschaft
Ottmann-Thomas
Handelsgesellschaft KG

Gesellschafter, Geschäftsführer und Belegschaft
Torpedo-Garage
Ansorg, Herrmann und Thomas
TG-Nutzfahrzeughandels-Gesellschaft mbH + Co. KG
TG-Kraftfahrzeugleasing GmbH

Kaiserslautern, den 1. Dezember 1984

Im Alter von 44 Jahren starb am 26. November 1984

Henning C. Gerlach

Fast 2 Jahrzehnte hat er die Entwicklung unseres Unternehmens als Leiter des Ressorts Materialwesen verantwortungsvoll mitgeprägt.

Seinen Anstößen verdanken wir grundlegende Neuerungen. Sein persönliches Engagement, seine Erfahrung und sein aufgeschlossenes Wesen wurde von allen geschätzt.

Gesellschafter und Aufsichtsrat, Geschäftsführer und Mitarbeiter
der
Hans Schwarzkopf GmbH

Die Beisetzung findet in aller Stille statt.

Statt zugedachter Blumen oder Kränze bitten wir um eine Spende für den Hermann-Gmeiner-Fonds Deutschland e. V. (SOS-Kinderdörfer), München 19, Kontonummer 1 111 111 bei der Deutschen Bank München, BLZ 700 700 10.

Renten weiter stabil

Die Plazierung der neuen 7prozentigen Bundesanleihe, Laufzeit zehn Jahre, Ausgabekurs 99,75 Prozent, wird nach Ansicht der Rentenhändler keine Schwierigkeiten bereiten. Seit Tagen liegen dafür Nachfragen aus dem Ausland vor. Die inländische Kundschaft interessiert sich zunehmend für Bundesschätze Typ B, die bei 7jähriger Laufzeit eine Rendite von 7,42 Prozent bringen. Öffentliche Anleihen lagen trotz der anhaltenden Zinsunsicherheit in den USA stabil. Am Pfandbriefmarkt keine Veränderungen, DM-Auslandsanleihen lagen stabil.

Bundesanleihen

	3. 12.	30. 11.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Bundespost

	3. 12.	30. 11.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Länder – Städte

	3. 12.	30. 11.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Bankschuldverschreib.

	3. 12.	30. 11.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Bundesbahn

	3. 12.	30. 11.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

	3. 12.	30. 11.
M 7 dgl. Pf 20	100G	100G
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	102,5G	102,5
7 dgl. Pf 31	101G	101G
6 dgl. Pf 34	97,5G	97,5G
5½ dgl. Pf 37	99G	99G
8 dgl. Pf 51	100,15G	100,15G
Hn6 Britann. Hypo. Pf 1	118G	118G
7 dgl. Pf 80	95,25G	95,25G
7½ dgl. Pf 87	100,5G	100,5G
6 dgl. KS 29	98,25G	98,25G
7 dgl. KS 30	101,25G	101,25G
[illegible]	[illegible]	[illegible]

	3. 12.	30. 11.
Hn8 dgl. Pf 10	100,6bG	100,6G
9 dgl. KO 53	101,1G	101,1G
7½ dgl. IS 6	102G	102G
10 dgl. IS 37	100,3G	100,3G
F 5 Pfalz Hypo. Pf 48	115G	115G
8 dgl. Pf 58	90G	89,2G
6 dgl. Pf 95	89G	81,5T
7 dgl. Pf 114	100G	100G
D 5 RW Bodenkr. Pf C	126G	126G
5½ dgl. K	109,5G	109,5G
4 dgl. Pf 18	104G	104G
[illegible]	[illegible]	[illegible]

	3. 12.	30. 11.
F 7½ dgl. RS 27	101,5G	101,5G
6½ dgl. RS 60	99,75G	99,75G
7 dgl. 94	100,6G	100,6G
7 dgl. 99	100,25	100,25
8 dgl. 101	103,5G	103,5G
7½ dgl. 102	101,25G	101,25G
9½ dgl. 126	106,25G	106,25G
D 8 LAB TS 76	101,7G	101,7
6½ dgl. TS 77	100,35G	100,35
5½ dgl. 78	97,4G	97,4
7 dgl. 79	101,35	101,3
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Industrieanleihen

	3. 12.	30. 11.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Sonderinstitute

	3. 12.	30. 11.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Optionsscheine

	3. 12.	30. 11.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Optionsanleihen

	3. 12.	30. 11.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Währungsanleihen

	3. 12.	30. 11.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Wandelanleihen

	3. 12.	30. 11.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

	3. 12.	30. 11.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Ausländische Aktien in DM

	3. 12.	30. 11.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Warenpreise – Termine

Abschläge verzeichneten am Freitag um die Mittagszeit die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Während Kaffee am Mittag uneinheitlich bewertet wurde, konnte Kakao sich befestigen.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	30. 11.	29. 11.
Dez.	353,00	355,75
März	353,75	354,75
Mai	349,50	349,50

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	30. 11.	29. 11.
St. Lawrence 1 CW	236,62	236,97
Amber Durum	252,47	251,97

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	138,00	142,60
März	150,00	149,80
Mai	154,10	154,00

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	124,10	124,30
März	127,50	127,50
Mai	128,00	128,10

Hafer Chicago (c/bush)	30. 11.	29. 11.
Dez.	187,75	186,75
März	182,75	181,25
Mai	179,00	178,50

Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	268,00	265,00
März	278,50	278,00
Mai	284,50	284,75

Gerste Winnipeg (can. $/t)	30. 11.	29. 11.
Dez.	139,20	138,00
März	137,80	137,80
Mai	138,10	138,10

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	30. 11.	29. 11.
Terminkontr. Dez.	138,65	139,01
März	136,75	136,80
Mai	135,65	135,80

Kakao New York ($/t)	30. 11.	29. 11.
Terminkontr. Dez.	2235	2201
März	2112	2070
Mai	2115	2074
Umsatz	4120	–

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	4,66	4,70
März	5,28	5,28
Mai	5,61	5,60
Juli	5,92	5,90
Sept.	6,17	6,15
Umsatz	7055	6226

	30. 11.	29. 11.
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	4,04	4,07

Kaffee London (£/t) Robusta-	30. 11.	29. 11.
Kontrakt Nov.	2290	2275–2276
Jan.	2295–2296	2293–2298
März	2246–2248	2247–2249
Umsatz	2079	3049

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Dez.	1861–1863	1867–1878
März	1839–1840	1838–1839
Mai	1843–1844	1838–1839
Umsatz	5899	2944

Zucker London ($/t), Nr. 6		
März	144,20–144,40	unerh.
Mai	151,60–152,00	unerh.
Aug.	161,60–162,00	unerh.
Umsatz	1886	–

Pfeffer Singapur (Straits-Sng.-$/100 kg)	30. 11.	29. 11.
schw. Sarawak spez.	402,50	402,50
weißer Sarawak	467,50	632,50
weißer Muntok	462,50	640,00

Orangensaft New York (c/lb)	30. 11.	29. 11.
Jan.	169,00	162,20
März	170,50	170,35
Mai	169,60	169,90
Juli	169,30	169,40
Sept.	167,25	167,50
Umsatz	600	800

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	30. 11.	29. 11.
Südstaaten fob Werk	42,00	42,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	32,25	32,50

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Dez.	27,85	27,85
Jan.	26,23	25,90
März	25,10	24,95
Mai	24,55	24,50
Juli	24,25	23,95
Aug.	24,05	23,95
Sept.	23,85	23,75

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal fob Werk	29,50	29,50

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	28,50	27,50
Choise white hog 4% fr. F.	21,375	21,375

Talg New York (c/lb)		
top white	21,50	21,50
fancy	21,25	21,25
bleichfähig	19,125	19,50
yellow max. 10% fr. F.	18,00	18,00

Schweine Chicago (c/lb)		
Dez.	53,00	52,30
Febr.	53,85	53,05
April	49,40	48,85

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	75,60	74,10
März	75,30	73,80
Mai	76,30	75,00

Häute Chicago (c/lb)	30. 11.	29. 11.
Ochsen einh. schwere River Northern	52,00	52,00
Kühe einh. schwere River Northern	48,00	48,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Jan.	609,50	604,00
März	622,00	619,00
Mai	634,25	632,50
Juli	643,50	642,50
Aug.	643,75	643,00
Sept.	631,50	631,00
Nov.	631,50	630,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Dez.	150,00	148,80
Jan.	153,20	152,10
März	159,40	158,20
Mai	164,50	163,70
Juli	169,50	168,50
Aug.	171,00	170,00
Sep.	173,00	171,00

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	30. 11.	29. 11.
Dez.	354,00	354,00
März	367,00	357,00
Mai	376,00	374,00

Kokosöl New York (c/lb)	30. 11.	29. 11.
Westküste fob Werk	44,00	47,50

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	3. 12.	30. 11.
jegl. Herk. cif	950,00	950,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	665,00	670,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	595,00	592,50

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Nederl. fob Werk	215,00	211,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	985,00	1025,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	295,00	299,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	30. 11.	29. 11.
Dez.	65,14	65,48
März	65,90	66,00
Mai	66,95	67,00
Juli	67,95	67,96
Okt.	67,90	67,89
Dez.	68,25	68,30

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1:	42,50	42,50

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	30. 11.	29. 11.
Dez.	509–511	506–508
Jan.	507–509	505–509
März	511–512	511–513
Umsatz	72	87

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	30. 11.	29. 11.
Dez.	52,00	51,80
März	53,30	53,30
Mai	53,40	53,40
Juli	53,50	53,50
Umsatz	0	0

Tendenz: nominell

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	30. 11.	29. 11.
Dez.	571,00	571,2–573,0
März	584,0–584,0	584,0–585,0
Mai	591,0–593,0	591,0–592,0
Umsatz	66	14

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	30. 11.	29. 11.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded	570,00	570,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	30. 11.	29. 11.
Dez.	12 242	12 287
Jan.	12 259	12 290

Kautschuk London (p/kg)	30. 11.	29. 11.
Nr. 1 RSS loco	59,50–63,00	59,50–62,00
Jan.	60,00–63,50	60,50–62,50
Feb.	61,00–64,50	–
März	62,50–65,50	–

Tendenz: ruhig

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	30. 11.	29. 11.
Dez.	191,25–191,50	191,25–191,75
Jan.	195,00–195,50	195,25–196,00
Nr. 2 RSS Dez.	185,50–186,50	185,50–186,50
Nr. 3 RSS Dez.	182,00–183,00	182,00–183,00
Nr. 4 RSS Dez.	175,00–176,00	175,00–176,00

Tendenz: ruhig

Jute London (£/lgt)	30. 11.	29. 11.
BWC	–	–
BWD	–	–
BTC	–	–
BTD	–	–

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	3. 12.	30. 11.
Aluminium: Bas. London		
laufend. Monat	344,94–345,31	342,33–342,70
drittfolg. Monat	354,05–354,24	351,08–351,26
Blei: Basis London		
laufend. Monat	125,77–125,96	125,77–125,96
drittfolg. Monat	124,47–124,65	123,91–124,10
Nickel: Basis London		
laufend. Monat	1457,19–1459,05	1451,19–1453,05
drittfolg. Monat	1497,78–1498,08	1476,49–1477,61
Zink: Basis London		
laufend. Monat	240,01–240,38	239,26–239,63
drittfolg. Monat	240,38–240,56	240,01–240,19
Produz.-Preis	281,18	279,03
Reinzinn 99,9%	4110–4151	4096–4136

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	3. 12.	30. 11.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	410,82–412,48	409,69–411,55
Blei in Kabeln	133,50–134,50	133,50–134,50
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreis durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhersteller.

Messingnotierungen

	3. 12.	30. 11.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	393–396	392–394
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	433–435	432–435
MS 63	421–432	421–427

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn	30. 11	29. 11.
ab Werk prompt (Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	3. 12.	30. 11.
Leg. 225	390–400	390–395
Leg. 226	392–402	392–397
Leg. 231	425–432	425–427
Leg. 233	435–442	435–437

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	3. 12.	30. 11.
Platin (DM je g)	34,458	34,40
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	33 350	33 200
Rücknahmepr.	32 600	32 450
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	33 570	33 430
Rücknahmepr.	32 740	32 600
verarbeitet	35 220	35 070
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 000	32 780
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	720,40	720,40
Rücknahmepr.	689,30	689,30
verarbeitet	752,00	752,00

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)	3. 12.	30. 11.
London 10.30	327,70	328,60
15.00	328,50	329,00
Zürich mittags	327,60–328,10	328,50–329,00
Paris (Ffr-kg-Barren) mittags	100 950	100 800
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	587,10	587,10
3 Monate	600,45	600,05
6 Monate	644,75	614,55
12 Monate	644,80	642,75

Platin (£-Feinunze)	30. 11.	29. 11.
London fr. Markt	264,75	247,40
Palladium (£-Feinunze) London 1. Händlerpr.	116,80	118,05

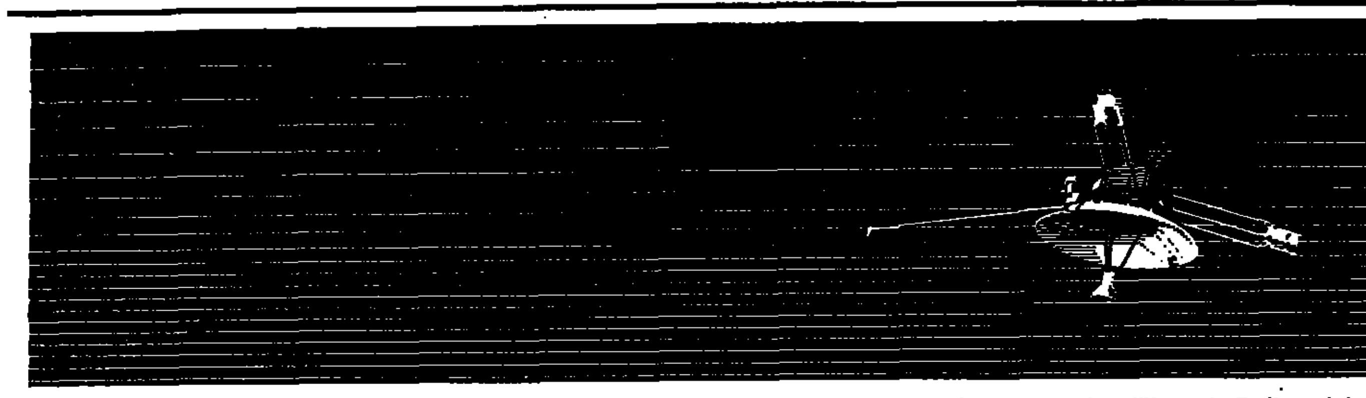
New Yorker Preise	30. 11.	29. 11.
Gold H & H Ankauf	329,00	330,60
Silber H & H Ankauf	702,50	715,50
Platin fr. Händlerpr.	316,00–321,00	316,00–321,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	141,00–142,00	141,00–142,00
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
Dez.	700,00	710,00
Jan.	706,80	716,60
März	712,10	728,50
Mai	716,00	739,00
Juli	727,00	750,00
Sept.	738,00	757,50
Dez.	753,00	783,60
Umsatz	28 000	–

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	30. 11.	29. 11.
Dez.	57,50	57,10
Jan.	58,00	57,60
März	58,80	58,45
Mai	59,75	59,40
Juli	60,70	60,45
Sept.	61,55	61,30
Dez.	63,15	62,65
Umsatz	3000	–

Londoner Metallbörse

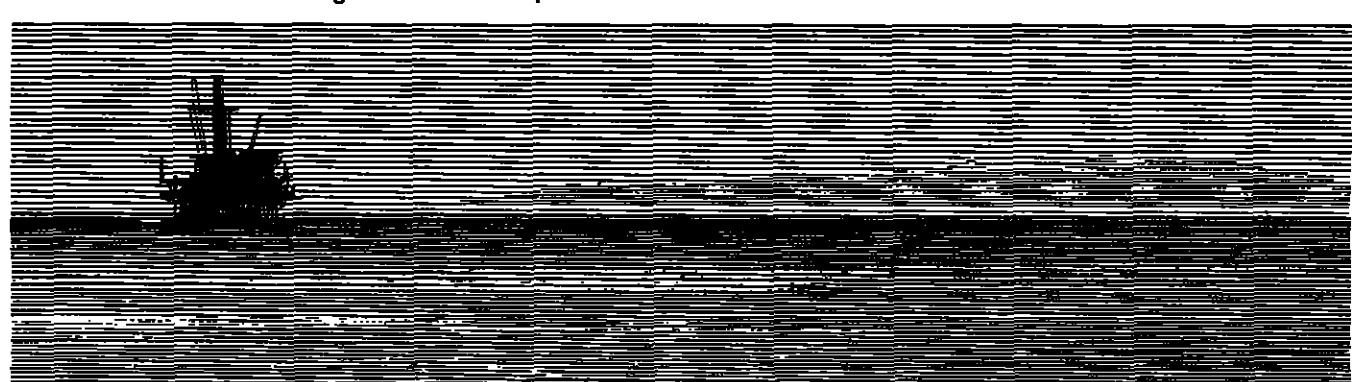
Aluminium (£/t)	3. 12.	30. 11.
Kasse	927,00–928,00	922,00–923,00
3 Monate	951,00–952,00	945,00–946,00
Blei (£/t) Kasse	338,00–338,50	335,00–336,00
3 Monate	334,00–335,00	331,00–331,50
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1091,0–1091,5	1088,0–1088,5
3 Monate	1110,5–1111,0	1106,5–1107,0
abends Kasse	–	1089,0–1090,9
3 Monate	–	1107,5–1108,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1117,0–1118,0	1100,0–1102,0
3 Monate	1119,0–1120,0	1116,5–1117,0
Zink (£/t) Kasse	645,00–646,00	692,50–697,50
3 Monate	646,00–646,50	692,50–697,50
Zinn (£/t) Kasse	9818–9820	9815–9825
3 Monate	9805–9808	9785–9790
Quecksilber ($/Fl.)	–	300–310
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	79–80



TRW ist ein vielseitiger Industriekonzern, der in der Elektronik und in der Weltraumforschung eine führende Rolle spielt. Der erste Satellit, der unser Sonnensystem verließ, Pionier 10, wurde von TRW gebaut, und auch auf der Erde finden elektronische Komponenten von TRW hunderte von Anwendungen. Zum Beispiel in Computern und in Fernsehgeräten.



TRW begann vor über 80 Jahren mit der Herstellung von Automobilteilen. Heute ist fast jeder Personen- und Lastwagen mit TRW Teilen bestückt. Fabrikationsanlagen rund um die ganze Erde fertigen eine Vielzahl von KFZ-Ausrüstungen: von Ventilen und Sicherheitsgurten bis zu kompletten Lenk- und Fahrwerksteilen.



Industrie- und Energieprodukte von TRW sind der Maßstab für Zuverlässigkeit. Unterstützt von einem weltweiten Servicenetz helfen TRW Maschinen bei der Förderung von Öl und Erdgas. Flugzeuge aller namhaften Hersteller sind mit TRW Teilen ausgestattet. Und TRW Kugellager, Werkzeuge und Befestigungsteile tragen zur weltweiten Produktivitätssteigerung bei.





SÜDLICHES AFRIKA
Die schönsten Rundreisen
A-REISEN
Postfach 11 01 22
6000 Frankfurt 1
Tel. 069/230163

Französin

mit sehr guten Deutschkenntnissen und kaufmännischer Ausbildung übernimmt Vertretung und/oder Vertrieb seriöser deutscher Produkte im Raum Toulouse. Angebote an:
Monique Tourres
27, Rue Condeau
F-31200 Toulouse, France.

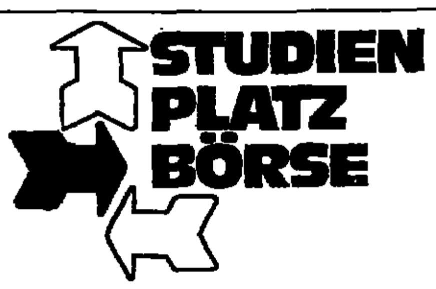
Sichere Existenz

durch Vertrieb v. patentiert. Energie-Spar-Syst. (Sanitär) in geschützt. Verkaufsgeb. an Hotels, Krankenhauser, Heime, Industriebetr., Verwaltungen, Kommunen etc. Sehr hohes Einkommen.
Schriftliche Anfragen: Activ GmbH, Rationell Sanitärtechnik, Hauberisser Str. 29, 6200 Wiesbaden



Medizin für Ihre Karriere

Gute Konditionen erwarten Sie, wenn Sie als Pharma-Berater Praxen und Kliniken besuchen – in Berlin, Nord-, West- oder Süddeutschland. Voraussetzung ist ein abgeschlossenes Studium der Medizin, Biologie, Chemie oder Pharmazie. Oder eine entsprechende TA-Ausbildung. Oder ein Abschluß als Pharmareferent.
Dies ist eines von vielen interessanten Stellenangeboten am Samstag, 8. Dezember, im großen Stellenanzeigenteil der WELT. Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag. Jeden Samstag.



Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Sommersemester 1985

Rechtswissenschaften

1. Semester

	von	nach
1	Augsburg	Hannover
2	Augsburg	Hamburg
3	Augsburg	Köln
4	Augsburg	Uni Kiel
5	Augsburg	Münster
6	FU Berlin	Hamburg
7	FU Berlin	Uni Kiel
8	Bayreuth	Bonn
9	Bayreuth	Köln
10	Erlangen	Bonn
11	Erlangen	Köln
12	Freiburg	Bonn
13	Freiburg	Köln
14	Gießen	Frankfurt
15	Gießen	Göttingen
16	Gießen	Hamburg
17	Gießen	Uni Kiel
18	Göttingen	Hannover
19	Heidelberg	Tübingen
20	Uni Kiel	Hamburg
21	Konstanz	Bielefeld
22	Konstanz	Bonn
23	Konstanz	Hannover
24	Konstanz	Hamburg
25	Konstanz	Köln
26	Konstanz	Uni Kiel
27	Konstanz	Münster
28	Konstanz	Osnabrück
29	Mannheim	Bremen
30	Mannheim	Hamburg
31	Mannheim	Uni Kiel
32	Marburg	Bonn
33	Marburg	Göttingen
34	Marburg	Hannover
35	Münster	Köln
36	Münster	Uni München
37	Regensburg	Köln
38	Saarbrücken	Bonn
39	Saarbrücken	Köln
40	Trier	Bonn
41	Trier	Köln
42	Tübingen	Bonn
43	Tübingen	Köln
44	Tübingen	Münster

Zahnmedizin

1. Semester

	von	nach
1	Aachen	Freiburg
2	Aachen	Heidelberg
3	Aachen	Münster
4	Aachen	Uni München
5	Aachen	Tübingen
6	Aachen	Würzburg
7	FU Berlin	Erlangen
8	FU Berlin	Frankfurt
9	FU Berlin	Heidelberg
10	FU Berlin	Uni München
11	FU Berlin	Mainz
12	FU Berlin	Ulm
13	FU Berlin	Würzburg
14	Frankfurt	Heidelberg
15	Frankfurt	Uni München
16	Frankfurt	Ulm
17	Hannover	Uni München
18	Hannover	Ulm
19	Köln	Aachen
20	Köln	Göttingen
21	Köln	Hannover
22	Köln	Münster
23	Marburg	Hamburg
24	Marburg	Uni Kiel
25	Münster	Heidelberg
26	Münster	Mainz
27	Würzburg	Düsseldorf
28	Würzburg	Köln
29	Würzburg	Münster

Zahnmedizin

3. Semester

	von	nach
1	Aachen	Hannover
2	Aachen	Hamburg
3	Aachen	Münster
4	FU Berlin	Freiburg
5	FU Berlin	Heidelberg
6	FU Berlin	Tübingen
7	Frankfurt	Heidelberg
8	Frankfurt	Uni München
9	Frankfurt	Mainz
10	Frankfurt	Ulm
11	Freiburg	Düsseldorf
12	Freiburg	Erlangen
13	Freiburg	Heidelberg
14	Freiburg	Uni München
15	Freiburg	Tübingen
16	Freiburg	Ulm
17	Hamburg	Bonn
18	Hamburg	Düsseldorf
19	Hamburg	Hannover
20	Hamburg	Münster
21	Uni Kiel	Hamburg
22	Mainz	Frankfurt
23	Mainz	Uni München
24	Mainz	Ulm

Die Semesterangaben beziehen sich auf das Wintersemester 1984/85

Das Unternehmen Harren KG, Aachen, versorgt erfolgreich Kliniken und Krankenhäuser in der Bundesrepublik Deutschland mit Verbandstoffen und Medical-Produkten.

Für bisher vakante Verkaufsgebiete in Schleswig-Holstein und Niedersachsen suchen wir den/die

freien/freie Handelsvertreter/in

auch Mehrfirmenvertreter, leistungsorientiert, dynamisch, mit seriösem Erscheinungsbild und Berufserfahrung.

Mit unternehmerischem Einsatz — bei leistungsbezogenen Provisionssätzen — möchten wir gemeinsam gesteckte Unternehmensziele erreichen.

Ihre Bewerbung mit Lichtbild richten Sie bitte schriftlich an: Firma Harren KG Aachen, Eifelstraße 1c, D 5100 Aachen. Telefon (02 41) 50 70 60-68-69. Absolute Diskretion sichern wir Ihnen zu.

Im Dienste der Medizin ______ HARREN

PC-Computer-Vertriebspartner gesucht.

Wir suchen in allen Großstädten zum Aufbau einer unabhängigen PC-Vertriebsorganisation mit Hard- und Softwareprogrammen führender Hersteller selbständige Partner (auch Einsteiger mit Branchenkenntnissen). Wir bieten zentrale Werbung, Schulung, Service, Vorführgeräte etc. Sehr gute Verdienstmöglichkeiten. Kapital erforderlich.

Dr. Messner, Borsigallee 55, 6000 Frankfurt am Main 60

Bier 100 000 hl p. a. für Export Großbr. (Dauerauftrag) gesucht. A. Schulz, Rappstr. 3, 2000 Hamburg 13.

Neuartiger Lügendetektor auf dem Markt. Gratisinfo 05 anfordern. LONA, Abt. 18, Hauptstätterstr. 152, 7000 Stuttgart 1.

Konstruktions- und Fertigungszeichnungen für Stetig-Gurtförderer / Bau-, Steine- und Erden-Industrie
einschl. der erforderlichen Statik- und Verkaufsunterlagen, Gurtbreite 400–1200 mm, in 6 Grundkonzeptionen zu verkaufen.
Zuschr. unter Y 11541 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.



Die tollste Geschenk-Idee – das neueste Guinness Buch der Rekorde. 352 Seiten Gesprächsstoff. Überall für DM 29,80.

Zum Thema Auslandsgeschäft

Swinne
Die finanzielle Führung und Kontrolle von Auslandsgeschäften
422 Seiten. Kartoniert. DM 148,–

Abgehandelt werden
- Organisationsformen des internationalen Finanzmanagements
- Fragen der Finanzplanung und der internationalen Finanzierungen
- Aufbau eines effizienten Berichtswesens
- Organisation eines internationalen Cash-, Money- und Credit-Managements
- Bilanzen und Steuern.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung

Informations-Coupon
(einsenden an Alfred Metzner Verlag – Postfach 970148 – 6000 Frankfurt/M. 97)

Ich bitte um weitere Informationen zum Thema „Auslandsgeschäft"

Name/Vorname ______
Straße ______
PLZ/Ort ______



KÖNIGREICH SCHWEDEN
9¾ % Deutsche-Mark-Anleihe von 1980/87
– WKN 466 086 –
Kündigung

Gemäß § 4 (1) der Anleihebedingungen kündigen wir hiermit alle ausstehenden Teilschuldverschreibungen obiger Anleihe im Gesamtbetrag von DM 200 000 000,– zur Rückzahlung zum 1. April 1985 zum Kurs von 101,5 % des Nennbetrages.

Die Teilschuldverschreibungen werden vom 1. April 1985 an gegen Einreichung der Mäntel und der Zinsscheine per 1. April 1986 ufl. zum Kurs von 101,5 % eingelöst

a) in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) bei den nachstehend genannten Banken sowie deren Niederlassungen:
Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Commerzbank Aktiengesellschaft
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank
Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank –

b) außerhalb der Bundesrepublik Deutschland bei den Hauptniederlassungen der nachstehend genannten Banken nach Maßgabe der Anleihebedingungen:
PKbanken
Skandinaviska Enskilda Banken
Amsterdam-Rotterdam Bank N. V.
Banque Générale du Luxembourg S. A.
Schweizerische Kreditanstalt
Société Générale
Société Générale de Banque S. A.

Die Verzinsung der gekündigten Teilschuldverschreibungen endet am 31. März 1985. Der Gegenwert etwa fehlender Zinsscheine wird vom Kapitalbetrag gekürzt.
Die am 1. April 1985 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.

Stockholm, im November 1984

KÖNIGREICH SCHWEDEN
vertreten durch das Riksgäldskontoret

Kreditanstalt für Wiederaufbau

Am 1. Februar 1985 wird die letzte Tilgungsrate (Serie „D") unserer
7,5% Anleihe von 1970
– Wertpapierkenn-Nr. 276.231/240 –
zur Rückzahlung zu 100% fällig.

Wir bitten um Einreichung aller noch im Umlauf befindlichen Teilschuldverschreibungen dieser Anleihe. Die einzureichenden Stücke bitten wir, nach Nummernfolge geordnet, zusammen mit einem Nummernverzeichnis in doppelter Ausfertigung an der Kasse unseres Instituts oder bei den bekannten Zahlstellen vorzulegen.

Die Verzinsung der obengenannten einzulösenden Teilschuldverschreibungen endet am 31. Januar 1985.

Frankfurt am Main, im Dezember 1984

KfW Kreditanstalt für Wiederaufbau
Palmengartenstraße 5–9
6000 Frankfurt am Main 1

Haben Sie Ihre Exportchancen nach
HOLLAND
schon überprüft? Wenn nicht, dann sind wir für Sie der richtige Partner.
Informationen über:
Deutsch-Niederländisches Verbindungskontor
Oldenzaal, H. Grave, Postfach 13 66, D-4557 Fürstenau

Sonderbewegungen bei den Aktien

Daimler und Mercedes zweistellig fester

DW. – Das vor allem durch die Zinssenkung günstiger gewordene Umfeld des Aktienmarktes sowie aus dem Ausland eintreffende Kaufaufträge sorgten am Aktienmarkt für eine freundliche Tendenz. Glanzpunkte erhielt sie durch eine Zahl von Sonderbewegungen, zum Teil auf Kaufempfehlungen der Börseninformationsdienste zurückgehend. Der weiter gestiegene Dollar kam in erster Linie den exportorientierten Chemieunternehmen zugute. Interesse kam auch für die in letzter Zeit vernachlässigten Autoaktien auf.

Die Vorstellung neuer Modelle quittierten die Börsianer mit Meinungskäufen bei Daimler und Mercedes. In beiden Fällen waren die Kursgewinne zweistellig. VW-Aktien überschritten die 200-DM-Linie. Bei den Bankaktien hielten sich die Kursgewinne in engen Grenzen. Commerzbank litten unter Tauschoperationen, die zugunsten solcher Bankaktien vorgenommen wurden, die mehr bieten als die Beibehaltung der Dividende von 6 DM. Dabei kreist die spekulative Phantasie vor allem um die Dresdner Bank, bei der auf einen höheren Kurs gewartet wird, um eine Kapitalerhöhung durchführen zu können. Elektrowerte waren dagegen weniger gesucht, PKI erlitten sogar einen deutlichen Rückschlag.

Düsseldorf: Dittmann erhöhten um 100 DM auf 5100 DM. Bilfinger Berger und Schiess stockten je um 3 DM auf und DAB um 1,30 DM. Glas Schalke verbesserten sich um 4 DM und Hageda um 2 DM. Kromschröder gaben um 5 DM nach. Bei den Versicherungen verloren Colonia 2 DM und Allianz Leben erhöhten um 26 DM.

Frankfurt: Braun Vz. verminderten um 10 DM und Stempel um 8 DM. Dt. Texaco stockten um 6 DM, Blaue Quellen um 10 DM und Linde um 6 DM auf. Mercedes erhöhten um 12,30 DM auf 514 DM. Metallgesellschaft verbesserten sich um 4 DM.

Hamburg: HEW setzten ihren Anstieg um 1,50 DM auf 89,50 DM fort, während NWK-Vz. bei 168 DM unverändert blieben. Erheblich fester mußten Beiersdorf mit 385 (plus 10 DM) bezahlt werden. Haller Meurer kamen auf 181 DM. Phoenix Gummi begannen zu 113 DM und gaben um 2 DM auf 111 DM nach.

München: Agrob St. erhöhten um 8,50 DM und Audi NSU um 5 DM. Deckel AG stockten um 1,80 DM und Dywidag um 2 DM auf. Spinnerei Kolbermoor verbesserten sich um 13 DM, Süd Chemie um 24 DM und Flachglas um 3 DM. Wanderer verloren 1 DM.

Berlin: Schering wurden um 7 DM und Berliner Elektro um 3,50 DM heraufgesetzt. Herlitz St. erholten sich um 2,50 DM, Herlitz Vz. um 1,90 DM und Berliner Kindl um 1 DM. Tempelhofer Feld schwächten sich um 9 DM und Kempinski um 8 DM ab. DeTeWe gaben um 3 DM, BErthold um 2 DM und Rheinmetall um 1 DM nach.

Nachbörse: freundlich

WELT-Aktienindex: 160,4 (159,1)
WELT-Umsatzindex: 2860 (2570)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

Freiverkehr

DM-Anleihen

Ausland

New York

	30. 11.	29. 11.
Advanced Micro D.	–	–
Aetna Life	34,875	34,875
Alcan Aluminium	27,125	27,375
Allied Chemical	34,75	34,875
Alcoa	35,25	36,25
AMR Corp.	32,50	32,625
Am. Cyanamid	46	46,875
Amax	17	17
Am. Express	35,25	35,50
Am. Motors	3,75	3,75
Am. Tel. & Telegr.	18,875	18,75
Asarco	21,50	21,625
Atlantic Richfield	44,75	45,125
Avon Products	20,75	20,625
Bally	14,625	15
Bk. of America	17,50	17,375
Bethlehem Steel	16,625	16,50
Black & Decker	22,50	22,875
Boeing	54	55
Brunswick	31,375	31,375
Burroughs	53,625	53,75
Caterpillar	30,875	30,875
Celanese	76,75	77,375
City Investing	34,875	36,75
Chase Manhattan	43,625	43,625
Chrysler	27,50	27
Chicorp	35,75	35,50
Clorox	29	29
Coca Cola	61,875	62
Colgate	24,50	24,625
Commodore	22,25	22,75
Comm. Edison	28,125	28,625
Comm. Satellite	25,125	23,25
Control Data	33,625	34
CPC Int.	40,625	41
Curtiss Wright	33,50	32,75
Deere	28,875	28,625
Delta Airlines	37,75	37,875
Digital Equipm.	105,375	104,50
Dow Chemical	28,75	28,875
Du Pont	46,50	46,375
Eastern Gas-Fuel	27	24,25
Eastman Kodak	71	71,875
Exxon	43,25	43
Firestone	16,875	16,75
Fluor	16	16,125
Ford	45	45,625
Foster Wheeler	11,50	11,25
Fruehauf	22,875	22,75
GAF Corp.	25,75	25,75
General Dynamics	65,875	66,75

	30. 11.	29. 11.
General Electric	55,375	56,125
General Foods	53,75	53,75
General Motors	74,625	75,50
Gen. T. & E.	39	39,125
Goodyear Tire	24,875	24,875
Goodrich	25,75	25,75
Grace	41,375	41,125
Halliburton	28,50	28,375
Heinz	43,125	43,50
Hewlett Packard	32,875	32,75
Homestake	24,25	24,50
Honeywell	57,125	57,875
IBM	121,125	122
Int. Harvester	7,625	8,25
Int. Paper	50,75	50,50
Int. Tel. & Tel.	26,25	26,50
Int. North. Inc.	39,625	39,125
Jim Walter	30,50	30,50
J. P. Morgan	74,375	75
LTV Corp.	9,75	9,875
Litton Industries	64,375	65,50
Lockheed Corp.	40,25	40,75
Loew's Corp.	89,375	89,50
Lone Star	23,25	23,25
Louisiana Land	29,75	29,75
Mc Dermott	25,50	25,625
Mc Donnell Doug.	67,75	67,625
Merck & Co.	88,75	89
Merrill Lynch	27,375	27,625
Mesa Petroleum	19,75	19,875
MGM (Film)	12,875	12,75
Minnesota M.	77,875	79
Mobil Oil	28,75	29
Monsanto	42,75	42,75
National Gypsum	39,75	38,875
Nat. Semiconductor	11,875	12
National Steel	28,50	28,25
NCR	25,75	26
Newmont	36,25	35,75
PanAm World	4,625	4,625
Pfizer	39	38,875
Phibro	29,75	30,50
Phillips Petroleum	43,75	43,50
Philip Morris	81	80
Pittston	10,875	10,625
Polaroid	27,875	27,75
Prime Computer	15,375	15,625
Procter & Gamble	57,75	58,25
RCA	34,75	35,375
Revlon	34,75	34
Reynolds Ind.	71	70,625
Rockwell Int.	29,75	29,375
Rorer Group	28	28
Schlumberger	38,50	38,50
Sears, Roebuck	31,125	31,125
Shell Oil	55	54,375

	30. 11.	29. 11.
Singer	28,875	28
Sperry Corp.	37	37,625
Stand. Oil Calif.	33,125	33
Stand. Oil Indiana	52,50	52,875
Storage Techn.	3	3
Tandy	24,125	23,625
Teledyne	263,75	263
Telex Corp.	31,375	31,75
Tesoro	10,125	10,25
Texaco	34,125	33,75
Texas Instrum.	118,125	118,125
Tosco	1,25	1,375
Transamerica	26,375	26,50
Travellers	35,50	35,75
Trans World Corp.	30,625	30,50
Uccel Corp.	11,50	11,625
UAL	39,50	39,875
Union Carbide	48,875	49,375
Union Oil of Calif.	39,125	38,75
United Technologies	35,875	36,50
US Steel	25	25
Walt Disney	58,625	58,625
Warner Comm.	21,75	21,875
Westinghouse E.	25,25	25,375
Weyerhaeuser	28,375	28,50
Whittaker	20	19,875
Woolworth	36,375	36
Xerox	37,25	37,25
Zenith Radio	22	22,375
Dow Jones Index	1188,94	1195,46
Stand. & Poors	163,58	163,91

Mitgeteilt von Merrill Lynch (Hbg.)

Toronto

	30. 11.	29. 11.
Abitibi Paper	29,125	–
Alcan Alu.	35,50	35,875
Bk. of Montreal	24	24
Bk. of Nova Scotia	13,50	13,625
Bell Cdn. Enterpr.	35,25	35,25
Bluesky Oil	5	4,45
Bow Valley Ind.	16,875	17,125
Brenda Mines	8,75	8,50
Brunswick M. & Sm.	14,125	14,375
Cdn. Imperial Bk.	28	28
Cdn. Pacific Ltd.	48,50	48,50
Cdn. Pacif. Enterpr.	23,25	23,50
Cominco	13,125	13,125
Coseka Res.	2,89	2,90
Denison Mines	14,25	14,25
Dome Petroleum	2,50	2,51
Domtar	33,375	33,125
Falconbridge Ltd.	80,50	80,75
Great Lakes Forest	76	78
Gulf Canada	16,75	16,875
Gulfstream Res.	0,76	0,77
Hiram Walker Res.	23,625	24,875
Hudson Bay Mng.Sp.	6,50	6,625
Husky Oil	11,625	11,625
Imperial Oil -A-	42,50	42,50
Inland Nat. Gas	14,50	14,50
Inco	13,25	13,375
Inter City Gas Ltd.	9,50	9,50
Interprov. Pipeline	31,875	31,625
Kerr Addison	16,25	15,875
Lac Minerals	30,25	30,50
Massey Ferguson	3,48	3,45
Moore Corp.	60	60,125
Noranda Mines	18,125	18,375
Norcen Energy Res.	15,375	15,375
Northgate Expl.	4,80	4,90
Northern Telecom.	46,25	46,875
Nova -A-	7	7
Oakwood Petrol	5,375	5,25
Prodeco	3,40	3,40
Ranger Oil	7,125	6,875
Revenue Prop. -A-	1,08	1
Rio Algom Mines	20,50	20,50
Royal Bk. of Can.	28,50	28,625
Seagram	49,50	49,50
Shell Canada	21,50	21,875
Sherritt Gordon	6,25	6,375
Stelco -A-	19,375	19,50
TransCdn. Pipelines	28,25	28,50
Westcoast Transm.	14,50	14,425
Index: TSE 300	2368,5	2374,60

Mitgeteilt von Merrill Lynch (Hbg.)

London

	30. 11.	29. 11.
All. Lyons	157	157
Anglo Am. Corp. $	13,57	13,58
Anglo Am. Gold $	92	91
Babcock Int.	140	141
Barclays Bank	517	529
Beecham	378	378
Bowater	190	189
B. A. T. Industries	308	305
Bc. Leyland	41	42
British Petroleum	498	495
Burmah Oil	206	207
Cadbury Schweppes	159	158
Charter Cons.	193	198
Cons. Gold. Fields	489	492
Cons. Murchison	675	675
Courtaulds	117	120
De Beers $	4,47	4,50
Distillers	296	296
Driefontein $	28,37	28,37
Dunlop	24	26
Free St. Geduld $	28,50	28,50
General Electric	224	224
Guinness	181	181
Hawker Siddeley	395	401
ICI	678	678
ICI Ltd.	91	92
Imperial Group	173	175
Lloyds Bank	509	524
Lonrho	155	155
Marks & Spencer	116	119
Midland Bank	339	352
Nat. Westminster	562	574
Plessey	206	204
Reckitt & Colman	566	565
Rio Tinto-Zinc	602	607
Rustenburg Plat. $	8,68	8,68
Shell Transp.	638	631
Thorn Emi	487	487
TI Group	258	240
Unilever	10,25	1048
Vickers	200	200
Woolworth	565	575
Financial Times	925,8	925,80

Mailand

	3. 12.	30. 11.
Bastogi	121,75	120
Breda	4360	4340
Centrale	2155	2156
Formitalia C. Erba	8499	8450
Fiat	1926	1905
Fiat Vz.	1634	1625
Finsider A	46,25	46,25
Generali	31650	31400
Gruppo Lepetit	–	
IFI Vz.	4895	4835
Italcementi	64550	64200
Italgas	1148	1133
Magneti Marelli	1201	1224
Mediobanca	61550	61755
Mondadori	1895	1753
Montedison	1262	1256
Olivetti Vz.	5029	5080
dgl. St.	5950	5927
Pirelli SpA	1797,5	1786
Rinascente	499	497,5
RAS	55770	55650
S. A. I.	9575	9620
SIP	1636	1731
Snia Viscosa	2025	2000
STET	2509	2200
Index	–	215,15

Amsterdam

	3. 12.	30. 11.
ACF Holding	185,5	185
Aegon	159	157
Akzo	96	94,7
Alg. Bk. Nederl.	346,5	343,5
Amev	200	199,8
Amro Bank	64,7	63,6
Berkel's Patent	41,4	41,4
Bijenkorf	34,4	34
Lucas Bols	100,5	101
Bredero	158	159
Bührmann	68,2	68
Credit Lyonnais Bk. N	62,5	63,4
Dessaux	77	76,6
Fokker	78	72
Gist Brocades	163	161,5
Océ-v. d. Grinten	276	274,5
Hagemeyer	40,5	41,6
Heineken Bierbr.	143,8	142,8
KLM	42,5	42,4
Kon. Hoogovens	62,7	62,2
Nationale Ned.	242,5	242,5
Ned. Lloyd Groep	164	160
van Ommeren	27,5	27,8
Pakhoed	66,7	67,1
Philips	54	53,9
Rijn-Schelde	2,8	2,8
Robeco	67,5	67,6
Rolinco	62	62
Royal Dutch	169	168,4
Unilever	302,4	302
Ver. Masch.	133	131,5
Volker Stevin	29,3	28,2
Westland Utr. Hyp.	124,5	124
Index: ANP/CBS	140,3	140,10

Wien

Creditanstalt-Bkv.Vz.	226	227
Gösser-Brauerei	330	329
Länderbank Vz.	227	–
Österr. Brau AG	–	–
Perlmooser	350	363
Reininghaus	425	425
Schwechater Br.	165	167
Semperit	–	–
Steyr-Daimler-P.	153	157
Universale HochTief	–	–
Veitscher Magnesit	244	242
Index	58,09	58,36

Tokio

	3. 12.	30. 11.
Alps	1950	1990
Bank of Tokyo	575	578
Sanyu Pharma	920	955
Bridgestone Tire	550	543
Canon	1548	1530
Daikin Kogyo	530	497
Daiwa Sec.	590	582
Daiwa House	575	573
Eisai	1410	1530
Fuji Bank	1250	1250
Fuji Photo	1530	1520
Hitachi	858	839
Honda	1190	1178
Ikegai Iron	450	475
Kansai El. P.	1230	1250
Kao Soap	781	796
Kirin Brewery	522	519
Komatsu	417	419
Kubota Iron	321	320
Matsushita El. Ind.	1428	1400
Matsushita El. Wks.	620	616
Mitsubishi El.	405	405
Mitsubishi H. I.	248	242
Nikko Sec.	545	550
Nippon El.	1250	1220
Nippon St.	148	148
Nomura Sec.	815	880
Pioneer	2500	2510
Ricoh	956	960
Sankyo	884	880
Sanyo Electric	462	461
Sharp	1060	1040
Sony	3610	3580
Sumitomo Bank	1620	1570
Sumitomo Marine	678	625
Takeda Chem.	762	755
Teijin	433	415
Tokio Marine	725	703
Tokyo El. Power	1340	1350
Toray	420	413
Toyota Motor	1220	1220
Index	880,99	875,81

Kopenhagen

Den Danske Bank	270	269
Jyske Bank	494	495
Kopenh. Handelsbk.	270	269
Novo Industri	275	274
Privatbanken	237	237
Ostasiat. Komp.	161	160
Dan. Sukkerfabr.	520	525
For. Bryggerier St.	735	750
Kgl. Porc. Fabr.	213	212

Zürich

	3. 12.	30. 11.
Alusuisse	750	750
dgl. NA	251	251
Bank Leu	3740	3750
Brown Boveri	1335	1315
Ciba Geigy Inh.	2460	2455
Ciba Geigy Part.	1980	1968
Elektr. Watt	2490	2498
Fischer Inh.	610	600
Globus Part.	650	634
H. La Roche 1/10	8750	8725
Holderbank	750	750
Jacobs Suchard Inh.	6125	6125
Italo-Suisse	163	169
Jelmoli	1890	1890
Landis Gyr	1490	1500
Mövenpick Inh.	3625	3625
Motor Columbus	775	792
Nestlé Inh.	5335	5338
Oerlikon-Bührle	1295	1300
Sandoz NA	2480	2470
Sandoz Inh.	7250	7250
Sandoz Part.	1135	1135
Saurer	210	211
Schw. Bankges.	3515	3510
Schw. Bankverein	356	356
Schw. Kredit	2295	2295
Schw. Rückv. Inh.	7900	7700
Schw. Volksb. Inh.	1460	1465
Sika -B-	2900	2900
Sulzer Partizip	305	305
Swissair	1025	1018
dgl. NA	825	812
Winterthur Inh.	3685	3700
Winterthur Part.	3290	3290
Zür. Vers. Inh.	17950	17900
Ind.: Schw. Kred.	314,90	314,10

Brüssel

Arbed	1605	1600
Brux. Lambert	2105	2085
Cockerill Ougrée	282	276
Ebes	2850	2850
Gevaert	3590	3605
Kredietbank	–	7450
Petrofina	7050	7060
Soc. Gén. d. Belg.	1775	1780
Sofina	7580	7700
Solvay	4095	4100
UCB	4895	4880
Index	157,40	157,61

Madrid

	3. 12.	30. 11.
Banco de Bilbao	313	317
Banco Central	323	327
Banco Esp. Cred.	337	343
Banco Hisp. Am.	212	218
Banco Popular	369	379
Banco de Santander	328	331
Banco de Vizcaya	415	419
Cros	46	48
Dragados	158	160
El Aguila	241	251
Esp. del Zink	–	220
Esp. Petroleos	153,75	152
Fenix	–	
Fecsa	69	68,75
Hidroelectr. Esp.	75,75	76,5
Iberduero	82,75	83,75
S. E. A. T.		–
Sevillana de El.	68,75	74,75
Telefonica	93	93,5
Union Electrica	71	72
Union Explosivos RT	37,5	36
Urbis	–	71,5
Vallehermoso	54	55
Index	141,85	145,05

Hongkong

China Light + P.	11,80	12,00
Hongkong Land	3,70	3,72
Hongk. + Sh. Bk.	7,35	7,40
Hongk. Teleph.	48,25	48,25
Hutch. Whampoa	15,70	15,80
Jard. Matheson	8,50	8,60
Swire Pac. + A +	20,10	20,40
Wheelock + A +	3,72	3,80

Singapur

Cycle + Car.	2,80	–
Cold Storage	2,74	2,83
Dev. Bk. of Sing.	5,80	5,85
Fraser + Neave	5,00	5,20
Kl. Kepong	2,40	2,39
Mal. Banking	5,60	5,70
Nat. Iron	3,46	3,58
OCBC	8,86	8,95
Sime Darby	1,82	1,83
Singapur Land	2,79	2,85
Un. Overs. Bank	4,30	4,30

Paris

	3. 12.	30. 11.
Air Liquide	563	562
Alsthom Atlant.	205,9	207
Beghin-Say	299	296,8
BSN-Gerv.-Danone	2441	2452
Carrefour	1810	1810
Club Méditerranée	1051	1056
Franc. Petrol B	242	244,5
Elf-Aquitaine	225	226,5
Gal. Lafayette	324,8	321
Hachette	1675	1671
Imetal	79,5	76,5
Lafarge	376,5	379
Locafrance	335	337
Machines Bull	30,1	30
Michelin	780	789
Moët-Hennessy	1820	1812
Moulinex	95,4	93
L'Oréal	2354	2360
Penarroya	67,1	69
Pernod-Ricard	739	733
Perrier (Source)	501	502
Peugeot-Citroën	228,5	232,5
Printemps	190,3	188,1
Radio Techn.	239,9	232,2
Redoute à Roubaix	1185	1210
Schneider	–	–
Sommer Allibert	416	426
Thomson C. S. F	382	387
Usinor	3,13	3
Index: INSEE	–	119,6

Sydney

ACI	1,79	1,80
Ampol. Explor.	2,55	2,60
Westpacific Banking	3,88	3,90
Bridge Oil	2,20	2,30
Brok. Hill Prop.	5,14	10,60
Coles	3,98	4,00
CRA	4,94	5,02
CSR (Theiss)	2,86	2,93
Metals Expl.	0,47	0,42
MIM-Holdings	2,48	2,55
Myer Emporium	1,70	1,65
North Broken Hill	2,20	2,20
Oakbridge	0,65	0,65
Peko Wallsend	5,10	5,14
Poseidon	3,35	3,45
Thomas Nat. Tr.	1,78	1,77
Waltons Bond	0,31	0,31
Western Mining	3,06	3,10
Woodside Petr.	1,05	1,07
Index	740,00	748,90

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

Optionshandel

Frankfurt: 3. 12. 84: 517 Optionen = 28 500 (52 650) Aktien, davon 50 Verkaufsoptionen = 2500 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 4-110/8, 4-120/4, 7-120/6, BASF 1-160/15,6, 1-170/6, 1-180/1,8, 4-160/21,9, 4-170/14,5, 4-180/7,4, 4-190/3,9, 4-200/2,4, 7-180/13,9, 7-190/9, Bayer 1-170/16,5, 1-173/13,6, 1-180/8, 1-200/1,5, 4-170/23, 4-180/18,6, 4-190/9,1, 4-200/5,8, 7-180/20, 7-190/14,6, 7-200/9,5, 7-210/6,2, Bay. Vereinsbank 4-320/27, Commerzbank 4-160/22,2, 4-180/9,6, 4-190/5, 4-200/3, 7-200/5, Conti 4-130/4, 7-130/6, Dt. Babcock St. 4-160/10, Dt. Babcock Vz. 4-160/4,6, Deutsche Bank 1-346,75/38, 4-390/16,6, 4-410/8,1, Dresdner Bank 1-160/30,2, 1-180/11, 1-190/6,5, 4-170/25,8, 4-190/12, 4-200/5,6, GHH St. 4-160/7,6, Hoechst 1-160/24, 1-190/2,95, 4-160/28, 4-190/8, 7-200/7,6, 7-210/3,6, Hoesch 1-100/3, 1-110/2, 4-95/13,4, 4-100/8,4, 4-110/5, 7-110/7,2, Klöckner 1-65/8, 1-70/3,2, 4-65/9,5, 4-70/6,4, 4-75/4,5, 4-80/1,6, 7-70/8,4, 7-75/7,3, 7-80/5,5, Lufthansa Vz. 4-170/11,2, MAN 7-170/8, Mannesmann 1-140/12,5, 4-150/10,5, 4-160/5, 4-170/2,2, RWE Vz. 4-170/4, Schering 4-420/18,1; Kali + Salz 1-220/15,05, 4-250/9,4, 7-260/9, Siemens 4-500/5,9, Thyssen 1-80/3, 4-85/4,9, 7-85/6,6, Veba 4-170/8,3, 7-170/13,9, 7-180/7,1, VW 1-180/22, 1-190/12, 1-200/8, 1-210/3, 4-170/36, 4-180/25,5, 4-190/19,5, 4-200/12,6, 4-220/5,4, 7-200/19,9, 7-220/9, 7-230/6, Alcan 4-90/5, Norsk Hydro 4-40/2,5, 7-40/4,9, Philips 1-43,9/6,6, 4-45/8, 4-50/3,5, Sony 4-50/3,6, **Verkaufsoptionen:** AEG 7-95/2,8, BASF 4-170/1,4, 7-170/3,2, Bayer 4-180/2, 7-180/3, BMW 1-380/2,5, Bay. Vereinsbank 4-320/5, Commerzbank 7-170/5, Daimler 7-570/15,6, Deutsche Bank 4-360/3,1, Dresdner Bank 7-180/5, 7-190/9, Hoesch 1-100/2,9, Klöckner 7-70/3,9, Mannesmann 1-150/3,1, 4-150/6, Schering 4-380/4,4, Siemens 7-420/4,3, Thyssen 4-80/4,6, Veba 1-170/4,5, VEW 4-120/4,6, Chrysler 4-90/7, 7-90/9,6, General Motors 4-230/7, IBM 1-370/6,6, 4-370/11,2, Litton 4-190/6, Philips 7-50/4, Xerox 4-110/3,3, (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 3. 12.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9 – 9¼	5⅝–5¾	5⅛–5¼
3 Monate	9¼– 9½	5⅝–5¾	5 –5¼
6 Monate	9⅝– 9⅞	5⅝–5¾	5 –5¼
12 Monate	10¼–10½	5⅝–5¾	5 –5¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 3. Dezember folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1475,00	1829,70
10 US-Dollar (Indian)**)	1225,00	1476,60
5 US-Dollar (Liberty)	475,00	655,50
1 £ Sovereign alt	234,00	289,56
1 £ Sovereign Elizabeth II.	230,00	285,00
20 belgische Franken	179,00	231,42
10 Rubel Tscherwonez	244,00	305,52
2 südafrikanische Rand	229,00	283,86
Krüger Rand, neu	1042,00	1237,78
Maple Leaf	1042,00	1227,78
Platin Noble Man	1017,00	1189,28
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	241,00	302,10
20 schweiz. Franken „Vreneli"	185,00	234,84
20 franz. Franken „Napoléon"	185,00	234,84
100 österr. Kronen (Neuprägung)	964,00	1182,80
20 österr. Kronen (Neuprägung)	191,00	240,54
10 österr. Kronen (Neuprägung)	101,00	132,24
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	444,00	546,06
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	105,00	142,50

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

3. 12. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurse4)	Ankauf	Verkauf
New York3)	3,1180	3,1240	3,0884	3,06	3,15
London1)	3,707	3,721	3,678	3,65	3,80
Dublin1)	3,102	3,116	3,038	2,19	2,29
Montreal3)	2,3515	2,3595	2,3222	2,29	2,39
Amsterd.	88,340	88,760	88,585	87,50	89,50
Zürich	121,430	121,690	121,475	120,00	122,75
Brüssel	4,965	4,985	4,914	4,85	5,05
Paris	32,570	32,730	32,215	31,75	33,50
Kopenh.	27,730	27,850	27,400	26,75	28,50
Oslo	34,640	34,760	34,055	33,75	35,50
Stockh.**)	35,180	35,340	34,710	34,50	36,25
Mailand2) **)	1,614	1,624	1,682	1,56	1,66
Wien	14,214	14,254	14,154	14,13	14,35
Madrid**)	1,793	1,803	1,782	1,73	1,85
Lissabon**)	1,855	1,875	1,759	1,43	2,25
Tokio	1,2545	1,2575	–	1,22	1,28
Helsinki	48,180	48,380	47,190	47,25	49,00
Buen. Air.	–	–	–	–	4,00
Rio	–	–	–	0,06	0,20
Athen*) **)	2,4375	2,4815	–	1,80	2,60
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,653	2,673	–	2,60	2,70
Johannesbg.*)	1,6685	1,6875	–	1,60	1,85

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Der US-Dollar strebt weiterhin nach oben. Schon in New York wurde er am Freitag über 3,11 bezahlt. Die feste Tendenz setzte sich am 3. 12. fort, unterstützt von einem Zinsanstieg am Euromarkt um etwa ¼ Prozentpunkt. Die Bundesbank zeigte weiterhin keine Bereitschaft sich dem Kursanstieg entgegenzustellen, sie glich lediglich zur amtlichen Notiz von 3,1200 die vorhandene Nachfrage von 18,85 Mill. Dollar aus. Positiv entwickelte sich auch der Canadische Dollar und der Japanische Yen sowie die Schwedische Krone. Der Schweizer Franken und der Portuguisische Escudo waren die einzigen Währungen mit Kursrückgängen gegenüber Freitag. US-Dollar in: Amsterdam 3,5195; Brüssel 62,7275; Paris 9,5585; Mailand 1924,90; Wien 21,9170; Zürich 2,5673, ir. Pfund/DM 3,109; Pfund/Dollar 1,1904; Pfund/DM 3,714.

Ostmarkkurs am 3. 12. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Durch den Anstieg der Geldmenge Mittwoch um 6,7 Mrd. Dollar kam es am 3. Dezember zu einer etwas stärkeren Nachfrage nach Dollar-Krediten.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,00/0,90	2,88/2,78	6,10/5,90
Pfund/Dollar	0,07/0,05	0,10/0,08	0,02/0,02
Pfund/DM	2,10/0,70	4,40/3,00	8,00/6,40
FF/DM	23/07	51/35	98/82

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 3. 12.: Tagesgeld 5,5–5,6 Prozent; Monatsgeld 5,8–5,95 Prozent; Dreimonatsgeld 5,7–5,85 Prozent.

Privatdiskontsätze am 3. 12.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 3. 12.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Oktober 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer: Ausgabe 1984/9 (Typ A) 5,00 (5,00) – 7,00 (5,97) – 7,25 (6,37) – 7,75 (6,68) – 8,00 (6,91) – 8,50 (7,13). Ausgabe 1984/10 (Typ B) 5,00 (5,00) – 7,00 (6,00) – 7,25 (6,41) – 7,75 (6,74) – 8,00 (6,99) – 8,50 (7,24) – 8,50 (7,42) **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,35, 2 Jahre 6,30. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,00, Kurs 100,4, Rendite 6,90.

Inge Meysel in einem neuen Paul-Gallico-Film

Putzfrau im Unterhaus

Als mich wildfremde Engländer bei den Dreharbeiten auf der Straße ansprachen und nach dem Weg fragten, wußte ich, daß ich überzeugend gewesen war als Putzfrau Ada Harris. Ich sagte unentwegt: ‚I am a German actress!' – Die entgeisterten Gesichter werde ich nie vergessen."

Inge Meysel sagt das, die wir im Atelier bei den Dreharbeiten für einen neuen Film über einen Paul-Gallico-Stoff treffen. Der erste Film, nach dem Roman „Ein Kleid von Dior" vor zwei Jahren, war ein prima Erfolg, erzielte höchste Einschaltquoten. Die Meysel spielte darin, wie jetzt auch wieder, die Putzfrau Ada Harris, die Londoner „Mrs. Mop", deren Ehrgeiz in dem neuen Film weit über ein geblümtes Seidenes von Dior hinausgeht. Diesmal bewirbt sie sich um nichts weniger als um einen Sitz im Unterhaus. Mr. Bayswater, ihr (Schofför)-Freund mit Rolls Royce, spielt dabei eine entscheidende Rolle und er ist es auch, der sie wirkungsvoll tröstet, *nachdem sie eine Karriere*-Bruchlandung gebaut hat – mit einer standesgemäßen Reise ...

Hört man recht? Die resolut engagierte Ada sollte einmal nicht zum Ziel kommen? Das würde ihrem Image doch so gar nicht entsprechen. Aber es stimmt schon. Zwar wird sie durchaus auf den ersehnten Parlamentssitz gehievt, fühlt sich dort aber bald „elend und ängstlich". Politische Unwissenheit, fehlende Informationsquellen, der Frust langer Sitzungen, ihre Einsamkeit und der Verlust privater Freunde machen ihr zu schaffen.

Wo jeder andere sich festkrallen würde, zieht Ada Harris eine schonungslose Bilanz: Putzfrau, Kindermädchen und Eheberaterin ja; Abgeordnete des Parlaments nein. Der Sprecher des Unterhauses, den sie um Rat bittet, findet einen diplomatischen Kompromiß: Sie wird ein Kronamt erhalten und damit dem Dienst an der Königin noch einen Schritt näherrücken. Zugleich müßte sie jedoch von ihrer Unterhaus-Tätigkeit suspendiert werden, denn es sei nicht erlaubt, zweifache Bezüge zu kassieren.

Bei diesem Stichwort wird die Hauptdarstellerin noch lebhafter als sonst. „Wer hätte bei den Dreharbeiten gedacht, daß wir mit der Sendung in eine politische Entwicklung reinkommen, die das Thema der Doppelbezüge von Abgeordneten so aktuell macht! ‚Ein Kleid von Dior' war ein Märchen. Das hier ist leider gar kein *Märchen mehr. Hier passieren ganz* reale Dinge, die für uns alle durchschaubar sind oder zumindest im Film transparent gemacht werden. Denn wer hat im wirklichen Leben schon einen Freund mit Rolls Royce? Die Menschen werden manipuliert, und Politik findet hinter den Kulissen statt – nicht davor."

Eine Gechichte des Scheiterns also, der Desillusionierung? „*Ich bin* nie traurig, wenn im Film ein Plan sich nicht erfüllt, denn mein eigenes



„I am a German actress": Inge Meysel als Putzfrau Ada Harris
FOTO: K. v. MISERONY

Leben verläuft auch nicht immer nach Wunsch. Ich konnte mich mit der Rolle sehr gut identifizieren. Wir gehn zuweilen gern wieder raus aus manchen Situationen – sogar aus Ateliers!"

Was hält sie dennoch im Studio, wenn solche Anwandlungen kommen? Eine immense Spielfreude – oder? „Der Vertrag", sagt sie spontan, „nicht das Geld." Preußische Selbstdisziplin.

Fast 75 Jahre ist sie nun alt, Lernschwierigkeiten sind ihr fremd, ihre Texte gehen ihr immer noch ein „wie Butter", ihre Filmmaske entspricht genau dem Bild, das der Autor – übrigens nach seiner eigenen Putzfrau Katie Fairman – von ihr zeichnet: „Eine kleine alte Dame mit Bäckchen, so verschrumpelt wie Winteräpfel, dunklen Augen und einem schadenfrohen Zug um den Mund ...!

Wie erarbeitet sie sich ihre hautnahen Rollen? „Man muß als Schauspielerin mit den Augen klauen, mit den Ohren, mit dem ganzen Körper ... Beobachten Sie mal, wie ich gehe – mit vorgeschobenem Bauch. Putzfrauen müssen so laufen, weil sie schwere Eimer schleppen, viel heben und immer Kreuzschmerzen haben. Eitelkeit muß man dabei vergessen."

Achtzehn Rolls Royce wurden kurzfristig für die Produktion geliehen. Und eine Miet(ze)katze, die dringend zu Adas Meinungsfindung benötigt wurde. Auch wenn es am Schluß der Zwiesprache nur heißen konnte: „Und du – du sagst mal wieder gar nischt ..."

GERDA H. LOTTMANN

STUDIO

Nach dem Beschluß der Intendanten, das **Video-Programm-System (VPS)** zur programmsynchronen Steuerung der Videorecorder mit dem Beginn der Funkausstellung 1985 stufenweise bis Anfang 1986 einzuführen, schreiten die notwendigen Vorbereitungen zügig voran. Mit dem Zentralverband der Elektrotechnischen Industrie e.V. wurde das endgültige Basis-Papier – die System-Definition – verabschiedet, so daß zur Zeit vorrangig Betriebsabwicklungsfragen behandelt werden, um alle Betriebskriterien zu erfassen.

Die umfangreiche Richtlinie wird ergänzt durch eine Möglichkeit, die Programmierung der Fernsehheimgeräte mit Hilfe des Fernsehtextes (Videotext) vornehmen zu können. Aus organisatorischen Gründen wurde mit der Industrie vereinbart, diesen zweiten Schritt zur Funkausstellung 1987 zu realisieren.

KRITIK

Republikaner aus Vernunft

Stresemann, verwese man." Dieser böse Spruch der Ultrarechten in Weimarer Zeiten kam auch in der Dokumentation **„Die sechs großen Jahre des Gustav Stresemann"** ins Spiel, die das Erste Deutsche Fernsehen in seiner Reihe „Weimarer Köpfe" ausstrahlte. Der Autor tat das Beste, was er tun konnte: Er ließ prominente Zeugen für Stresemann zu Wort kommen: dessen ältesten Sohn Wolfgang sowie Felix Hirsch, den Verfasser der neuesten Stresemann-Biographie, Theodor Eschenburg, den heutigen Bundespräsidenten von Weizsäcker und andere. Im Grunde ein ganz ungewöhnlicher Mann, dieser Berliner Kleinbürgersohn Gustav Stresemann – der 1923 für nur hundert Tage Reichskanzler wurde, aber Reichsaußenminister bis zu seinem frühen Tod am 3. Oktober 1929 blieb. Kein Demokrat und Republikaner von Geblüt. Im Herzen Monarchist, dem die Flagge Schwarzweißrot lieber war als das Weimarer Schwarzrotgold. Aber ein Realist! Als Reichskanzler hat er 1923 die Republik gegen Umsturzversuche von links und rechts verteidigt und so die Reichseinheit gerettet. Als Außeminister verhalf er dem Reich wieder zu einer selbständigen Außenpolitik. Der von ihm angestrebten Aussöhnung mit Frankreich im europäischen Sinn stand klugerweise *das Bemühen um gute Beziehungen* zur UdSSR gegenüber. Aber er hat nie verhehlt, daß es nach dem Locarno-Vertrag von 1925 solange kein „Ost-Locarno" geben könne, wie die strittigen Grenzprobleme mit Polen nicht gelöst seien. Bundespräsident von Weizsäcker meinte am Schluß dieser gelungenen Veranstaltung, Stresemanns bemerkenswerteste Eigenschaft sei wohl die gewesen, daß er es als Politiker verstanden habe, aus der veränderten politischen Lage zu lernen. Solche Männer sind aber gerade in Deutschland besonders unbeliebt, weil sie in kein Schema passen.

WALTER GÖRLITZ

ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
10.00 heute
10.03 Quax, der Bruchpilot
11.30 Sketchup
12.00 Hundert Meisterwerke
12.10 Hollywood '84
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau

16.10 Sie – er – Es
Heute: Porträt der italienischen Schauspielerin *Giulietta Masin* / Das Geschäft mit Klatsch und Gesundheit: Ein neuer Typ von Frauenzeitschriften hat innerhalb kurzer Zeit den Pressemarkt überschwemmt. / Blick hinter die Kulissen und in die Manege des „*Zirkus Roncalli": Ein Zirkus, der die* oft totgesagte Welt der Phantasie, der Clowns, der Artisten neu belebt.

16.55 Spaß am Dienstag
Mit Ix und Yps, *einem gefürchteten Hasen und zwei Bären*

17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme

20.00 Tagesschau

20.15 Expeditionen ins Tierreich
Heinz Sielmann zeigt:
Jäger der Savannen
Ein Film über die „Jäger der Savannen" Ostafrikas wäre ohne die Wildhunde, die mit Großkatzen, Hyänen und Schakalen um Beute konkurrieren, nicht komplett. Doch von diesen hochspezialisierten Abkömmlingen der Wolf-Schakal-Gruppe gibt es nurmehr wenige Hundert. Nach fast tausend Kilometer Fahrt über waschbrettähnliche Pisten gelang es Heinz Sielmann an der tansanischen Grenze, „wild dogs" aufzuspüren. Die für dieses Jahr letzte Folge gibt Einblick in ihre raffinierte Jagdtechnik und das liebevolle Familienleben.

21.00 Report
Moderator: Franz Alt

21.45 Dallas
Das letzte Spiel
Miss Ellie verschwindet plötzlich spurlos, wird aber zur großen Freude von Clayton Farlow wiedergefunden, der sie nun endlich ehelicht. Natürlich ist das eine große Niederlage für J. R., der aber auf anderem Gebiet zu einem großen Siegeszug ansetzt ...
Letzte Folge vor der Winterpause

22.30 Tagesthemen

23.00 Kulturweltspiegel
Die Sendung beschäftigt sich heute *mit drei Themenkreisen: erstens* der Kulturszene Buenos Aires, zweitens der kulturellen Situation in Polen und drittens der Düsseldorfer Ausstellung „Tradition und Gegenwart in der russischen und der sowjetischen Kunst".
Hervorzuheben ist vor allem die Reportage über die Situation in Polen. Die Künstler müssen dort nach wie vor mit den strengen Richtlinien der Militärregierung leben, die sich auch auf Karikatur und Kabarett erstrecken. Dennoch gelingen den Kabarettisten, wie Szenen aus Krakau zeigen, immer wieder erstaunlich kritische Scoops.

23.45 Tagesschau

ZDF





15.25 Enorm in Form

16.00 heute

16.04 Pinnwand

16.20 Pfiff
Sportstudio für junge Zuschauer mit Marie-Luise von Molitor

17.00 heute / Aus den Ländern

17.15 Tele-Illustrierte

17.45 Mein Name ist Hase!
Trickreiches mit Bugs Bunny
Anschließend: heute-Schlagzeilen

18.20 Eine Klasse für sich
Geschichten aus einem Internat
2. Ein Schulfest mit Folgen
Die Internatsschüler wollen ein *Schulfest auf die Beine stellen.* Diesmal soll es aber nicht das übliche Märchen geben, sondern eine *deftige Polit-Revue*. Aber die Eltern machen unerwartete Schwierigkeiten. Dabei erregen *nicht einmal die aggressiven* Texte und Songs Anstoß, sondern vor allem die Aufmachung des Mädchens Hokus, die den alten *„zu sexy" ist.*

19.00 heute

19.30 Ich heirate eine Familie ...
Vier neue Folgen von Curth Flatow
5. Familienzuwachs
Die Schumanns erwarten Nachwuchs. Dieser Familienzuwachs bringt erhebliche Probleme mit sich, denn die Suche nach einem größeren Domizil gestaltet sich äußerst schwierig. Und dann fällt zu allem Überfluß auch noch Frau Rabe, die Stütze des Haushalts, aus ...

21.15 WISO
Moderation: Friedhelm Ost
*Als Ende vorigen Jahres der Bau*maschinenkonzern IBH pleite ging, wurden über Nacht Tausende von *Mitarbeitern arbeits*los. Das Wirtschaftsmagazin schildert das heutige Schicksal dieser *Menschen und berichtet* außerdem über staatliche Zuschüsse an Auszubildende, die weg von zu *Hause eine Lehrstelle annehmen.*

21.45 heute-journal

22.05 Das Omen
Amerik. Spielfilm (1975)
Robert Thorn ist US-Botschafter in Rom. Seine Frau Kathy freut sich auf ihr erstes Baby, doch es lebt *nur kurz. Thorn läßt sich auf eine* Täuschung ein: Das Baby einer anderen Mutter, die bei der Geburt starb, wird das Kind der Thorns. In Wahrheit ist Damien ein Geschöpf der Hölle, Sohn des Teufels! Das erklärt Pater Brennan dem Botschafter – doch erst, als grauenhafte Dinge geschehen, nimmt Thorn den ungleichen Kampf gegen seinen „Sohn" auf.
Mit Gregory Peck, Lee Remick, Harvey Stephens u. a.
Regie: Richard Donner
Fortsetzung: „Damien – Omen II" am Freitag, 22.05 Uhr
Anschl.: Ratschlag für Kinogänger „Crackers" von Louis Malle

23.55 heute



Zwei verlassene Gräber in der Nähe von Rom bergen ein furchtbares Geheimnis. Gregory Peck und David Warner in: „Das Omen" – ZDF, 22.05 Uhr
FOTO: U.RÖHNERT

3SAT

18.00 Bilder aus der Schweiz

19.00 heute

19.30 Menschen und Mächte
Österreich-Ungarns vergessene Front
Erinnerung an die Flieger des Ersten Weltkrieges
Ein Bericht von Christian Willars
Gestaltung: Zoltan Pataky

20.15 Ein Mann will nach oben
Nach Hans Fallada
1. Der Start
Mit Mathieu Carrière, Ursela Monn, Günter Pfitzmann u. a.
Regie: Herbert Ballmann

21.15 Zeit im Bild 2

21.45 Club 2
anschl. 3SAT-Nachrichten

III.

WEST

18.00 Telekolleg II
Algebra (24)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Hans Hübner aus Brasilien:
São Paulo – kaputt
20.45 Vor 500 Jahren: Papstbulle gegen deutsche Hexen
Ungezählte Frauen, aber auch Männer und sogar Kinder wurden während der Hexenverfolgungen vom 16. bis zum 18. Jahrhundert gefoltert und hingerichtet. Eine entscheidende Rolle in diesem schrecklichen Kapitel spielte die „Hexenbulle" von Papst Innozenz VIII. Heute hat sich in der modernen Frauenbewegung eine interessante „Hexenforschung" etabliert, die viele erstaunliche Erkenntnisse über Medizin und Gesundheitspflege im Mittelalter zutage förderte.
Film von Monika Hey
21.00 Formel Eins
21.45 Schlapper Wind aus Süd-Ost (1)
Film von Dieter Fietzke über nachbarschaftliches Leben in einem Dorf am Stadtrand von Münster.
Zweiter Teil am Donnerstag
22.15 Deutscher Alltag
Porträt zweier Tanzlehrer
„Den Schliff bringe ich ihnen nebenher bei ... " – Porträt zweier Tanzlehrer aus Magdeburg und Oberhausen
23.00 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Die Sprechstunde
Mit *Nadeln oder* Tabletten gegen *Kopfschmerzen?*
19.15 Haste Töne
20.00 Tagesschau
20.15 Autor-Scooter
Eine Fragestunde – live mit einem Schriftsteller
Heute:
Der beliebte Kinderbuchautor James Krüss
21.15 Task Force Police
Der Zeuge
22.05 Gefühls-Sachen
Lebens-Ängste
Arbeitslosigkeit, Kriegsgefahr, fehlende Lebensperspektiven, Partnerverlust – Situationen, die einem Angst machen können. Aber es gibt noch andere Auslöser!
Film von Carola Benninghoven (Wh.)
22.50 Der Sternenhimmel im Dezember
23.05 Schach dem Weltmeister
23.35 Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Pan Tau
... und der Blechschaden
19.00 Formel Eins
19.45 Schätze aus der Sammlung Topic-Mimara (1)
20.00 Tatort: Schattenboxen
Fernsehkrimi
Mit Lutz Moik, Karl Michael Vogler, *Zeisberg, Günter Strack u.a.*
21.30 Drei aktuell
21.45 Kulturkalender
22.15 Robert Ashley: Perfect Lives
Über die amerikanische TV–Oper
23.00 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Algebra (24)
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 Frauen im Hause Württemberg
20.45 Bericht aus Stuttgart
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Schwamm drüber?
21.00 Landesspiegel
Nur für das Saarland:
20.15 Kulturspiegel
21.00 Der Fernsehgarten
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Die rote Herberge
Französische Krimisatire (1951) mit Fernandel
23.00 Science Report
23.15 Nachrichten

BAYERN

18.15 Familienjournal
18.45 Rundschau
19.00 Minirock und Kronjuwelen
Englischer Spielfilm (1967)
20.30 Der Löwe
Bulgarischer Zeichentrickfilm
20.40 Z. E. N.
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Werkbesuch – in Neugablonz
22.30 Im Gespräch
23.15 Rundschau

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden† Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland, Heinz-Rudolf Scheller (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankwart Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 39 31/32, Telex 1 84 566

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104 Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Sehr lose Träume

P. Jo. – Loseblattsammlungen waren bisher ein Privileg der Juristen, die beim *mühsamen Austauschen* der verschiedenen Seiten im „Schönfelder“ darüber nachdenken dürfen, warum Gesetze immer wieder geändert werden müssen. Loseblattsammlungen sind deshalb in aller Regel Dokumente der Vergänglichkeit, Wegwerf-Bücher auf Raten sozusagen.

Aber nun kommt uns eine Loseblattsammlung ins Haus, die diesen Gewohnheiten widerspricht. Die „Optischen Träume“ von Lennart Bernadotte sind erstaunliche Detailaufnahmen von Blumen. Damit der Betrachter aber die Farbenpracht richtig genießen kann, werden die Fotos auf 21 x 21 cm großen Folien gedruckt, die erst im Gegenlicht so recht zu leuchten anfangen. Deshalb kann man diese 36 Großdias auch aus dem Ordner herausnehmen, in dem sie zusammen mit botanischen Erklärungen (in Deutsch, Englisch und Französisch) sowie mit genauen Zeichnungen der Pflanzen von Ruth Bräutigam-Giger aufbewahrt werden. Das Ganze ist für 39,50 Mark bei der Mainauverwaltung auf der Bodenseeinsel Mainau zu haben.

Da aber gewöhnliche Lampen wegen gemusteter Schirme oder punktueller Lichtquelle nur selten dazu geeignet sind, die „optischen Träume“ nachzuträumen, bietet der Verleger auch gleich noch eine Tisch- oder Aufstelleuchtplatte nach Maß (für je 26 Mark) an. Und warum sollte es nicht eines Tages noch ein paar Ergänzungslieferungen geben, die neue Aspekte der Botanik vorführen, im Detail und schön? Denn Loseblattsammlungen haben es so an sich, daß sie nach Anschlußgeschäften streben. Eine solche Blumensammlung ist dann allemal reizvoller, als es die losen Blätter mit den Gesetzesblüten sind.

Phantastischer Realist: Rudolf Hausner wird 70

Adam als zweites Ich

Adam wurde 1956 geboren. Als „Adam nach dem Sündenfall“ betrat er die Bildwelt von Rudolf Hausner, der heute 70 Jahre alt wird. Der Maler ist der älteste unter den fünf der „Wiener Schule des phantastischen Realismus“. Wolfgang Hutter wurde 1928, Erich Brauer und Anton Lehmden wurden 1929, Ernst Fuchs 1930 geboren, alle bis auf Lehmden in Wien. Hausner, der bereits 1931 sein Studium an der Akademie der bildenden Künste begann, ist jedoch der einzige, der nicht Schüler von Albert Paris Gütersloh war, dem einflußreichen Mentor und Förderer der Gruppe, die sich nie als eine Künstlervereinigung im traditionellen Sinne verstand.

Daß die fünf Maler mit einem Etikett versehen wurden, das sich später als sehr hilfreich erwies, lag an der Nachkriegssituation. Gegenüber den vorherrschenden Abstrakten fielen nicht die Unterschiede ins Auge, sondern die Gemeinsamkeit einer altmeisterlichen realistischen Malweise. Hausner ließ sich dabei wegen gewisser Ähnlichkeiten mit Dali noch am leichtesten in der Kunstschublade „Surrealismus“ unterbringen. Außerdem verführten seine klaren Symbole mit ihrem engen Beziehungsnetz immer wieder zu einer waghalsigen Psychoanalysiererei. Schließlich mußte man in Wien zeigen, daß der re-importierte Siegmund Freud nur hier richtig zuhause war. Aber Hausners Bilder sind wahrlich mehr als bloße Lehrtafeln der Psychopathologie.

Hausner macht es seinen Interpreten scheinbar leicht. Bereits auf einem seiner frühen Bilder (die ganz frühen Gemälde hat er meist mehrfach übermalt oder selbst zerstört), dem „Forum der einwärts gewendeten Optik“ von 1948, taucht ein Junge im Matrosenanzug auf, der unverkennbar die Züge des Malers trägt. „Espoir“ steht da noch auf der Matrosenmütze. Bei der „Arche des Odysseus“, die in zwei Phasen zwischen 1948 und 1951 sowie 1953 und 1956 mehrfach verändert wurde, verwandelte sich der Titelheld schließlich zu einem Selbstporträt mit der Matrosenmütze einer „Ithaka“. Das hat wohl Wieland Schmied zu der Charakterisierung Hausners als eines „Odysseus, der sein bürgerliches Ithaka kaum je verließ“, inspiriert.

Die ersten Ausstellungen hatte Hausner seit 1947 jährlich im inzwischen verklärten „Art-Club“, in dem Gütersloh die jungen Wiener um sich versammelte. Der Durchbruch gelang ihm und den anderen jedoch erst 1965 richtig mit der Übersicht in Hannovers Kestner-Gesellschaft. Das trug Hausner eine Professur in Hamburg ein, der Wien dann 1968 mit einer Berufung an die Akademie folgte.

Hausner ist auf seinen Bildern fast stets als „Adam“ gegenwärtig, manchmal verdoppelt oder verdreifacht im bildbeherrschenden Porträt oder – ein billardspielender Knabe im Matrosenanzug – als Nebenfigur. Seine Arbeiten sind deshalb leicht zu erkennen. Aber einfallslos oder gar monoton sind sie nie. Ihr Adam, meist in Untersicht mit breitem Kinn, engstehenden Augen und fliehender Stirn, ist freilich kein optimistischer Zeitgenosse, ebensowenig wie der Mann unter dem „Narrenhut“ aus Papier, den er mehrfach gemalt hat, oder der Laokoon, der hoffnungslos in die Leere des Raums versetzt wird.

Aber das ist wohl Hausners Erbteil, jene Wiener Melancholie – untermischt mit einer Fin-de-siècle-Tristesse –, die längst zu einem Markenzeichen der Stadt geworden ist. So bereitet es der Stadt heuer auch keine Schwierigkeiten, den einst wenig geliebten Sohn nun zu seinem 70. mit einer großen Retrospektive im Künstlerhaus zu feiern.

PETER DITTMAR



Stets in seinen Bildern präsent: Selbstporträt von Rudolf Hausner als „Adam unterwegs“ (1963) FOTO: HARENBERG-VERLAG

Paris zeigt den dritten „Monat der Fotografie“

Tüpfelchen auf dem i

Paris ist in diesen Monaten die Welthauptstadt der Fotografie. Zum dritten Mal organisiert die Stadtverwaltung den „Mois de la Photo“. In allen Vierteln der französischen Hauptstadt stößt man derzeit auf Fotoausstellungen, von denen die meisten auch im Dezember, viele noch im Januar zu sehen sind. Museen, Rathäuser der Stadtteile, Galerien, ausländische Kulturinstitute, Geschäfte und Schulen beteiligen sich an der riesigen Fotoschau; insgesamt zählt man 98 *Ausstellungen in* über 60 Gebäuden.

Die Organisatoren haben zuvor versucht, die Veranstaltungen unter ein Motto zu stellen, doch den drei großen Themen Farbe, Mode und Unterhaltung ist nur ein kleiner Teil der Ausstellungen gewidmet. Zahlreiche Sammlungen dokumentieren die Geschichte *der Fotografie*, etwa in Ungarn, Katalonien, China und der Schweiz. Bilder aus dem Fotoarchiv des großen Pariser Verlagshauses Larousse aus der Zeit um 1900 sind ebenso zu entdecken wie Szenen *aus* historischen Aufführungen der Stükke von Victor Hugo, dessen 100. Todestag im nächsten Jahr begangen wird.

Viele Häuser *zeigen Themenkol*lektionen und Retrospektiven bedeutender Fotografen wie Henri Cartier-Bresson. Neben den Fotos einer ganzen Reihe zeitgenössischer französischer Künstler *finden sich auch* Ausstellungen ausländischer Fotografen, darunter aus Deutschland Caroline Duglos und Peter Dine. Natürlich dürfen auch Fotoreportagen nicht fehlen, und nicht *zuletzt* sei *auf* Ausstellungen experimenteller Fotografie hingewiesen.

Als Tüpfelchen auf dem i des „Mois de la Photo“ kann man die Porträts von Yvette Troispoux bezeichnen: Sie fotografierte kurzerhand ihre Fotografen-Kollegen. Ihre Ausstellung ist in der „Maison d'Information Culturelle“ *mitten* im ehemaligen Hallenviertel zu bewundern. Dort erhält der fotointeressierte Parisbesucher auch den Katalog (150 Franc) und Auskünfte über Details des Mammutprogramms.

MICHAEL SIEBERT

Krawalle, Gala und die „Meistersinger“ – Das renovierte Zürcher Opernhaus wurde wiedereröffnet

Fleischkäse neben der Belle Epoque

Zürich hat sein Opernhaus wieder, und die Welt der Oper hat eines ihrer schönsten und wichtigsten Häuser zurück: Mit Richard Wagners „Meistersingern von Nürnberg“ wurde das traditionsreiche Haus am Bellevue nach dreieinhalbjähriger Sanierung und Erweiterung wiedereröffnet.

Knapp 100 Millionen Mark haben die Baumaßnahmen verschlungen, die vor vier Jahren durch einen Volksentscheid gebilligt worden waren. Das Projekt war seinerzeit Auslöser der Zürcher Jugendkrawalle gewesen, die an mehreren Wochenende Millionenschäden in den Geschäftsvierteln der Stadt verursachten. Eine kleine Reprise davon ereignete sich auch jetzt, während die Zürcher Opernaktionäre einem Konzert der schönen Stimmen im neuen Haus lauschten.

In respektvollem Abstand vom Opernhaus war einer Gruppe von Unzufriedenen ihre eigene Aufführung erlaubt worden – vornehmlich das Zünden von Knallkörpern. Von den circa 300 Teilnehmern setzten sich anschließend einige in Richtung Niederdorf ab, schlugen Schaufenster ein und beschädigten parkende Autos. Der Schaden belief sich auf gut 100 000 Franken.

Der Bau wie der Umbau des Zürcher Opernhauses sind ein Stück Zeitgeschichte. Der Entwurf der Wiener Architekten Fellner und Helmer hatte eigentlich einem neuen Theater für Krakau gegolten. Dort wurde er zwar auch preisgekrönt, aber nicht ausgeführt. Als den Zürchern am Neujahrstag 1890 ihr altes Theater abbrannte, war Eile geboten. Man nahm, was die beiden Wiener Theater-Baumeister fertig in der Schublade hatten.

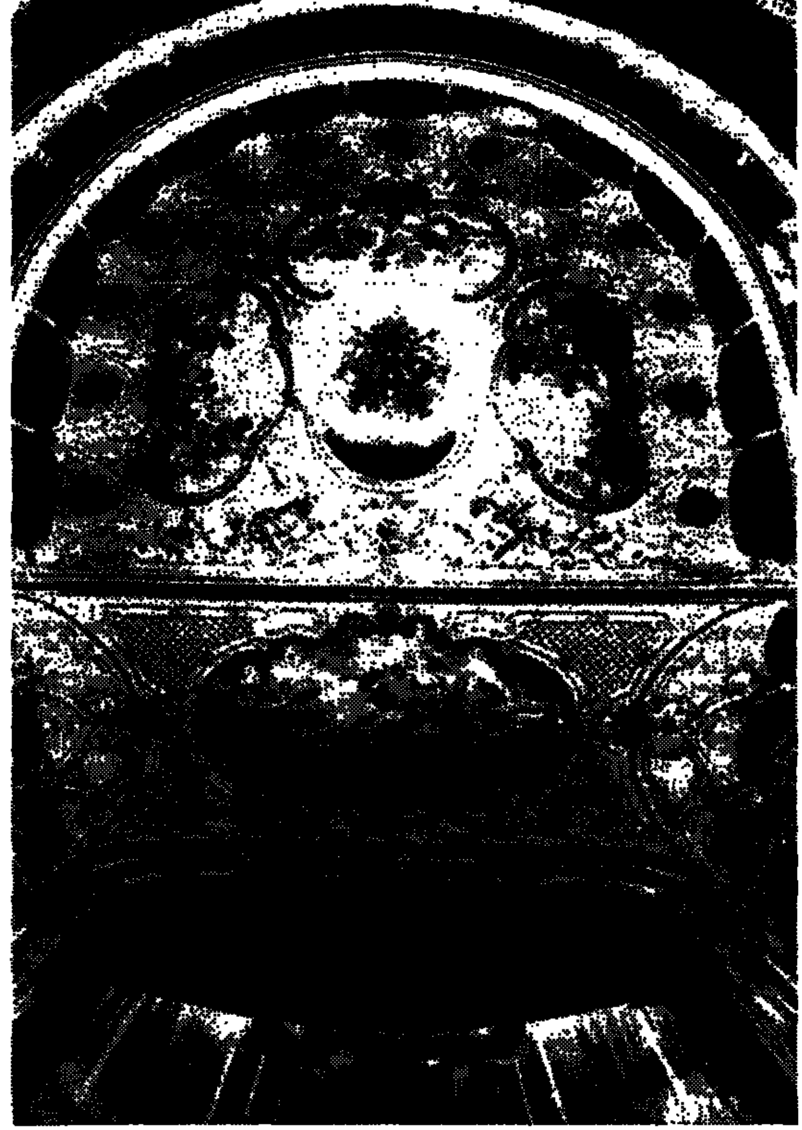
Das war ein voll auf kommerziellen Theaterbetrieb zugeschnittenes Haus. Ein Billigtheater. Schlecht gestützter Belle-Epoque-Prunk im Zuschauerraum, ein schon für damalige Verhältnisse viel zu kleiner Orchestergraben, da man auch an der Zahl der Musiker sparte (24 Mann zählte das Zürcher Orchester), hinter der Bühne die schiere Armut.

Hätte nicht in den fünfziger Jahren die Gewerbeaufsicht vernehmlich mit der Schließung des Theaters gedroht, im sparsamen Zürich wäre wohl kaum etwas passiert. So aber schrieb man einen Neubau aus, denn der Abriß des alten Hauses, das man damals noch als schäbigen alten Kasten aus dem 19. Jahrhundert ansah, stand fest. Aber je weiter sich der Neubauplan entwickelte, desto stärker wurde das postmoderne Denken, das einem völligen Neubau widersprach. Der Denkmalschutz entdeckte das 19. Jahrhundert und verbot den Abriß.

So mußte von neuem geplant werden – diesmal in Richtung Sanierung und Erweiterung des Opernhauses, das, im Gegensatz zum Schauspielhaus, offiziell noch immer Stadttheater heißt. Von den 79 Millionen Schweizer Franken, die der Bau verschlang, ist übrigens nicht allzu viel zu sehen. Gewiß, man hat alles fein ordentlich renoviert und dabei so manche Bausünde der ersten Stunde gutgemacht, aber die eigentlichen Verbesserungen sind dem Anblick des Besuchers entzogen.

Die Bühne mit aller Maschinerie und Beleuchtung ist völlig neu. Unweit des Theaters ist ein kompletter Werkstattbau entstanden, wegen seiner rosaroten Farbe schon „Fleischkäse“ getauft. Vier Stockwerke tief frißt er sich unter die Erde und damit unter den Spiegel des Zürichsees. Beim Aushub fand man die Spuren zahlreicher Siedlungen, zurückgehend bis in die Zeit um 4000 v. Chr., als hier am Seeufer die ersten steinzeitlichen Holzhäuser errichtet wurden. Wohl kein anderes Opernhaus der Welt spielt auf so altem Kulturboden wie das Zürcher.

Von zweierlei Art sind die akustischen Verbesserungen im Haus. Zum einen wurden die Wände zwischen den Logen entfernt, die Sitze leichter und in Holz gebaut sowie Schalldeckel in der Decke des Theaters geöffnet, so daß die bisher trockene Sprechtheater-Akustik mehr Nachhall bekommt und damit operngemäßer geworden ist. Die Musik klingt nicht mehr so watteverpackt wie bisher. Die andere Verbesserung ist eine Erweiterung des Orchestergrabens, der nun circa 90 Musikern Platz bietet und damit auch eine angemessene Besetzung für Wagner und Richard Strauss zuläßt. Das allerdings ist wohl noch Zukunftsmusik, denn die „Meistersinger“ wurden in einer mikkerigen „Zwölferbesetzung“ gegeben: Zwölf erste Violinen, nach denen sich die Gesamtstärke des Orchesters bemißt, in diesem Fall also gut 60 Spieler, was für eine festliche „Meistersinger“-Aufführung nun doch zu dünn erscheint.



Für Krakau geplant, für Zürich realisiert: Blick in den Innenraum des renovierten Zürcher Opernhauses FOTO: BILD/NEWS

Wie eng heute die internationale Opernwelt verzahnt ist, hatte das geladene Publikum schon am voraufgegangenen Galaabend erfahren dürfen, als eine ganze Reihe von Stars kurzfristig absagte: Agnes Baltsa, Margaret Price, Maria Chiara, Piero Cappuccilli, Siegfried Jerusalem. Ebenso kurzfristig konnte nämlich prominenter Ersatz herbeigeflogen werden: Mirella Freni, die hinreißend die Briefszene aus dem „Eugen Onegin“ sang, Nicolai Ghiaurov, Mara Zampieri, Juan Pons, die sich nun zusammen mit Alfredo Kraus, José Carreras, Sona Ghazarian und Gwyneth Jones zum Arienstrauß banden.

Auch bei den „Meistersingern“ gab es ein, *allerdings schon länger* prophezeites, Besetzungsmalheur: Zwei Tage vor der Premiere fiel Peter Hofmann, der seinen ersten Stolzing hätte singen sollen, aus. Gerettet werden *konnte die Aufführung nur, indem* die Wiener Staatsoper René Kollo freigab. Und mit der ihm eigenen Souveränität und Künstlerschaft sang und spielte Kollo den Stolzing auch in einer ihm fremden Produktion so richtig und souverän, fiel ganz einfach so ins Lot mit dieser Partie, daß die Aufführung in ihm ihren Glanzpunkt hatte.

Donald McIntyre sang seinen ersten Sachs an diesem Abend, kraftvoll und markant in den Schusterliedern, in den Monologen verständlicherweise noch nicht ganz in die Tiefen der Partie vordringend. In Rudolf A. Hartmann gab es einen sensationell guten Beckmesser zu entdecken, und auch das übrige Ensemble mit Hans Tschammer (Pogner), Wilfried Gahmlich (David), Beatrice Niehoff (Eva) und Anne Gjevang (Magdalene) sammelte sich unter Ferdinand Leitners erfahrener Direktion zu erfülltem Musizieren.

Hausherr Claus Helmut Drese hatte sich, unterstützt von Jörg Zimmermann (Bühnenbild) und Jan Skalicky (Kostüme), eine neue, nicht unplausible Regievariante ausgedacht. Die „Meistersinger“ spielen bei ihm im deutschen Biedermeier, die Meisterrunde ist so eine Art deutsch-nationaler Traditionsverein, der mit Rauschebart und Zwicker Mittelalter spielt im Deutschland vor 1848. Genau aus diesem historischen Bewußtsein hat Wagner sein Werk geschrieben, und es einmal als Zuschauer so zu sehen tut gewiß nicht weh.

Daß die Zürcher auf der Festwiese ihre eigenen ruhmreichen Zünfte statt der Nürnberger aufmarschieren ließen, steigerte die Festspielbegeisterung am Ende zu einer Art vaterstädtischem Jubel. Man konnte sich richtig mit den Zürchern mitfreuen.

REINHARD BEUTH

Auf Tournee: Der Liederpoet Heinz Rudolf Kunze

Glaubt keinem Sänger!

Ein *„konservativer Revolutionär* sei er“, ein „Bürger als Bürgerschreck“; er geht in Schlips und Kragen mit offenem Hemdknopf und hat am Jackett, dem feinen schwarzen, den *Lenin*-Orden baumeln, nur aus Jux, derweil seine hornenen Augengläser zum modifizierten Harvardbrillen-Typ gehören, dem Kopf-Schmuck intellektueller Amerikaner.

Im Hauptberuf allerdings erfindet, begleitet und singt Heinz Rudolf Kunze, der 28jährige, keine Hau-ruck-Schocker mehr, sondern zerrissene Poesie. Er ist ein Senkrechtstarter der an Talenten nicht eben übersatten deutschen Liedermacher- oder Chansonniers-Szene, ein Preiseschießer sondergleichen, fünf wichtige Preise hat er seit 1980 eingesammelt. Kunze ist, mit inzwischen vier erfolgreichen Langspielplatten so etwas wie ein Liebling intellektueller, zumindest aber intelligenter Minderheiten, die – gemessen an ihrer Lust, *Eintrittskarten für seine Konzerte zu* kaufen – wie Mehrheiten aussehen.

Das ist eine optische Täuschung, der nicht zuletzt das Medium Funk Rechnung trägt, weil es den studierten Philosophen und Germanisten mit Vorliebe in „Café in Takt“, „Litera-Tour“ und ähnlichen vorführte: Heinz Rudolf Kunze, Förderpreisträger für Literatur seiner Heimatstadt Osnabrück von 1978, war erst Poet und später noch Musiker dazu, freilich einer, dem man das Signet vom „Rocksänger für Anspruchsvolle“ wohl nur in altbekannter Ermange*lung an treffenderen Schubladen* verpaßt hatte. Denn ein Rocker ist Kunze, der die Berechtigung zur Ausübung des Lehramtes an Gymnasien in der Tasche hat, ganz gewiß nicht, und darum ist wohl auch seine Angst, im Musikbusiness verschlissen zu werden, unbegründet: „Glaubt keinem Sänger! / ist meine erste und letzte Parole / Glaubt keinem Sänger! / schlachtet die Idole“, reimt er auf seinem neuesten Album, bereits dem zweiten dieses Jahres, betitelt „Ausnahmezustand“.

Dieser LP-Titel führt wieder ein*mal in die Irre, deutet in die Richtung* Sarkasmus, Ironie, wogegen „tongue in cheek“, das Schalkhafte, noch am besten anzuwenden wäre: „Descartes studiert Aerobic: Incognito ergo *sum“, singt er etwa, oder vom* Spießeridyll: „Wir bau'n selbst Gemüse an. Ruth kocht fettarm, / ich bin fit ...“

Heinz Rudolf Kunze, dessen Riesentournee im November in Bremen begann und bis zum 18. Dezember mit 36 Stationen feingerastert das ganze Bundesgebiet samt Berlin abdeckt, ist gar kein solch zänkischer Querkopf als den ihn manche der *matten Branche sozusagen alternativ* andienen möchten. Er ist ein Mann, dessen Songs sich auch ohne die Musik wie Gedichte lesen, dessen Gedichte mit Musik fast durchweg zu *überraschenden Songs werden*, in denen subtiler Sinn für Poesie und die Freude am intellektuellen Spiel gegen sich selbst Hand in Hand gehen.

ALEXANDER SCHMITZ

München: Minks bringt „Bernarda Albas Haus“

Verjagte Sinnlichkeit

„D*ie Herzen gehen mich nichts an*, aber ich will eine schöne Fassade und Einigkeit in der Familie“, sagt die herrische Bernada Alba, die in ihrem Haus nach dem Tod ihres Man*nes eine achtjährige Trauer und ihren* fünf Töchern die strikteste Moral auferlegt hat. Männer dürfen ihr Haus nicht betreten, denn sie könnten die Sinne ihrer Töchter verwirren. Doch die Natur läßt sich nicht unterdrücken. Der Mann, der in Garcia Lorcas „Frauentragödie in spanischen Dörfern“ zufällig Pepe heißt, steht für alle Männer, ja, steht für das männliche Prinzip schlechthin. Gerade durch die Aussperrung gewinnt er immer mehr Macht über die Töchter der Alba.

Um diesen Pepe, der nie sichtbar wird, kreisen die Gedanken und Sinne, die Wünsche und Sehnsüchte der Mädchen. In München inszeniert Wilfried Minks, der sogleich auch für die Ausstattung sorgt, ein scharf konturiertes Spiel voller Haßliebe in der Not, mit starkem Gefühl für das Ritualhafte des Stücks. Fernab aller spanisch-muffigen Enge, ohne die geringste Spur von andalusischer Stukkatur, zelebriert er die Auftritte der Frauen *in strengem Schwarz-Weiß* vor kahler Brandmauer – raffinierte, faszinierende Arrangements von kalter Schönheit.

Doch der Reiz des Ästhetischen *verfliegt* sehr *bald*, denn *auf der* Strecke bleibt hier Lorca. Die Revolte der unterdrückten Gefühle, das bleierne Schweigen der seelisch verkrüppelten Töchter leuchten nicht ein, es scheint sich nur noch um sinnlose Ausbrüche weiblicher Hysterie zu handeln.

Dabei macht Lorca doch überdeutlich, wie in diesen unbefriedigten Frauen immer wieder die schwelende Sinnlichkeit aufblitzt, wie die Glut unter der Asche immer wieder leuchtet, zur Metapher wird in dem Gesang der vorbeiwandernden Schnitter, in der Brunft des Hengstes, dessen Hufschlag die Mauern erzittern läßt. Hier hätte der Regisseur ansetzen müssen.

Ein weiterer Fehler war sicherlich die Besetzung *der Hauptrolle mit* Ruth Drexel. Sie ist eine viel zu lebenstrotzende Tyrannin. Nie und nimmer nimmt man ihr die grausame Despotie als Mutter ab, mit der sie den Totentanz der noch *Lebenden* aus*führt. Auch wird sie von Christa* Berndl in der Rolle der Poncia glatt an die Wand gespielt. Die Poncia ist hier die eigentliche Drahtzieherin zwischen Bernada und ihren Töch*tern. Schlitzohrig, breitbeinig, die* Arme in die Hüfte gestemmt, Pfeife rauchend, von gewissermaßen Brecht'schem Zuschnitt – so spielt sie sich als die Herrscherin in diesem männerlosen Haushalt auf. Das mag als schauspielerische Leistung an sich gut sein, dem Stück tut es indessen nicht gut

Richtig eingesetzt dagegen Barbara Petrisch als Angustia und Therese Affolter als Adela. Sie sind es, die in diesem Grabhaus zu leben versuchen – auf unterschiedliche Weise. Angustia versucht es innerhalb der verordneten Konvention – und wird betrogen. Adela will ausbrechen – und geht in den Tod. Therese Affolter markiert hier einen leidenschaftlichen Kontrapunkt zu der verkrüppelten Martirio (ebenfalls bewundernswert Gundi Ellert) und gibt der Handlung Glaubwürdigkeit

„Schweigend“ herrscht am Ende Bernada ihre Töchter an, während die Mägde ein Tischtuch um die nackte tote Adela wickeln. Und die Töchter beißen sich auf die Lippen.

ROSE-MARIE BORNGÄSSER



Man glaubt ihr die Härte nicht: Ruth Drexel als Bernarda Alba in der Münchner Aufführung FOTO: RABANUS

KULTURNOTIZEN

Die 35. Internationale Jugendbuchausstellung ist bis zum 19. Dezember in München zu sehen.

Michele Perrein ist mit dem französischen Literaturpreis „Interallié ausgezeichnet worden.

Ernest Pizzotti, Schweizer Maler, ist im Alter von achtzig Jahren in Lausanne gestorben.

Die Kestner-Gesellschaft Hannover eröffnet am 7. Dezember die Ausstellung „Francesco Clemente“, Bilder und Skulpturen“, die bis 20. Januar dauert.

„Ein Gemälde wird restauriert“, heißt eine Ausstellung im Braunschweiger Herzog Anton Ulrich Museum , die bis zum 27. Januar Einblick in die schwierige Arbeit der Restauratoren gibt.

Das Max-Ernst-Stipendium der Stadt Brühl ist erneut ausgeschrieben *worden und soll am* 2. April vergeben werden.

Die Ausstellung „Spätrenaissance am Oberrhein. Tobias Stimmer“ im Kunstmuseum Basel wird bis zum 6. Januar 1985 verlängert.

JOURNAL

Theologische Akademie Celle wird aufgelöst

dl. **Hannover**

Der seit 27 Jahren bestehende Ausbildungsgang an der Theologischen Akademie Celle läuft aus. Dies entschied die Synode der Evangelischen Landeskirche Hannover als Träger. Der Beschluß wurde mit der Finanzlage der Kirche begründet. Der Haushaltsansatz für 1984 für die Akademie betrug 1,6 Millionen Mark. Die Celler Akademie ermöglichte zuletzt in jedem Jahr sieben „Spätberufenen“ mit abgeschlossener Berufsausbildung – ohne Abitur – den Zugang zum Theologiestudium.

Design-Ausstellung in Ost-Berlin eröffnet

dpa, **Berlin**

Eine Design-Ausstellung aus der *Bundesrepublik wurde am Montag* in Ost-Berlin eröffnet. Im Internationalen Handelszentrum am S-Bahnhof Friedrichstraße werden unter dem Motto „Design: Vor*ausdenken für den Menschen“ bis* zum 20. Dezember etwa 180 Produkte, Produktsysteme und Projekte vorgestellt, mit denen ein Eindruck von der Bedeutung industrieller Formgebung in der Bundesrepublik vermittelt werden soll. Die Ausstellung wurde vom Rat für Formgebung in Darmstadt in Zusammenarbeit mit dem „Amt für industrielle Formgestaltung der DDR“ vorbereitet.

Der Goldmann-Flop mit Aerobic

dpa, **München**

Die „Aerobic“-Welle, die im vergangenen Jahr durch die Lande schwappte, ließ zumindest den Münchner Goldmann-Verlag nicht mithüpfen. Ulrich Wechsler, der Chef der Verlagsgruppe Bertelsmann, zu der Goldmann gehört, räumte ein, daß der Verlag mit seiner als Begleitung zur Aerobic-Fernsehserie mit der amerikanischen Filmschauspielerin Sidney Rome als Vorturnerin gedachten Veröffentlichung Schiffbruch erlitten hat. In der Bilanz sei „ein kleiner siebenstelliger Betrag“ auf der Passivseite hängen geblieben, umschrieb Wechsler das Millionenminus.

Dirigentenwechsel an der New Yorker Met

DW. **Bonn**

Klaus Tennstedt, der in dieser Spielzeit seine erste „Elektra“ an der Metropolitan-Oper dirigieren sollte, hat sich wenige Tage vor der Premiere von allen Aufführungen des Werkes zurückgezogen. Die Met *gab bekannt, daß der Dirigent, der* im letzten Jahr dort sein Debüt mit „Fidelio“ gegeben hatte und dessen Rückkehr jetzt mit der Strauss-Oper mit großem Interesse entgegengesehen wurde, an „nervlicher Erschöpfung“ leide. Das sei die Folgeerscheinung einer Tournee, die er mit seinem Londoner Orchester durch Amerika gemacht habe und auf der er innerhalb von drei Wochen unter großem Streß achtzehn Konzerte habe dirigieren müssen. Sein Arzt habe ihm jetzt mindestens sechs Wochen Ruhe verordnet. Die sechs angesetzten Aufführungen von „Elektra“ werden nun von James Levine übernommen.

Zeitunglesen? Keine Lust!

ly. **Budapest**

Eine Umfrage brachte es an den Tag: 2,6 Prozent der Angehörigen geistiger Berufe in Ungarn lesen nie eine Zeitung. Bei den Arbeitern sind es 7,1 Prozent, bei privaten Handwerkern, Bauern und Händlern 12,8 Prozent, und 13,5 Prozent der Mitglieder von landwirtschaftli*chen Produktionsgenossenschaften* (LPG) interessiert nicht, welche Erfolge die sozialistische Presse zu vermelden hat.

Birgit Nilsson nahm Abschied

Birgit Nilsson, die beim Konzert der Staatsphilharmonie Rheinland-Pfalz Isoldes Liebestod und den Schlußmonolog der Salome in der riesigen Rheingoldhalle sang, erklärte nach Ende der Veranstaltung, dies sei ihr letzter öffentlicher Auftritt gewesen. Es war ein kluger und unsentimentaler Abschied. Mehr als vierzig Jahre hat sie auf der Opernbühne gestanden. In Stockholm war ihr 1946 mit der Agathe in Webers „Freischütz“ der Durchbruch gelungen. Mitte der fünfziger Jahre gastierte sie als Wagner-, Verdi- oder Puccini-Heroine an allen großen Opernhäusern der Welt. In Bayreuth sang sie zunächst die Elsa in „Lohengrin“ und die Sieglinde in der „Walküre“, später Brünnhilde und Isolde. Sie war auch eine stimmgewaltige Strauss-*Interpretin, triumphierte* als Salome, Elektra und Färberin. Mit Birgit Nilsson nahm die Primadonna assoluta aus dem dahinsiechenden Geschlecht der Hochdramatischen ihren Abschied. Man muß befürchten, daß nunmehr der Wagner-Gesang vollends an fachfremde Leichtgewichtler abgetreten werden muß.

Lg.

Ein Kronzeuge mußte mit dem Leben bezahlen

FRIEDRICH MEICHSNER, **Rom**

Eine Mafiakampagne gegen „Verräter" hat ein weiteres Opfer gefordert. In Palermo schoß ein Killerkommando auf den Exmafioso Leonardo Vitale und verletzte ihn lebensgefährlich. Vitale hatte 1973 als erstes Mitglied der „ehrenwerten Gesellschaft" die eiserne Regel der „Omertà" – das absolute Schweigegebot – gebrochen und mit den staatlichen Ermittlungsbehörden zusammengearbeitet.

Vor ihm hatte der lange Arm der Mafia schon zwei andere „Verräter" erreicht. Am 12. November wurde Salvatore Anselmo „eliminiert", weil er vor der Polizei geplaudert hatte. Zwei Tage später hatte sich die Verbrecherorganisation an Salvatore Coniglio gerächt, der nach seiner Verhaftung ebenfalls das absolute Schweigegebot mißachtet hatte. Da die Killer in dem stark abgesicherten norditalienischen Gefängnis, in dem er gefangengehalten wird, an ihn selbst nicht herankamen, ermordeten sie auf Sizilien seinen Bruder Mario. Salvatore widerrief daraufhin alle seine Aussagen und behauptete, sie seien ihm von der Polizei abgepreßt worden. Sogar seine Mutter sagte sich von ihm los.

Die Mafia-Aktion wird allgemein als Antwort auf den „Umfall" des „Paten" Don Masino Buscetta und als Warnung an andere potentielle „Verräter" gewertet. Buscetta hatte im vergangenen Sommer nach seiner Auslieferung von Brasilien an Italien als erster Boß der sizilianisch-amerikanischen Unterwelt die Strukturen der Mafia offengelegt und einige Verbindungen zum politischen Ambiente aufgedeckt. Er gilt seither im Mafiamilieu als „einer, der den Tod in der Tasche hat".

Der Anschlag auf Vitale kam nur wenige Tage nach einer Erklärung des italienischen Innenministers Scalfaro, in der dieser versichert hatte, daß alle „reumütigen" Mafiosi und ihre Familien durch ein dichtes Schutznetz der Polizei gegen mögliche Racheakte abgesichert seien.

Vitale hatte mit seinem „Umfall" von Anfang an wenig Glück gehabt. Seine Aussagen, die er 1973 gemacht hatte, waren von den Ermittlungsbehörden offensichtlich nicht ganz ernstgenommen worden. Dabei hatte er seinerzeit schon vieles von dem aufgedeckt, was kürzlich auch Buscetta enthüllte – etwa die enge Verbindung zwischen dem mafiosen Geschäftemacher Pino Calò und dem christdemokratischen Exbürgermeister von Palermo, Vito Ciancimino.

Bei dem Prozeß, der aufgrund der Aussagen Vitales gegen die sogenannte „Vorstadtmafia" von Palermo angestrengt worden war, hatte es Freisprüche aus Mangel an Beweisen gegeben, während Vitale zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt worden war. Diese Strafe war dann zwar in zweiter Instanz auf etwas über zehn Jahre herabgesetzt und kürzlich sogar ganz ausgesetzt worden, aber der Haftentlassung folgte binnen kurzem der Mordanschlag der „Rächer".

„Nicht nur der Sparkasse den Nonsens verkauft"

Keine schlüssigen Beweise für Fehler im Btx-System

DIETHART GOOS, **Hamburg**

Der Schock sitzt Betreibern, Anbietern und Benutzern noch in den Knochen. Vor wenigen Tagen hatte der Hamburger „Chaos Computer Club" (CCC) stolz verkündet, er habe das elektronische Dienstleistungssystem Bildschirmtext (Btx) der Deutschen Bundespost geknackt und damit dessen offenkundige Schwächen bloßgelegt. Die Aufregung war dementsprechend. Doch nachdem sich die erste Aufregung gelegt hat und Analysen über die möglichen Ursachen der Panne vorliegen, zeigt sich die Sache in einem neuen Licht. Offenbar deckten die Datenpiraten des CCC nicht zufällig einen schweren Systemfehler auf, sondern verschafften sich gezielt bestimmte Vorteile im Btx-System.

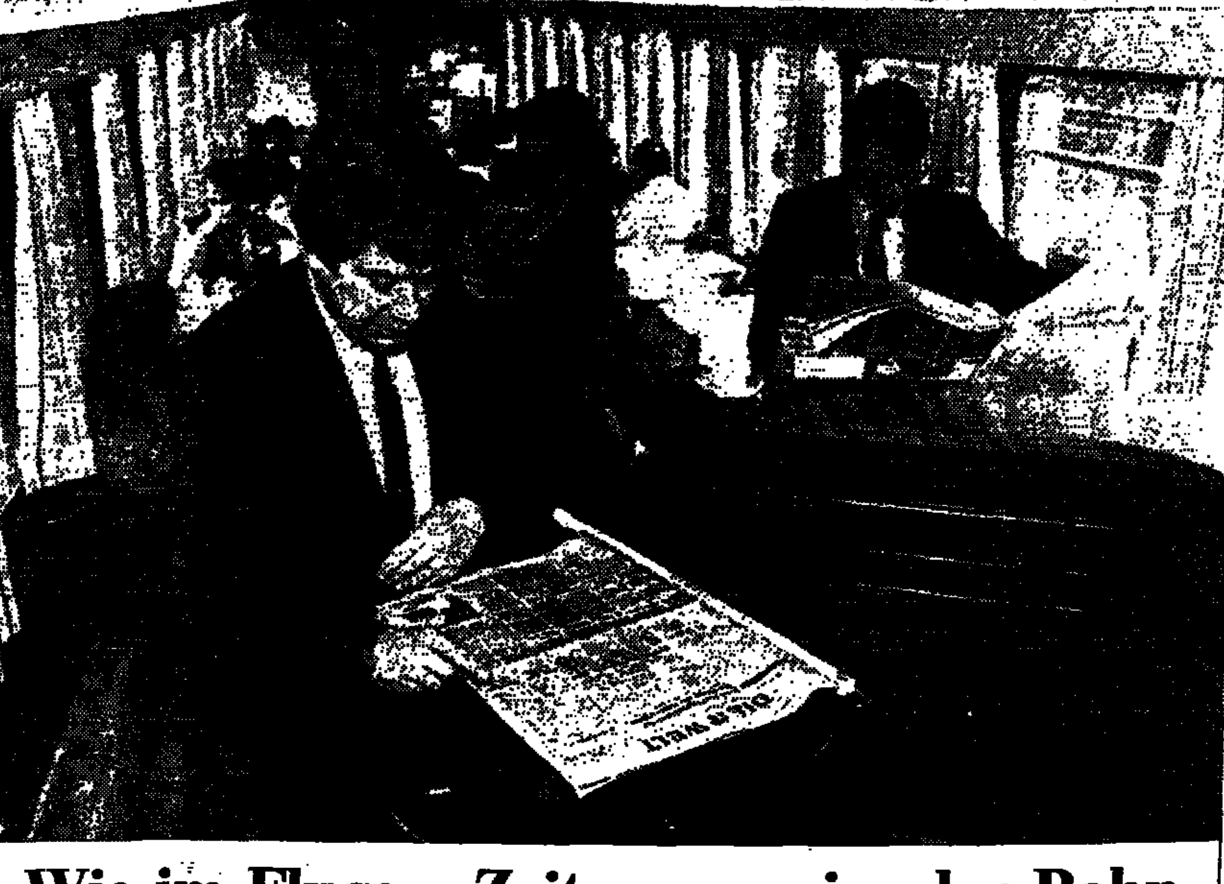
Hatte die Post in ersten Stellungnahmen eine Panne als durchaus möglich erachtet, hat sie ihre Argumentation inzwischen grundlegend geändert. Zur Erinnerung: Mitglieder des CCC hatten bei der Durchforstung des Service-Angebotes für Btx-Benutzer eine geheime Codenummer und ein sogenanntes Paßwort entdeckt, das der Hamburger Sparkasse gehörte. Sie nutzten diese Kennung, um ihr eigenes Btx-Angebot durch die Sparkasse abrufen zu lassen. Durch geschickte Computerschaltung wurde dieser Vorgang innerhalb von etwa 15 Stunden so oft wiederholt, daß 135 000 Mark Gebühren aufliefen, die von der Sparkasse an den Computer-Club hätten bezahlt werden müssen. Doch die Hamburger Hacker gaben sich rechtzeitig zu erkennen.

In einer Stellungnahme der Post zu diesem aufsehenerregenden Fall heißt es nach Abschluß gründlicher Analysen: „Es ist heute auszuschließen, daß die Teilnehmerkennung durch einen Fehler im Btx-System bekannt wurde." Schlüssige Beweise für seine Behauptung eines grundlegenden Systemfehlers habe der CCC nicht vorlegen können. Um sich vom Makel technischer Unzulänglichkeit – die vom Benutzer teuer bezahlt werden muß – zu befreien, geht die Post sogar in die Offensive: „Bezeichnenderweise gehörte die vom CCC verwendete Kennung der Sparkasse zu einem regelmäßig für öffentliche Btx-Vorführungen in Hamburg eingesetzten Anschluß. Es muß vermutet werden, daß hierbei die Eingabe der Kennungen ausgespäht werden konnte."

Professor Klaus Brunnstein, Hochschullehrer für Informatik und Computersicherheit an der Hamburger Universität, geht in seiner Bewertung der Btx-Panne noch weiter: „Für Testfälle müssen die Mitglieder vom CCC mehrere Paßwörter im Btx-System widerrechtlich benutzt und auch Gelder kassiert haben. Ich werde den Verdacht nicht los, daß der Chaos-Club nicht nur der Sparkasse seinen Nonsens für 9,97 Mark pro Btx-Seite verkauft hat."

Die Sparkasse als Betroffene gibt sich zurückhaltend. Ihr Prokurist Kurt Schuhmacher erklärt auf die Frage, ob ihre Geheimcodes durch einen Systemfehler in unbefugte Hände gelangen konnte: „Theoretisch denkbar ist vieles. Doch in diesem speziellen Fall halten wir das für ausgeschlossen. Entscheidend ist für die Sparkasse, daß ihre eigenen Rechner, die auch für die Kontoführung benutzt werden, an das Btx-System nicht angeschlossen sind.

Hartmut Heinicke, Direktor für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Vereins- und Westbank in Hamburg, versichert: „Wir können froh sein, daß die Fehler jetzt in der Anfangsphase der Btx-Nutzung aufgedeckt wurden. Weitere Schwachstellen müssen jetzt erkannt werden.



Wie im Fluge – Zeitungsservice der Bahn

Es ist so weit. Ein Service, den Fluggäste auf deutschen Strecken schon seit langem zu schätzen wissen, hat jetzt auch bei der Bundesbahn Eingang gefunden: Zeitungen liegen kostenlos im Zuge aus. An diesem Wochenende begann ein solcher Dienst im Clubwagen des TEE „Rheingold", der auf der Strecke zwischen Amsterdam und Basel verkehrt. An Bord befinden sich ab Düsseldorf und Basel der „Kölner Stadtanzeiger", die „Süddeutsche Zeitung", die „Frankfurter Allgemeine" und die WELT. Zunächst wird das Zeitungsangebot auf den Trans-Europa-Express beschränkt bleiben. Zumindest hier aber steht einer aktuellen Lesestunde auf Schienen nichts mehr im Wege. FOTO: AMADEUS GUMMERSBACH

Direktor droht Gefängnisstrafe

dpa, **Göttingen**

Der vorläufig vom Dienst suspendierte Leiter der Justizvollzugsanstalt Göttingen muß sich seit gestern vor der Zweiten Großen Strafkammer des Landgerichts Göttingen für zahlreiche Straftaten verantworten, die ihn möglicherweise selbst zum Insassen einer Vollzugsanstalt machen könnten. Verwahrungsbruch, Urkundenunterdrückung, Strafvereitelung und Rechtsbeugung wirft ihm die Staatsanwaltschaft vor. Der Strafrahmen, so das Gericht zum Auftakt des Prozesses, bewegt sich zwischen einem Jahr und fünf Jahren.

Krankenkassen-Urteil

AP, **Kassel**

Krankenkassen sind an ihre Zusage zur Übernahme der Krankenhauskosten auch dann gebunden, wenn der betreffende Arbeitnehmer zum Zeitpunkt der Krankenhausbehandlung bereits kein Mitglied der Krankenkasse mehr ist. Die Krankenkasse kann dann nach einer jetzt veröffentlichten Entscheidung des Bundessozialgerichts in Kassel ihre Zusage gegenüber dem Krankenhaus nicht anfechten und widerrufen (Az. 8 RK 2/84).

„DDR"-Päckchen

DW. **Bonn**

Die Deutsche Bundespost macht darauf aufmerksam, *daß Pakete (bis 20 Kilogramm) und Päckchen (bis zwei Kilogramm)* in die „DDR" und nach Ost-Berlin spätestens bis zum 6. Dezember aufgegeben werden müssen. Nur dann kommen sie rechtzeitig vor dem 24. Dezember an.

Strafe für Umweltsünder

dpa, **Düsseldorf**

Umweltsündern, die beispielsweise ihre Auto-Aschenbecher in die Landschaft statt in den häuslichen Mülleimer entleeren, kann die nordrhein-westfälische Polizei künftig ein „Knöllchen" verpassen. Bei geringfügigen Umweltverstößen wird die Polizei an Ort und Stelle ein Verwarnungsgeld von zwei bis 20 Mark erheben. Da sieht ein neuer Erlaß vor, mit dem der Düsseldorfer Innenminister Herbert Schnoor (SPD) die Polizeibeamten ermächtigt, derartige Ordnungswidrigkeiten unmittelbar per Strafzettel zu ahnden.

Suche aufgegeben

AFP, **Peking**

Die amerikanische und die chinesische Marine sowie Luftwaffe haben die Suche nach dem französischen Windsurfer Arnaud de Rosnay aufgegeben, der seit über einer Woche in der Meerenge von Taiwan vermißt wird. Der wegen spektakulärer Alleinfahrten bekannte 38jährige Surfer sollte die 150 Kilometer zwischen dem chinesischen Festland und Taiwan in sechs Stunden überqueren. Ein US-Sprecher auf Okinawa und ein chinesischer Verantwortlicher in Fujian gaben die Einstellung der Suche nach dem Surfer bekannt. Die taiwanesische Marine und Luftwaffe wollten gestern hingegen die Suche fortsetzen. Rosnay hat bereits die Bering-Straße zwischen der Sowjetunion und den USA sowie die La-Perouse-Enge zwischen Japan und der UdSSR überquert.

Seebeben vor Japans Küste

AFP, **Sapporo**

Ein starkes Beben der Stärke 6,5 auf der neunstelligen Richterskala war gestern früh auf den japanischen Inseln Hokkaido und Honshu zu spüren. Das Zentrum lag nach übereinstimmenden Meldungen von Erdbebenwarten aus den USA und Japan rund 560 Kilometer nordöstlich von Sapporo bei den Kurilen-Inseln.

Wenn bayerische Scherenschleifer Hochzeit feiern...

dpa, **Freising**

Ihren Hochzeitstag wird die Tochter eines bayerischen Scherenschleifers aus Bergen bei Freising ihren Lebtag wohl nicht vergessen. Die Feier, die am Wochenende stattfand, endete mit einer Massenschlägerei, einem Großeinsatz der Polizei, fünf Verletzten und drei Festnahmen.

Zum Eklat kam es, als Bier und Wein ausgetrunken waren und die rund 50 Gäste auf dem trockenen saßen. Unter ihnen befanden sich zahlreiche Scherenschleifer. Drei von ihnen fuhren in eine Wirtschaft im Nachbarort, um Nachschub zu holen. Doch der Wirt warf die drei hinaus, weil sie andere Besucher belästigt hatten. Nun ging der Tanz erst richtig los: Kurz darauf stand die Hochzeitsgesellschaft mit Verstärkung wieder auf der Matte. Zu elf Mann verprügelten sie den Wirt und die Gäste, zertrümmerten die Einrichtung und schleuderten Bierflaschen durch die Gegend.

Bilanz der Watsch'n: Drei Besucher und der Wirt kamen verletzt ins Krankenhaus. Bevor Polizisten, 36 an der Zahl, die Scherenschleifer dingfest machen konnten, erlitt ein Ordnungshüter noch einen Nasenbeinbruch. Die drei Anführer wurden festgenommen und müssen sich nun wegen Landfriedensbruchs, Sachbeschädigung und Körperverletzung vor Gericht verantworten.

Ein beispielhafter Fall

Nach Ringtausch ist Isenheimer Altar wieder komplett

H. WEISSENBERGER, **Colmar**

Der Isenheimer Altar im Unterlinden-Museum in Colmar ist nach 160 Jahren wieder komplett. Das badische Landesmuseum in Karlsruhe gab zwei Holzskulpturen, die 1823 verschwunden waren, an das elsässische Museum zurück. Der Altar, der ursprünglich im Antoniterkloster in Isenheim gestanden hat, ist eines der bedeutendsten europäischen Kunstwerke und besteht aus zwei Elementen: einer Reihe von Altarflügeln, die Mathias Grünewald gegen 1510–1515 malte, und einer Serie von Skulpturen des Nikolaus von Hagenau vom Ende des 15. Jahrhunderts.

Der Mittelpunkt ist eine majestätische Figur des Hl. Anton, umgeben von zwei prachtvollen knieenden Figuren aus Lindenholz. Eine ist die eines Bauern, der einen Hahn als Geschenk in Händen hält, die andere die eines Landedelmanns mit einem Ferkel in den Händen.

Nach der Französischen Revolution von 1789 wurde das Werk in der Bibliothek des ehemaligen königlichen Kollegs in Colmar aufbewahrt. 1823 wurden die Figuren des Bauern und des Edelmanns an das Colmarer Krankenhaus für dessen Weihnachtskrippe ausgeliehen. Die Figuren kamen nicht mehr zurück und blieben verschwunden, bis der Münchner Professor Vöge sie 1912 beim Antiquar Julius Böhler wiederentdeckte. Böhler hatte sie 1905 von der Sammlung Zschille in Greßenhain in Sachsen erworben. Wie die Skulpturen dorthin gelangt waren, konnte nie geklärt werden.

Im Jahre 1917 wurde der Altar nach München geschafft, um ihn vor Kriegseinwirkungen zu schützen. Der Konservator der Pinakothek, Prof. Dornhöfer, lieh sich die Skulpturen von Böhler aus, um ihre Wirkung im Altar zu prüfen. Nach Kriegsende kam der Altar nach Colmar zurück, und Böhler schenkte im Austausch für zwei Gemälde dem Museum zwei Kopien der Skulpturen. Die echten Skulpturen wurden 1970 in der Ausstellung „Spätgotik am Oberrhein 1450–1530" im badischen Landesmuseum in Karlsruhe gezeigt. Dieses erwarb die Skulpturen 1977.

In siebenjährigen Verhandlungen wurde zwischen dem Unterlinden-Museum und dem badischen Landesmuseum ein komplizierter Ringtausch vereinbart: Das Karlsruher Museum deponiert in Colmar die beiden Skulpturen und erhält dafür zwei Statuen und ein Gemälde der badischen Markgräfin Caroline Luise von Melling aus dem Jahre 1757.

Der Konservator des Colmarer Museums Christian Heck erklärte zu diesem Austausch: „Diese Operation hat symbolischen Wert und ist ein beispielhafter Fall von kultureller Zusammenarbeit zwischen den beiden Anrainerländern des Rheins."

(SAD)

LEUTE HEUTE

Halali mit Zeichenstift

Die Gams von **Josef Ertl** war die beste. Wer fast elf Jahre als Landwirtschaftsminister Beamten und Landwirten die Stirn bot und dazu noch Bayer ist, weiß eben, was Krucken sind - auch an einer Staffelei. Einen Gamsbock in Bayerns Alpen bei Sonnenuntergang sollten sieben bayerische Politiker zu Papier bringen. Bundestagsvizepräsident **Richard Stücklen** scheiterte weniger am Bock als am deutschen Wald – da half auch nicht, daß ihm **Hans-Jochen Vogel**, SPD-Oppositionsführer in Bonn, mit Rat zur Seite stand. Gelegenheit zum Wettstreit bot am Wochenende der Presseclub.

Mercedes unerwünscht

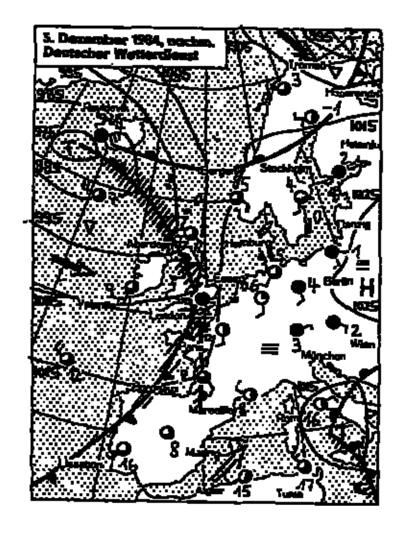
Mercedes I liegt noch immer vor dem Swimming-Pool, rostet und stinkt, und **Mollie Wilmot** aus Palm Beach in Florida ist verzweifelt. Trotz polizeilicher Straßensperre schellen Reporter an der Tür, und am Telefon „sind europäische Freunde, von denen ich seit zehn Jahren nichts mehr gehört habe. Jetzt wollen sie wissen, wie es mir geht". Nun, Mrs. Wilmot geht es nicht gut. Seit dem Orkan vor einer Woche ragt düster der gestrandete Frachter Mercedes I hinter der Villa in die Höhe. Rat von Bekannten: Mollie solle das Schiff mit Weihnachtsbäumen schmücken.

Betriebsblind

Adolfo Gonano (74), Zeit seines Lebens Gold- und Edelsteinschleifer, bedankte sich bei einer Beamtin mit seinem Briefbeschwerer für die Verfünffachung seiner Monatsrente. Den afrikanischen Kiesel ließ die Dame – man weiß ja nie – bei einem Juwelier untersuchen. Der setzte die Lupe ab und bot ihr für den 800karätigen Rohdiamanten zwei Millionen Mark.

WETTER: Niederschlagsfrei

Wetterlage: Über Osteuropa liegt ein ausgedehntes Hoch. Ein schwach ausgeprägter Tiefausläufer nähert sich von Westen her.



Vorhersage für Dienstag:
Nordwesten: Lockere, später zunehmende Bewölkung, aber niederschlagsfrei. Temperaturen 7 Grad, Tiefstwerte um 3 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind aus Südost. Übriges Bundesgebiet und Berlin: Neblig-trüb, niederschlagsfrei. Temperaturen am Tage plus 1 bis plus 5 Grad, nachts bis null Grad absinkend. Schwacher Wind, vorwiegend aus Süd.

Weitere Aussichten:
Wenig Änderung.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	4°	Kairo	22°
Bonn	6°	Kopenh.	3°
Dresden	5°	Las Palmas	30°
Essen	6°	London	9°
Frankfurt	4°	Madrid	8°
Hamburg	5°	Mailand	7°
List/Sylt	3°	Mallorca	15°
München	3°	Moskau	-7°
Stuttgart	5°	Nizza	11°
Algier	15°	Oslo	2°
Amsterdam	5°	Paris	6°
Athen	17°	Prag	3°
Barcelona	9°	Rom	16°
Brüssel	6°	Stockholm	4°
Budapest	4°	Tel Aviv	19°
Bukarest	4°	Tunis	17°
Helsinki	2°	Wien	2°
Istanbul	–°	Zürich	6°

Sonnenaufgang* am **Mittwoch**: 8.10 Uhr, Untergang: 16.15 Uhr; **Mondaufgang:** 14.50 Uhr, Untergang: 4.40 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Nicht nur für die Fleischer geht's jetzt um die Wurst

J. J. STEMPFLE, **Hamburg**

Unter Deutschlands Wurstherstellern macht sich stille Trauer breit. Aus dem gleichen Grund, der die vereinte Bierlobby lauthals aufschäumen ließ, sehen sie sich bedroht. Mit einem Unterschied. Ihnen kann wirklich Schlimmes passieren. Denn während das Bier, ein geradezu klassisch auf den Hersteller und seinen guten Namen genormtes Lebensmittel, kaum ausländische Konkurrenz zu fürchten braucht, ist die Wurst ein äußerst anonymes Produkt, vertrieben zum großen Teil über die Lebensmittelabteilungen der Großmärkte.

Die Bedrohung rührt von einem EG-Urteil. Weil ein französischer Johannisbeerlikör, der dem deutschen Lebensmittelrecht nicht entsprach, hierzulande auch nicht vertrieben werden durfte, klagte sein Hersteller – und bekam recht. Was irgendwo in der EG nach geltendem Recht produziert worden sei, müsse auch überall in der EG vertrieben werden dürfen, entschieden sie, alles andere sei verkappter Protektionismus. Klare Sache! Aber ein rigoros auf hohe Qualität getrimmtes Lebensmittelrecht und der dazu gehörende Konkurrenzdruck hat der Bundesrepublik in etlichen Bereichen beschert, was der Fußball erst wieder erringen muß: Weltklasseformat!

Nirgendwo gibt es besseres Bier, ein vergleichbares Angebot an Bäkkereiprodukten, besseren Käse und bessere Wurst als in der Bundesrepublik: „Hätten wir nur euer Lebensmittelrecht", klagen häufig ausländische Experten, bei denen die Verbraucher seit eh und jeh vorgesetzt kriegen, was jetzt auch in der Bundesrepublik verkauft werden darf: Wurst, die mit pflanzlichem Eiweiß bis zur Nachkriegsqualität gestreckt und mit Farbmitteln optisch so stark aufgepeppt worden ist, daß man das Rot wieder von den Zähnen putzen muß.

Die Lobby der Fleischwarenverarbeiter rechnete sofort nach, was das in der Praxis heißen kann. 80 000 Stück Rindvieh und 400 000 Schweine, so stöhnten sie, könnten dabei einfach durch Sojamehl und ähnliche „Substitute" ersetzt werden. Das ist nicht nur für die von den EG-Milchquoten gebeutelten Bauern ein herber Umsatzverlust. Mehr noch: Wenn die Wurst schlechter wird, sinkt ihr Verkauf. Derzeit werden pro Einwohner jährlich mehr als 30 Kilo verzehrt.

Freilich, so ganz die Unschuld vom Lande ist auch die deutsche Wurst nicht. Daß ausgerechnet der Pfälzer Saumagen, den der Bundeskanzler so gerne ißt, Fremdeiweiß zur vollen Geschmacksentfaltung ebenso benötigt wie der zu Grünkohl gereichte Bremer Pinkel, stört diese Norm an sich ebensowenig wie die Boulette, bei der sich Metzger und Bäcker um die Vaterschaft streiten. Schlimm hingegen ist, daß das deutsche Schwein, vor allem in Großmästereien, erhebliche Teile seines Schlachtgewichts nicht etwa deutschen Kartoffeln, sondern holländischem Fischmehl, amerikanischem Soja und südostasiatischem Tapioka verdankt. Dennoch, es ist ein Unterschied, ob man dergleichen dem Schwein verfüttert oder dem Wurstesser direkt serviert.

Verständlich, daß man, dem EG-Urteil zufolge, in der Bundesrepublik zwar miese Billigwurst anbieten, aber, dem bundesdeutschen Lebensmittelrecht entsprechend, nicht erzeugen darf. Würde sich also über den Preis ein nennenswerter Billigmarkt entwickeln, müßten bundesdeutsche Erzeuger, wollten sie mithalten, im Ausland produzieren!

Und genau hier gehts wirklich um die Wurst! Denn das EG-Urteil, so sehr die deutschen Lebensmittelhersteller darüber schimpfen, ist im Grunde völlig gerecht. Woran es hapert, sind die Unterschiede in den Lebensmittelgesetzen der verschiedenen EG-Länder. Sie anzugleichen, wäre eigentlich Aufgabe des Europarlaments. Und da könnte die deutsche Lobby, statt Trauer zu tragen, wichtige Impulse geben. Denn wenn schon die Bundesrepublik Qualitätsnormen setzt, könnte man, statt vor Minderqualitäten zu kapitulieren, entsprechende EG-Normen schaffen. Der Nachteil, den die Fleischverarbeiter befürchten, würde dann in einen Wettbewerbsvorteil umschlagen.

Schließlich liegt Straßburg in einer gastronomisch hervorragenden Region. Vielleicht arrangiert die deutsche Lebensmittelindustrie Vergleichsessen! Dabei könnten auch andere gewinnen. Denn im Gegensatz zum Bier, zum Brot, zum Kaffee, zum Käse und zur Wurst lassen sich die Bundesbürger bei Gemüse und Obst zum Teil mit Qualitäten abfüttern, die anderswo keine Hausfrau kaufen würde. Europa als die Summe seiner besten Qualitäten, eine Aussicht, für die sich zu kämpfen lohnt.

ZU GUTER LETZT

Den „Big Mac" der Schnellimbißstuben hat das New Yorker Wirtschaftsmagazin „Forbes" als neuen Index zum Vergleich des internationalen Lebensstandards gefunden. Das Fachblatt ermittelte, wieviele Arbeitsstunden eine vierköpfige Familie für eine Mahlzeit mit Hamburgern, Pommes Frites und Coca-Cola benötigt. Ein Busfahrer muß in Chicago 62 Minuten arbeiten, um seine Familie bei McDonald's ernähren zu können, in Düsseldorf eine Stunde und 47 Minuten. (Meldung der Nachrichtenagentur AFP.)